REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 486 · 20.8.2004

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 47 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Russlands Restauration und Modernisierung
2. Infame Kampagne
3. Schneller, länger, billiger
4. Der Räte-Romantiker von Wyhl
5. Shoah-Gedenken und "europäische Identität"
6. Professor Song ist frei
7. Gleich und gleicher
8. Deflation - ein fast vergessenes Ungeheuer
9. Was tut man nicht alles für ein Handy
10. Let's talk about ... work
11. Vom Regensommer zum heißen Herbst
12. Deutschstunde
13. Der würdige, verabreichte Tod
14. Bitterer Gen-Reis
15. Aus Biokunst wird Bioterrorismus
16. Israel/Palästina im Spiegel linker Presse
17. Aufklärung und Propaganda
18. "Ich würde mehr Rabatz machen"
19. "Gröblichste Beschimpfung"
20. Aufmarsch Ost
21. Den Verschwundenen eine Stimme
22. Zwischen Aufbruch und Regression
23. Erpressung und Widerstand
24. Das Verhandlungsergebnis bei DaimlerChrysler*
25. Ein Freibrief für Militärinterventionen
26. NPD erzielt erste Erfolge im Kampf um die Parlamente
27. Weniger Dollars aus Miami
28. Rührige Sorge um Afghanistan
29. Der "Fall Cap Anamur"
30. Braune Musik und tödliche "Notwehr"
31. Bei uns kann jeder machen was er will - nur eben in seinem Land
32. Hausmeister bestraft - Akte zu
33. "Intelligentes Sperma geht online"
34. Parallelwelten
35. Ohren-Propaganda
36. Hingerichtet
37. Mach meinen Kumpel nicht an!
38. Schwerpunkt: Gehversuche
39. Massenproteste stehen bevor
40. AUFGEBLÄTTERT
41. (Haar-)Risse im Putz
42. Klassen-Gewitter
43. Wider die Nostalgie der Herrschaft
44. KALENDER

45. Die Grundwerte der Frau
46. They call it stormy monday
47. EDITORIAL

1. Russlands Restauration und Modernisierung

Neue Vollmachten für Putins autoritären Kurs

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:01

Die Zeiten der Richtungskämpfe scheinen in Russland vorbei zu sein. Mit den Ergebnissen der Duma- und Präsidentenwahlen verfügt Wladimir Putin für seinen Kurs der autoritären Modernisierung nunmehr über eine eigene Legitimation, die nicht mehr von Jelzins Gnaden abgeleitet ist. Diese Legitimation folgt aus den autoritären Tendenzen der noch immer wachsenden Restaurationswelle in Russland. Auch frühere Gegner Putins haben ihn dieses Mal gewählt.

Wladimir Putin verfügt nun faktisch über unbegrenzte Vollmachten für seinen Kurs der autoritären Modernisierung. Mit 68% der Sitze in der Duma für die Regierungspartei "Einiges Russland", mit 71% der Stimmen als Präsident bestätigt, kann Putin, kann die Kreml-Administration jedes Gesetz durchbringen. Presse, Justiz und Militär wurden in den vier Jahren seit Putins Amtsantritt als Präsident auf Kreml-Kurs gebracht. Mit der Verhaftung des Oligarchen Chodorkowski kurz vor der Wahl und dessen andauernder Inhaftierung hat Putin sich zudem die einzige ernsthaft gegen ihn gerichtete Kraft vorläufig vom Leibe gehalten.

Von einem "System Putin" zu reden, gar von einem "Revival der Sowjetmacht", geht aber an den Tatsachen vorbei. Zweifellos verfügt der russische Präsident heute über ein Monopol der Macht, das viele Elemente der Sowjetherrschaft integriert hat. Die Partei "Einiges Russland", einschließlich ihrer Satelliten-Parteien, bildet faktisch eine Ein-Parteien-Herrschaft - mit einem großen Unterschied zur Sowjetzeit allerdings: Sie verfügt nicht über die damalige Verankerung in einer regionalen und örtlichen (betrieblichen, gewerkschaftlichen und politischen) Parteistruktur. Putins Regierungsstil ist weniger ein neues System als vielmehr ein pragmatisches Vorwärtstasten zwischen Tradition und Kapitalisierung, zwischen Europa und Asien, zwischen West- und Ostorientierung. Volk und Regierung sind dabei so weit voneinander entfernt wie zuletzt zu Zeiten des Zarismus. In Putins Stärke liegt zugleich seine Schwäche, die seinen Stabilitätskurs sozial anfällig und politisch trügerisch macht. Um das zu erkennen, ist ein genauerer Blick auf die Ergebnisse der Wahlen notwendig.

Offenbarungseid des Liberalismus

Die Liberalen sind als aktive Kraft aus dem politischen Leben Russlands ausgeschieden. Es gibt sie jetzt nur noch als außerparlamentarische Opposition, wobei sich offenbar eine Differenzierung des ehemaligen liberalen Lagers in die Linie von Anatoly Tschubajs und Jegor Gaidar nach rechts und eine eher demokratische von Jabloko-AnhängerInnen zur Linken hinüber ergibt.

Das Ganze vollzieht sich im Rahmen einer kuriosen Debatte, in der verkündet wird, die russischen Liberalen der vergangenen 15 Jahre seien überhaupt keine Liberalen gewesen, sondern hätten den Liberalismus nur benutzt. Der wirkliche Liberalismus werde jetzt erst in der Auseinandersetzung mit dem Putinschen Autoritarismus entstehen.

Das ist nicht ganz falsch, allerdings handelten die Anti-Kommunisten, Privatisierer, Karrieristen und Kriminellen, die sich in den 1980er und 1990er Jahren am Volksvermögen bereicherten, im Namen des Liberalismus. Dieser ist nunmehr vollständig diskreditiert. Denn im Transformationsprozess der Sowjetunion bedeutete Liberalismus nur eines: mehr Bewegungsfreiheit für einen kleinen Teil der Bevölkerung, für westorientierte und mit dem Westen verbundene Menschen - für die Mehrheit der Bevölkerung dagegen handfesten Abbau ihrer Entfaltungsmöglichkeiten. Um Demokratie im Sinne einer Volksherrschaft ging es in den ganzen 15 Jahren der Perestroika nur äußerlich. Die für den Westen errichteten "demokratischen" Fassaden sind für niemanden mehr interessant, seit ihre Disfunktionalität für ein besseres Leben nicht mehr zu verbergen ist. Von verankerten demokratischen, gar zivilgesellschaftlichen Strukturen kann keine Rede sein.

Mehr als fraglich ist daher auch die Argumentation von liberaler Seite, die NGOs seien die letzte Bastion der bedrohten Demokratie im heutigen Russland. Sicher stimmt es, dass die NGOs Putins letzter Gegner im Basisbereich sind. Tatsache aber ist, dass die meisten NGOs nicht aus Basisaktivitäten entstanden, sondern sorgfältig gesetzte Pflänzchen ausländischer Geldgeber sind, die westliche Werte auf dem Boden der ehemaligen Sowjetunion etablieren sollten. Da liegt es nicht gar so weit von der Wahrheit entfernt, wenn Putin die NGOs in seiner Rede an die Nation Ende Mai als Einfallstore westlicher Interessen bezeichnete. Wer sich

darüber empört, versuche sich umgekehrt eine Situation vorzustellen, in der das deutsche Vereinsleben aus russischen, chinesischen oder arabischen Kassen bezahlt würde. Was würde wohl Herr Schily dazu sagen?

Nicht ausgeschieden, aber tödlich geschwächt sind die TraditionalistInnen der KPRF (12,6%), von denen der jüngere Teil sich unter ihrem Führer Glasjew als neue rechte Alternative abspaltete. Es ist offen, ob der verbleibende, eher der älteren Generation angehörende Rest den Sprung von einem Traditionsverein zu einer linken Alternative schafft, ob sich gar Teile mit dem linken Flügel der Liberalen zu einer neuen sozialistischen Strömung zusammenfinden oder ob diese Rumpfpartei einfach an ihrer Bedeutungslosigkeit zu Grunde geht.

Die Glasjew-Fraktion ist demgegenüber von unvergleichlicher Dynamik. Als Ökonom bündelt Glasjew die in der Bevölkerung wachsende Unzufriedenheit mit Putins Sozialpolitik; er fordert u.a. Wieder-Verstaatlichung des Eigentums und die "Gesundung" Russlands. Die Ausrichtung Glasjews ist als national-sozialistisch zu bezeichnen, jedoch - bisher - ohne entwickelte Gewaltrhetorik. Zur Zeit scheint er sich Putins Kurs unterzuordnen. Das kann sich schnell ändern, wenn die sozialen Widersprüche sich verschärfen; eine solche Verschärfung liegt durchaus im Bereich des Wahrscheinlichen, wenn Putin tatsächlich, wie angekündigt, die gefürchtete "kommunale Reform", also die Privatisierung aller Versorgungsbereiche in Auftrag geben sollte.

Die gewaltbereite Rechte sammelt sich zur Zeit allerdings eher noch unter den Fahnen der "Liberal-demokratischen Partei Russlands" (LDPR) Wladimir Schirinowskis, der bei den Parlamentswahlen mit 11,3% der Stimmen wieder um gut drei Prozent zulegen konnte. Im Unterschied zu Glasjews Sammlungsbewegung "Heimat" (9%) ist die LDPR eine straff geführte Partei mit realen regionalen und lokalen Kommandostrukturen, einschließlich einer paramilitärisch organisierten Jugendorganisation. Im Gegensatz zu Glasjew scheut Schirinowski auch nicht davor zurück, Gewalt als Mittel der Politik offen anzuwenden und zu legitimieren.

So weit, so stabil, könnte man sagen. Solange die Ölrubel rollen, lässt sich dieser Apparat schmieren und sind ernsthafte Umbrüche kaum zu erwarten. Dagegen sprechen allerdings neuere Meinungsumfragen: Trotz hoher Zustimmung zu Putins Person und zur Partei der Macht neigen sich die Popularitätskurven in der Wirtschafts- und Sozialpolitik für Putin einem gefährlichen Tief zu: 1999 waren 25% der Bevölkerung der Meinung, die Regierung könne das Anwachsen der Preise und das Sinken der Einkommen nicht verhindern, 2004 finden dies 45%; 1999 meinten 19%, die Regierung sorge sich nicht um soziale Sicherung, 2004 sind es 43%; 1999 hielten 3% der Bevölkerung die Regierung für korrupt, vor allem im eigenen Interesse, 2004 sind es 19%.

Linke geschwächt, Rechte im Aufwind

Um hier gegenzusteuern, ist Putin in seiner Rede an die Nation Ende Mai nahezu ausschließlich auf wirtschaftliche und soziale Fragen eingegangen und hat eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums versprochen, vor allem eine Minderung der Armut. Zur Zeit leben 30 Millionen Menschen in Russland unter der Armutsgrenze. Das ist ein Fünftel der Bevölkerung. Durch die Verdoppelung des Bruttoinlandsproduktes bis 2010 soll sich das geändert haben; der Wohnungsnot soll mit Sozialkrediten abgeholfen, die verfassungsmäßig garantierte unentgeltliche Gesundheitsfürsorge tatsächlich durchgesetzt werden.

Gleichzeitig verspricht Putin gleiche Chancen in der Ausbildung, Entbürokratisierung, größere Transparenz der Haushalte, ein effektiveres Steuersystem und ähnliches mehr. Kein Wort verliert er über die Kosten der kommunalen Dienstleistungen - für Strom, Wasser, Gas und für sonstige nach wie vor von der Mehrheit unentgeltlich bezogene Leistungen. Er schweigt auch zur Reform der sozialen Sicherungssysteme, die so gut wie zusammengebrochen sind. Wenn diese reformiert seien, werde Russland eine moderne Infrastruktur besitzen, in der es keine unentgeltlichen Leistungen, dafür aber einen intakten Geldkreislauf und freie individuelle Initiative gebe, versprechen die Reformer. Tatsächlich werden dann zu den 30 Millionen Armen, die unter dem Existenzniveau leben, weitere Millionen hinzu kommen, die zur Zeit noch eben an der Armutsgrenze entlang scharren, weil sie für kommunale Leistungen nichts bezahlen.

Die geplante Kommunalreform läuft auf eine soziale Katastrophe hinaus. Schon jetzt rotten sich - um nur das sichtbarste Symptom zu nennen - gut 50.000 arbeits- und perspektivlose Jugendliche zu Nazi-Skin-Banden zusammen, die ihre Entwurzelung mit rassistischer Gewalt gegen Menschen aus dem Kaukasus und Zentralasien austoben, denen es angeblich besser gehe. Zusammen mit den Unzufriedenen der LDPR und dem national-sozialistischen Potenzial der Gruppe "Heimat" könnte aus den sozialen Konflikten eine mächtige,

auch gewalttätige Rechte hervorgehen. Einschlägig aktive Intellektuelle stehen bereit, ihr eine ideologische Heimat zu geben.

Einer von ihnen ist Alexander Dugin, seinem Selbstverständnis nach "Geopolitiker" und Kontrapart zu den US-Strategen Brzezinski, Kissinger oder Huntington. Noch Anfang der neunziger Jahre war Dugin als extremer Nationalist, der vor Rückgriffen auf die deutsche "konservative Revolution" und vor Lobreden auf Hitler als Vorbild für eine nationale Politik Russlands nicht zurückschreckte, weitgehend marginalisiert. Inzwischen ist Dugins anti-westlicher Fundamentalismus nicht nur in der russischen politischen Klasse hoffähig geworden, sondern kann sich auch auf eine weit verbreitete Ablehnung der aus dem Westen kommenden Liberalisierung und neuerdings auch auf russische Kritiken an der Globalisierung stützen.

Die aus Dugins "Euroasiatischer Bewegung" im Mai 2003 hervorgegangene Partei "Euroasia" verfügt über beste Beziehungen zur "Macht", insbesondere den sog. Sicherheitsorganen, und zur etablierten Intelligenzija. Auf den Listen ihrer Mitglieder und bei ihren Veranstaltungen, die u.a. aus dem Präsidialamt selbst gefördert werden, tauchen Namen auf wie der des höchsten Mufti der russischen Föderation, Talgat Tadschugin, des bekannten Fernsehjournalisten Michail Leontjew, des inzwischen verstorbenen Philosophen Alexander Panarin, des stellvertretenden Außenministers Viktor Kaluschin oder des Vorsitzenden des Komitees für internationale Beziehungen im Föderationsrat, Michail Magelow.

Dugins extremer Nationalismus wird hoffähig

Besorgnisse über den zunehmenden Einfluss, den Dugin im Schatten Putins auf die Ideologiebildung in Russland nehmen kann, sind mehr als angebracht, zumal er auch auf die europäische Rechte stimulierend wirkt und überdies mit einer US-kritischen, anti-liberalistischen und pseudo-pluralistischen Agitation auf die globalisierungskritische Bewegung in Russland und Europa Einfluss zu nehmen versucht.

Es ist noch offen, ob Putins Kurs der autoritären Modernisierung soziale Proteste Duginscher Prägung integrieren kann oder ob er sie zur oppositionellen Strömung anwachsen lässt. Die eine Perspektive ist so unangenehm wie die andere: Beide laufen auf einen aggressiven, nach innen repressiven und nach außen neo-imperialen Kurs Russlands hinaus - das eine Mal mit, das andere Mal ohne Putin. Gefährlich für Russland und für die Welt ist beides.

Kai Ehlers

www.kai-ehlers.de

Das neue Buch von Kai Ehlers trägt den Titel: Erotik des Informellen. Impulse für eine andere Globalisierung aus der russischen Welt jenseits des Kapitalismus. Von der Not der Selbstversorgung zur Tugend der Selbstorganisation. Alternativen für eine andere Welt. edition8, Zürich, 192 Seiten, 16,80 EUR

2. Infame Kampagne

Wie italienische Geschichtsrevisionisten US-Kriegsverbrechen instrumentalisieren

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:03

Das Ziel schien unverdächtig: Um "vergessene Massaker" des Zweiten Weltkriegs in Erinnerung zu rufen, veröffentlichte der Mailänder Corriere della Sera Ende Juni zwei längere Artikel des Journalisten Gianluca Di Feo. Darin geht es um Kriegsverbrechen, die im Juli 1943 bei der Landung US-amerikanischer Truppen an der Südküste Siziliens begangen wurden. Die späte Enthüllung veranlasste nun den stellvertretenden Militärstaatsanwalt von Padova, Sergio Dini, Ermittlungen gegen eventuell noch lebende Täter aufzunehmen. Sie setzte aber auch Kräfte in Bewegung, die wieder einmal die Geschichte der Befreiung vom Faschismus neu schreiben wollen - nicht nur, wie zu erwarten, auf Seiten der extremen Rechten.

Die historischen Fakten sind weitgehend unstrittig und, wie Di Feo selbst schreibt, in den USA und Kanada schon seit Jahren Gegenstand wissenschaftlicher und politischer Debatte. Nach der Landung an der sizilianischen Südküste ermordeten US-Soldaten auf den Flughäfen von Biscari (heute Acate) und Comiso (Provinz Ragusa) Dutzende italienische und deutsche Soldaten, die sich bereits ergeben hatten und entwaffnet worden waren. In Canicatti schossen sie in die Menge der örtlichen Bevölkerung, die eine Seifenfabrik plünderte; dabei starben mindestens sechs, wahrscheinlich erheblich mehr Zivilisten, darunter auch Kinder. Die Täter waren Angehörige der 45. Division, die sich selbst den Kriegsnamen "Thunderbirds" gegeben hatten. Sie standen unter dem Befehl des Generals George Patton, der 1944/45 die 3. Armee durch Frankreich führte und im Dezember 1945 in Mannheim bei einem Autounfall ums Leben kam. Patton soll vor der Landung befohlen haben, keine Gefangenen zu machen. "Ich will eine Division von Killern, denn Killer sind unsterblich!" soll er seinen Männern über Lautsprecher zugerufen haben.

Darauf beriefen sich später die wenigen Täter, die nach Intervention eines Militärpfarrers vor ein Krieggericht gestellt wurden. Captain John C. Compton, mitverantwortlich für den Tod von mindestens 36 Gefangenen in Biscari, wurde freigesprochen, weil er sich an die von Patton vorgegebene Verteidigungslinie hielt: Die ermordeten Italiener seien Heckenschützen gewesen und hätten bis zur letzten Patrone gekämpft. Sergeant Horace T. West dagegen, der sich weniger schlau verteidigte, wurde zunächst zu lebenslanger Haft verurteilt, im Februar 1944 aber begnadigt und an die Front geschickt. Die Begnadigung erfolgte auf Initiative des Kriegsministeriums, das in einem erstmals 2002 veröffentlichten Brief strikte Geheimhaltung befahl: "Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Geschichte veröffentlicht wird. Sie würde von den Bürgern, die weit weg von der Gewalt der Kämpfe sind, nicht verstanden werden." Dabei blieb es auch nach Kriegsende. Auch die christdemokratische italienische Regierung hütete sich jahrzehntelang, das Thema anzusprechen - das hätte nicht nur den transatlantischen Verbündeten verstimmt sondern zudem, so das zynische Kalkül der Kalten Krieger, "Wasser auf die Mühlen der Kommunisten" geleitet.

Verharmlosung deutscher Massenmorde

Alles in allem sind im Juli 1943 im südlichen Sizilien etwa 200 Menschen Opfer US-amerikanischer Kriegsverbrechen geworden, vor allem italienische und deutsche Soldaten, aber auch Zivilisten. Das ist schlimm genug, die von Di Feo gewählte Formulierung, es habe dort "ein kleines Kefalonia" stattgefunden, aber ist eine infame Verharmlosung deutscher Kriegsverbrechen. Denn die Mordtaten auf der griechischen Insel Kefalonia (oder Kefallinia) unterscheiden sich nicht nur quantitativ von den Massakern auf Sizilien. 4.000 italienische Kriegsgefangene wurden dort im September 1943 von der deutschen Wehrmacht abgeschlachtet - auf Befehl Hitlers und des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW). Im Kriegstagebuch des OKW vom 18.9.1943 wurde der Oberbefehlshaber Südost angewiesen, "wegen des gemeinen und verräterischen Verhaltens auf Kefalonia keine italienischen Gefangenen machen zu lassen." Nach Beendigung der "Säuberung" beglückwünschte General Hubert Lanz die Massenmörder: "Meine vollste Anerkennung und meinen herzlichsten Dank". 1948 wurde Lanz zu zwölf Jahren Haft verurteilt, aber schon nach gut zwei Jahren entlassen; später machte er eine zweite Karriere als Vorsitzender des Wehrpolitischen Ausschusses der FDP.

Während das systematische Wüten der deutschen Wehrmacht gegen die italienischen "Verräter" von höchster Stelle angeordnet war, scheinen die Massaker der US-Armee auf Sizilien auch mit der Persönlichkeitsstruktur General Pattons erklärbar. Das behauptet sein Biograph Stanley Hirshson, der Patton einen tiefen Hass gegen

Italiener, Juden und Kommunisten attestiert - seit 1912 die Textilfabrik seiner Mutter durch einen Streik ruiniert wurde: Die Streikenden waren jüdische SozialistInnen und EinwanderInnen aus Süditalien.

Auch dieser Befund, den Di Feo selbst zitiert, widerspricht der These vom "kleinen Kefalonia". Den Enthüllungsjournalisten und mehr noch seine politischen Trittbrettfahrer ficht das nicht an: Die vermeintlichen Befreier sind als Mörder enttarnt, Faschisten sind Opfer und Antifaschisten Täter. Am lautesten jubeln die Faschisten: "Werden jetzt endlich auch die Sieger verurteilt?" fragt die rechtsextreme Forza Nuova und bereitet die nächste Anklage vor: "Und wann wird der Resistenza der Prozess gemacht?" Auch daran wird innerhalb der Militärjustiz schon gearbeitet.

Js.

3. Schneller, länger, billiger

TextilarbeiterInnen zwischen EM und Olympia

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:04

4. Juli 2004, Lisboa, EM-Finale: Portugal enttäuscht, kommt nicht richtig ins Spiel. Wo drückt wohl der Schuh? Offenbar bei Luis Figo, der nach einer guten halben Stunde seine Treter wechselt. Das Spiel wird dafür großzügig angehalten. Es sieht fast nach einem perfekt inszenierten Werbetrick aus, für eine Minute ruhen die Kameras und die Augen von rund einer Milliarde Fernsehzuschauern auf den Nike-Stiefeln des portugiesischen Superstars. Als dann in der zweiten Halbzeit ein beseelter Fan das Spielfeld erstürmt, über den Platz sprintet, die Security-Schar abschütteln kann, um sich schließlich in die Tormaschen zu werfen, da wünscht man sich, er hätte ein kleines Transparent bei sich getragen. Ein Spruch wie "Nike - Made in hell" hätte an dieser Stelle noch massenwirksamer auf die Produktionsbedingungen in der Sportbekleidungsindustrie aufmerksam machen können, als dies einer Clean Clothes Compaign (CCC) bisher gelungen ist.

Mit den Olympischen Spielen erleben wir dieser Tage schon wieder ein gigantisches Sportevent. Dabei wird Nike nicht nur den Mythos der gleichnamigen griechischen Göttin heraufbeschwören, sondern vielleicht auch seinen jüngsten Rekordgewinn von 1,123 Mrd. US-Dollar (2003) noch weiter steigern können. Selbstverständlich lässt sich der Name des Branchenführers durch andere wie adidas, ASICS, Fila, Kappa, Puma, Reebok oder Umbro ergänzen. Sie alle stehen in der ein oder anderen Form für Hungerlöhne, Zwangsüberstunden, Arbeitsrechtverletzungen, Arbeitshetze und Übergriffe vor allem gegen Arbeiterinnen - rund 80% der Beschäftigten in der Branche sind Frauen.

Während etwa ein David Beckham, Glamour-Boy und Fußballstar bei Real Madrid, mit adidas einen lebenslangen Sponsorenvertrag über 161 Mio. US-Dollar hat, liegen die Hungerlöhne für TextilarbeiterInnen oftmals bei unter 100 US-Dollar pro Monat. Kaum zu unterbieten sind die Monatslöhne von zwölf US-Dollar in China.

Zudem sind Wochenarbeitszeiten von über 60 Stunden keine Seltenheit. "In der Hochsaison leisten wir endlos viele Überstunden und arbeiten nonstop 13 bis 14 Stunden am Tag", so eine chinesische Arbeiterin. Üblicherweise wird Verweigerung auch von nächtlichen Überstunden sowie Krankschreiben mit Lohnkürzung oder Entlassung quittiert.

An der Tagesordnung sind auch sexuelle Übergriffe: "Hübsche Mädchen werden ... immer wieder von den Managern belästigt. Sie rufen sie in ihr Büro ... fassen sie (an) ... und drohen ihnen mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes, um Sex mit ihnen zu haben", heißt es aus einer indonesischen Fabrik. Vielerorts gibt es monatliche Schwangerschaftstests mit zumeist umgehender Kündigung bei positivem Ergebnis.

Todschicke Kleidung: Adi-lass-das!

Selbstredend gilt das auch bei gewerkschaftlicher Betätigung. Eine türkische Arbeiterin: "Als im letzten Jahr die Belegschaft der Nachbarfabrik ... streikte, erklärte uns unser Vorgesetzter: ‚Ihr werdet sehen, sie werden alle ihren Arbeitsplatz verlieren. Macht niemals diesen Fehler, sonst passiert euch das gleiche.`" Weltweit stehen der Interessenorganisierung nicht nur die Firmen selbst entgegen, sondern auch jeweils eine staatliche Politik, die nicht zuletzt dem äußeren Druck von IWF und Weltbank folgt.

Dass solcherlei Informationen an eine breitere Öffentlichkeit gelangen, ist vor allem der Clean Clothes Compaign (CCC) zu verdanken (2), einer seit Beginn der 1990er Jahre europaweit agierenden Kampagne, der rund 180 Gruppen angehören. Regelmäßig nutzt sie die Aufmerksamkeit anlässlich von Fußball-EMs und -WMs oder Olympischen Spielen, um mit Aktionszeitungen, Plakaten, Postkarten und Unterschriftenlisten aufzuwarten und ihr Material auch für kritische TV-Beiträge zur Verfügung zu stellen. Veranstaltungen mit ReferentInnen aus Lateinamerika oder der Türkei werden organisiert und auch der fortschrittliche Sozialkundeunterricht profitiert von eigens aufbereitetem Material. An Aktionstagen wird Straßentheater oder ein riesiger Drei-Streifen-Schuh mit der Aufschrift "Adi-lass-das" zur Schau gestellt.

In Deutschland setzt sich die "Kampagne für Saubere Kleidung" aus Nord-Süd-, Gewerkschafts-, Kirchen- und Frauenorganisationen sowie einem Aktiven-Kreis lokaler und regionaler Gruppen zusammen und fordert einen

existenzsichernden Lohn, das Recht auf freie Organisation, tarifvertragliche Vereinbarungen, das Recht auf Gesundheitsvorsorge und Arbeitsschutz, Verzicht auf Arbeitszwang und Schutz vor Diskriminierung.

Dabei wird vor allem die Einführung von Verhaltenskodizes gefordert, mit denen die Konzerne zur "Übernahme von Verantwortung für humane Arbeitsbedingungen" bewogen werden sollen. Der Druck führte bislang dazu, dass Firmen wie adidas aus Image-Gründen einen "Direktor für soziale und Umweltbedingungen" einstellten. Solch ein Schritt wird zumeist als Erfolg gefeiert, auch wenn man sich bewusst ist, dass die Sozialstandards in der Regel nicht das Papier wert sind, auf dem sie stehen. Eine Arbeiterin aus El Salvador: "Wenn Einkäufer von Nike bei uns zu Besuch sind, wird uns gesagt, wir sollten den Verhaltenskodex auf einem kleinen Plastikkärtchen um den Hals gehängt tragen ... Die Fabrikbesitzer erfüllen eigentlich keinen der Punkte, die im Verhaltenskodex stehen. Sie hängen nur da, um sie dort hängen zu haben." (3)

Die CCC setzt nicht zuletzt auf die Überzeugung von KundInnen, um "mit dem Einkaufskorb Politik zu machen"(!). Bislang wurden im Zuge der "Play fair bei Olympia"-Kampagne fast 150.000 Aktionspostkarten, Unterschriften und Protest-Mails verschickt und allein in Belgien gab es rund 150 Aktionen. Einige bekanntere Sportler konnten gewonnen und Firmen wie Puma an den grünen Tisch bewegt werden.

Nichts gegen frische Klamotten, mag nun eingewendet werden, aber muss es denn gleich eine ganze Kampagne für "saubere Kleidung" sein? Wo bleibt da die Kritik am Hygienewahn? Geht es darum, mit reinem Gewissen einkaufen zu können? Wird da nicht letztlich ein "sauberer Kapitalismus" gegen "schmutzige Geschäftemacherei" verteidigt? Wird da der alte Sozialstaatsfrieden rein gewaschen? Gehört nicht vielmehr der gesamte Muff von tausend Jahren in die Wäschetruhe der Geschichte?

Sauberere Kleidung - ...

Bei aller etwaigen Polemik: Festzuhalten ist, dass die Kampagne die Arbeitsbedingungen in der Sportswear-Industrie bewusst macht und auch punktuell zu Verbesserungen beiträgt. Hervorzuheben ist etwa ein Projekt der Christlichen Initiative Romero (CIR), mit dem ein Anwaltsteam der Frauenorganisation Movimiento Maria Elena Cuadra unterstützt und den Frauen bei Lohnausfall durch Streiks und Entlassungen geholfen wird. Entsprechend das Feedback: "Diese Solidarität in anderen Ländern ist eine Hilfe für unseren täglichen Kampf, durchzusetzen, dass wir Arbeiterinnen nicht mehr misshandelt und besser bezahlt werden." (4)

Richtig ist aber auch, dass die CCC inhaltlich unter ihren Möglichkeiten bleibt. Verantwortlich dafür ist die NGO-übliche Abhängigkeit von Geldern (hier: Kirchen, EU, Firmen), aber auch freiwillige Selbstbeschränkung. Entsprechend liegt die Betonung nicht auf Bekämpfung der Zustände, sondern meist auf Dialog, um die Firmen zu "ihrer Verantwortung gegenüber den ArbeiterInnen" zu ermahnen. Schließlich hat die Kampagne bei allen Vorteilen eines breiten Bündnisses auch zweifelhafte Fürsprecher. Auf der Tagung "Fit for fair" im Mai 2002 in Köln sprach sich etwa die SPD-Bundestagsabgeordnete Sigrid Skarpelis-Sperk für eine Zusammenarbeit von Organisationen wie WTO, Weltbank, OECD und ILO aus. Auch auf den Beistand des eher doppelzüngigen Rudi Assauers, Präsident von Schalke 04, könnte die Kampagne getrost verzichten.

... sauberer Kapitalismus?

Im Kern betreibt die CCC eine Stellvertreterpolitik, die sich aus den Schwitzbuden mehr Kampfbereitschaft erhofft als sie selbst zu bieten hat. Sie möchte "als Kampagnenpartner im Süden gerne eine neue Arbeiterbewegung im internationalen Bekleidungsbusiness - vehement und renitent und irgendwie basisorientiert - aufspüren. Paradoxerweise sind gerade diese Ansprüche in den Vermarkterländern von Bekleidung selbst aus den verschiedensten Gründen auf absehbare Zeit nicht einlösbar", so Ronald Köpke, Consultant zu Sozial- und Umweltstandards, tätig in Lateinamerika. (5) Abgesehen davon, dass die Geschichte immer wieder für Überraschungen gut ist und Köpke in letztem Punkt widerlegen möge, ist doch ansonsten die Kritik an der Lobby-Politik aus dem Norden überaus treffend.

Gruppen wie die CIR bilden noch eine gewisse Ausnahme, deren Wortwahl sich von anderen NGOs abhebt. Da wird noch Brecht zitiert, von Kapitalverhältnissen gesprochen und darauf verwiesen, dass "der Kampf der mittelamerikanischen Basisorganisationen um ihre Rechte nur erfolgreich sein (kann), wenn sich bei uns, in den wirtschaftlichen Machtzentren etwas verändert". Wertvoll ist auch, dass Berichte wie über den

Arbeitskampf beim Puma-Zulieferer Matamoros in Mexiko von März 2003 zur Verfügung gestellt werden - bei gleichzeitiger Distanzierung von "gelben Gewerkschaften".

Daran sollte eine im Vergleich zum NGO-Spektrum unabhängigere und radikalere Solidaritätsarbeit anknüpfen. Denn sicherlich wäre es spannend, sich jenseits eines Nord-Süd-Gefälles im Widerstand gegen die Offensive des Kapitals mehr aufeinander zu beziehen und Kampferfahrungen auszutauschen. Zumindest könnte von Arbeitskämpfen in den Produktionsstätten eine gewisse Signalwirkung ausgehen. Deshalb lohnt es sich bestimmte Kämpfe genauer auszuwerten. In den 1990er Jahren gab es neben Streiks auch Betriebsbesetzungen wie etwa in Nicaragua. In Argentinien stand im Jahr 2003 die Textilfabrik Brukman - von der Kampagne für saubere Kleidung unerwähnt - zeitweise ganz unter Kontrolle der ArbeiterInnen, während KollegInnen bei Zanon erfolgreich zeigten, dass auch hochmoderne Fabriken angeeignet und in Eigenregie betrieben werden können. (6) Unter den jüngsten Auseinandersetzungen im Textilbereich ist die der vergleichsweise fortschrittlichen türkischen Gewerkschaft DISK zu erwähnen, bei der sich einige KollegInnen an der Basis von Funktionären hintergangen sahen. (7)

Auch hinsichtlich Interessenorganisation wäre ein internationaler Austausch höchst interessant. Genauere Beachtung verdienen etwa autonome Frauengruppen in Zentralamerika, die jenseits traditioneller Gewerkschaftsvertretung eine doppelte Präsenz in den Betrieben wie im Reproduktionsbereich bieten. Interessant daran auch, dass sie sich nicht in das Schema der CCC einreihen lassen und sich gegen Instrumentalisierungen mit dramatischen Bildern wehren. (8)

Erinnert sei an dieser Stelle auch an die erste größere Solidaritätskampagne aus der BRD zu Kämpfen im Bekleidungssektor, als ArbeiterInnen bei dem deutschen Konzern Adler in Südkorea 1987 durch Besetzung und Streiks auf sich aufmerksam machten. Begleitende Anschläge der Roten Zora wie der Amazonen führten schließlich dazu, dass Adler einige Forderungen erfüllte. (9)

Politische Nadelstiche

Auch die Aktionsformen der CCC haben ihren festen Platz in der Vielfältigkeit von Protesten und es ist zu hoffen, dass sie für die ArbeiterInnen vor Ort zumindest größere Spielräume ermöglichen. Allerdings sollte die Rolle der Konsumierenden als Subjekt von Veränderung nicht überschätzt werden. Vielmehr sollte es über die Kampagne hinaus in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen heißen, mehr Sand im Getriebe zu sein. Auch das wäre eine gelungene Form von Solidarität, falls es einigen Näherinnen im Zeichen der Olympischen Spiele gelingen sollte, auch ein paar politische Nadelstiche zu setzen.

Mario Tal

Anmerkungen:

1) Die folgenden Zitate aus: Play fair bei Olympia. Arbeitsbedingungen in der Sportbekleidungsindustrie, Bestellung: www.fairolympics.org

2) www.cleanclothes.org; www.saubere-kleidung.de

3) www.ci-romero.de

4) ebd.

5) www.florece.net

6) vgl. www.wildcat-www.de

7) vgl. www.labournet.de

8) vgl. Ronald Köpke: Nationaler Wettbewerb und Kooperation. Freie Produktionszonen in Mittelamerika, Münster 1998. Thematisch lassen für Köpke die freien Produktionszonen eine tiefere Analysemöglichkeit des globalen Kapitalismus zu.

9) Vgl. Terres des Femmes: Nadeln und Netze. Frauenrechte in der globalen Textilindustrie, Tübingen 2001.

4. Der Räte-Romantiker von Wyhl

Walter Mossmann CD-Set erschienen

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:05

"Es scheint, dass jeder Mensch zur Lust am Leben Empörung gegen schlechtes Leben braucht." Dieses Zitat aus seinem Lied "Fehlanzeige" (1982) könnte als Motto über dem Werk von Walter Mossmann stehen. Der 1941 geborene Träger des Deutschen Kleinkunstpreises (1983) war zwar auch Dichter, Autor, Radio- und Filmemacher, wurde allerdings vor allem durch sein umfassendes musikalisches Schaffen bekannt.

Walter Mossmann gehörte nicht nur zu den Auftretenden der legendären frühen Waldeck-Festivals (ab 1965), sondern wurde in den 1970er Jahren auch zur Stimme des AKW-Widerstands, vor allem in Wyhl, wo er einen der großen Triumphe der Anti-AKW-Bewegung - das Verhindern des Reaktorbaus - mitfeiern konnte. Seinem musikalischen Wirken hat nun der TRIKONT-Verlag eine Art Werkschau in vier CDs gewidmet und damit auch einen wichtigen Beitrag zur neueren Geschichte des linken Kulturschaffens vorgelegt.

Mossmanns frühe Chansons stehen noch unter starkem Einfluss der französischen Vorbilder. Auch von Wolf Biermann, den er 1967 erstmals traf, soll er beeinflusst gewesen sein. Spätestens mit seinen Flugblattliedern ab 1974 schuf er dann allerdings jene eingreifende Kunst, die durch das Ungeheuerliche bestach, dass hier einer sang und Gitarre spielte und dabei wirklich Aufklärung und Agitation betrieb. Allerdings kein dumpfes "Hoch die - nieder mit", sondern wirklich Flugblattinhalte in Reimform und Melodie; Inhalte, die er dichter und prägnanter brachte, als die meisten FlugblattautorInnen es jemals gekonnt hatten. So war es kein Wunder, dass seine Texte dann auch wirklich auf Blätter gedruckt und verbreitet wurden oder auch schon mal eine EP auf den Markt kam, die bewusst als gesungenes Flugblatt gedacht war. Andere Songs wurden an anderen Orten situationsbezogen umgedichtet oder erhielten beständig neue Strophen, um auf neue Ereignisse eingehen zu können. Walter Mossmann sprach in diesem Zusammenhang vom "öffentlichen Gebrauchswert" seiner Lieder. Es ist daher auch nur logisch, dass heute zahlreiche seiner situations- oder aktionsbezogenen Songs nicht mehr gesungen werden können: Ihre Begründung ist entfallen, der "öffentlicher Gebrauchswert" besteht nicht mehr.

Eine Art Werkschau

Die Themen in seinen Flugblattliedern sowie in den ihnen vorangehenden Chansons waren vielfältig: Imperialismus, Atomenergie, Patriarchat, Reaktion und Diktatur, aber auch Zuneigung und Gefühl - und vieles mehr. Es mag sein, dass Mossmanns Wirkung auch aus dem entsprang, was Thomas Felder Jahre später rückblickend über ein Konzert von ihm schrieb: "Liebe, Politik, Lied und Mensch verschmolzen zu einem Gesamtkunstwerk, das sich unmittelbar auf die Anwesenden übertrug." (Folker!, 6/2001) Die Auswahl der Flugblattlieder auf der von Mossmann autorisierten Vier-CD-Box des TRIKONT-Verlages dokumentiert diese Wirkung - zumindest für jene, die in den 1960er bis zu den 1980er Jahren auf der Seite von Walter Mossmann so manchen Konflikt mit Staatsmacht, Kapital oder der bornierten Bevölkerung ausgetragen haben.

Zensur blieb da nicht aus. Fernsehsender oder Rundfunkanstalten wollten ihn nicht spielen; und einmal wurde er sogar dafür bezahlt, dass er, obwohl eingeladen, dann doch nicht vor den geladenen Gästen aus Industrie und Gewerkschaft zum Thema Umwelt sang. Doch "Zensur macht die Zensierten bekannt", stellt Mossmann heute fest. Und: Die Zensur konnte nicht verhindern, dass Walter Mossmann zahlreiche Preise erhielt, bis hin zum Ehren-Ruth (Preis für Folk. Lied und Weltmusik) in Rudolstadt 2004.

Bis ein Karzinom ihm Mitte der 1990er Jahre die Singstimme nahm, war Walter Mossmann immer wieder als Sänger in Erscheinung getreten, wurde in den 1980er Jahren ruhiger, lyrischer und auf eine gewisse Weise kraftvoller, in sich ruhender. Zur letzten Schaffensperiode als Sänger zählen auch die Cantastories, also Collagen aus Gesang, Musik, Geräuschen und Erzählungen. Eine dieser Cantastories (er benutzt noch eine anderen Begriff: Chantstory) - die in Zusammenarbeit mit Heiner Goebbels entstand - ist auf der letzten der vier CDs enthalten. "Unruhiges Requiem" befasst sich mit dem Tod des Arztes und Mossmann-Freundes Tonio Pflaum, der in Nicaragua von Contras ermordet wurde. Ein beeindruckendes Werk, das auch aufzeigt, dass Walter Mossmann nie einem rückwärts gewandten Liedermacherkult anhängte, so als sei die gezupfte Gitarre die Krönung allen kulturellen Schaffens, sondern immer für Neues offen war. So unterlegte er seinen Vortrag auch schon mal mit improvisiertem Blechgebläse.

Anstößiges nennen und Partei ergreifen

Auch nach dem Verstummen seines Gesangs hat Walter Mossmann sein Lebenswerk selbstverständlich nicht beendet. Theaterproduktionen beschäftigten ihn ebenso wie das Filmemachen oder z.B. die Solidaritätsarbeit in der Ukraine, deren Destabilisierung im Rahmen der europäischen Neuordnung er anprangert und wo er Ansätze für einen aufkommenden Nationalismus und akute Kriegsgefahr sieht.

Walter Mossmann bezeichnet sich in den Beiheften zu dem jetzt bei TRIKONT erschienenen CD-Set als "eine Art Räte-Romantiker". Kein Wunder also, dass er bereits Ende der 1960er Jahren die Abwanderung seiner Sängerkollegen zur DKP beklagte, da diesen so die Solidarität mit dem unter DDR-Repression leidenden Wolf Biermann unmöglich wurde. Gegen Berufsverbote in der BRD, aber für die härtere Repressionslinie der DDR - das konnte und wollte Walter Mossmann nicht mitmachen. Auch von einer "mythischen ‚Einheit der Linken`" hielt er nicht viel. Diese war ihm so suspekt wie die von bestimmten Machthabern konstruierte "Einheit des Volkes". Nochmals Mossmann: "Sicher, der politische Sänger nennt seine Tradition, bezeichnet das Anstößige, ergreift Partei; wenn er sich aber wider besseres Wissen auf Parteilinie begibt, dann geht er auf den Strich."

Martin Pechtold

Walter Mossmann: Chansons, Balladen, Flugblattlieder, Cantastorie apokrüfen, 4 CD im Schuber, TRIKONT, 30 Euro.

5. Shoah-Gedenken und "europäische Identität"

Replik auf "Old Europes Verführungsstrategien" in ak 485

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:06

Ein Alarmruf mobilisiert die antideutsche Szene: Die seit einiger Zeit zu beobachtenden Bemühungen um ein "identitäres Projekt Europa" - verstanden als eine dem US-amerikanischen Unilateralismus gegenüber tretende europäische "Wertegemeinschaft" - würden zwangsläufig auch eine "deutsch-europäische Verdrehung der nationalsozialistischen Vergangenheit" mit sich bringen und der "Relativierung der Shoah" Vorschub leisten. (1) Die Light-Version dieser These ist in dem Artikel "Old Europes Verführungsstrategien" der Berliner Gruppe Kritik & Praxis (K&P) in ak 485 nachlesbar. Was eine Replik herausfordert.

Zwei der "Verführer" werden von K&P beim Namen genannt: Es handelt sich um die Philosophen Jürgen Habermas und Jacques Derrida. Mit ihrem Text "Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas" (FAZ, 31.5.2003), haben sie, wie K&P richtig feststellt, den Versuch unternommen, "eine gewissermaßen ‚geläuterte` europäische Identität" zu erfinden. Brandgefährlich erscheint mir vor allem ihr Bekenntnis zu einer "gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik". Habermas und Derrida schreiben: "Europa muss sein Gewicht auf internationaler Ebene und im Rahmen der UN in die Waagschale werfen, um den hegemonialen Unilateralismus der Vereinigten Staaten auszubalancieren." Das erfordert aus ihrer Sicht den kontinentalen Schulterschluss: "Im Rahmen der künftigen europäischen Verfassung darf und kann es keinen Separatismus geben. (...) Das avantgardistische Kerneuropa darf sich nicht zu einem Kleineuropa verfestigen; es muss - wie so oft - die Lokomotive sein." Während die deutschen und französischen Lokführer bestimmen, wohin die Reise geht, dürfen die Fahrgäste nicht einmal aussteigen - eine deutlich schlimmere Vision als die des "Kerneuropa"-Erfinders Wolfgang Schäuble, der seinerzeit ein "Europa der zwei Geschwindigkeiten" propagiert hatte.

Die AutorInnen von K&P widmen sich indes vor allem dem Versuch von Habermas und Derrida, eine europäische Wertegemeinschaft zu konstruieren. Dieser Versuch sei "nicht besonders erfolgreich" gewesen. Mit einer Einschränkung: "Allerdings wurde in den Feuilletons immer wieder der angeblich reflexive Bezug auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts aufgegriffen, der die europäischen Völker verbinde und von anderen unterscheide. Damit wird aus der Erinnerung an die Shoah ein europäisches Projekt. Die Unterschiede zwischen Opfern - den Ländern, die von den Deutschen besetzt waren - und den Tätern wird verdeckt."

Deutsche Täter, europäische Komplizen

Das sind starke Worte. Die selbst gestellte Frage nach "historischen Erfahrungen, Traditionen und Errungenschaften", die eine "europäische Identität" konstituieren könnten, hatten Habermas und Derrida u.a. so beantwortet: "Das heutige Europa ist durch die Erfahrungen der totalitären Regime des zwanzigsten Jahrhunderts und durch den Holocaust - die Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden, in die das NS-Regime auch die Gesellschaften der eroberten Länder verstrickt hat - gekennzeichnet." Aus diesem einen Satz eine Gleichsetzung von Tätern und Opfern herauszulesen, erscheint mir verfehlt. Und wieso ist es verwerflich, wenn Habermas und Derrida "aus der Erinnerung an die Shoah ein europäisches Projekt" machen wollen? Die Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden war ohne Zweifel ein "deutsches Projekt", die Mehrheit der 6 Millionen Opfer aber kam aus Polen (3 Millionen), der Sowjetunion (1,1 Millionen) und Ungarn (569.000). Die Erinnerung an die Ermordeten wach zu halten, muss von staatlichen und überstaatlichen Institutionen, die EU-Ebene eingeschlossen, geradezu gefordert werden - auch wenn die offizielle Erinnerungspolitik oft genug instrumentellen Charakter hat und, namentlich in Deutschland, dem Rest der Welt stolz als Beweis der eigenen "Läuterung" präsentiert wird.

Die Singularität des deutschen Menschheitsverbrechens wird auch nicht automatisch durch den Verweis auf die Mittäterschaft Nicht-Deutscher relativiert - auch wenn das von Rechten und Konservativen immer wieder versucht wird. Die Rekonstruktion der historischen Wahrheit ist aber unverzichtbar, wenn man der Wiederholungsgefahr begegnen will. Laut Adornos "kategorischem Imperativ" sind "die Menschen im Stande ihrer Unfreiheit" aufgefordert, "ihr Denken und Handeln so auszurichten, dass Auschwitz sich nicht wiederhole, nichts ähnliches geschehe". Anders ausgedrückt: "Gerade wegen seiner einzigartigen Erscheinung in der Weltgeschichte darf der Holocaust nicht mythologisierend enthistorisiert, vor allem aber nicht durch Ideologie

partikular vereinnahmt werden, sondern muss zum nie mehr wegzudenkenden historischen Warnsignal werden, das als solches eben nicht als vergleichbares Phänomen ‚ausharrt`, sondern unentwegt auf die Möglichkeit menschlicher Barbarei verweist." (2) Das Zitat stammt von Moshe Zuckermann, der in seinem berühmten Streitgespräch mit Thomas Ebermann, Hermann L. Gremliza und Volker Weiß auch darlegt, was für ihn aus der unterschiedlichen Erinnerungskultur in Israel und Deutschland folgt: "Ich will die Shoah von der Instrumentalisierung bereinigen, indem ich die Shoah aus der partikular zionistischen Rezeption in ihre universelle Bedeutung hebe. In Deutschland würde ich übrigens genau das Umgekehrte empfehlen, nämlich das Universelle der Shoah zu partikularisieren beziehungsweise zu konkretisieren, und zwar deshalb, weil die Juden eben doch die Hauptopfer der Katastrophe waren und die Deutschen die Haupttäter." (3)

Die Shoah als "historisches Warnsignal"

Bezogen auf die heutige Debatte in den von Nazi-Deutschland besetzten Ländern kommen als dritte Gruppe neben den jüdischen Opfern und den deutschen Haupttätern die einheimischen Mittäter hinzu. Diese werden von den dort verantwortlichen PolitikerInnen immer wieder absichtsvoll "vergessen", wie das Beispiel des neuen EU-Mitglieds Lettland erst kürzlich zeigte. Auf der Eröffnungsveranstaltung der diesjährigen Leipziger Buchmesse provozierte die ehemalige lettische Außenministerin Sandra Kalniete mit den Worten, "dass beide totalitären Regime - Nazismus und Kommunismus - gleich kriminell waren. Es darf niemals eine Unterscheidung zwischen ihnen geben, nur weil eine Seite auf der Seite der Sieger gestanden hat." Kalnietes Äußerung ist deshalb besonders skandalös, weil sie das lettische Volk zum doppelten Opfer erklärt und dabei verschweigt, dass lettische SS- und Polizei-Einheiten an der Ermordung der Juden in Lettland aktiv beteiligt waren. 30.000 der über 70.000 jüdischen Opfer der Shoah in Lettland wurden allein durch das 400 Mann zählende lettische Mordkommando unter Victor Arajs umgebracht.

Während Kalnietes Rede in Leipzig viel zu wenig Empörung auslöste - Salomon Korn verließ unter Protest die Veranstaltung - trifft sie in Lettland offenbar auf breite Zustimmung. "Die aktuelle geschichtspolitische Debatte in Lettland", schreibt Micha Brumlik, ziele darauf ab, "die Tätigkeit der lettischen Hilfspolizei und der annähernd 100.000 Mitglieder der ‚Lettischen Legion`... als verständliche und entschuldbare Aktivität im Kampf um die nationale Unabhängigkeit gegen die Sowjetunion zu betrachten." (taz, 10.4.2004) Hier kann Einmischung von außen nur nützlich sein - weniger durch EU-SpitzenpolitikerInnen als durch jene zivilgesellschaftlichen Instanzen, die Habermas und Derrida mit ihrem europäischen Erinnerungsprojekt erreichen wollen. Diese Art der Einmischung wäre eine Unterstützung für die schwachen Kräfte, die sich in Lettland, seinen baltischen Nachbarländern und anderen neuen osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten dem Antisemitismus und der nationalen Amnesie entgegenstellen. Nicht mehr und nicht weniger.

Im übrigen wäre die Europäisierung der Erinnerung an die Shoah nur ein Zwischenschritt hin zu ihrer Universalisierung. Wie ungeheuer schwierig die Schaffung eines Bewusstseins für die jüdische Leidensgeschichte namentlich in den arabischen Staaten ist, hat Omar Kamil in seinem Zweiteiler "Araber, Antisemitismus und Holocaust" (ak 473 und 474) heraus gearbeitet. Sein Text endet mit dem Appell: "Dabei kann Europa einen konstruktiven Beitrag leisten. Moralische und finanzielle Unterstützung der Ideen der neuen Intellektuellen in den arabischen Gesellschaften ist notwendiger denn je." Europäische Intellektuelle wie Habermas und Derrida, die dabei helfen könnten, sollten nicht als Geschichtsfälscher und Shoah-Relativierer denunziert werden.

Js.

Anmerkungen:

1) Zitate aus der Pressemitteilung von BgR Leipzig & Antifaschistischer Frauenblock zur Demo "Die neue Heimat Europa verraten" am 24.7.2004 in Leipzig

2) "Zweierlei Holocaust", Göttingen 1998, S. 179

3) "Zweierlei Israel", Hamburg 2003, S. 31; vgl. ak 473

6. Professor Song ist frei

Nach Urteil in 2. Instanz konnte der deutsch-koreanische Hochschullehrer in die Bundesrepublik zurückkehren

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:07

Am 21. Juli fällte der High Court in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul gegen den "der Spionage für Nordkorea" bezichtigten Münsteraner Hochschullehrer Song Du-Yul in der zweiten Instanz ein wegweisendes Urteil - drei Jahre auf Bewährung und die sofortige Freilassung aus dem Untersuchungsgefängnis. Nachdem zuerst das weitere Schicksal Songs im Ungewissen blieb, konnte er überraschend am 5. August in die Bundesrepublik ausreisen.

Song war ins Mahlwerk des südkoreanischen Geheimdienstes NIS und der südkoreanischen Staatsanwaltschaft geraten, nachdem er Ende September 2003 nach 37-jährigem Exil mit seiner Familie nach Südkorea zurückgekommen war. Noch am Flughafen erwirkten damals die aufgebrachten Kalten Krieger im Lande, vorrangig der Geheimdienst NIS und die Staatsanwaltschaft, die Inhaftierung Songs. Bereits drei Monate später begann vor dem Seouler Distriktgericht der Prozess gegen Song wegen "Mitgliedschaft im Politbüro der Partei der Arbeit Koreas" (der nordkoreanischen KP), "Spionage für eine staatsfeindliche Organisation" (so die Bezeichnung für Nordkorea) und die "Schädigung des Ansehens der Republik Korea im Ausland" - allesamt ein Verstoß gegen das so genannte Nationale Sicherheitsgesetz. Ende März wurde Song in der ersten Instanz dieses kafkaesk-McCarthyistischen Verfahrens, in dem nichts bewiesen, doch wild drauflos schwadroniert wurde, zu einer siebenjährigen Haftstrafe verurteilt. Die Staatsanwaltschaft hatte eine 15-jährige Haftstrafe, die Verteidigung Songs hingegen die sofortige Freilassung des Angeklagten gefordert. (vgl. ak 483)

Wegweisendes, in gewisser Weise mutiges Urteil

Mit dem März-Urteil waren die Weichen für die zweite Instanz gestellt. Der Richter des Seouler High Court befand in seinem Urteil vom 21. Juli - drei Jahre auf Bewährung -, dass dem Angeklagten nicht nachgewiesen werden konnte, jemals Mitglied im nordkoreanischen Politbüro, geschweige denn in dessen Hierarchie die Nummer 23 gewesen zu sein. Dazu hätte es notwendig der Mitgliedschaft im Zentralkomitee der Partei bedurft, was ebenso wenig nachweisbar sei. Sollte selbst der frühere Staats- und Parteichef Kim Il-Sung Professor Song direkt zum Kandidaten des Politbüros ernannt haben, hätte dies gemäß den Statuten und der Satzung der Partei zu einem späteren Zeitpunkt publik gemacht werden müssen. Auch das sei nicht geschehen. Der High Court wies in seinem dem Urteil auch die Behauptung der Staatsanwaltschaft zurück, Songs Publikationen hätten die Sicherheit Südkoreas gefährdet. Das Gericht würdigte sogar die von Professor Song angewandte Methode des immanent-kritischen Ansatzes in der Nordkorea-Forschung, wodurch anstelle von Konfrontation die Kooperation mit dem Norden erleichtert werde.

Die Anklagepunkte, die das Gericht am 21. Juli dennoch anerkannte, bezogen sich auf fünfmalige Besuche Songs in Nordkorea zwischen Mai 1992 und Sommer 1993 (seitdem ist Song deutscher Staatsbürger) sowie auf den "Betrugsversuch im Falle des gegen Hwang Jang-Yop angestrengten Zivilprozesses". Gegen Hwang, einem hochrangigen Überläufer aus Nordkorea, hatte Song vor drei Jahren erfolgreich geklagt und ihm gerichtlich untersagen lassen, ihn (Song) als nordkoreanisches Politbüromitglied zu bezeichnen.

Das Urteil des Seouler High Court war in gewisser Weise mutig, da es implizit das aus der Ära des Kalten Krieges stammende Nationale Sicherheitsgesetz in Frage stellte. Andererseits fühlten sich dadurch die zahlreichen rechten, konservativen und reaktionären Kräfte im Lande, wie nicht anders zu erwarten war, brüskiert. Der Geheimdienst NIS befürchtet einen völligen Gesichtsverlust. Just 24 Stunden nach dem Urteilsspruch ging die Staatsanwaltschaft vor dem Obersten Gerichtshof des Landes in Revision.

Am 23. Juli fand vor dem Gerichtsgebäude des Seouler High Court eine Großdemonstration von Koreakriegsveteranen gegen die Freilassung von Song aus dem Untersuchungsgefängnis statt. Auch die Betonmischer inner- wie außerhalb des Parlaments sahen buchstäblich "rot". Frau Park Geun-Hye, die Tochter des früheren Militärdiktators Park Chung-Hee und Vorsitzende der ultrarechten oppositionellen Großen Nationalpartei (GNP) wähnte ihr Land bereits an der Schwelle eines "totalen Krieges zwischen den

unterschiedlichen politischen Lagern". Der "Fall Song" ist für diese psychopathische Antikommunistin und ihren Klüngel ein Ausdruck dafür, dass sich der Süden in die Fänge des Norden begebe.

In einem solchen Klima des aufgeheizten Antikommunismus und Kalten Krieges verwundert es nicht, dass der Familie Song auch nach dem Urteilsspruch das Leben vermiest wurde. Song konnte sich nur eingeschränkt bewegen, zudem wurde ihm die Ausreise aus Südkorea verweigert, weil angeblich ein erneuter Haftbefehl von Seiten der Staatsanwaltschaft drohte. Enge Kollegen und Freunde der Familie berichteten zudem von zahlreichen Morddrohungen gegen Professor Song und seine Frau. Polizeischutz musste angefordert werden und das Paar auf Grund der lebensbedrohlichen Lage bis zur Ausreise am 5. August umziehen.

Wie zu Zeiten und mit den Mitteln des Kalten Krieges

Ende Juli kam es sogar - offensichtlich aus dem Dunstkreis des südkoreanischen Geheimdienstes und der südkoreanischen Botschaft in Berlin - zu telefonischen Drohungen gegen hiesige Freunde und Kollegen Songs, die sich für die Freilassung Songs eingesetzt hatten. Eine Praxis, derer sich diese Kräfte während der Militärdiktatur mit brutaler Regelmäßigkeit bedienten.

Rainer Werning

7. Gleich und gleicher

Zur Produktion von Häuslichkeit in gleichgeschlechtlichen Beziehungen

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:08

Wer kocht eigentlich in lesbischwulen Paarbeziehungen? Und wer "geht arbeiten"? Der Gleichheitsmythos in Bezug auf die häusliche Arbeitsteilung bei gleichgeschlechtlichen Paaren steht auf tönernen Füßen, wie eine jüngste Untersuchung aus den USA zeigt.

Sozialwissenschaftliche Theorien über beschleunigte gesellschaftliche Umwälzungsprozesse in der so genannten Spät- oder Postmoderne treiben oft eigentümliche Blüten. Ein Beispiel dafür ist die These des britischen Soziologen (und wirtschaftspolitischen Stichwortgebers der Regierung Blair) Anthony Giddens, wonach Säkularisierung, Individualisierung und die Auflösung kulturell vermittelter Erwartungen dazu geführt habe, dass eine neue und flexiblere Beziehungskultur entstanden sei, verbunden mit einer Demokratisierung intimer und sexueller Beziehungen. Beziehungen beruhen danach heute in erster Linie auf Aushandlungsprozessen individueller Bedürfnisse und Wünsche zwischen prinzipiell egalitären PartnerInnen. Eine solche Kultur des alltäglichen Experimentierens und Verhandelns, so Giddens, ermögliche zum ersten Mal in der Geschichte eine wirkliche Gleichheit zwischen den Geschlechtern.

Für Feministinnen war es nicht schwer zu zeigen, dass diese These in einem krassen Widerspruch zu neueren empirischen Forschungen über heterosexuelle Beziehungen steht. Danach bestehen ungleiche Praxen selbst dort fort, wo sich Paare an feministischen Gleichheitsidealen orientieren. Dennoch erfreut sich Giddens Demokratisierungsbehauptung in der europäischen Beziehungssoziologie breiter Beliebtheit. Besonders hartnäckig hält sie sich vor allem in der neueren Literatur über gleichgeschlechtliche Beziehungen, denn Giddens Modell würdigt gerade Lesben und Schwule als VorreiterInnen dieser angeblich neuen Kultur der Gleichheit. Die intimen Beziehungen von Schwulen, Lesben und Bisexuellen seien nicht an heterosexuelle Beziehungsmodelle gebunden und definierten sich auch oft in Abgrenzung zu diesen. Deswegen seien PartnerInnen hier oft in der Lage, Formen der Macht und Normativität, die in heterosexuellen Geschlechterrollen und Beziehungsnormen begründet sind, zu überwinden.

Eine solche Einschätzung ist weit verbreitet und spiegelt in besonderem Maße auch das Selbstbild von vielen Schwulen, Lesben, Bisexuellen oder Queers. Forscherinnen wie Gillian Dunne rühmen das Ausmaß an gegenseitiger Unterstützung und gleicher Arbeitsteilung in Bezug auf Berufs-, Haushalts- und Erziehungsarbeit unter lesbischen Partnerinnen. Auch Jeffrey Weeks und seine KollegInnen feiern in jüngeren Untersuchungen nicht-heterosexuelle Frauen und Männer als "Pioniere" einer neuen egalitären Beziehungskultur. Wenn Giddens These überhaupt irgendeine Berechtigung habe, dann im Kontext lesbisch, schwuler und bisexueller gleichgeschlechtlicher Beziehungsexperimente.

Pioniere der Gleichberechtigung?

Es mag noch einigermaßen nachvollziehbar erscheinen, dass Formen der Macht, die über das Geschlecht vermittelt werden, sich in nicht-heterosexuellen Beziehungen nicht so stark etablieren. Doch die Weigerung, andere Faktoren wie z.B. Ethnizität oder Klassenpositionierung bei der Analyse von Machtgefällen in Beziehungen zu berücksichtigen, macht eher skeptisch. Angesichts des weit verbreiteten und ungebrochenen Lobes lesbischwuler Egalität, ist es erhellend und erfrischend, sich mit einer Studie zu beschäftigen, die Christopher Carrington in den USA durchgeführt hat. (1) Carrington hat sich mit der Produktion von Häuslichkeit in lesbischwulen Beziehungen und Familien beschäftigt und dabei 52 Beziehungen untersucht. Seine Bilanz über Arbeit und Arbeitsteilung fällt eher nüchtern aus: In Bezug auf Prozesse der beruflichen und häuslichen Arbeitsteilung und der damit verbunden Un-/Gleichheiten unterscheiden sich gleichgeschlechtliche Beziehungen nicht so sehr von heterosexuellen.

Carrington hat eine Reihe von Erklärungen für die Diskrepanz zwischen seinen Ergebnissen und denen vieler seiner KollegInnen. So gibt es - wie bei empirischen Untersuchungen heterosexueller Beziehungen auch - unter den ForschungsteilnehmerInnen eine starke Tendenz, ihre Beziehungspraxis als "gleich" zu beschreiben, auch wenn das oft in krassen Gegensatz zu ihrer gelebten Alltagsrealität steht. Das Eingeständnis, in ungleiche Machtbeziehungen eingebunden zu sein, hat ja tief greifende Konsequenzen für das Selbstbild und das Bild des/der PartnerIn. Für Schwule, Lesben und Bisexuelle erscheint es oft noch

dringlicher als für Heterosexuelle, den Gleichheitsmythos zu bemühen, da ihre Beziehungen sowohl in der wissenschaftlichen Forschung als auch in vielen Alltagsdiskursen entwertet und pathologisiert werden. ForschungsteilnehmerInnen (und in vielen Fällen auch ForscherInnen) sind daher oft bemüht, ein positives Bild lesbischwuler Lebensweisen zu zeichnen, um dem gesellschaftlichen Heterosexismus etwas entgegen zu setzen. Die Diskrepanz zwischen dem nach außen vertretenen Gleichheitsmythos und einer Alltagsrealität, die auf ungleicher Arbeitsteilung beruht, wurde jedoch immer dann sehr deutlich, wenn Carrington mit den jeweiligen LebenspartnerInnen getrennt über ihre Haushaltsführung sprach oder wenn er sie auch beim Einkaufen, Waschen, Kochen, usw. begleitete.

Die Ungleichheit der eigenen Haushaltsorganisation wird vielen allerdings auch nicht bewusst, weil viele der Arbeiten, die für die Schaffung von Häuslichkeit zentral sind, nicht wahrgenommen werden. Die Unsichtbarkeit dieser vielschichtigen Arbeitsprozesse spiegelt sich auch in den gängigen sozialwissenschaftlichen Theorien über Hausarbeit. Eine wichtige Rolle spielt hier sicherlich die vorherrschende Tendenz in der Geschichte des marxistischen Arbeitsbegriffes, produktive und reproduktive Arbeit kategorisch zu unterscheiden und nur der ersteren wirkliche gesellschaftliche Relevanz zuzuschreiben. Aber auch feministisch-sozialistische Positionen, die für eine gesellschaftliche Anerkennung oder Entlohnung reproduktiver Arbeit im Haushaltskontext kämpfen, bemühen meist einen verkürzten Arbeitsbegriff.

Das bisschen Haushalt

Carrington greift innovative Erweiterungen des Arbeitsbegriffes durch feministische Autorinnen auf, die z.B. die Relevanz "emotionaler Arbeit" in Arbeits- oder Beziehungskontexten hingewiesen haben: Wer spricht in einer Beziehung Probleme an? Wer trägt durch Gesprächsinitiative dazu bei, in Konfliktsituationen wieder eine Balance herzustellen? Wer übernimmt die Aufgabe, den Haushalt nach außen zu repräsentieren? Wer pflegt Kontakte zu Verwandten oder gemeinsamen FreundInnen? Wer besorgt Informationen über Freizeitgestaltungsmöglichkeiten, macht Vorschläge für gemeinsame Aktionen, checkt aus, ob FreundInnen mitkommen wollen und erkundigt sich, ob es noch Tickets für eine Veranstaltung gibt? All diese interaktiven Tätigkeiten oder emotionalen Interventionen benötigen ein enormes Maß an mentaler und emotionaler Energie. Selbst so scheinbar offensichtliche Arbeitsprozesse wie Nahrungsmittelversorgung sind bei genauerer Betrachtung äußerst komplex und beziehen eine Vielzahl eher "unsichtbarer" Arbeitsprozesse mit ein: Wer kauft ein oder macht Besorgungen, die die Grundausstattung eines Haushalts betreffen? Wer macht Vorschläge für Gerichte? Wer hat sich über ernährungswissenschaftliche oder -politische Fragen Gedanken gemacht? Wer kennt die Geschmäcker der anderen Haushaltsmitglieder und macht entsprechende Besorgungen?

Carringtons Ergebnisse sind eindeutig: Nur wenige lesbischwule Beziehungen können als egalitär oder gleich bezeichnet werden. Die meisten zeigen vielmehr ein deutliches Muster der differenzierten Arbeitsteilung. Ein mehr oder weniger gleiches Engagement im Haushalt fand sich darüber hinaus auch immer nur bei bestimmten Beziehungen. Oft waren das extrem wohlhabende Paare, die sich in der Produktion ihrer Häuslichkeit auf die Dienstleistungen verschiedenster Serviceindustrien stützten. Viele dieser Paare speisten z.B. bis zu vier Mal die Woche in Restaurants. Darüber hinaus beschäftigten sie Hausangestellte für Raumpflege, Gartenarbeit und/oder Wäsche - meist in informellen, versicherungsfreien Arbeitsverhältnissen, oft auch mit unterbezahlten illegalen MigrantInnen.

Das Bild von Gleichheit, das in diesen Arrangements erzeugt wird, ist natürlich trügerisch. Es basiert auf einer Struktur vielfältiger und komplexer Abhängigkeiten und Ungleichheiten, denen wiederum globalisierte ökonomische Strukturen zu Grunde liegen. Andere Paare konnten es sich deswegen leisten, viel Zeit in die Schaffung von Häuslichkeit zu investieren, weil sie in ihrer Berufsarbeit verhältnismäßig "privilegierte" Arbeitsbedingungen vorfinden, wie z.B. eine tatsächliche 40 Stundenwoche, bezahlten Urlaub, bezahlte Krankheitstage oder Elternschaftsurlaub. Nach Carringtons Beobachtungen scheint das oft in Berufen der Fall zu sein, die traditionell als "weiblich" gelten und deshalb eine gewisse Freistellung für Anforderungen des Familienlebens beinhalteten (z.B. Lehrberufe, Arbeiten im Gesundheitssektor usw.).

Darüber hinaus war ein "Gleichheitsmuster" nur noch bei den PartnerInnen zu erkennen, die sowieso wenig Zeit in Hausarbeit investierten und ein sehr reduziertes Verständnis von gemeinsamer Häuslichkeit hatten. In den meisten Beziehungen oder Familien waren es einzelne, die den Hauptanteil an Planung, Sorge und materieller Arbeit zur Produktion von Häuslichkeit übernahmen. Die wenigsten entscheiden sich bewusst dafür,

eine solche Rolle einzunehmen. Meist wird die Frage, wer sich in der Beziehung auf die Häuslichkeit verlegt, auf einer pragmatischen Grundlage entschieden. Auch spielt die Frage, wie Individuen in weitere ökonomische Prozesse eingebunden sind, eine entscheidende Rolle. Das Gros an Hausarbeit wird also in der Regel von denjenigen übernommen, die weniger verdienen als ihre PartnerInnen oder geringere oder schlechtere Karrierechancen haben.

Politische Ökonomie der Beziehung

Carrington zeigt deutlich, dass Arbeitsteilung in der Produktion von Häuslichkeit maßgeblich von weiteren ökonomischen Prozessen abhängig ist. Wenn Gleichheit also tatsächlich als ein ethisches Ideal im Beziehungs- und Familienleben realisiert werden soll, so setzt das eine "politische Ökonomie der Familie" voraus, das heißt eine politische Analyse, die anerkennt, dass Beziehungs- oder Familienleben von einer ganzen Reihe von Ressourcen abhängig ist. Geld, Zeit, gesellschaftliche Anerkennung und Bestätigung sowie ein unterstützendes Beziehungsnetzwerk gehören dabei sicherlich zu den wichtigsten. Differenzen in der persönlichen und gesellschaftlichen Positionierung spielen immer eine entscheidende Rolle dafür, welchen Zugang Individuen zu diesen Ressourcen haben.

Häuslichkeit, wie sie unter gegebenen Bedingungen gelebt werden kann, ist also immer zweierlei: zum einen ein Privileg (der besser Gestellten, die es sich erlauben können, Zeit oder Geld für die Produktion von Häuslichkeit freizustellen) und zum anderen ein Risiko (für diejenigen, die sie verrichten): Denn wer auch immer diese Häuslichkeit erarbeitet, erlangt dadurch keinerlei Sicherheiten. Im Falle einer Trennung hat er/sie immer die schlechteren Karten für einen Neuanfang. Gleichheit in intimen Beziehungen und Familien wird also weiterhin eine Utopie bleiben, solange es nicht gelingt, erfolgreiche politische Strategien zu entwickeln, um allen Menschen, über die Differenzen sexueller, geschlechtlicher, ethnischer und klassenbedingter Positionierungen hinweg, zumindest ein ausreichendes Einkommen zu sichern.

Christian Klesse

Christian Klesse lebt in Hamburg und forscht im Bereich der queer theory.

8. Deflation - ein fast vergessenes Ungeheuer

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:09

Auch politisch interessierte Menschen kennen das Wort Deflation und dessen Bedeutung vor allem aus dem Geschichtsunterricht: Die Politik des deutschen Reichskanzlers Heinrich Brüning (1930-32) förderte einen Deflationsprozess mit katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Folgen.

Brüning setzte mit Hilfe von Notverordnungen Lohnsenkungen durch. Die Senkung der Produktionskosten sollte die Exportfähigkeit der deutschen Wirtschaft steigern, um so die nötigen Devisen zur Zahlung der Reparationen zu erhalten. Diese Hoffnung erfüllte sich allerdings nicht. Die Lohnsenkungen führten zu Kaufzurückhaltung bei Haushalten und Unternehmen, weil diese auf weiter sinkende Preise hofften, während die Einkommen der Lohnabhängigen sanken. Hinzu kam, dass die Regierung Brüning geradezu verzweifelte Sparanstrengungen - u.a. zu Lasten der Erwerbslosen - unternahm, um trotz sinkender Steuereinnahmen und rasant steigender Erwerbslosenzahlen einen ausgeglichen Haushalt vorzulegen. Das führte zu einer Verschärfung der Krise und zum Scheitern von Brünings Politik. Ganz offenbar handelt es sich um politisch lehrreiche Prozesse, die man besser nicht in Geschichtsbüchern begraben sollte.

Allgemein bezeichnet Deflation einen Preis- und Lohnrückgang, der mit einem Rückgang der Gewinne und einem Anstieg der Erwerbslosigkeit verbunden ist. Schon im Frühjahr 2003 kam der IWF zu dem Ergebnis, dass eine Deflation nicht nur für Deutschland eine reale Gefahr darstellt. Auch von der Qualitätspresse wurde dies allenfalls am Rande zur Kenntnis genommen. Vermutlich hat das damit zu tun, dass eine ernsthafte Beschäftigung mit dem Problem die vermeintliche Gewissheit ins Wanken bringen würde, Massenerwerbslosigkeit sei auf zu hohe Arbeitskosten zurückzuführen. Kaum ein Politiker oder Fachjournalist, der dieses Glaubensbekenntnis nicht zur Anbahnung und Stützung von Maßnahmen an unterschiedlichsten Stellen benutzte: Kürzung der Krankenkassenleistungen oder Erhöhung der Ökosteuer (um die Lohnnebenkosten zu senken), Angriffe auf angeblich unflexible Flächentarifverträge oder Arbeitszeitverlängerung (um die Stundenlöhne zu senken). Vor diesem Hintergrund ist es erfreulich, dass sich die Zeitschrift Prokla im Heft 134 (1) mit Ursachen und Wirkungen der Deflation, historischen und aktuellen Deflationsprozessen sowie aktuellen Deflationsgefahren befasst, ohne von den LeserInnen zu erwarten, sich in die Modellwelten der Volkswirtschaftstheoretiker einzuarbeiten.

Ein wichtiger Grund, warum deflationäre Prozesse schwerwiegende Konsequenzen haben, besteht darin, dass in einer Deflation durchaus nicht alle Kosten zurückgehen: Die Kosten für einmal aufgenommene Kredite sinken nicht, was bei vielen Schuldnern wegen der sinkenden Einnahmen zu Zahlungsschwierigkeiten führen wird. Hat dieses Phänomen einmal einen gewissen Umfang erreicht, ist mit reißenden Kreditketten, zahlreichen Pleiten und wachsender Erwerbslosigkeit zu rechnen.

Die Lohnentwicklung in der EU seit Beginn der 1990er Jahre ist nicht dazu angetan, die Deflationsgefahr zu bannen. Reallohnerhöhungen im Umfang des Wachstums der Arbeitsproduktivität (= Sozialprodukt pro Arbeitsstunde) wären nämlich preisniveauneutral. Tatsächlich waren die Lohnabschlüsse, besonders in Deutschland, in dem angegebenen Zeitraum deutlich niedriger, was deflationären Tendenzen Vorschub leistet.

Wie schädlich eine solche Entwicklung sein kann, zeigt das Beispiel Japan. Kern des japanischen Problems ist, dass die Löhne in Japan noch weniger als in Europa ihre Funktion als möglicher Stabilitätsanker erfüllen. In Japan werden Tarifverhandlungen nämlich unternehmensbezogen geführt. Im Falle einer nicht zufrieden stellenden Ertragslage führt das noch leichter zu Zugeständnissen der Beschäftigten, um die Situation des Unternehmens in der Konkurrenz zu verbessern. Da dies zu einer flächendeckenden Erscheinung wurde, war eine Deflation, in deren Verlauf alle verloren, die Folge. Siemens und DaimlerChrysler haben in jüngster Zeit vorgeführt, dass entsprechende Entwicklungen in Deutschland nicht unmöglich sind.

Deflationsgefahren gehen aber auch von den deregulierten Weltfinanzmärkten aus. Ein starker Rückgang des Wechselkurses hat insbesondere für Schwellenländer ernste Konsequenzen, da diese anders als die USA oder die Euroländer Auslandsschulden nicht in der Landeswährung aufnehmen können. Ein Wechselkursrückgang hat deshalb eine Erhöhung der Auslandsverschuldung in gleicher Höhe zur Folge. Aus dieser Konstellation erwächst geradezu ein Zwang zu restriktiver Geldpolitik mit deflationären Risiken, da eine niedrige Inflationsrate erforderlich ist, um die Flucht aus einer Währung mit den entsprechenden Folgen für den

Wechselkurs zu verhindern. Die Konsequenz ist ein tendenziell deflationäres weltwirtschaftliches Regime, das niedrigen Inflationsraten - und damit den Interessen der Geldvermögensbesitzer - Priorität einräumt.

Die Liberalisierung der Finanzmärkte ließ zudem die Renditeerwartungen auf den Finanzmärkten, besonders den Aktienmärkten, und damit die Belastung der realen Ökonomie (Löhne und Gewinne) in die Höhe schnellen. Dieser deflationäre Druck ist neben den bekannten Instabilitätspotenzialen der Aktienmärkte ein weiteres Risiko ihres rasanten Wachstums seit den 1970er Jahren.

Auch wenn man nicht die Absicht hat, in keynesianische Wachstumseuphorie zu verfallen, ist es angebracht, die unsozialen Folgen neoliberaler Politik auch mit dem Deflationsargument zu kritisieren. Das Prokla-Heft kann zur genaueren Beschäftigung mit dem Thema uneingeschränkt empfohlen werden.

Ferdinand Burghardt

Anmerkung:

1) Die kommende Deflationskrise. PROKLA 134, März 2004, www.prokla.de. Fast alle in diesem Text aufgestellten Behauptungen werden in dem Heft belegt.

9. Was tut man nicht alles für ein Handy

Siemens erpresst hilflose Gewerkschaften

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:10

Die Handywerke der Siemens AG in Bocholt und Kamp-Lintfort bleiben in Nordrhein Westfalen und werden nicht in Ungarn wieder aufgebaut - vorerst. Doch rechter Jubel mag bei den Betroffenen nicht aufkommen, bei der Belegschaft nicht und auch nicht bei der IG Metall, die das Ergebnis dieses Konflikts kaum als Werbekampagne einsetzen kann. Schließlich ist der Preis für die "Standortsicherung" nicht ohne: länger arbeiten für weniger Geld.

Auslöser der Auseinandersetzung bei Siemens Ende Juni war eine Erpressung, wie sie heute in den Betrieben an der Tagesordnung ist und deshalb mittlerweile Schulter zuckend als gesellschaftliche Normalität begriffen wird. Die Belegschaften der beiden Standorte hatten die "freie Wahl": Einschneidende Kürzungen bei den Löhnen und mehr (unbezahlte) Arbeit oder Gang zur Arbeitsagentur in einem Gebiet mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit.

Am 24. Juni haben die Bezirksverbände der IG Metall und der Arbeitgeberverband Gesamtmetall NRW einen "Ergänzungstarifvertrag" vereinbart. Dessen wichtigste Vereinbarungen sind: Verzicht auf Verlagerung der Werke gegen Erhöhung der Arbeitszeit von 35 auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich, Umwandlung des Weihnachts- und Urlaubsgelds in eine wesentlich niedrigere, erfolgsabhängige Gewinnbeteiligung, Zeitlohn statt Akkordlohn und Kürzung der Schichtzulagen. In einem Flexibilisierungsrahmen von 24 Monaten soll unterm Strich jährlich 1.760 Stunden gearbeitet werden. Dafür will Siemens während der zweijährigen Vertragslaufzeit auf betriebsbedingte Kündigungen verzichten - es sei denn, sie werden "durch strukturelle Änderungen oder Restrukturierungen des Marktes" oder "auf Grund Standort sichernder Investitionen" erforderlich.

Innerhalb der 35-köpfigen Tarifkommission gab es zwei Gegenstimmen gegen diese Vereinbarungen. Was die Beschäftigten dazu sagen, ist nicht wirklich bekannt; die IG Metall hat ihre Mitglieder nicht abstimmen lassen. Doch es spricht einiges dafür, dass das Siemens-Ergebnis von den Belegschaften gebilligt worden wäre. Zu wenig wurde über alternative Handlungsstrategien diskutiert.

In einem Flugblatt der IGM-Verwaltungsstelle Bocholt und Dinslaken an die Betroffenen wird von einer "zähneknirschenden Annahme des Verhandlungsergebnisses" gesprochen, das "kein Grund zum Jubeln - höchstens für die Arbeitgeber" biete. In der politischen Bewertung durch die IGM Bezirksleitung NRW wird darauf verwiesen, dass es sich bei den beiden Werken "um die letzte Fertigung von Mobil-Telefonen mit derart großer Fertigungstiefe im Verbund mit Forschung & Entwicklung, Qualitätssicherung und Reparaturzentrum in Deutschland" handele. Die Standorte hätten für die Region eine hohe beschäftigungspolitische Bedeutung und ohne Einigung sei deren Abwanderung unumkehrbar gewesen. Die Vereinbarung sei allerdings kein Präzedenzfall. Sie lasse sich als Ausnahme nur damit begründen, dass es keine unmittelbare Konkurrenz im Inland gäbe. Zudem seien die Belastungen der Belegschaft mit der Zusage von Neuinvestitionen und Ansiedlung neuer Produkte verbunden gewesen.

Erpressungspotenzial Standortlogik

Der IGM-Bezirksleiter Küste, Frank Teichmüller, warnt vor einer Verallgemeinerung des Verhandlungsergebnisses und bekennt wenigstens, dass die Gewerkschaft sich in einer klassischen Erpressungssituation befunden habe. Demgegenüber liest sich die Presseerklärung des Siemens-Gesamtbetriebsrats wie eine Erfolgsstory: "Die Vereinbarung enthält ein Bekenntnis zum Flächentarifvertrag und verpflichtet die Firma zu vorbeugenden Maßnahmen zur Standortsicherung. Eingriffe in die Tarifverträge sind erst dann möglich, wenn die betrieblichen Möglichkeiten ausgeschöpft sind. Die Vereinbarung bietet somit eine gute Grundlage für künftige Gespräche zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Standorten in Deutschland." Noch befremdender klingt dies beim stellvertretenden IG Metall Vorsitzenden Bertold Huber, früher einmal führendes Mitglied einer kommunistischen Gruppe und einer der einflussreichsten Sprecher der linken Gewerkschaftsopposition: "Die getroffene Rahmenvereinbarung ist ein großer Erfolg der Beschäftigten und zeigt, dass es Alternativen gibt zum phantasielosen Stellenabbau und zur Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland."

Tom Adler hat in einem Interview der jungen Welt zurecht darauf verwiesen, dass die jetzige Situation für den gewerkschaftlichen Widerstand deutlich schwieriger ist als beispielsweise in den 1990er Jahren. So hatte sich etwa bei Daimler eine betriebliche Oppositionsbewegung gegen die Pläne zur Beschneidung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall entwickelt und konnte einen schnellen Erfolg erzielen. Während es sich jedoch damals noch um vorsichtige Tastversuche des Daimler-Chrysler-Managements gehandelt hat, geht es heute um einen fundamentalen und koordinierten Angriff auf das gesamte bestehende Tarifsystem. Im besten Fall ist es reine Selbsttäuschung, wenn der IG Metall-Vorstand die Dimension dieser Strategie in Abrede stellt oder hofft, diesen Angriff umgehen und in begrenzten Konfliktfeldern kleinarbeiten zu können.

Die Süddeutsche Zeitung beschreibt die gewerkschaftliche Bedrängnis wie folgt: "Längst geht es nicht mehr nur um Ausnahmen für Not leidende Teile des Konzerns. In Wirklichkeit ist die Debatte über längere Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich der Versuch, das hohe Lohnniveau in Deutschland insgesamt zu senken und die Gehälter zu individualisieren. Trotz heftiger Gegenwehr hat Siemens-Chef Heinrich von Pierer im Ringen um eine Ausdehnung der Arbeitszeiten nun einen Etappensieg errungen. Die Gewerkschaften haben in einer Rahmenvereinbarung weiteren betrieblichen Bündnissen die Tür geöffnet. Damit hat Pierer gute Chancen, das Modell Bocholt auch anderswo durchzusetzen ... Für einen Machtkampf mit den Arbeitgebern hat die IG Metall derzeit schlechte Karten. Will sie gefährdete Stellen in Deutschland halten, dann geht das nur über Kompromisse bei Löhnen und Arbeitszeiten. Verweigern sie sich, beschleunigen die Gewerkschaften nur die Verlagerung von Stellen ins Ausland und riskieren einen Konflikt mit den betroffenen Betriebsräten. Denen sind geringer bezahlte Jobs allemal lieber als gar keine."

Studiert man die Positionierungen gewerkschaftlicher Akteure in diesem Konflikt, so wird zweierlei deutlich. Erstens bleiben die Argumente weitgehend in einer betriebswirtschaftlichen Perspektive befangen. Zweitens scheuen die Gewerkschaften vor einer Strategie zurück, die den betrieblichen und nationalen Horizont überschreitet und sie so in die Lage versetzen könnte, die reale Standortkonkurrenz durch grenzüberschreitendes, gemeinsames Handeln zu entschärfen. Die Globalisierungsstrategien der Konzerne sind weder reine Drohgebärden noch lassen sich ihre Auswirkungen auf weniger qualifizierte Belegschaftssegmente begrenzen. Vor diesem Hintergrund ist das Kardinalproblem der Gewerkschaften nicht das einer unfähigen oder unwilligen Führung. Das eigentliche Problem sind mangelnde und fehlende Strukturen sowohl für die Selbstorganisation und Einflussnahme der Mitglieder als auch für die Entwicklung von Wegen zu einem erfolgreichen grenzüberschreitenden Verständigungs- und Interventionsprozess von gewerkschaftlichen Akteuren und Aktiven anderer sozialer Bewegungen.

Das "Positionspapier" des Gesamt- und Konzernbetriebsrates der Siemens AG (der in der Siemens-Auseinandersetzung wohl auch die Marschlinie der IG Metall bestimmt hat) ist ein exemplarisches Beispiel für die gewerkschaftliche Misere. Wie alle gängigen Texte dieser Art beginnt das Positionspapier mit einem Bekenntnis zur "Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens". Anschließend wird das "Siemens Management System" (SMS) analysiert, mit dem der Konzern Umsatz und Wertschöpfung der jeweiligen Marktgröße anpassen will. Das Ergebnis sei ein Personalabbau in bisher unbekannter Größenordnung mit Auswirkungen auf die gesamte Palette der Tätigkeiten, von der Entwicklung über die Fertigung bis zu den betriebsinternen Dienstleistungen. Die Verfasser des Papiers kritisieren, dass Siemens sein Engagement nicht mehr als Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung begreife, sondern nur noch dem Ziel der Profitmaximierung verpflichtet sei. Insgesamt führe das neue "Siemens-Modell" zu sinkendem Wohlstand, schwindender sozialer Sicherheit und niedrigerer Lebensqualität in Deutschland. Damit werde der Konzern weder der grundgesetzlich gebotenen Sozialpflichtigkeit des Eigentums noch seinem eigenen Leitbild gerecht.

Gewerkschaften ohne Strategie

Es folgt ein Forderungsprogramm zur Sicherung des Standorts Deutschland, wobei der GBR für eine Anti-Dumping-Gesetzgebung eintritt und die EU auffordert, sich dafür einzusetzen, dass die Kernarbeitsnormen der ILO in die WTO-Handelsverträge aufgenommen werden. Ganz im Sinne von betriebswirtschaftlichem Co-Management folgt der Hinweis auf das unternehmerische Risiko in wirtschaftlich und politisch instabilen Regionen. Investitionen in der Bundesrepublik würden sich deshalb langfristig besser rechnen. Abwanderung sei am wenigsten einfallsreich, gefragt seien "echte Managementqualitäten".

Für den Siemens-Betriebsrat sind die entscheidenden Instrumente also zum einen der Markt, dessen Überlebenslogik beschworen wird, und zum anderen alle denkbaren Bündnispartner, denen entweder der

Standort Deutschland lieb und teuer ist oder/und die als staatliche Autoritäten über die WTO über Marktzulassung und Marktausschluss entschieden. Mit einer solchen Haltung ist eine Trendwende gegen die Angriffe auf gewerkschaftliche Anliegen nicht zu machen. Vorwärts geht es nur auf zwei Wegen: Zum einen muss die korporatistische Strategie aufgegeben werden. Stattdessen gilt es, den ausbeuterischen und parasitären Charakter der kapitalistischen Ökonomie im Namen der Reproduktionsbedürfnisse der gesellschaftlichen Mehrheiten und der Weltbevölkerung insgesamt öffentlich anzugreifen. Zum zweiten müssen überbetriebliche und transnationale Netzwerke geknüpft werden. Nur so kann die Konkurrenz unter den Betroffenen eingedämmt und ein Raum geschaffen werden für die Erfindung von Übergangsformen zur Überwindung des kapitalistischen Vergesellschaftungsmodells.

Die erste Strategie ist sofort und auch im nationalen Maßstab machbar. Die zweite ist eine Generationenaufgabe. Aber es gibt dazu keine emanzipatorische Alternative. Auf einem der Transparente auf dem ersten Siemens-Aktionstag am 18.6. war die erste Idee schon präsent: "Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen", und zwar nicht nur am "Standort Deutschland". Die zweite ist so alt wie die Gewerkschaften selber; nur scheint sie schwerer denn je praktizierbar: "Internationale Solidarität".

Das "Modell Bocholt" hat innerhalb der IG Metall nicht nur Frustration hinterlassen. Es hat auch empörte Stellungnahmen hervorgerufen. Bekannt wurden u.a. die ablehnende Stellungnahme der Delegiertenversammlung der Verwaltungsstelle Stuttgart, ein Protestbrief des Arbeitskreises Siemens-Konzernbetriebsräte der Verwaltungsstelle Frankfurt und ein Schreiben des Europäischen Betriebsrats und des Konzernbetriebsrates von Alstom Power in Mannheim. Die Stuttgarter MetallerInnen hatten den Vorstand aufgefordert, den Ergänzungstarifvertrag nicht zu genehmigen. Die MannheimerInnen verlangen eine ausführliche und offene Erörterung über diesen Abschluss in der Organisation, der sich in dieser Form nicht wiederholen dürfe. Dies dürfte in der Tat schwieriger geworden sein. Aber ob wir das nächste Exempel tatsächlich durchkreuzen können, muss sich noch zeigen.

Jochen Gester

Jochen Gester ist aktiv beim Arbeitskreis Internationalismus der IG Metall Berlin

10. Let's talk about ... work

Internationale Versammlung zu Prekarisierung und Migration in Dortmund

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:12

Vom 25. bis zum 27. Juni tagte in Dortmund die Konferenz "Die Kosten rebellieren". An der gesellschaftlichen Schnittstelle von "prekärer Beschäftigung und legaler wie illegaler Migration" sollte die Grundlage gelegt werden für eine intensivere Zusammenarbeit von linken GewerkschafterInnen, AktivistInnen aus der antirassistischen Szene, selbstorganisierten MigrantInnen und Erwerbslosen-, Jobber- oder Anti-Hartz-Initiativen; ein ambitioniertes Projekt und nicht ohne Schwierigkeiten.

Neben den federführenden Organisationen LabourNet Germany und kein mensch ist illegal waren an der Konferenz so unterschiedliche Gruppen beteiligt wie Kanak Attak, ElixirA aus Berlin, die Flüchtlingsinitiative Brandenburg, der Bundeserwerbslosenausschuss von ver.di, die Rosa-Luxemburg Stiftung, das linksgewerkschaftliche Netzwerk Transnational Information Exchange (TIE Germany), wildcat, die Informationsstelle Lateinamerika (ila) oder das DFG/VK Bildungswerk Umbruch. Unterstützt wurde die Versammlung zudem von den Redaktionen der Zeitschriften Krisis, Off Limits, ak, express und Fantômas. Diesem illustren Kreis gelang es immerhin, 220 Aktive zu einem Austausch über "Funktion, Stellenwert und Formen prekärer Arbeit" zusammen zu bringen.

In diesem erstmaligen Austausch zwischen kritischen GewerkschafterInnen und Aktiven aus der antirassistischen Bewegung liegt auch schon der eigentliche Erfolg der "Internationalen Versammlung zu Prekarisierung und Migration". Die angestrebte Verständigung über gemeinsame "strategische Ansatzpunkte und politische Forderungen" fiel nämlich genauso schwer, wie die Entwicklung von "konkreten Handlungs- und Organisierungsansätzen". Außer den organisierten AktivistInnen hatten sich wenige MigrantInnen und von prekären Arbeitsverhältnissen Betroffene an der Konferenz beteiligt, ein Umstand, der "leider die Realitäten in diesem Land widerspiegelt", wie die Mitorganisatorin Mag Wompel von LabourNet konstatiert. Ähnlich mager war auch die geringe Beteiligung der Gewerkschaftslinken, insbesondere der linken Hauptamtlichen in den DGB-Gewerkschaften. Manch spannende Diskussion kam so nicht zu Stande.

Konkrete Beispiele für Organisierungsansätze und (erfolgreiche) Kämpfe kamen deshalb auch meist aus anderen Ländern: Eine Aktivistin der kleinen Vereinigten Arbeitergewerkschaft der Türkei berichtet von einem erfolgreichen Streik der Leiharbeiter bei der Post in Istanbul. VertreterInnen der französischen Basisgewerkschaft SUD berichteten von Aktionen des Reinigungspersonals - meist Migrantinnen, oft ohne Papiere -, das über ein Jahr lang die internationale Hotelkette Accor bestreikte. Eine Vertreterin des Latino Workers Center aus New York und Campaigner der US-Textilgewerkschaft Unite stellten neue gewerkschaftliche Organisierungsansätze des social movement unionism und der "workers center"-Bewegung aus den USA vor.

So schwierig sich offenbar die Organisierung von Kämpfen und die Suche nach Gemeinsamkeiten in der Prekarisierung gestaltet, so einig war man sich in Dortmund zumindest in der politischen Analyse: Prekäre Arbeit dominiert den sozialen Alltag immer stärker und löst tendenziell das Normalarbeitsverhältnis ab. Deregulierte Arbeit nimmt rasant zu - mit oder ohne Tarifvertrag. Arbeitsverhältnisse und Arbeitszeiten werden allenthalben flexibilisiert. Durch Hartz IV erhält die Ausweitung des Niedriglohnsektors Gesetzeskraft, und die neue Schicht der "working poor" ist auch hier zu Lande Realität. Frauen und MigrantInnen sind jedes Mal besonders betroffen.

Prekäre aller Länder vereinigt euch!

Der Kongress-Aufruf beschreibt das vielschichtige Panorama prekärer Beschäftigung: "Ob BriefträgerInnen, LKW-Fahrer, LagerarbeiterInnen, McDonalds-Servicekräfte oder Call Center Agents für Niedrigstlöhne arbeiten, Ich-AG's sich für ihre Existenz abstrampeln, LeiharbeiterInnen bei obskuren Vermittlungsagenturen um ihre Entlohnung kämpfen müssen, eine kasachische Ärztin bundesdeutsche Wohnungen putzt, kurdische Flüchtlinge im Imbiss oder Polen, Rumänen, Portugiesen und Deutsche auf Baustellen arbeiten; HeimarbeiterInnen auf Abruf arbeiten und StudentInnen Kinokarten abreißen oder später Hilfsjobs im Ausbildungssektor haben - die angebliche ‚Wissens- und Informationsgesellschaft` basiert auf Zeitarbeit und Niedriglohn."

Doch so vielfältig wie Jobs und Bedingungen so verschieden sind auch Selbstverständnis, Perspektiven und Ziele der Beschäftigten: Während MigrantInnen mit oder ohne Papiere durch Arbeitsmarkt- und Zuwanderungspolitik, durch Arbeitsverbote und Sondergesetze, in die miesesten Jobs gezwungen werden, begreifen andere prekäre Beschäftigungsformen als Ausweg aus Fabrikdisziplin und lebenslanger Fremdbestimmung. Für wieder andere handelt es nur um ein Zwischenspiel bei der Finanzierung der Ausbildung und auf dem Weg in eine "normale" Berufslaufbahn. Die riesigen Unterschiede zwischen frei gewählter und erzwungener Prekarisierung, zwischen tarifvertraglich geregelter prekärer Beschäftigung und arbeitsrechtlich ungeschützter illegaler Arbeit verbieten eine vorschnelle Homogenisierung der höchst unterschiedlichen Lebens- und Interessenslagen. Ein neues kollektives Subjekt ist nicht in Sicht.

Die Vernetzung der Heterogenität gestaltet sich schwierig. Soziale, ethnische und geschlechtliche Spaltungen überlagern sich mit einem Protektionismus der noch unter garantierten Bedingungen Arbeitenden. Die meisten Gewerkschaften und Betriebsräte sind mit ihrer Orientierung auf Standortsicherung und Großbetriebe kein Bündnispartner. Kein Wunder also, dass linke AktivistInnen mit leuchtenden Augen auf so erfolgreiche Kämpfe wie den fast einjährigen Streik der prekär Beschäftigten im Kulturbereich in Frankreich schauen.

Dabei gerät manchmal aus dem Blick, dass es hier zu Lande durchaus Bewegungsversuche im Bereich der prekären Arbeit gibt: Selbstorganisierungsansätze von Call-Center-AgentInnen, etwa in Berlin und im Ruhrgebiet, Internetportale wie Chefduzen aus Kiel oder auch die Streiks in den Multiplex-Kinos oder bei den BusfahrerInnen in Leverkusen. Zu den positiven Beispielen gehört auch der Widerstand von MigrantInnen gegen ihre Illegalisierung und Entrechtung. So setzen sich "irreguläre" Bauarbeiter in Berlin mit Unterstützung antirassistischer Gruppen erfolgreich gegen Lohnraub zur Wehr, und in der privaten Hausarbeit arbeitende (illegale) Migrantinnen organisieren sich im europäischen Netzwerk Respect! Sie fordern soziale Rechte unabhängig von Staatsbürgerschaft und Aufenthaltsstatus. Die Gesellschaft für Legalisierung brachte beim letzten ver.di-Bundeskongress die Funktionäre mit ihrer offensiven Forderung nach einer gewerkschaftlichen Vertretung von Arbeitskräften mit ungesichertem Aufenthaltsstatus ins Schwitzen. Doch alle diese Ansätze blieben bisher weitgehend minoritär und isoliert. Sie prägen die aktuellen Proteste gegen den Sozialabbau leider (noch) nicht. Für den Herbst und Winter hat die Konferenz eine Kampagne gegen Hartz IV und die Einführung des Arbeitslosengeldes II (Alg II) vorgeschlagen. Vielleicht wird die "Rebellion der Kosten" dann ja doch noch zur Realität in diesem Land.

Tom Binger

11. Vom Regensommer zum heißen Herbst

Die Mobilisierung gegen Agenda 2010 und Hartz IV nimmt Fahrt auf

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:13

Die sozialen Protestbewegungen in Deutschland haben sich viel vorgenommen. Angeschoben von den Anti-Hartz-Bündnissen und Teilen der Gewerkschaftslinken um Bernd Riexinger, Geschäftsführer des ver.di-Bezirks Stuttgart, wird bundesweit an einer Herbstkampagne 2004 gegen die Agenda 2010 gebastelt. Mancherorts ist bereits von einem "heißen Herbst" die Rede. Wie heiß dieser Herbst allerdings wirklich werden wird, dürfte regional sehr unterschiedlich sein.

Offizieller Start der Kampagne ist der 18. und 19. September, wenn in Frankfurt die zweite bundesweite Aktionskonferenz gegen Sozialkahlschlag stattfindet. Das Sozialbündnis Hessen mobilisiert dabei gleichzeitig für einen Protesttag mit Demonstration, Kundgebung und Infomarkt in Frankfurt. Höhepunkt der Herbstkampagne soll eine bundesweite Großdemonstration am 6.11. in Nürnberg sein. Sozialbündnisse und Gewerkschaftsgliederungen, aber auch autonome Gruppen mobilisieren an diesem Tag für einen Marsch auf die Bundesagentur für Arbeit. Ebenfalls in der Diskussion ist eine ergänzende Demonstration in Berlin in Richtung Kanzleramt sowie bundesweite Aktionstage vom 4. bis zum 6. November mit der Nürnberg-Demonstration als Höhepunkt. Bundesweite Aktionstage mit Erwerbslosenversammlungen vor und in den Arbeitsämtern sind ebenfalls für den 17. November geplant.

Zu den bundesweiten Aktivitäten im Rahmen der Herbstkampagne gehört auch der Aufruf von Sozialhilfeinitiativen wie der BAG-SHI, dem Wuppertaler "Tacheles" oder der bundesweiten Erwerbslosenzeitung quer, die umfangreichen Fragebögen, die zur Zeit von den Arbeitsämtern verschickt werden nicht bzw. zum spätest möglichen Zeitpunkt auszufüllen. Zu Recht gehen die Initiativen davon aus, dass massenhafte Verweigerungsaktionen in erheblichem Maße schon jetzt Sand in das Getriebe der Hartz-Maschinerie streuen.

Neben diesen bundesweiten Aktivitäten basiert die Herbstkampagne 2004 auf einer Vielzahl regionaler Proteste. Schon am 25.7. hatten Hunderte in Bayreuth die Wagner-Festspiele zum Anlass genommen, gegen Sozialabbau zu demonstrieren. In Kassel finden seit einiger Zeit regelmäßige Freitagsdemonstrationen gegen Sozial- und Demokratieabbau statt, und vor allem in ostdeutschen Städten erleben die "Montagsdemonstrationen" - oft außerhalb und ohne die klassischen linken Organisationsstrukturen - ein ungeahntes Revival. In Frankfurt findet am Vorabend des Weltspartages am 29.10. in der "Alten Oper" der "Internationale Banken- und Börsenball" statt. Dazu und dagegen soll es ebenfalls eine Reihe von Aktionen geben.

Ob und wie sich der DGB und die Gewerkschaftsspitzen an dieser Kampagne beteiligen werden, bleibt abzuwarten. Offiziell wird zwar auch von Spitzenfunktionären des DGB wie z.B. dem Hamburger ver.di-Vorsitzenden Wolfgang Rose von einem "heißen Herbst" gesprochen, doch von einer breiten Mobilisierung wie zum 3. April ist zur Zeit noch wenig zu spüren. Das kann damit zusammen hängen, dass Sozialforen und Anti-Hartz-Bündnisse diesmal wenig geneigt sind, sich dem DGB unterzuordnen. Im Gegensatz zum Europäischen Aktionstag am 3. April deutet z.B. alles darauf hin, dass die Großdemo in Nürnberg nicht vom DGB dominiert wird.

Mit den Erfahrungen der Berliner Großdemo im Frühjahr mag auch zusammenhängen, dass innerhalb der Sozialbewegung die Unzufriedenheit mit rein symbolischen Massendemonstrationen wächst: "Alle bisherigen Mobilisierungskampagnen zeichnen sich durch eine Kreuzbravheit der Protestaktionen aus, die etablierte Institutionen nicht herausforderten. "Widerstände neuen Typs müssen dringend angegangen werden." Der das sagt, ist Peter Grottian, gut situierter deutscher Universitätsprofessor und Aktivist des Berliner Sozialforums, also alles andere als ein Linksradikaler. Schon im Juli hatte er die Besetzung und Schließung von Arbeitsämtern angeregt, ein Vorschlag, der auch auf der Dortmunder Konferenz "Die Kosten rebellieren" Ende Juni die Runde machte. Inzwischen wird von verschiedenen regionalen Sozialbündnissen und Initiativen zur einer Aktion "Agenturschluss" mobilisiert: Am 3. Januar 2005 sollen tatsächlich im ganzen Bundesgebiet möglichst viele Arbeitsagenturen besetzt werden. Auch eine solche Aktion bewegt sich auf der Ebene der Symbolpolitik. Wenn jedoch tatsächlich die Umsetzung von Hartz IV zunächst einmal von massiven

Belagerungs- und Besetzungsaktionen begleitet werden würde, stünde das durchaus für eine neue Qualität des Sozialprotestes.

dk

Einen sehr guten Überblick über die verschiedenen Planungen, Aktionen und Aufrufe liefert LabourNet Germany unter www.labournet.de

12. Deutschstunde

Postcolonial Studies: vom anglophonen Exportgut zur Kritik deutscher Verhältnisse?

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:14

"Can the Subaltern speak?" Mit dieser Frage eröffnete Gayatri Chakravorty Spivak, Professorin an der New Yorker Columbia University in den 1980er-Jahren die Debatte über koloniale Abhängigkeitsverhältnisse in nach-kolonialen Zeiten. Neben einem ökonomischen Gefälle diagnostizierte Spivak die fortdauernde Existenz kultureller Hierarchien, welche die Unterprivilegierten zum Schweigen verdammen. Vor gut einem Jahrzehnt tauchten die Postcolonial Studies als Theorie-Exportgut auch an deutschen Universitäten auf. Hito Steyerl und Encarnación Gutiérrez Rodríguez erklären nun diese erste Interpretationswelle ob ihrer Kontext- und Folgenlosigkeit für gescheitert.

Spricht die Subalterne deutsch? Diese Frage steht für die beiden Herausgeberinnen des gleichnamigen Sammelbandes deshalb am Beginn einer neuen Diskussion über Sinn und Unsinn einer postkolonialen Kritik deutscher Verhältnisse.

Zunächst scheint dabei alles in den gewohnten Bahnen abzulaufen. Dem US-amerikanischen Vorbild treu, werden weiße, männliche Denker deutscher Sprache wie Immanuel Kant und Max Weber als Rassisten entlarvt das hört sich sehr nach political correctness an. Dabei bleibt es allerdings nicht. Die von Steyerl formulierte Ausgangssituation einer postkolonialen Kritik in Deutschland berührt das Fundament deutscher Selbstverständlichkeiten. Obwohl - oder eventuell sogar weil im 20. Jahrhundert Millionen Menschen "aus oder nach Deutschland vertrieben, verschleppt, ein- bzw. ausgewandert, importiert oder deportiert" wurden, wird vor dem Hintergrund dieser massiven Bevölkerungsverschiebungen immer noch ein auf Abstammung beruhendes Selbstverständnis hochgehalten und bestritten, dass es Migration überhaupt gegeben habe was faktisch eine Verleugnung historischer Tatsachen ist. Postkoloniale Kritik sieht sich demnach mit zwei Herausforderungen konfrontiert: Mit einer notwendigen kritischen Umarbeitung der Begrifflichkeiten der im englischsprachigen Kontext entstandenen Postcolonial Studies auf deutsche Verhältnisse und mit der bis heute mangelhaften Aufarbeitung deutscher Kolonialgeschichte.

In diesem Zusammenhang zentral ist das Verhältnis von Einwanderung und Arbeitsmarkt. Kien Nghi Ha kritisiert die kurzsichtige Perspektive bundesdeutscher Migrationsforschung, die in der Regel 1955 Anwerbungsbeginn italienischer "Gastarbeiter" oder 1961 Anwerbungsbeginn türkischer "Gastarbeiter" zum Ausgangspunkt nimmt. Tatsächlich aber hat Arbeitsmigration in Deutschland eine viel längere Geschichte: Nach drei großen Auswanderungswellen im 19. Jahrhundert begann das Wilhelminische Kaiserreich um 1900 Arbeitskräfte im Ausland anzuwerben. Das bis heute gültige Primat deutscher Interessen gegenüber den Wünschen und Vorstellungen der Einwanderer stammt aus der kolonialen Epoche, in der man die Kolonien in Übersee ausbeutete und gleichzeitig völlig entrechtete polnische "Wanderarbeiter" für das Reich anwarb. Einzelne Instrumente des staatlichen Rassismus, wie etwa die Preußische Legitimationskarte, die den Aufenthaltsstatus mit einem Arbeitplatz und zugleich der Beschränkung von Arbeitnehmerrechten verknüpft, überlebten vier Gesellschaftssysteme und existieren in leicht veränderter Form heute noch.

Auch die im Zuge postkolonialer Repräsentationspolitik umgedeuteten, ehemals eindeutig negativen Begriffe wie "Kreole" oder "Kanake" verweisen auf die verdrängte Geschichte des deutschen Kolonialismus. Anette Seidl-Arpaci macht sich in Auseinandersetzung mit Texten der Schriftsteller Maxim Biller und Feridun Zaimoglu auf etymologische Spurensuche. Während Biller im positiven Sinn von der Kreolisierung, der Vermischung einer ehemals reinen deutschen Ethnie spricht, entwendet Zaimoglu mit seiner "Kanak Sprak" das Schimpfwort Kanake und macht es zu einem selbstbewussten Eigennamen junger MigrantInnen. Gibt der kritische Bezug auf diese hybride Kategorien zwar vor, völkischen Nationalismus politisch bekämpfen zu wollen, so verbleiben diese Begriffe doch immer im Koordinatensystem von Reinheit und Vermischung eine Kritik, die zu Recht auch von den Benutzern des postmodernen Modewortes Hybridität eine größere Sensibilität einfordert.

Politischen Interventionsmöglichkeiten ist der Beitrag von Maria do Mar Castro Varela und Nikita Dhawan gewidmet. Ein imposanter theoretischer Überbau wird hier eingedampft auf die recht einfache politische Formel vom "Kampf um Räume", von denen aus Kritik überhaupt formuliert werden könne. Das klingt stark nach einer Rückbesinnung auf die Forderungen der autonomen Frauenbewegung der 1980er-Jahre. Ergänzt

werden soll dieser Kampf um Räume schließlich um ein "subversives Zuhören" und um die "Parrhesia", die Kunst der riskanten Widerrede. Offen bleibt, inwieweit ein solches Konzept nicht lediglich im Status einer voluntaristischen Selbstverpflichtung verbleibt, anstatt tatsächlich Herrschaftsverhältnisse anzugreifen und Privilegien abzubauen.

Der mit diesem Buch verbundene Anspruch, außerhalb akademischer Spezialdiskurse über den politischen Nutzen postkolonialer Kritik zu diskutieren, ist wohl nur bedingt erfüllt. Der Eindruck, es handele sich bei der Frage um postcolonial Studies oder eben postkolonialer Kritik um einen innerakademischen Auslegungsstreit kann nicht vollends widerlegt werden. Dennoch stellt dieses Buch von Steyerl und Gutiérrez Rodríguez einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung dar. Damit postkoloniale Kritik ihren Status als akademische Spezialdisziplin abstreifen kann, bedarf es wohl noch einiger solcher Interventionen wie dem vorliegenden Sammelband.

Gottfried Oy

Hito Steyerl, Encarnación Gutiérrez Rodríguez (Hg.): Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik; Unrast Verlag, Münster 2003, 295 S., 16 Euro.

13. Der würdige, verabreichte Tod

Experten-Kommission will Sterbehilfe legalisieren

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:15

Jahrzehntelang wurde gepredigt, dass Tod und Sterben in modernen, leistungsorientierten Gesellschaften tabuisiert seien. Die aktuelle Debatte um "würdiges Sterben" würde nun die nötigen Kurskorrekturen einleiten. Entscheidend ist aber nicht, dass über Sterben und Tod gesprochen wird, sondern wie darüber gesprochen wird und wer die Diskurshoheit in Händen hält. Die von Justizministerin Zypries eingerichtete Expertengruppe "Autonomie am Lebensende" legte im Juni ihre Ergebnisse vor: Die so genannte "Kutzer-Kommission" plädiert für eine Legalisierung der "passiven" oder auch "indirekten" Sterbehilfe.

Entlang machtvoller Regeln und Akteure wird schon lange die Figur eines "guten, weil selbstbestimmten" Sterbens und die eines "schlechten, würdelosen, weil ‚fremd'-bestimmten" Sterbens geformt. Der "gute Tod" entspricht einer guten Lebensführung, die eine weit in die Zukunft reichende Sorge favorisiert - um sich, um die Angehörige, um die ärztliche und pflegerische Umgebung für den Fall schwerer Pflegebedürftigkeit und juristisch bestätigter Entscheidungsunfähigkeit. Bedient wird dabei der Mythos vom freien Vernunftwesen, das jenseits sozialer Kontexte seinen Willen formuliert in den Grenzen des geltenden Rechts und des gesellschaftlich Machbaren. Das aufgeklärte Ideal, im freien Spiel des Marktes handeln und wirtschaften zu können, wird in das Feld der Krankenbehandlung ausgedehnt.

Der Tod gilt dann als "gut", wenn er "eigenverantwortlich entschieden" ist. In den Grenzen des geltenden Rechts und des gesellschaftlich Machbaren heißt das: Bei schwerer Pflegebedürftigkeit wird über die Formularprozeduren der Patienten- und Betreuungsverfügungen gefordert, den Tod als medizinische Dienstleistung zu verabreichen.

Die Methoden der Wahl: keine Ernährung und Flüssigkeit über eine Sonde, Verzicht auf Therapien von im Prinzip behandelbaren Krankheiten, schließlich Schmerzbehandlungen mit einkalkulierter Todesfolge. In Gesellschaften wie den Niederlanden und Belgien kann auch die Giftspritze eingefordert werden. Der "schlechte Tod" ist "unorganisiert" und verweist auf die eigenen Versäumnisse im Leben: Man hat nicht vorgesorgt. Je mehr über "individuelle Wahlen" und "privat-autonome Entscheidungen", je weniger über die institutionellen Kontexte in den Krankenhäusern und Pflegeheimen und die gesellschaftliche "Notwendigkeiten" gesprochen wird, deren moderner Name bekanntlich "Ökonomie" ist, desto zwingender werden die vorsorglichen Formularprozeduren zur einzigen Option. Sie sind zu einer Art Weltbewältigungsritual in einer zur Sterbeverwaltung verpflichteten und verdichteten Gesellschaft geworden. Wann wer und wie im Namen von "Willensfreiheit" und "Würde" getötet werden darf, muss in Demokratien notwendigerweise im Individuum verankert werden, als machtfern und unpolitisch gelten und in Gestalt einer "sozialverträglichen Bekümmernis um die letzten Dinge"(Werner Schneider) selbstverständlich werden.

Ein möglichst diskretes Schauspiel?

Diese moderne Form der Moralisierung des Sterbens blendet jedoch entscheidende gesellschaftspolitische Voraussetzungen aus. Der französische Philosoph Alain Badiou macht darauf aufmerksam: Das "Leiden und der Verfall" sind nicht "würdig", sie "stimmen nicht mit dem glatten, jugendlichen, gut ernährten Bild, das wir uns vom Menschen und seinen Rechten machen, überein. Wer sieht nicht, dass die ‚Debatte' über Euthanasie vor allem auf das radikale Fehlen einer Symbolisierung für Alter und Tod hinweist? Und auf den unerträglichen Charakter dieser Aussicht für die Lebenden?" Der Faszination des Todes, die den Diskurs über Patientenverfügungen und Euthanasie bestimmen, steht eine "Unfähigkeit" zur Seite, diesen Tod im Denken zu verankern. Unter dem Strich kommt dabei "die Umformung des Todes selbst in ein möglichst diskretes Schauspiel und in ein Verschwinden heraus."

Entgegen einer weit verbreiteten Auffassung sind die "Selbstbestimmungsrechte" keineswegs gegen ärztliche und expertendominierte Verhältnisse erkämpft. In Kommissionen, Presse und Politik diskutieren RichterInnen, PolitikerInnen, EthikerInnen, Priester und ärztliche Standesvertreter seit Jahren "über eine ethische, vom Gesetz bestätigte Definition des würdigen verabreichten Todes". Patientenverfügungen werden aktiv beworben, in Altenheimen und Seniorenvereinigungen und Betreuungsvereinen. Gerichte wie der Bundesgerichtshof haben in Einzelfallentscheidungen den Versorgungsabbruch von KomapatientInnen

bestätigt. Die standesrechtlichen Vertreter der Ärzteschaft haben über ihre "Grundsätze zur Sterbebegleitung" das gesellschaftliche Tötungsverbot relativiert, bei "Patienten mit lebensbedrohlichen Krankheiten", an denen sie aber "nicht zwangsläufig in absehbarer Zeit sterben". Vorlagen wie diese mobilisieren die zahlreichen Sterbehilfeverbände und Verfügungsanbieter. In den bundesdeutschen Verhältnissen fehlen nun nur noch gesetzliche Regeln, um den Tod bei unheilbar Kranken, aber keineswegs Sterbenden auch juristisch verbindlich, haftungsrechtlich eindeutig und institutionell normiert verabreichen zu können. Das "Recht auf" diese Form der Sterbegestaltung ist keineswegs ein rein privates "Glück". Der Preis, den Zufall, die unverhersehbaren Umstände des Lebens und zukünftigen Situationen zu bannen, setzt eine veränderte rechtliche Ordnung voraus.

Die Bundesjustizministerin Brigitte Zypries hatte im letzen Jahr die Arbeitsgruppe "Patientenautonomie am Lebensende" beauftragt, politische Ratschläge für die Bundesregierung zu erarbeiten. Die Empfehlungen der Expertengruppe sind im Juni der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Unter Leitung von Klaus Kutzer, pensionierter Richter am Bundesgerichtshof, haben Repräsentanten der Sterbehilfelobby des Humanistischen Verbandes, aber auch der Bundesarbeitsgemeinschaft Hospiz, der Kirchen und Wohlfahrtsverbände eine konsensverdächtige Vorlage für den Gesetzgeber formuliert. Die Eckpunkte ihres Berichtes lauten: Pflegebedürftige müssen nicht mehr behandelt werden, auch wenn ihre Krankheit keinen irreversiblen und tödlichen Verlauf genommen hat. Konkret können verwirrte Betagte mit einer Lungenentzündung auf unbestimmte Zeit ihrem Fieber überlassen werden, weil keine Antibiotika "gewollt" sind. Patientinnen im Koma und nach Schlaganfall sollen innerhalb von zwei Wochen verhungern, wenn sie nicht mehr eigenständig essen können.

Diese so genannte "indirekte Sterbehilfe" durch Schmerzmittel mit einkalkulierter Lebensverkürzung gilt als legitim. Wird der Zustand als "terminale Krankheitsphase" gewertet, kann die "Sedierung" ein Mittel der Wahl sein, d.h. Tod durch überdosierte Schmerzmittel. Allein der "Wille" der Betroffenen zählt, so die Kommission. Ist dieser "Wille" in einer Patientenverfügung niedergelegt, sollen gesetzliche Vertreter verpflichtet werden, den tödlichen Behandlungswunsch in die Tat umzusetzen. Aber auch mündliche Äußerungen - beispielsweise "nicht an Schläuchen" oder in einem Pflegeheim sterben zu wollen - könnte zukünftig als "mutmaßlicher Wille" zum Behandlungsverzicht gewertet werden. Eine Kontrolle durch Vormundschaftsgerichte soll es nur geben, wenn sich gesetzliche Betreuerinnen und behandelnde Mediziner nicht einig sind in ihren Mutmaßungen. Selbst erste Türen werden aufgestoßen, um die ärztlichen Beihilfe beim Suizid juristisch zu eröffnen. "Entschließt sich eine Patientin ... nach freiverantwortlicher Überlegung ihr oder sein Leben selbst zu beenden, so soll keine ärztliche Verpflichtung bestehen, gegen den ausdrücklichen Willen der oder des Betroffenen lebenserhaltend einzugreifen."

Sterben ökonomisch kalkuliert

Die Kommission macht auch konkrete Vorschläge, wie die "passiv" und "indirekt" genannte Sterbehilfe gesetzlich verankert werden kann. Diese Taten sollen im Zuge der ohnehin anvisierten Reform des Betreuungsrecht straffrei werden - durch eine Ergänzung der Betreuungsrechtsparagrafen 1901 und 1904 des BGB. Betreuer sollen per Gesetz verpflichtet sein, den mündlich oder schriftlich geäußerten Willen zu beachten - auch wenn die Erkrankung keinen tödlichen Verlauf genommen hat. Liegt eine Patientenverfügung vor oder mutmaßen die Entscheidungsbefugten einvernehmlich den Behandlungsabbruch, bedarf es keiner vormundschaftsgerichtlichen Kontrolle mehr. Um diese Praktiken auch noch institutionell zu normalisieren, wird eine Registrierung des Patientenwillens in der elektronischen Gesundheitskarte favorisiert, die ab 2006 eingeführt wird. Der Aufbau eines zentralen Registers für Vorsorgevollmachten, das eine Infrastruktur liefern könnte, um diese Tötungspraktiken gesundheitspolitisch und institutionell handhabbar zu machen, wird gerade in Angriff genommen. Um jegliche Zweifel am Projekt des verabreichten Todes auszuräumen, empfehlen die Experten eine Änderung des Strafrechtsparagrafen 216 (Tötung auf Verlangen). Maßgeblich, so der Formulierungsvorschlag, sei nicht der Krankheitsverlauf, sondern der erklärte oder mutmaßliche Wille der Betroffenen, wenn "lebenserhaltende Maßnahmen" unterlassen werden und eine "leidmindernde Maßnahme" als "Nebenwirkung das Leben verkürzt".

Die konkreten Bedingungen des Krankseins im neoliberalen Gesundheitswesen werden zunehmend unerträglich. Das ärztliche Urteil über die Reha-Fähigkeit einer Schlaganfall-Patientin wird nach Wunsch des Kostenträgers bereits nach zwei Wochen gefällt. Zeit für individuelle Verläufe sind nicht vorgesehen. Nur jeder vierte Koma-Patient wird in einer qualifizierten Pflegeeinrichtung versorgt. Altersverwirrte sind im Heim mit dem

Pflegenotstand konfrontiert und bekommen nicht selten eine Magensonde als pflegerationierende Maßnahme. Die ökonomischen Kalküle zum Bestandteil der freien Willensentscheidung Betroffener zu machen wird in diesen Situationen immer drängender. Entscheiden werden aber vor allem die gesetzlichen Vertreter/innen. Die professionelle Betreuerin kümmert sich demnächst nach knapp bemessenen Fallpauschalen um Weh und Wille eines Altersverwirrten. Die Familienangehörigen mutmaßen unter der Vorgabe, die private Altersversorgung organisieren zu müssen und kalkulieren dabei nicht selten mit der Erbschaft. Oder sie sind unter Armutsbedingungen heillos damit überfordert ihre Angehörigen selbst pflegen zu müssen, um das Haushaltsgeld aufzubessern. Den Ärzten sitzt die Fallpauschale im Nacken, wenn sie im Niemandsland der Unheilbaren und Sprachlosen den Tod als die bessere Alternative empfehlen. Es bleibt zu hoffen, dass sich in der Debatte um das Betreuungsrecht und um Tötung auf Verlangen mehr Widerstand regt als bisher. Die Anschlussfähigkeit von "Patientenautonomie am Lebensende" und sozialpolitischem Kahlschlag muss auch dort gesehen werden, wo es scheinbar um das "gute und würdevolle Sterben" geht.

Erika Feyerabend

Empfehlungen zum Weiterlesen:

Alain Badiou, Ethik, Wien 2003

Werner Schneider, Der "gesicherte" Tod, in: BioSkop e.V., Planungssicherheit am Lebensende? Patientenverfügungen im Widerstreit, Essen 2003

Ein Appell gegen die Aufhebung des gesellschaftlichen Tötungsverbotes mit weiteren Hintergrundinformationen unter www.bioskop-forum.de

14. Bitterer Gen-Reis

Lebensmittel - made by Bayer

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:16

"Shaping the future of rice" - die Zukunft des Reis formen - unter diesem Slogan betreiben Bayer und andere Gen-Giganten die privatwirtschaftliche Aneignung des essenziellsten Grundnahrungsmittels der Weltbevölkerung. Der Leverkusener Chemie-Multi hat bei der EU einen Antrag auf Import-Genehmigung für eine gentechnisch gegen das Anti-Unkrautmittel Glufosinat resistent gemachte Reis-Sorte gestellt. Ausgerechnet im Reis-Ursprungsland Indien beabsichtigt der Konzern das Labor-Erzeugnis anzupflanzen, darüber hinaus noch in anderen asiatischen und in den Vereinigten Staaten. Zunächst plant der Gen-Gigant die Getreide-Art als Viehfutter zu vermarkten, die Zielgruppe "Zweibeiner" will er später bedienen. (1)

Es gibt zwar auch gleich vor der Haustür - in Frankreich, Italien, Spanien, Portugal und Griechenland - geeignete Anbau-Gebiete, aber mit der Akzeptanz von Gen-Food ist es in hiesigen Breiten nicht eben gut bestellt. Zudem schreckt Bayer vor dem vergleichsweise aufwändigen Zulassungsprocedere zurück. Mit solchen Regularien hatten die "Reis-Former" schon so einigen Ärger, als sie noch in Diensten der 2001 von Bayer geschluckten Aventis CropScience standen. In Brasilien mussten sie einen Freisetzungsversuch vorzeitig beenden, weil sie gegen Sicherheitsbestimmungen verstoßen hatten. Einen weiteren Test ließen die staatlichen Stellen gar nicht erst mehr zu. Die eingereichten Unterlagen hätten keine ausreichende Gewähr für die Unbedenklichkeit geboten, lautete die Begründung.

In den traditionell gentechnik-freundlichen USA droht solche Unbill nicht; die Umweltbehörde EPA erteilte dem so genannten LibertyLink(LL)-Reis im September 2003 die Genehmigung. In Indien und anderen asiatischen Staaten hat Bayer solche "bürokratischen Hürden" erst gar nicht zu überspringen. Dort reichen die finanziellen Ressourcen nicht für eigene Prüf-Verfahren. Die Länder richten sich in der Regel nach den entsprechenden Entscheidungen der Industrie-Länder. Einen solchen Freibrief soll die EU dem Pharma-Riesen jetzt mit der Import-Genehmigung ausstellen. "Das Risiko exportieren - den Reis importieren" - so lautet das Kalkül des Unternehmens.

Die Dialektik der Natur ...

Entsprechend hoch schlagen die Wellen der Empörung vor Ort. "Es ist unethisch von Bayer, die wenigen Reis anbauenden EU-Staaten zu schützen, indem der Konzern in Spanien, Italien, Griechenland, Portugal oder Frankreich keine Zulassung beantragt. Das Unternehmen gefährdet lieber die Nahrungsmittelsicherheit in den armen Ländern, um den nicht nachhaltigen Konsum der westlichen Staaten zu unterstützen", kritisiert Dr. Suman Sahai, Direktorin der Gene Campaign. Für die Bereitschaft, die Sicherheit von Indiens Grundnahrungsmittel Nr. 1 aufs Spiel zu setzen, nur um Reis zunächst als Tierfutter in die Nahrungskette der Fleisch fressenden Konsum-Gesellschaften einzuspeisen, findet sie bloß bitter-sarkastische Worte. Diese Unverfrorenheit hat auch die Initiative Green Motherland auf den Plan gerufen. Sie störte die PR-Veranstaltung von Bayer & Co. mit dem vielsagenden Titel "Shaping the future of rice" in Madras durch eine Demonstration empfindlich. "Reis ist Leben und kein Geschäft" war unter anderem auf den Transparenten zu lesen. Zudem verteilte Green Motherland die Schrift "Die Kontrolle der Multis über den Reis", die den schrittweisen Ausverkauf von Indiens wichtigstem Lebensmittel an die Agro-Multis dokumentiert. In Nordamerika ist Bayers Frankenstein-Food-Plänen mit der Gruppe Californians for GE-Free Agriculture Widerstand erwachsen. Und in Europa haben Friends of the Earth und die Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) mit einer Kampagne begonnen, deren vorläufiger Höhepunkt Aktionen rund um die Bayer-AktionärInnenversammlung am 30. April 2004 in Köln waren.

Die Gen-GegnerInnen können ihre Kritik auf zahlreiche wissenschaftliche Studien stützen. Chinesische ForscherInnen beobachteten Auskreuzungen von gen-manipuliertem Reis mit "natur-belassenem". In ein bis zwei Prozent des herkömmlichen Reis' fanden sie Spuren von gentechnisch verändertem. Nach Studien aus Lateinamerika greift das Bayer-Produkt auch auf wild wachsende Sorten über. In drei bis acht Jahren hat sich die LibertyLink-Resistenz vollständig auf diese übertragen, prognostizieren die WissenschaftlerInnen. Die Bauern und Bäuerinnen müssen dann größere Mengen an Herbiziden ausbringen, um das Wachstum von Wild-Reis auf den Genpflanzen-Feldern einzudämmen. Zur Kontrolle von LL-resistentem Wild-Raps sind ihre

US-amerikanischen KollegInnen schon heute dazu gezwungen. Und diese Extra-Dosen Chemie sind auch extra giftig.

Charles Benbrook, der ehemalige Geschäftsführer des Landwirtschaftsausschusses der US-amerikanischen Akademie der Wissenschaften, untersuchte über einen Zeitraum von sieben Jahren hinweg das Pestizid-Management auf Feldern mit gentechnisch manipuliertem Soja und konventionellem Soja. Ergebnis: Das Gen-Soja brauchte 22.600 Tonnen Agrochemie mehr. Das Versprechen der Gen-Giganten, die "grüne Gentechnik" würde zu einer Reduzierung der Gift-Einsätze führen, erfüllte sich also nicht. Einmal mehr scheiterten die Gen-ForscherInnen an ihren starren Vorstellungen von Natur. So wenig wie es ein Schwulen-Gen gibt oder "böse Zellen", welche die "rote Gentechnik" einfach ausschaltet, so wenig wirkt auch LibertyLink in Kombination mit entsprechend präpariertem Reis bis in alle Ewigkeit gegen unerwünschte Gewächse. Diese reagieren nämlich flexibel und stellen sich mit der Zeit auf die Mittel ein. Und diese Dialektik der Natur haben die Gen-Köche von Bayer nicht auf der Rechnung.

... haben Gen-Köche nicht auf der Rechnung

Die Artenvielfalt von Reis ist aber nicht nur durch die Einkreuzungen von Herbizid-Resistenzen gefährdet. Drückt der Leverkusener Chemie-Multi den LL-Reis mit all seiner Wirtschaftsmacht auf den Markt, so bleibt den LandwirtInnen nur die Alternative: Friss oder stirb. Das damit verbundene Aussterben von Arten ist jedoch nicht nur vom Standpunkt reiner Naturliebe aus bedauerlich; es hat auch dramatische praktische Folgen. Die Bauern und Bäuerinnen haben über Generationen hinweg ihre Saaten aufbewahrt und so eine ganze Reis-Bibliothek zusammengetragen. Wenn sich dann eine Sorte mal als besonders anfällig erweist, konsultieren sie ihre Sammlung und suchen eine widerstandsfähigere aus.

Diese Biodiversität droht zu verschwinden - und die LandwirtInnen gleich mit. Die "grüne Gentechnik" ist nämlich äußerst kapital-intensiv und verlangt nach großen Anbau-Flächen. Über diese verfügen viele Reis-Bauern und -Bäuerinnen aber nicht. So müssen sie die Feld-Wirtschaft aufgeben und in die Elendsgürtel rund um die Mega-Cities ziehen. Weit entfernt davon, dem Hunger Einhalt zu gebieten, verstärkt die "grüne Gentechnik" die soziale Misere noch. Initiativen wie Green Motherland haben an das Versprechen der Agro-Multis sowieso nie geglaubt, weil Hunger ein Verteilungsproblem darstellt. "Technologische Lösungen überdecken die sozialen und ökologischen Probleme, die den Hunger verursachen (...) Gentechnik-Befürworter ignorieren die Tatsache, dass die meisten an Hunger leidenden Menschen in Ländern leben, in denen es eher einen Überschuss an Nahrung als einen Mangel gibt", so die Umwelt-AktivistInnen.

Reis-Bibliotheken werden geschlossen

Aber nicht nur aus sozialen und ökologischen, sondern auch aus gesundheitlichen Gründen sollte mensch die "grüne Gentechnik" nicht grün sein. Bei einem Fütterungsversuch, bei dem WissenschaftlerInnen einer Gruppe von Schweinen gentechnisch verändertes Soja und einer anderen Gruppe konventionelles Soja gaben, nahmen die mit Gen-Soja versorgten Borstenviecher deutlich an Gewicht zu. Offensichtlich unterscheiden sich Gen-Pflanzen also nicht nur durch die eine hinzugefügte Eigenschaft von den herkömmlichen Sorten. Die neuen Eiweiße mit der eingebauten Resistenz stören den Stoffwechsel der alten - Positionseffekte nennen die ExpertInnen das - und schaffen einen ganz anderen Organismus. Und da jedes neue Eiweiß auch ein potenzielles Allergen ist, bestehen große Gesundheitsgefahren. Bayer streitet das ab und verweist auf entsprechende Analysen. Emily Diamand von Friends of the Earth zweifelt am Wahrheitsgehalt dieser Aussagen. Ihr zufolge gibt es noch gar keine belastbaren Untersuchungen zur Bestimmung von allergie-auslösenden Proteinen. "Der eigentliche Test findet statt, wenn die Verbraucher Genfood zu sich nehmen", stellt sie fest. Dass Bayers Gentech-Reis niemals aus bundesdeutschen Laboren frisch auf den Tisch kommt, daran arbeiten Friends of the Earth, indische und US-amerikanische Initiativen sowie die Coordination gegen BAYER-Gefahren mit vereinten Kräften - und nicht ohne Erfolg. Neun von 15 EU-Staaten haben Bedenken gegen Bayers Wünsche erhoben und den Antrag zur weiteren Prüfung an die EU-Kommission verwiesen. Eine endgültige Entscheidung ist nicht vor 2005 zu erwarten.

Jan Pehrke

Coordination gegen BAYER-Gefahren, CBGnetwork@aol.com, www.CBGnetwork.de

Anmerkung:

1) Freundlich genehmigt nachgedruckt aus: Stichwort Bayer 2/2004.

15. Aus Biokunst wird Bioterrorismus

Wissenschaftskritische KünstlerInnentruppe im Visier des FBI

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:17

In dieser Geschichte geht es um die absurde Kriminalisierung kritischer AktionskünstlerInnen. Sie wirft ein Licht auf das rigide innenpolitische Klima in den USA: Reporter ohne Grenzen beklagen Inhaftierungen und Ausweisungen von ausländischen JournalistInnen. Menschenrechtsgruppen kämpfen gegen Inhaftierungen ohne rechtliche Vertretung auf unbestimmte Zeit. Und die Bürgerrechtsorganisation American Civil Liberties Union organisiert eine Kampagne nach der anderen, um die Angriffe von Justizsenator John Ashcroft auf die Bürgerrechte zu parieren. Hinter dem nach dem 11. September verabschiedeten Patriot Act verbirgt sich ein Sicherheitsgesetzeswerk, an dem selbst Otto Schily seine Freude hätte. Im Jahr 2005 muss erneut über den Patriot Act abgestimmt werden. Daher versucht die Regierung mit allen Mitteln, die Notwendigkeit ihres Heimatschutzgesetzes zu beweisen.

Das KünstlerInnenkollektiv Critical Art Ensemble (CAE) steht seit 17 Jahren für eine radikale Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Bedingungen in den USA und interveniert mit seinen Aktionen an der Schnittstelle zwischen Wissenschaftsproduktion und deren wirtschaftlicher und machtpolitischer Verwertbarkeit für den Kapitalismus. Dabei steht für die fünf KünstlerInnen die Entmystifizierung von neuen Technologien durch einen rationalen und partizipativen Umgang im Vordergrund. Das CAE lässt das Publikum mitgebrachte Cornflakes auf gentechnische Veränderung untersuchen oder kritische Botschaften statt Infos und Werbetexte über die in den USA allgegenwärtigen elektronischen Werbetafeln flimmern. Mit seinen kreativen Performances und dem taktischen Einsatz neuer Medien hat sich das Kollektiv auch international einen Namen gemacht.

In ihrem jüngsten Projekt "Free Range Grain" (etwa "Korn ohne Grenzen") setzen sich die KünstlerInnen mit gen-manipuliertem Saatgut auseinander. So gehörte ein mobiles Minilabor, mit dem Lebensmittel direkt nach dem Kauf im Supermarkt auf die Kontaminierung durch genetisch veränderte Lebensmittel getestet werden können, zu ihrer Ausrüstung. Dieses Labor wurde Steve Kurtz, einem der Gründer des CAE und Professor an der Buffalo State University, zum Verhängnis.

Die Geschichte der mutwilligen Verwechslung von Kunst mit Bioterrorismus beginnt traurig: Am 11. Mai stirbt Steves Frau Hope, ebenfalls Mitglied des CAE, an einem Herzinfarkt. Die von Kurtz gerufenen Notärzte schöpfen Verdacht, als sie im Haus die Laborausrüstung, Bakterienkulturen und eine Büchersammlung zum Thema Biologische Kriegsführung entdecken. Die Joint Terrorism Task Force wird informiert und Steve Kurtz ein Fall fürs FBI. Die Leiche von Hope, die gesamte Ausrüstung, seine Bücher und sein Computer werden beschlagnahmt, Kurtz verhaftet und das Haus kurzzeitig versiegelt.

FBI auf Bakterienjagd

Schnell hätte sich für die Behörden herausstellen müssen, dass der anfängliche Verdacht völlig unbegründet war. Bei den Bakterien handelte es sich um ganz und gar ungefährliche Organismen, die häufig in Schulen für Experimente benutzt werden. Das Labor gehörte zu einer Ausstellung, die am 30. Mai im Museum of Contemporary Art von Massachussetts stattfinden sollte, und die Bücher dienten der neuesten Forschung von Kurtz über die Entwicklung der biologischen Kriegsführung in den USA. Aber das hinderte die Antiterrorkämpfer nicht. Auch wenn Kurtz nach einem Tag aus der Haft entlassen wurde: Die Ermittlungen wurden auf andere KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen aus dem Umfeld des CAE ausgeweitet. Auch der Verlag Autonomedia, in dem das Ensemble seine Buchprojekte veröffentlicht, wurde angeklagt. Grundlage der Ermittlungen war der Biological Weapons Anti-Terrorism Act, ein Gesetz, dass durch den Patriot Act entscheidend verschärft wurde. Schon der Besitz von biologischen Organismen kann nach der neuen Rechtslage schwer bestraft werden.

Erst nach Wochen wurde der Vorwurf des Bioterrorismus fallen gelassen. Stattdessen wurde Kurtz zusammen mit dem Leiter des Genetischen Instituts der Universität Pittsburgh, Robert Ferrel, des Post- und E-Mail-Betrugs angeklagt. Die Anklage bezieht sich nun auf die Tatsache, dass Kurtz die Bakterien durch seinem Freund Ferrel hat bestellen lassen, da rechtlich nur Institutionen oder Labors derartige Bestellungen aufgeben dürfen. Doch auch bei Postbetrug können bis zu 20 Jahre Haft verhängt werden. Außerdem findet

das Verfahren vor der Grand Jury statt. Für kleinere Delikte wie Postbetrug, sollte denn so einer stattgefunden haben, ist die Bundesgerichtsbarkeit normalerweise nicht zuständig. Um solche Fälle kümmern sich lokale Zivilgerichte. Dass das Verfahren nach wie vor von der Grand Jury geführt wird, löst in Bürgerrechtskreisen große Besorgnis aus. Von einer Verurteilung durch die oberste Justiz der USA könnte ein abschreckender Effekt auf andere kritische KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen ausgehen.

Was ist eigentlich Postbetrug?

Abschreckend sind auch die Auflagen, die Kurtz nach wie vor erfüllen muss: Er hat sich regelmäßigen Drogentests zu unterziehen, darf ohne Genehmigung nicht ins Ausland reisen und muss mit unangemeldeten Besuchen eines Bewährungshelfers rechnen. Seine zukünftige künstlerische Arbeit mit Bakterien wird Einschränkungen unterliegen. Computer und Festplatte, auf denen seine intellektuelle Arbeit von Jahren gespeichert ist, befinden sich immer noch in den Händen des FBI. Zwar ist der Ausgang des Verfahrens noch ungewiss und mit dem Urteil erst Ende des Jahres zu rechnen. Auch haben sich viele KünstlerInnen, WissenschaftlerInnen und AutorInnen bis hin zum PEN-Club mit Steve solidarisiert. Aber schon jetzt ist der angerichtete Schaden groß: Die Arbeit des CAE liegt seit den Anklagen so gut wie danieder, weil die Organisation der Solidaritätsarbeit die Gruppe an den Rand ihrer Kapazitäten bringt. Und auch die finanzielle Belastung durch die Verfahren ist enorm. Das mögliche Strafmaß von 20 Jahren schwebt als massive Drohung über den Angeklagten.

Bei der Frage nach den Hintergründen für den starken Verurteilungswillen der Grand Jury sind zwei Aspekte besonders interessant.

Die Tricks des Mister Ashcroft

Erstens: Steve Kurtz' Beschäftigung mit dem US-amerikanischen Biowaffenprogramm fällt in eine Zeit, in der die US-Administration keine Tabus bei der eigenen Aufrüstung zulassen will und enorm viel Geld für die Entwicklung neuer Verteidigungs- und Angriffstechnologie ausgibt. Im Jahr 2003 erhöhte die Bush-Regierung das Budget für die Verteidigung gegen Bioterrorismus um 300 Prozent im Vergleich zu 2002 auf 5,9 Milliarden Dollar. Dass die Forschung für die Verteidigung gegen Biowaffen und für die Entwicklung eigener biologischer Kriegsmittel nicht scharf voneinander zu trennen ist und dass unter dem Vorwand des "Krieges gegen den Terror" eine Militarisierung des Gesundheitswesens stattfindet, sind zentrale Thesen kritischer AktivistInnen wie der CAE-Mitglieder. Die eigene Verwicklung der USA in die Bedrohung der Welt durch biologische Waffen - die immer nur als Bedrohung von außen, durch TerroristInnen oder "Schurkenstaaten" dargestellt wird - ist ideologisch ein heißes Eisen. So sehen denn auch viele Intellektuelle in diesem Thema den eigentlichen Grund für die Kriminalisierung: Gefährlich sind nicht die Bakterien, die Kurtz besaß, sondern der aufklärerische Zweck, zu dem er sie brauchte.

Zweitens: Im nächsten Jahr muss über den Patriot Act erneut abgestimmt werden (er wurde nur für zwei Jahre gebilligt). Justizsenator John Ashcroft ist dabei, die Weichen für eine erneute Zustimmung der Abgeordneten zu stellen. Dafür braucht er Zahlen, die die Effektivität des Patriot Act im "Kampf gegen den Terror" belegen. Im Juli legte er dem Kongress einen Report vor, der u.a. die Namen von 310 nach dem Patriot Act verurteilten StraftäterInnen enthielt. Diese Zahl war Ashcroft Beweis für seine These vom Patriot Act "als einem Albtraum für al-Qaida." (Baltimore Sun vom 23.7.04) Liberale Zeitungen und Bürgerrechtsgruppen deckten daraufhin auf, dass die meisten der Verurteilten aber weder etwas mit al-Qaida zu tun haben noch in irgendeine terroristische Straftat verstrickt sind. Stattdessen wurden die Gerichte von John Ashcroft angewiesen, eine bestimmte Quote von Patriot-Act-Verurteilungen zu erfüllen, um die Statistiken aufzubessern. So fanden dann Streetgang-Kids, die in New York einen Park "terrorisierten", Nonnen, die ein großes Nein auf einen Atommeiler sprühten, Menschen aus dem Nahen Osten, die bei ihren Visa-Anträgen logen und eben kurzzeitig auch Steve Kurtz Eingang in die Bilanz des Kampfes gegen den Terror.

Miriam Edding

Weitere Informationen und Spendenkonto für das CAE: www.caedefensefund.org, www.critical-art.net

Informationen über Bürgerrechtsverletzungen in den USA: www.rsf.org, www.aclu.org

16. Israel/Palästina im Spiegel linker Presse

Ein Vergleich der Schwerpunkthefte von jungle world und inamo

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:18

Um Israel, "die einzige Demokratie im Nahen Osten", geht es in zwei kürzlich erschienenen Schwerpunktheften der jungle world und der inamo. Während die jungle-world-Redaktion sich an Israels linksliberalen Mainstream orientiert, lässt inamo ausschließlich israelische WissenschaftlerInnen zu Wort kommen, die außerhalb des zionistischen Diskurses argumentieren. Ein aufschlussreicher Vergleich.

Die mediale Wahrnehmung Israels in Deutschland gewann im Laufe der 1990er Jahre an Breite und Qualität. Unterstützt wurde das u.a. durch das Aufkommen einer jüngeren Generation von kritischen ForscherInnen in der israelischen Geschichtswissenschaft, Soziologie und Geographie. Neben den im engeren Sinne politischen israelisch-palästinensischen Dynamiken nahmen nun gesellschaftliche und kulturelle Entwicklungen wie wirtschaftspolitische Fragen deutlich mehr Raum ein. In geringerem Umfang galt dies auch für die Berichterstattung über die palästinensische Gesellschaft. Das diskursive Machtgefälle zwischen Israelis und PalästinenserInnen manifestierte sich u.a. in der Professionalität der Öffentlichkeitsarbeit und materiellen Ressourcen wie gut ausgerüsteten Universitäten, Verlagen etc. Es war aber auch auf politische Rahmenbedingungen wie den unterschiedlichen Grad der Meinungs- und Forschungsfreiheit in Israel und den Autonomiegebieten zurückzuführen. Die Zerstörung der in den Oslo-Jahren entstandenen palästinensischen Infrastruktur seit der israelischen Militäroffensive vom Frühjahr 2002, die Erosion der palästinensischen Institutionen und die drohende Warlordisierung der besetzten Gebiete haben dieses Machtgefälle nochmals dramatisch verschärft.

So verwundert es nicht, wenn sich zwei neuere Publikationen der linken deutschsprachigen Presse zum Schwerpunkt Nahost ausführlich mit der israelischen, kaum aber mit der palästinensischen Seite befassen. Aufmerksamkeit erregte zunächst die Berliner Wochenzeitung jungle world mit einer Ende Juni erschienenen Sonderausgabe zum Thema Israel (Nr. 27/2004). Die dankenswert breite Themenpalette der dort versammelten und teilweise sehr interessanten Artikel beleuchtet verschiedenste Aspekte der zeitgenössischen israelischen Politik, Kultur und Gesellschaft. Abgerundet wird dies durch ein Supplement mit Fotografien Dinu Mendreas zum Thema "Trying to be 20 in Jerusalem", die im Frühjahr 2002 bereits im Hamburger Museum für Völkerkunde zu sehen waren.

Titelbild mit Blut saugendem Juden

Die Qualität der Artikel leidet indes nicht nur an den Begrenzungen des Zeitungsformats selbst, sondern auch an ihrer feuilletonistisch aufgepeppten Oberflächlichkeit. Weitergehende Analysen und kritische Fragen werden nur in homöopathischen Dosen verabreicht - das übergeordnete Ziel der Redaktion ist die Darstellung der Vielfalt und des demokratischen Charakters Israels. Bevorzugte AnsprechpartnerInnen der jungle-Redaktion waren VertreterInnen des links-liberalen israelischen Diskurses, der bei aller Kritik an der Besatzung und bei aller Political Correctness gegenüber Randgruppen innerhalb der israelischen Gesellschaft doch stets an den Idealen der zionistischen Bewegung festhält und dafür im Zweifelsfall vor der Tabuisierung unliebsamer Fragen und dem mehr oder weniger behutsamen Verbiegen von Tatsachen nicht zurückschreckt.

Ergreifend naiv erscheint etwa ein Artikel über Frauen als Ausbilderinnen in der israelischen Artillerie, so als ob es keine feministische Kritik am israelischen Militarismus und seinen Auswirkungen auf die Geschlechterverhältnisse in der israelischen Gesellschaft gäbe - diese Kritik bleibt freilich außerhalb des linksliberalen Mainstreams und wurde von der jungle-Redaktion entweder übersehen oder ignoriert. Unkommentiert wiedergegeben wird der falsche Vergleich Frank Sterns (Professor für deutsche Geschichte an der Universität Beer Sheva) zwischen den Problemen der indigenen Beduinen im südlichen Israel und denjenigen türkischer EinwanderInnen in Deutschland. Auch Sterns empirisch kaum begründbare optimistische Vision einer fortschreitenden Integration der beduinischen Bevölkerung in die israelische Gesellschaft wird kritiklos übernommen. Vollends lächerlich macht sich die jungle-Redaktion, indem sie die Lobhudelei eines Tel Aviver Kaffeehaus-Linken auf das Szeneviertel entlang der Sheinkin-Straße als postmodernes Paradies der Vielfalt und Motor der Zivilgesellschaft abdruckt. Sollte die Berliner Wochenzeitung

einen ähnlichen Artikel z.B. über die Entwicklungen der letzten Jahre im Hamburger Schanzenviertel lancieren, würde sie wahrscheinlich einen guten Teil ihrer Hamburger AbonnentInnen verlieren.

Ein ganz anderes Kaliber in Sachen kritischer Berichterstattung über den Nahen und Mittleren Osten stellt die ebenfalls in Berlin erscheinende Zeitschrift inamo dar. Seit zehn Jahren fungiert die meist vierteljährlich erscheinende inamo als Scharnier zwischen Wissenschaft und Fachjournalismus; jede Ausgabe enthält einen aufwendig recherchierten und qualitativ hochwertigen Themenschwerpunkt. Die Berichterstattung der inamo zu Israel/Palästina ist seit ihrer Gründung durch eine kritische Haltung zu israelischer Regierungspolitik gegenüber den PalästinenserInnen geprägt, aber auch durch einen differenzierten und kritischen Blick auf Entwicklungen in der palästinensischen Gesellschaft. Ihr Hang zu investigativem Journalismus hat inamo in den vergangenen Jahren gegen den u.a. in Berlin ansässigen und von der jungle world gerne zitierten Informationsdienst Memri (Middle East Media Research Institute) in Stellung gebracht, dessen selektive Übersetzungen aus der arabischen Presse für inamo, aber auch für den britischen Guardian die Funktion Memris als Teil einer israelischen Medienstrategie belegt. Die Veröffentlichung personeller Verbindungen der Memri-Chefetage zur Likud-Partei und zu israelischen Armeekreisen durch inamo wurde von Memri vor Gericht bekämpft. Das Verfahren endete mit einem Vergleich: inamo musste zwei Recherchefehler zurücknehmen, konnte den wesentlichen Teil seiner Darstellung aber aufrecht erhalten.

Lobhudelei statt kritischer Fragen

Die aktuelle Ausgabe zum Themenschwerpunkt Israel (inamo 10/38, Sommer 2004) zeichnet sich durch die gewohnte Qualität von gut recherchierten Hintergrundartikeln aus. Alle stammen von israelischen ForscherInnen, die außerhalb der Parameter des zionistischen Diskurses operieren. Ein wohltuender Kontrast zur jungle world, die sich in Nr. 28/2004 nicht schämt, einen denunziatorischen Verriss sämtlicher Spielarten der israelischen "radikalen Linken" zu veröffentlichen, dessen Stil der Bild-Zeitung alle Ehre machen würde.

Andererseits gibt gerade angesichts der Qualität der inamo-Berichterstattung das Cover der aktuellen Ausgabe Anlass zu Verwunderung und Kritik: Dabei wurde William Bougueraus Gemälde "Dante und Vergil in der Hölle" von 1850 so bearbeitet, dass auf dem Titelbild mit dem Schriftzug "Israel. Die einzige Demokratie im Nahen Osten" nunmehr ein in den israelischen Nationalfarben colorierter Mann seinem im Zweikampf unterlegenen Gegner die Gurgel aufbeißt, während ein geflügelter Teufel sowie George W. Bush und Joseph Fischer als scheinheilige Potentaten die Szene beobachten. Unabhängig von der Frage, ob dies eine realistische Allegorie auf den aktuellen Stand des israelisch-palästinensischen Konfliktes ist, zitiert inamo mit dieser Bildersprache gewollt oder ungewollt das altbekannte antisemitische Klischee vom Blut saugenden Juden und gibt damit denjenigen Argumentationshilfe, für die inamo sowieso schon Teil ihres Feindbildes ist.

Achim Rohde

17. Aufklärung und Propaganda

Der neue Michael Moore-Film ist besser als sein Ruf

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:19

"Purer Populismus" urteilte Andreas Bocholte im Spiegel über Michael Moores "Fahrenheit 9/11". "Ressentimentgeladenes Propagandawerk" und "anti-aufklärerisch" ist auch das Verdikt von Teresa Schweiger und Tobias Ofenbauer in der jungle world. Und mit dem FAZ-Rezensenten Andreas Kilb sind sie sich auch in Sachen "Verschwörungstheorie" einig. Dabei hat dieser Film dieses Jahr die Goldene Palme von Cannes bekommen, und zwar (im Wesentlichen) zu Recht.

Moores Film ist ein Film über die Verstrickungen und Interessen des Bush-Clans sowie eine vehemente Kritik am Irak-Krieg. Und der Film ist ein Bestseller. Seit dem Kinostart im Juni hat er bis Ende Juli über 100 Mio. US-Dollar eingespielt. Als erster so genannter Dokumentarfilm schaffte es "Fahrenheit 9/11" auf Platz 1 der Kino-Charts. Damit ist der Streifen erstmals in Einnahmeregionen vorgestoßen, die ansonsten nur den Blockbustern aus Hollywood vorbehalten sind. Und es ist zunächst einmal dieser Durchbruch bei einem Massenpublikum, der den Film in den Augen der KritikerInnen verdächtig macht; schließlich gilt Publikumserfolg als erstes Indiz für Populismus - gerade bei einem politischen Film. Moores Intention sei nicht die Aufklärung, sondern er hoffe vielmehr auf die Dummheit des Publikums, wissen z.B. die jungle world-RezensentInnen. Sie reproduzieren dabei unter der Hand mal schnell das anti-amerikanische Klischee schlechthin, nämlich das Bild von den blöden, kulturlosen Amis, die jeden Scheiß aus den Filmfabriken für bare Münzen nehmen.

Skandal und Wahrheit

Ein beliebter Verweis auf Moores anti-aufklärerische Absichten besteht in dem Vorwurf, "Fahrenheit 9/11" unterschlage Fakten oder manipuliere sie. Eine eigentümliche Kritik, denn Fakten präsentiert der Film zu Hauf: Über die Manipulation der Präsidentschaftswahl 2000, als in Florida massenhaft Stimmen afroamerikanischer (und in der Mehrheit demokratischer) WählerInnen nicht gezählt wurden; über die Weigerung von Demokraten wie Republikanern im Senat, die Proteste von schwarzen Kongressabgeordneten zu unterstützen; oder über die Bespitzelung von FriedensaktivistInnen durch die neue Anti-Terror-Gesetzgebung. Es mag sein, dass viele dieser Informationen für den gebildeten Kritiker nicht neu sind, doch dies ist ein ebenso merkwürdiger Einwand wie der implizite Vorwurf der FAZ, Moore habe vieles nicht selbst gedreht, sondern "nur" Fremdmaterial übernommen.

"Fahrenheit 9/11" gilt als Dokumentarfilm, und aus irgendeinem unerfindlichen Grunde dürfen solche Filme offenbar keine parteiischen Botschaften vermitteln. Sie haben vielmehr "objektiv" und "neutral" zu sein und "alle Fakten" zu berücksichtigen. Es ist der Mythos des Echten, Wahren und Unverfälschten im dokumentarischen Bild, der sich in der Kritik an Michael Moore Bahn bricht. Doch der Blick durch die Kamera ist niemals neutral, das Foto niemals eine "reine" Wahrheit. Ein Film, der aus dokumentarischem Bildmaterial besteht, präsentiert immer die Wahrnehmung der Autorin von und ihre Interpretation der Welt. In diesem Sinne ist jeder Film und eben auch jeder (politische) Dokumentarfilm ein Propagandafilm; ein Umstand im übrigen, den Michael Moore niemals und an keiner Stelle verleugnet. Insofern geht er mit dem Medium des dokumentarischen Bildes sehr viel ehrlicher und offener um als seine KritikerInnen.

Doch der Film präsentiert durchaus auch Neuheiten: etwa die Bilder von verwundeten und gefallenen US-Soldaten, die Sequenzen von Razzien im Irak und von Demütigungen von Gefangenen, lange bevor die Folterfotos von Abu Ghraib um die Welt gingen. Alles Material, das genauso unter die Armee-Zensur gefallen war wie die Aufnahmen von Flaggen bewehrten Särgen oder die Interviews mit zunehmend verstörten und irritierten GIs. Nur: Das sind nicht die Bilder, die Moores KritikerInnen sehen wollen. "Auslassen unbequemer Tatsachen" lautet der von FAZ bis jungle world erhobene Vorwurf.

Gemeint ist damit immer, dass Moore konsequent dem US-Krieg gegen den Irak jegliche Legitimation und Legitimität abspricht. Für ihn ist dieser Krieg ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf einen souveränen Staat gewesen, der zu keiner Zeit die USA angriff oder einen US-Bürger in irgendeiner Weise getötet habe. Moore verweigert sich jeder Haltung, die dieses Gemetzel als Befreiungskrieg oder Akt einer Demokratisierung oder gar Zivilisierung feiert. Moores Haltung wird durch keinerlei Hinweise auf den Terror des Baath-Regimes

relativiert (ohne dass man deswegen auch nur eine Sekunde lang auf den Gedanken käme, er würde mit Saddam Hussein sympathisieren). Es ist diese politische Aussage, die zu dem Wutgeheul seiner KritikerInnen führt und auch schon mal den Ruf nach Zensur anklingen lässt, etwa wenn Schweiger und Ofenbauer sich darüber empören, dass Moore die aktuelle US-Politik, die ihm "missfällt", "mit allen Mitteln attackieren darf."

Es ist wahr: "Fahrenheit 9/11" ist ein Anti-Bush-Film. Und es ist auch wahr, dass Moore mit diesem Film nicht nur den Verstand, sondern auch die Emotionen der Zuschauerin anspricht. Er gibt die Figuren der Macht der Lächerlichkeit preis, er denunziert das Verhalten der Bush-Administration als heuchlerisch, lügnerisch und unmoralisch. Und er zeigt die Opfer des Krieges - Soldaten wie Zivilisten - in teilweise aufwühlenden Bildern. Doch es war schon immer ein genauso falsches wie elitäres Verständnis von Aufklärung, das Verstehen, Erkennen und Begreifen nur als Akt des Intellekts akzeptiert hat. Im Gegenteil: Kein aufklärerischer Akt kommt ohne Wut, Trauer, Empathie und Mitleid aus. Emotionalität ist keinesfalls per se ein Merkmal von Verdummung und anti-aufklärerischen Haltungen. Das ist sie nur dann, wenn sie affirmativ eingesetzt wird und dem selbstständigen Denken und Handeln entgegensteht.

Woody-Guthrie-Patriotismus

So ist es weniger ein Ausdruck aufklärerischen Denkens als vielmehr von blankem Zynismus, wenn Michael Moore vorgeworfen wird, er sehe in der banalen "kapitalistischen Selbstverständlichkeit" einer Investition in Waffengeschäfte "bereits eine kriminelle Handlung" (jungle world, 28.7.2004). In einer der eindrucksvollsten Sequenzen von "Fahrenheit 9/11" begleitet Moore zwei Rekrutierungsoffiziere der Marines bei ihrem "Menschenfischen" in den Elendsvierteln von Flint, Michigan. Er zeigt, dass es im Irak-Krieg (wie in dutzenden Kriegen vorher) die Jugend der Armutsbevölkerung war, die für die Interessen der Bourgeoisie geblutet hat. Hier, wo Moore am intensivsten den Klassencharakter dieses Krieges beschreibt, können die jungle world-KritikerInnen nur das "Halluzinieren von Skandalen" erkennen.

"Fahrenheit 9/11" zielt erklärtermaßen auf ein Massenpublikum, doch er beschwört deswegen noch lange nicht den "Aufstand des gesunden Volksempfindens." (jungle world) Der Film argumentiert von der Position eines "Patriotismus der kleinen Leute" aus, von einem Woody Guthrie-Patriotismus des "This Land is your land", inklusive der Vorbehalte, die in dieser Haltung gegen Staat und Bürokratie angelegt sind. Aber wer das vorschnell denunziert, der verkennt, dass es in den sozialen Bewegungen der USA diesen Bezug auf ein Land und einen "American Dream", die nicht nur den Reichen und Mächtigen gehören, immer gegeben hat. Dieser Patriotismus von unten hat den sozialrevolutionären Syndikalismus der IWW genauso gespeist wie die AntifaschistInnen der Lincoln-Brigaden im spanischen Bürgerkrieg oder die Deserteure und PazifistInnen im Ersten und Zweiten Weltkrieg.

Die "Ressentiments gegen ‚die da oben`" (Schweiger/Ofenbauer), die Moore anspricht, richten sich keineswegs gegen einen "blutleeren Rechtsstaat". Im Gegenteil: Dieser Rechtsstaat ist Moore genauso lieb und teuer wie die Ideale der amerikanischen Verfassung. Wogegen er polemisiert, ist deren Enteignung und schamlose Instrumentalisierung durch Großkonzerne und ihre politischen RepräsentantInnen. Eine, vielleicht die Kernaussage des Films formuliert am Ende Bush selbst. In einer Rede während eines Festessens von Top-ManagerInnen und Großaktionären spricht er seine ZuhörerInnen wie folgt an: "Manche nennen Sie ‚Elite`. Ich aber nenne Sie ‚meine Basis`".

Selbstverständlich hat ein solcher Patriotismus genauso Grenzen und Schwächen wie der Wunsch, ein möglichst breites, auch republikanisches Publikum zu erreichen. Und manche dieser Grenzen zeigen sich auch in "Fahrenheit 9/11". Die Verbindungen der Bushs mit den saudischen Ölmagnaten führen Moore in die Nähe nationalistischer Assoziationen von einer "Übernahme der amerikanischen Wirtschaft" durch "die Saudis". Und gegenüber Familie Bin Laden, deren Mitglieder sich um den 11. September herum in den USA aufgehalten hatten, kokettiert er relativ eng mit der Sippenhaft. Problematisch ist ebenfalls, dass sich der Film nahezu ausschließlich auf George W. Bush konzentriert, die anderen Mitglieder in Kabinett und Beraterstäben kommen völlig ungeschoren davon. Ein Zugeständnis an das Massenpublikum ist möglicherweise auch die relativ dünne Auseinandersetzung mit den Auswirkungen des Patriot Act. Dass die Anti-Terror-Gesetzgebung neben weißen, bürgerlichen Friedensgruppen vor allem People of Color und MigrantInnen trifft, erfährt man aus dem Film nicht. Auf den ersten Blick befremdlich ist auch Moores Kritik, Bush beschwöre die Terrorismus-Gefahr und kürze gleichzeitig die Etats von Polizei und regionalen Sicherheitsorganen. Moore beklagt jedoch offensichtlich nicht in erster Linie eine reale Schwächung der Sicherheitsapparate. Ihm geht es

hier eher um Bushs Heucheleien und Lügen im Zusammenhang mit der angeblichen Bedrohung der nationalen Sicherheit.

Vor allem die Hinweise auf die vielfältigen persönlichen politischen und vor allem ökonomischen Verbindungen und Interessen der Familie Bush mit der Öl- und Kriegsindustrie sind der Hintergrund für den Vorwurf der Verschwörungstheorie. "Fahrenheit 9/11" behauptet in der Tat, auf Grund dieser Interessen habe Bush nach dem 11.9. die Mitglieder der Familie Bin Laden unbehelligt ausfliegen lassen. Der Film behauptet auch, bei der Intervention in Afghanistan wäre es in erster Linie um ein Pipeline-Projekt gegangen, an dem die Familie Bush beteiligt gewesen sei. Und der Film behauptet drittens, Afghanistan sei nur eine notwendige Zwischenetappe zum eigentlichen und seit langem anvisierten Ziel, dem Irak gewesen. Man kann darüber streiten, ob dies nicht allzu reduzierte und vereinfachte Interpretationen sind. Doch die Funktion, die direkte persönliche Beziehungen und die direkte Verbindung zwischen politischen und ökonomischen Interessen im US-amerikanischen Politik- und Machtgefüge haben, steht außer Zweifel; genauso wie die Tatsache, dass der Irak-Krieg für etliche Unternehmen "ein grandioses Geschäft" ist, wie es ein Microsoft-Sprecher formuliert.

Bellizistisches Moore-Bashing

"Fahrenheit 9/11" ist kein Meisterwerk, aber ein notwendiges, sehenswertes und unterm Strich auch gutes Stück politischer Propaganda im besten, d.h. aufklärerischen Sinne. In der jungle world vom 28.7.2004 sind zwei Standfotos aus dem Film direkt nebeneinander montiert: Das eine zeigt die erwähnten Headhunter der Marines bei ihrer Anwerbearbeit, das zweite zeigt einen Kriegsdienstverweigerer in Uniform und Michael Moore auf dem Capitol Hill. Die Bildunterschriften lauten: "Überzeugungsarbeit I" und "Überzeugungsarbeit II". Wie verhasst muss einem selbst eine linksliberale Kritik am Krieg sein, wenn man im Namen der Aufklärung dermaßen die Demagogiekeule schwingt. Der Vorwurf der "Dummheit, des Antiliberalismus, der Infantilität und der Lügenpropaganda" (jungle world) fällt auf die Kriegshetzer im Feuilleton zurück.

dk

Fahrenheit 9/11, USA 2004, 110 Minuten, freigegeben ab 6; Regie: Michael Moore

18. "Ich würde mehr Rabatz machen"

Ein Interview über Klassenkampf im Call Center

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:20

ak: Ihr seid Mitglieder der Call Center Offensive (CCO). Erzählt doch erst mal, was die CCO ist.

Christian: Die CCO war eine Gruppe, die in Berlin versucht hat, politisch zu Call Centern zu arbeiten, das heißt Arbeits- und Entlohnungsbedingungen zu thematisieren, Agents, d.h. Leute, die dort am Telefon arbeiten, in ihren Konflikten mit dem jeweiligen Unternehmen zu unterstützen, die Konflikte zu skandalisieren und so weiter ...

Wir müssen also die Vergangenheitsform benutzen!?

Christian: Ja, die Gruppe ist inzwischen eingeschlafen. Der Kern der alten Mitglieder ist noch über die E-Mail-Adresse info@callcenteroffensive.de zu erreichen. Hier gehen immer noch Anfragen von Agents ein, die von uns beantwortet werden. Wenn sich eine Gruppe von Agents fände, die Interesse hätte, sich längerfristig zu organisieren, würden wir das gern durch ein paar Diskussionsrunden unterstützen.

Wie ist die CCO entstanden?

Tom: 1999 fand in Berlin die Konferenz "Schluss mit dem Stress - für Existenzgeld und eine radikale Arbeitszeitverkürzung" statt. Dabei entstand das Bedürfnis, über den selbstreferenziellen linken Theorie-Diskurs hinauszukommen und eine politische Praxis zu bzw. in prekären Arbeitsverhältnissen zu entwickeln. Nach mehrmonatigen Umwegen haben wir uns endlich die Frage gestellt, zu welchen Bereichen wir am ehesten Kontakt herstellen könnten. Bei uns saßen zwei, drei Agents in der Runde und die meisten anderen kannten welche. Außerdem boomten Call Center damals noch mächtig und waren als Teil der vielbesungenen New Economy, also als Sektor interessant.

Wie seid Ihr vorgegangen? Was habt Ihr gemacht?

Tom: Die politische Arbeit bestand vor allem in Unterstützungsarbeit bei Arbeitskämpfen, Öffentlichkeitsarbeit, offenen Treffen für Agents, öffentlichen Veranstaltungen und dem Schreiben von Artikeln. Am wichtigsten waren die offenen Agenttreffen - zumindest war das unser Anspruch, denn wir wollten unbedingt betriebsübergreifend arbeiten, um Betriebsborniertheit von vornherein zu vermeiden.

Christian: Zunächst haben wir begonnen, mehr oder weniger systematisch Informationen zu sammeln, um uns in einem für die meisten von uns polit-praktisch fremden Feld zu orientieren. Im April 2000 haben wir dann zum ersten offenen Agent-Treffen eingeladen. Wir wollten damit einen Erfahrungsaustausch zwischen Agents über ihre Arbeitsbedingungen anstoßen - und über Möglichkeiten, sich dagegen zur Wehr zu setzen. Tatsächlich kamen zehn, zwölf interessierte Agents zu dem Treffen. Konkret hat sich das dann so entwickelt, dass die Agents ihre Arbeitsverhältnisse verteidigt haben und betont haben, wie frei sie dort seien oder dass man eh nichts ändern könne. Wir gerieten in die Rolle, den Agents vorzuwerfen, dass sie nichts gegen ihre von uns als schlecht bewerteten Arbeitsbedingungen tun. Zumindest war das wohl das Gefühl, das sie hatten - ein skurriles Treffen.

Hattet ihr denn eine konkretere Idee, wie die politische Arbeit aussehen sollte?

Christian: Nein, unsere Praxis war durch Herumprobieren und Improvisieren geprägt. Eine Rolle spielte dabei zum einen, dass sich die CCO aus einem recht heterogenen Bündnis von Studis und Jobberbewegten aus verschiedenen Politgruppen entwickelt hat, dass sie weder über eine klare gemeinsame politische Position oder Analyse verfügte, noch in der Lage war, eine solche zu entwickeln. Klar war: Wir wollten dazu beitragen, dass sich die Leute in ihren Jobs mehr und vielleicht auch besser wehren. Über das Wie gab es zunächst keine Vorstellung. Nur nicht-bevormundend, irgendwie selbstorganisiert sollte es sein. Irgendwann hat sich bei uns das Wort "experimentelle Praxis" als Beschreibung für das, was wir tun, eingeschlichen. Wir haben die spezifischen Bedingungen in unserem Kampffeld - d.h. im Segment der freien Call-Center-Agenturen mit einem relativ hohen Anteil prekär beschäftigter Studi-Jobber - zu einem guten Teil erst durch unsere Interventionen kennen gelernt. Zum Beispiel hat uns die direkte oder indirekte Beteiligung an den Auseinandersetzungen bei AudioService, Hotline und ADM gezeigt, wie niedrig die Eskalationsschwelle in

diesem Bereich ist. Dort hat die Geschäftsleitung schon auf Forderungen nach Einhaltung der gesetzlichen Mindestbedingungen wie bezahltem Urlaub hysterisch reagiert.

Tom: Allerdings hatten wir, bevor wir angefangen haben, schon einige gemeinsame Annahmen, die den Rahmen unserer Praxis abgesteckt haben. Erstens: Prekäre ArbeiterInnen sind besonders unzufrieden wegen schlechter Arbeitsbedingungen. Sie identifizieren sich nicht so stark mit ihrem Job oder ihrer Firma und sind eher abgeneigt gegen DGB-Politik. Da Gewerkschaften in diesem Bereich ohnehin kaum präsent sind, sind prekäre ArbeiterInnen möglicherweise offen für selbstorganisierte Formen von Politik am Arbeitsplatz. Zweitens: In Call Centern arbeiten viele junge Leute, zu denen wir leichter Kontakt bekommen und die offen sind für linke Inhalte. Und drittens wollten wir mit den offenen Treffen für Agents eine selbstorganisierte und betriebsübergreifende Praxis anstoßen. Wir hofften, dass sich daraus ein dauerhafter Zusammenschluss von Agents aus verschiedenen Call Centern entwickeln würde.

Christian: Sicher hat auch die Überlegung eine Rolle gespielt, dass in Call Centern, zumindest in den großen, die Arbeit fabrikmäßig organisiert ist, also viele Leute am gleichen Ort die gleiche Tätigkeit ausführen. Von dieser Situation haben wir uns versprochen, dass sie die Entwicklung gemeinsamer Interessen der Beschäftigten erleichtern würde - als eine Vorbedingung für gemeinsamen Widerstand.

Wir haben vorhin über euer erstes Agent-Treffen gesprochen. Wie habt ihr euch von dem Rückschlag erholt?

Tom: Ein Rückschlag war es an sich nicht. Eher hat uns die Situation geerdet, unsere Vorstellungen von der Call-Center-Arbeit mit der subjektiven Realität der Beschäftigten konfrontiert. Die Agents von AudioService, die bei dem Treffen waren, sind sogar zur Keimzelle der ersten Auseinandersetzung geworden, mit der wir zu tun hatten. Die Einführung von Tagelöhnerverträgen in ihrem Betrieb hat dafür den Ausschlag gegeben.

Christian: Die empörten Agents haben der Geschäftsleitung einen Brief geschrieben, in dem sie die Umwandlung der Verträge in unbefristete Arbeitsverträge zu den gesetzlich vorgesehenen Bedingungen gefordert haben. Die UnterzeichnerInnen (30 von insgesamt 70 Agents bei AudioService) wurden von der Geschäftsleitung zur Rücknahme ihrer Forderung gedrängt. 17 Agents, die das nicht taten, wurden entlassen. Vor dem Arbeitsgericht haben die Entlassenen immerhin noch unterschiedlich hohe Abfindungen erstritten.

Das war alles?

Tom: Ja. Was den materiellen Erfolg angeht, war das alles. Gleichzeitig war es aber ein Auftakt, der uns Mut gemacht und gezeigt hat, dass es möglich ist, Konflikte in Call Centern zu beeinflussen und Auseinandersetzungen zu führen. Der Fall hat außerdem ein relativ großes Medienecho hervorgerufen und so dazu beigetragen, die Arbeitsbedingungen in Call Centern zu skandalisieren.

Christian: Über das als blauäugig empfundene Vorgehen der Agents hat es bei uns in der Gruppe heftige Diskussionen gegeben. Trotzdem haben wir die Agents in ihrem Vorhaben unterstützt. Im Nachhinein hätten wir eine eigene Positionierung von uns bei der Unterstützung der Agents besser gefunden. Eine gemeinsame Auswertung und Weiterarbeit mit den Agents hat es nicht gegeben; viele von denen kamen aus der Hausbesetzer-Szene, wollten von der politischen Seite des Konflikts aber nichts wissen.

Beim zweiten Konflikt, der Auseinandersetzung bei Hotline, haben wir das Ganze eher aus der Entfernung inspiriert. Als es akut wurde, haben wir die beteiligten Agents unterstützt, für Pressearbeit und Kontakte gesorgt. Auf den Verlauf des Konflikts hatten wir auch hier wenig Einfluss. Das lag aber auch daran, dass sich die Aktiven - die meisten kannten sich untereinander und waren auch gemeinsam politisch aktiv - bereits auf ein Vorgehen verständigt hatten und sich von uns nicht reinreden lassen wollten.

Was ist dann bei diesem Konflikt herausgekommen?

Christian: Bei Hotline hatte sich der Konflikt an der willkürlichen Entlassung von 60 Agents entzündet. Daraufhin hat eine Gruppe Beschäftigter eine konspirative Betriebsratsinitiative ins Leben gerufen. Die Geschäftsleitung hat schließlich einen Teil der InitiativlerInnen aufgespürt und entlassen. Bei der BR-Wahl hat dann eine Liste geschäftsführungsfreundlicher Teamleiter die Mehrheit errungen und anschließend weitere Kündigungen gegen Aufmüpfige abgesegnet. Inzwischen wurde die Geschäftsführung wegen Behinderung einer Betriebsratswahl angezeigt und verurteilt.

Insgesamt war das die längste und intensivste Auseinandersetzung. Auch war hier das Medienecho am größten. Es gab zwei Demos vor dem Call Center, die ganz schön Aufsehen erregt haben. Es ist aber gescheitert, nach den Entlassungen weiter innerhalb des Betriebs Politik zu machen. Es ging dann wieder nur noch um individuelle Fragen nach Abfindungen etc.

Tom: In dem Konflikt ist uns auf die Füße gefallen, dass wir wieder nicht von uns aus aktiv wurden, sondern uns nach den Rausschmissen auf Wunsch der verbliebenen Agents zurückgehalten haben. Die Minderheit der Festangestellten dort, für die existenziell viel mehr dran hing an der Arbeit, die den Job mitunter als letzte Chance begriffen haben, wieder einen Fuß ins Berufsleben zu bekommen, haben wir auch deshalb nicht erreicht. Das war ein schweres Versäumnis, das unserem Anspruch, Politik jenseits des linken Szene-Gettos zu machen, widersprochen hat.

Es gab noch einen dritten Konflikt, an dem ihr beteiligt wart ...

Tom: Ja, den bei ADM. Das Call Center war mit ca. 400 Beschäftigten erheblich größer als die ersten beiden. Als eine Gruppe Agents die Bezahlung ihres Urlaubs forderten, sind ca. 100 Beschäftigte entlassen worden. So ist der Konflikt dort entstanden. Hier war unser Einfluss am geringsten: Die Leute haben sich - wenn überhaupt - eher symbolisch auf die CCO bezogen, etwa durch Call-Center-Offensive-Schriftzüge auf dem Schwarzen Brett. Das hat zu einer absurden Fehleinschätzung unserer Gruppe durch die Geschäftsleitung geführt, die an flugblattverteilende Mitglieder von uns herangetreten ist und uns zu einer Betriebsbesichtigung eingeladen hat. Als wir während des Rundgangs Agents ansprachen und Flugblätter zu verteilen begannen, wurden wir hochkant rausgeworfen. Mit diesem Konflikt entstand eine Betriebsgruppe, die aber schnell wieder einschlief.

Ihr wart in einem klassisch gewerkschaftlichen Bereich aktiv. Gab es Zusammenarbeit?

Tom: Kaum. Es gab Kontakte zu ein paar Gewerkschaftern, aber keine gemeinsame Aktion. In Rechtsfragen haben wir Agents an die zuständige Gewerkschaft verwiesen, da das nicht das Feld war, auf dem unsere Kompetenz lag. Außerdem haben die verschiedenen Auseinandersetzungen den Gewerkschaften einige neue Mitglieder beschert, die die Gewerkschaft vor allem im Sinne einer erweiterten Rechtsschutzversicherung genutzt haben.

Seid ihr selber in Call Centern arbeiten gegangen, um Konflikte loszutreten?

Christian: Nein, das nicht. Es ist zwar so, dass nach und nach mehr Leute aus der Gruppe in Call Centern gearbeitet haben, aber wir sind nie gezielt arbeiten gegangen. Die, die im Laufe der Zeit neu dazugekommen sind, waren fast alle Agents. Aber die wenigsten von denen sind nur in ihrer Rolle als Agents zu uns gekommen, eher als aktive Linke, die unseren Ansatz gut fanden. Allerdings haben nach und nach alle Neuzugänge die Gruppe wieder verlassen.

Tom: Die Gruppe war überhaupt ungünstig zusammengesetzt. Wir hatten immer viele Studis, dafür wenige mit abgeschlossener Ausbildung, kaum Ostdeutsche und vor allem kaum Frauen.

Arbeiten in Call Centern nicht überdurchschnittlich viele Frauen?

Tom: Ja, der Frauenanteil in Call Centern liegt bei ca. 60-70 Prozent. Die CCO hat aber als reine Männergruppe begonnen, und obwohl die Leute, die neu dazukamen, zu gleichen Teilen Männer und Frauen waren, endete die CCO auch wieder als Männergruppe; am Ende waren nur noch Gründungsmitglieder dabei. Versuche, durch entsprechende Themen bei den offenen Treffen mehr Frauen anzusprechen, sind gescheitert. Allerdings haben wir die Treffen zu dem Zeitpunkt allgemein schon schlecht beworben. Die Vorbereitung des Treffens zu sexueller Belästigung am Telefon hat den Austritt der damals einzigen aktiven Frau zur Folge gehabt.

Woran lag es, dass Frauen es nicht bei euch ausgehalten haben?

Tom: Uns sind vor allem zwei mögliche Gründe eingefallen. Zum einen das verkürzt, aber treffend als "männlich" zu charakterisierende dominante Redeverhalten, zum anderen die Anerkennungsstruktur in der Gruppe: Langjährige Politgruppenerfahrung, marxistischer Theoriehintergrund und die Fähigkeit, theoretisch informiert politische Texte zu schreiben, war angesehen, viel und schlaumeierig reden zu können teilweise Voraussetzung zur Teilnahme am Willensbildungsprozess der Gruppe, trotz unseres erklärten Willens, die

Einstiegsschwelle so niedrig wie möglich zu halten. Diese beiden Gründe wirkten nicht nur ungünstig in Hinblick auf die Beteiligung von Frauen, sondern auch von sich gerade politisierenden Agents, unabhängig vom Geschlecht.

Wenn die Konflikte hauptsächlich unabhängig von den offenen Treffen entstanden sind, dann ist mir nicht klar, warum diese Treffen für euch so wichtig waren ...

Christian: Für den Konflikt bei AudioService haben die Treffen schon eine große Rolle gespielt. Immerhin gab es mit ihnen einen Ort, an dem sich die Agents austauschen, in Rage reden und koordinieren konnten.

Tom: Über die offenen Treffen haben wir immer wieder Kontakt zu Agents bekommen und von Konflikten erfahren. Auch bei Hotline war das der Fall. Die Konflikte, von denen wir durch die Treffen erfuhren oder mit denen wir in Verbindung standen, waren dennoch immer auf den entsprechenden Betrieb beschränkt. Unsere Hoffnung, dass die Leute sich nicht so an den einzelnen Betrieb gebunden fühlen und dass sich eine Solidarität innerhalb der Branche herstellen ließe, wurde jedenfalls ziemlich gedämpft: Die Agents haben sich auch auf unseren Treffen selten darüber unterhalten, was in verschiedenen Betrieben ähnlich ist, sondern sich meistens dann interessiert, wenn es um ihr eigenes Call Center und die konkreten Probleme dort ging.

Christian: Die offenen Treffen litten zu Anfang auch daran, dass weder wir noch die Agents wussten, worüber eigentlich geredet werden soll. Häufig wollten sich unsere Gäste bloß ihren persönlichen Frust von der Seele reden oder von uns Tipps, Hilfe oder auch den großen Plan geliefert bekommen. Die Frage ist immer noch, ob es überflüssig ist, solche Treffen genauer vorzubereiten. Jedenfalls hat es nicht geklappt, die offenen Treffen zu einem Ort des kontinuierlichen Austauschs zu machen. Es kam fast niemand mehrmals. Möglicherweise braucht es dafür aber auch einen längeren Atem, als wir ihn hatten.

Zuletzt haben wir im November 2002 nochmal eine Veranstaltung zu Emnid (2) gemacht, zu der wir flächendeckend mobilisiert haben. Da kamen 16 Agents. Das hat gezeigt, dass ein betriebszentrierter Ansatz, den wir ja anfangs ganz absichtlich vermieden haben, die Leute direkter anspricht. Aber auch hier wurde aus der Betriebsgruppe nichts; es fehlte bei den studierenden Agents einfach die Motivation, sich an ihrem Arbeitsplatz zu engagieren.

Ihr habt vorher zwischen diesen Treffen und anderen Veranstaltungen unterschieden. Was lief dort anders?

Christian: Die öffentlichen Polit-Veranstaltungen haben meistens mehr Leute angesprochen als die offenen Treffen, und die Diskussionen waren in der Regel lebhafter. Die anwesenden Agents haben hier eher über generelle Bedingungen in Call Centern gesprochen. Das könnte daran liegen, dass Leute auf politischen Veranstaltungen eher in der Rolle der wissenden Subjekte sprechen können, während sie auf den offenen Treffen in der unangenehmen Rolle der Opfer sprechen, die von etwas betroffen sind. Dieser unterschiedliche Umgang mit Veranstaltungsformen hängt wahrscheinlich mit unserer damaligen, eher studentischen Klientel zusammen, die es gewohnt ist, sich von einer Wissensposition her zu äußern.

Wie erklärt ihr euch die große öffentliche Resonanz, auf die ihr gestoßen seid?

Tom: Sicherlich hat der New-Economy-Hype eine große Rolle gespielt. Es war einfach, Artikel in der Presse unterzubringen, so nach dem Motto: Seht her, am unteren Ende der New Economy gibt es auch Scheiß-Jobs, dort sind die Leute gar nicht zufrieden, und sie wehren sich sogar gegen ihre Arbeitsbedingungen. Andererseits wirkte der Hype auch auf die Agents, die ihren Bereich und damit ihren Arbeitskampf selbst wichtiger nahmen. Gleichzeitig war es leicht, einen vergleichbaren Job in einem anderen Call Center zu finden. Allerdings war der Höhepunkt des Call-Center-Booms zu dieser Zeit gerade vorbei, so dass es die ersten Kündigungswellen und Verschlechterungen gab, die wiederum Auslöser für Kämpfe waren. Unser im kleinen Rahmen erfolgreicher politischer Ansatz war also stark von der Konjunktur der Branche abhängig.

Ihr sagtet vorhin, ihr wolltet auf die radikale Linke einwirken. Habt ihr Nachahmer gefunden?

Tom: Nein. Es gab außer uns aber noch eine Gruppe im Ruhrgebiet, kolinko (3), die sich mit dem Thema beschäftigt hat, die haben vor uns angefangen. Kolinko waren kontinuierlichster Diskussionspartner, sie haben ein Buch aus ihren Erfahrungen gemacht. (4)

Christian: Wir wurden oft eingeladen und ansonsten eher bestaunt und beweihräuchert, als dass es konkrete Unterstützung gegeben hätte. Die Ausnahme war die Berliner FAU-Gruppe, mit der wir sehr positiv

zusammengearbeitet haben. Auch ein Nachahmungseffekt von anderen arbeitenden Linken blieb aus. Im Nachhinein haben wir erfahren, dass wir die Diskussionen in der Berliner FAU beeinflusst hätten. Deren Kampagne zu Arbeitsverhältnissen in Kleinbetrieben, "Sag' Du zum Chef", war von unseren Erfahrungen inspiriert.

Warum ist die CCO eingeschlafen?

Tom: Da gibt es mehrere Gründe. Zum einen gab es ein enormes Ungleichgewicht im Engagement der Gruppenmitglieder. Während viele bereit waren, mehr oder weniger regelmäßig Zeit in Diskussionen und das Schreiben von Texten zu investieren, genossen Aktivitäten wie Flugblattverteilen und Werbung wesentlich weniger Priorität. Erschwerend kam hinzu, dass die Beteiligung an der Gruppe keine Lernerlebnisse mehr versprach, weil sich in den Call Centern für uns nichts Sichtbares mehr tat, abgesehen von kleineren Konfliktfällen. Zugleich haben viele unserer Aktivisten, die in Call Centern gearbeitet hatten, nach und nach auf andere Jobs umgesattelt. Damit ist auch ein Teil der eigenen Motivation und des eigenen Bezugs verloren gegangen.

Das heißt, die Gruppe ist an internen Problemen eingegangen?

Christian: Auch, aber es spielten auch andere Umstände mit rein. Zum Beispiel kam nach unseren schnellen "Erfolgen" auch bald das Gefühl, dass es nicht weitergeht. Die Konflikte in den Call Centern kochten recht schnell und unkoordiniert hoch, es gab jeweils eine Menge Kündigungen. Prozess und Abfindung zogen sich ewig hin und waren auch nicht gerade das, was wir uns vorgestellt hatten. Außerdem ist es uns nicht gelungen, eine kontinuierlichere Arbeit in Betrieben hinzukriegen. Das hat verschiedene Ursachen: die hohe Fluktuation in den Call Centern, das mangelnde Interesse der Agents, aber auch halbherzige Versuche unsererseits, eine dauerhafte Struktur in einem oder mehreren Call Centern aufzubauen. Mit dem Problem, dass unsere Praxis sowohl vom Ergebnis her (verlorene Kämpfe) als auch dem Inhalt nach (Kämpfe um untertarifliche, nur-gesetzliche Mindeststandards) meilenweit von unseren politischen Wünschen entfernt war, sind wir aber recht pragmatisch umgegangen: Wir haben uns nicht entmutigen lassen, sondern gesagt, es ist schon was wert, wenn es überhaupt Kämpfe gibt.

Was bleibt als Lernerfolg über euren Sektor oder in Hinblick auf eure eingangs geschilderten Ausgangshypothesen?

Christian: Es war richtig, sich nicht auf die Suche nach dem vermeintlich strategisch entscheidenden Sektor zu machen, sondern dort anzufangen, wo sich auch unser eigener Alltag abspielte.

Tom: Auch die These, dass es eine enorme Unzufriedenheit mit den Arbeitsverhältnissen im Call Center gibt, war richtig. Falsch war die Annahme, dass daraus eine hohe Widerstandsbereitschaft folgt.

Christian: Bestätigt hat sich unsere Annahme, dass die großen Gewerkschaften in dem Bereich, in dem wir aktiv waren, nach wie vor keinen Fuß auf den Boden bekommen haben. Wir hatten es sehr viel leichter, Kontakt zu Agents herzustellen. Doch das in dem Bereich bestehende Machtvakuum haben wir auch nicht besetzen können. Es bleibt weiterhin unklar, wie das gehen könnte.

Was würdet Ihr heute anders machen?

Tom: Mir wäre es wichtig zu versuchen, die Gruppe stärker zu öffnen. Ich würde einen regelmäßigen Treffpunkt anbieten, mehr Rabatz machen, versuchen alle Beschäftigten in Call Centern zu erreichen, nicht nur den untersten, prekärsten oder uns kulturell-lebensweltlich nächsten Teil. Also nicht nur Agents, sondern auch Leute aus der Lohnbuchhaltung, nicht nur Studis, sondern auch reingezwungene Erwerbslose etc.

Gibt es von euren Erfahrungen etwas, was ihr unseren LeserInnen mit auf den Weg geben wollt?

Christian: Wir haben gelernt, dass man einfach mal anfangen muss, statt ewig am richtigen Konzept zu basteln.

Die Website der Gruppe: www.callcenteroffensive.de

Anmerkungen:

1) http://www.nadir.org/nadir/initiativ/fels/archiv/existenz/index.html

2) Emnid ist ein Marktforschungsinstitut, das in mehreren deutschen Städten telefonieren lässt. Das Telefonumfragestudio in Berlin hat mehrere hundert Beschäftigte.

3) http://www.nadir.org/nadir/initiativ/kolinko/, http://www.motkraft.net/hotlines

4) kolinko (2002): "hotlines - Call Center | Untersuchung | Kommunismus"; 223 S.; inklusive CD-ROM: September 2002. Das Buch kostet 9 Euro, hat aber keine ISBN, steht nicht im Verzeichnis lieferbarer Bücher und ist also "graue Literatur". Unter www.nadir.org/nadir/initiativ/kolinko/lebuk/d_bukla2.htm findet sich eine Liste von Buchläden, die es vorrätig haben. Alternativ kann man auch 11 Euro überweisen an: Rotes Antiquariat, Konto-Nr.: 777 844 102, Postbank Berlin, BLZ: 100 100 10, und im Verwendungszweck "hotlines" angeben. Das Buch steht auch elektronisch gratis bereit: www.nadir.org/nadir/ initiativ/ kolinko/ lebuk/d_lebuk.htm

"Unsere Praxis war durch Herumprobieren und Improvisieren geprägt."

"Die Geschäftsleitung hat schon auf Forderungen nach Einhaltung der gesetzlichen Mindestbedingungen hysterisch reagiert."

"Unser im kleinen Rahmen erfolgreicher politischer Ansatz war stark von der Konjunktur der Branche abhängig."

"Es macht keinen Sinn, sich auf die Suche nach dem vermeintlich strategisch entscheidenden Sektor zu machen."

19. "Gröblichste Beschimpfung"

Gen-Kartoffeln auf Bayer-Versuchsfeld geerntet

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:21

Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie Bayer" war auf dem Transparent am Acker zu lesen. Etwa 30 Personen beteiligten sich am 24. Juli an einer Aktion gegen das Bayer-Versuchsfeld in Berge (Prignitz). Aufgerufen hatte das Barnimer Aktionsbündnis gegen Gentechnik und die BUNDjugend Brandenburg. Nachdem der Genversuch Lentzke eingestellt wurde, befindet sich in Berge das letzte Versuchsfeld von Bayer in Brandenburg.

Auf dem Berger Acker werden Kartoffeln mit einem veränderten Stärkegehalt angebaut. Die Kartoffel enthält außerdem ein Gen, das Resistenz gegen das Bayer-Herbizid Glufosinat verleiht. Wird diese Kartoffel erst großflächig angebaut, müssen die Bauern und Bäuerinnen Patentgebühren an Bayer entrichten. Die Landwirte können dann auch nicht einfach wieder zum normalen Kartoffelanbau zurückkehren, da einzelne Knollen immer im Boden zurück bleiben. Bei Auskreuzungen, z.B. mit dem weit verbreiteten Unkraut "Schwarzer Nachtschatten" würde auch dieses gegen das Herbizid resistent. Betreiberin des Versuchs ist die Firma Solavista, eine Kooperation des Chemiekonzerns Bayer und der Stärkefirma AVEBE. AVEBE produziert Kartoffelstärke für den internationalen Markt und betreibt fünf Kilometer von Berge entfernt eine Stärkefabrik.

Nach einem gentechnikfreien, biologisch angebauten Picknick zogen TeilnehmerInnen in Schutzanzügen zu dem Versuchsfeld. Gelbe Luftballons mit dem Zeichen für biologische Gefahren stiegen in die Luft, um zu symbolisieren, dass Lebendiges sich nicht an Grenzen der Flurstücke hält. Einigen DemonstrantInnen gelang es trotz Polizeischutz und Absperrungen direkt an das Feld zu gelangen und dort einige Pflanzen abzuernten. Außerdem, so die Märkische Allgemeine, wurde die anwesende Solavista-Geschäftsführerin Opfer "gröblichster Beschimpfung". Strafanzeigen wegen Sachbeschädigung wurden angekündigt.

Gleichwohl kündigte die Gruppe weitere Aktionen gegen das Versuchsfeld an. Mit gutem Grund, denn: "Die Erfahrung zeigt, dass die Betreiber von Gentechnikfeldern sehr empfindlich auf Öffentlichkeit und Proteste reagieren" sagt Thomas Janoschka vom Barnimer Aktionsbündnis. "In Brandenburg haben die Betreiber deswegen schon an mehreren Orten ihre Versuche frühzeitig abgebrochen." So geschehen in Lentzke, einem kleinen Dorf bei Neuruppin. Dort betrieb der Bayer-Konzern seit 2002 ein Versuchsfeld mit genmanipulierten Kartoffeln. Bereits vor der Aussaat begannen die Proteste. Über 160 Einwendungen wurden gesammelt, allerdings ohne sichtbaren Erfolg: Das Genehmigungsverfahren wurde durchgezogen. Nach Ankündigung einer Reihe von Protesten gab Bayer das Versuchsfeld in diesem Jahr auf - obwohl die Versuche bis 2005 geplant und genehmigt waren.

Barnimer Aktionsbündnis gegen Gentechnik,

BUNDjugend Brandenburg

Weitere Informationen unter: www.dosto.de/gengruppe

20. Aufmarsch Ost

NPD baut in Sachsen Hochburgen aus und gewinnt neues Terrain hinzu

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:22

Nachdem das Thema Rechtsextremismus lange Zeit keine bedeutende Rolle in der öffentlichen Wahrnehmung mehr spielte, sind die Wahlerfolge der NPD und rechter Wählervereinigungen bei den jüngsten Kommunal-, Landtags- und Europawahlen jetzt wieder Thema. Dabei konnte die NPD nicht nur in Sachsen Erfolge feiern.

Die NPD erreichte bundesweit insgesamt 72 kommunale Mandate, davon 45 in Sachsen. Bemerkenswert sind ebenfalls die NPD-Ergebnisse der Stadtratswahlen von Saarbrücken mit 4,2% und Völklingen (Saarland) mit 9,6%. In Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt zog die NPD in je drei Kreistage und drei Stadträte ein. Die Erfolge bei den Wahlen zum europäischen Parlament und dem thüringischen Landtag bescherten den Rechtsextremen für die nächsten fünf Jahre staatliche Zuwendungen in Millionenhöhe. Man darf gespannt sein, wie das Geld in den nächsten Wahlkämpfen für antisemitische, rassistische und völkische Propaganda eingesetzt wird.

Die Wahlerfolge der Rechtsextremen in Sachsen kamen, wenn auch in ihrer Deutlichkeit unerwartet, für KennerInnen der Situation keineswegs überraschend. Es sind vornehmlich die altbekannten NPD-Hochburgen, in denen die Rechtsextremen bei den sächsischen Kommunal- und Kreistagswahlen am 13. Juni 2004 kräftig zulegten. Während das sachsenweite Kommunalwahlergebnis der NPD bei 0,9% liegt, kommen die Rechtsextremen in ihren Schwerpunktregionen, die wie bisher schon in der Sächsischen Schweiz, im Muldentalkreis um Wurzen und Trebsen, in Meißen, Riesa und Freiberg liegen, auf durchschnittlich 8,5%. Neu ist der Durchbruch rechtsextremer Wählervereinigungen in Chemnitz und Dresden. Das Wahlergebnis muss daher als Ausbau vorhandener Schwerpunkte und als Gewinn neuen Terrains gewertet werden.

Wahlerfolge zeigen strukturelle Verankerung

Rechtsextreme Wählervereinigungen und Parteien haben in Sachsen insgesamt 54 Mandate (1999: 12) errungen. Davon gingen 45 Mandate an KandidatInnen der NPD, sechs Mandate an das Chemnitzer Wahlbündnis unter Führung der REP und drei Mandate an das NPD-nahe Nationale Bündnis Dresden (NBD). Besondere Aufmerksamkeit haben die Wahlergebnisse im Landkreis Sächsische Schweiz erregt. Neben dem Kreistagsergebnis von 9,1% erzielte die NPD bei den Gemeinderatswahlen in Reinhardtsdorf-Schöna 25,2% (3 Sitze, 629 Stimmen), in Königstein 21,1% (3 Sitze, 788 Stimmen), in Sebnitz 13,2% (2 Sitze, 1.600 Stimmen), in Neustadt i. S. 7,8% (3 Sitze, 929 Stimmen) und in Pirna 6,6% (2 Sitze, 2.999 Stimmen). Von den 629 NPD-Stimmen in Reinhardtsdorf-Schöna gingen allein 526 Stimmen an den ansässigen Klempnermeister Jacobi. Der Kandidat mit den zweitmeisten Stimmen in Reinhardtsdorf-Schöna erhielt dagegen nur 298 Stimmen. Von den drei errungenen Gemeinderatssitzen kann die NPD hier nur zwei besetzen, weil sie nicht genügend KandidatInnen für den unerwartet hohen Wahlerfolg hat.

Das Wahlverhalten in Reinhardtsdorf-Schöna gibt einen Hinweis, worauf die Stärke der NPD in Sachsen beruht: Ihre KandidatInnen sind etablierte BürgerInnen wie der Hausarzt Müller in Sebnitz, der Fahrschullehrer Leichsenring in Königstein oder eben Klempnermeister Jacobi in Reinhardtsdorf-Schöna (jetzt alle auch Kreistagsabgeordnete). Die NPD-WählerInnen kommen aus allen Altersgruppen, fühlen sich von den gesellschaftlichen Entwicklungen benachteiligt und haben kein Problem mit rechtsextremer Ideologie. Sie sind der soziokulturelle Humus, auf dem die NPD reichlich Ernte einfahren kann.

Herausragende Ergebnisse erzielte die sächsische NPD auch in Wurzen (11,8%, 1.800 Stimmen, 3 Sitze), in Meißen (9,6%, 2.600 Stimmen, 2 Sitze), in Annaberg (9,0%, 2.300 Stimmen, 2 Sitze), in Riesa (8,8%, 2.300 Stimmen, 2 Sitze), in Pirna (6,6%, 2.999 Stimmen, 2 Sitze) und in Freiberg (5,3%, 2.512 Stimmen, 1 Sitz). Sie verdoppelte damit ihre parlamentarische Stärke in ihren bisherigen Hochburgen und zog in die Kreistage der Landkreise Sächsische Schweiz (2004: 9,1%, 15.200 Stimmen, 5 Sitze), Muldentalkreis (5,8%, 8.400 Stimmen, 3 Sitze), Meißen (5,1%, 8.100 Stimmen, 3 Sitze), Freiberger Land (3,0%, 5.100 Stimmen, 1 Sitz) und Chemnitzer Land (1,7%, 2.400 Stimmen, 1 Sitz) ein.

Überraschend waren die Erfolge rechtspopulistischer oder neo-nationalsozialistischer Wahlbündnisse in sächsischen Großstädten. So gewann ein Wahlbündnis aus DSU, Deutsche Partei (DP) unter Führung der

Republikaner (REP) in Chemnitz mit 26.364 Stimmen 10,3% und zog mit sechs Abgeordneten und Fraktionsstärke in den Chemnitzer Stadtrat ein. In Dresden erreichte das NBD mit 20.564 Stimmen und 4,02% immerhin drei Mandate, darunter der kurzfristig nach Dresden gezogene stellvertretende Bundesvorsitzende der NPD, Holger Apfel. Getragen wird das NBD von der NPD und ihrer starken sächsischen Propagandamaschinerie. Die Slogans und das Layout der Plakate in Dresden zeigen dabei nicht nur InsiderInnen, dass der Deutsche Stimme-Verlag Riesa hinter dem öffentlichen Auftritt des NBD steckt.

Diese neuen Vernetzungstendenzen innerhalb der sächsischen rechtsaußen- bis rechtsextremen Szene erlangen vor allem hinsichtlich der bevorstehenden sächsischen Landtagswahl am 19. September Bedeutung. Reicht das rechtsextreme Kommunalwahlbündnis in Chemnitz noch von DVU bis REP, so zeichnet sich bei den sächsischen REP jetzt eine weitergehende Entwicklung ab. Kerstin Lorenz, die (mittlerweile ehemalige) Vorsitzende der sächsischen REP, hinterging ihre Bundespartei gleich zwei Mal. Erst gründete sie das NBD in Dresden mit und verstieß damit gegen die von den REP gefassten Unvereinbarkeisbeschlüsse gegenüber der NPD. Danach nahm sie die sächsischen REP drei Tage vor Fristende von der Wahlliste für die Sächsischen Landtagswahlen. Damit machte sie für die NPD den Weg frei, das rechtsextreme Spektrum bei den Landtagswahlen alleine zu vertreten. Die DVU hatte schon frühzeitig angekündigt, in Sachsen nicht antreten zu wollen, um damit der NPD einen strategischen Vorteil zu verschaffen.

NPD bald im Landtag?

Diese neuartige Konstellation und die "gefestigten Strukturen" einer "rechten Stammwählerschaft" machen einen Einzug der NPD in den sächsischen Landtag möglich, wie selbst der Präsident des Sächsischen Verfassungsschutzes, Reiner Stock, einräumt. (Sächsische Zeitung, 6.7.2004) Rechnerisch liegen die Rechtsextremen nach den sächsischen Europawahlergebnissen gemeinsam bei ca. 7%: REP 3,4% (1999: 2,5%) und NPD 3,3% (1999: 1,2%). Zwar dürfte die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl höher liegen als bei den Europawahlen, gleichwohl könnte die NPD vor diesem Hintergrund durch den Kandidaturverzicht von DVU und REP den Einzug in den Landtag schaffen. Eine aktuelle Wahlanalyse, die infratest dimap im Auftrag des MDR durchführte, lässt zumindest Schlimmstes befürchten. Nach dieser Umfrage können sich 14% der befragten Sachsen, darunter besonders viele Arbeitslose, vorstellen, bei den Landtagswahlen eine rechtsextreme Partei zu wählen. 5% würden dieser Umfrage zufolge sicher rechtsextrem wählen, davon geben 2,5% an, sicher NPD zu wählen.

Staatliche Behörden und nichtstaatliche Initiativen gegen Rechtsextremismus sprechen ohnehin übereinstimmend von einer hohen Gefährdungslage durch rechtsextreme Gruppen in Sachsen. So stieg die Zahl gewaltbereiter RechtsextremistInnen in Sachsen von 600 im Jahr 1997 auf 1.950 im Jahr 2003. Dabei geht nach wie vor der Trend innerhalb der rechtsextremen Szene von den rechtsextremen Parteien weg (1.400 Mitglieder 1998, 800 Mitglieder 2003) und hin zu autonomen rechtsextremen Kameradschaften, neo-nationalsozialistischen und völkisch-neuheidnischen Gruppen. Dieser Trend wurde durch die Debatte über ein Verbot der NPD in den Jahren 2001/2002 verstärkt. Dramatisch wachsen die (geschätzten) Mitgliederzahlen rechtsextremer Kameradschaften: Wurden im Jahr 2000 25 Kameradschaften mit ca. 400 Mitgliedern erfasst, sind es im Jahr 2003 schon 40 mit ca. 860 Mitgliedern. In den einzelnen Regierungsbezirken sind diese Strukturen unterschiedlich stark. Die Szene in der Sächsischen Schweiz ist nach wie vor hochgradig organisiert. Die im Juni 2004 überraschend abgeschlossenen Prozesse gegen Mitglieder der 2001 verbotenen Skinheads Sächsische Schweiz hatten in dieser Beziehung kaum abschreckende Wirkung.

Während einerseits die soziokulturelle Verankerung rechtsextremer Szenen (Kameradschaften, "nationale Jugendarbeit", bürgerschaftliche Vereine etc.) in einigen Regionen Sachsens immer manifester wird, häufen sich andererseits die Versuche, in populistischer und rassistisch-völkischer Manier politische Themen zu besetzen, die viele BürgerInnen umtreiben. So traten rechtsextreme Akteure verstärkt auf Demonstrationen gegen den Irakkrieg auf bzw. beteiligen sich aktuell an Demonstrationen gegen Sozialabbau. (vgl. www.keine-agenda2010.de)

Die rechtsextreme Szene schafft Gemeinschaftserlebnisse für Jung und Alt. Über Brauchtumspflege, nordische Mythen und germanische Riten werden Jugendliche und Kinder angesprochen. Dabei gedeihen die Kameradschaftsszenen dort besonders gut, wo öffentliche Angebote für Jugendliche unterrepräsentiert sind und kommunale Verantwortungsträger kein Problembewusstsein entwickeln. Wie das Beispiel des 2003 nach

monatelangem Druck von den Behörden geschlossenen Jugendhauses des Nationalen Jugendblocks Zittau (NJB) belegt, gehen Organisationsgrad und Aktivitäten der rechtsextremen Szene zurück, wenn deren Rückzugsräume und Organisationsstrukturen behindert werden. Bedenklich ist, dass rechtsextreme Gesinnungen und Akteure in manchen Kommunen zunehmend als Bestandteil des täglichen Lebens akzeptiert werden. Eine Umfrage weist zudem aus, dass sich 16 von 100 der sächsischen Befragten im Alter von 15 bis 27 politisch "rechts" einordnen. 14 von 100 geben an, "ein Zusammenleben mit Ausländern funktioniere nicht".

Ahnungslosigkeit, Verdrängung, Bestätigung

Die Haltung der allein regierenden CDU gegenüber dieser Situation zeugte lange von Ahnungslosigkeit, Verdrängung und Schönfärberei. Der damalige Ministerpräsidenten Biedenkopf meinte noch im Sommer 2000, die Sachsen seien "völlig immun gegenüber den rechtsradikalen Versuchungen. In Sachsen haben noch keine Häuser gebrannt, es ist auch noch nie jemand umgekommen". (Sächsische Zeitung, 28.9.2000) Diese Verharmlosung setzt sich in Teilen der CDU trotz des rassistischen Pogroms vom September 1991 in Hoyerswerda und vieler rassistisch motivierter Gewalttaten bis heute fort. Der CDU-nahe Politikberater Patzelt deutet die Wahlerfolge in der Sächsische Zeitung etwa als Protestwahl gegen die SPD in Berlin und die CDU in Dresden. (16.6.2004) Wer nicht PDS wählen wolle, "kann sich nur in Wahlenthaltung flüchten oder halt rechts wählen", erklärt Patzelt lapidar und empfiehlt seiner Partei aus staatspolitischen Gründen, den "rechten Rand" durch "nationale Rhetorik" einzufangen. Neben der "autoritären Prägung" der Menschen, die in der DDR "gut überwintern" konnte, macht er die Linke entsprechend verbreiteter deutsch-konservativer Stereotypen für den Wahlerfolg der Nazis verantwortlich: In der Sächsischen Schweiz, in der Nähe der tschechischen Grenze, spiele, so Patzelt, eine Rolle, dass in der DDR über das "Vertreibungsunrecht" nicht geredet werden konnte. "Darum mag auch die gutmenschenhafte Tabuisierung des Themas zu nationalistischen Ressentiments geführt haben", so der CDU-Berater.

Die Protestwahl-These greift eindeutig zu kurz, da sie die Entstehung stabiler StammwählerInnen-Milieus in einigen Regionen Sachsens verdrängt. Sie kann nicht erklären, warum die NPD gerade in ihren Hochburgen gewonnen hat. Sie verdrängt, dass rechtsradikale Wahlerfolge gerade in Ostdeutschland auch wesentlich auf langfristige rechtsradikale Orientierungen und Einstellungen zurückzuführen sind. In einer solchen Perspektive erscheinen alleine die aktuellen oder drohenden Wahlentscheidungen für rechtsradikale Parteien als Problem, nicht aber die Einstellungen und Gesinnungen, die hinter dieser Wahlentscheidung stehen. Wer sich mit kurzfristigen Rhetorikübungen begnügt, also anders handelt, als er spricht, will autoritären, antisemitischen und rassistischen Einstellungen, die für die Wahlentscheidung wesentlich waren, gar nicht entgegentreten. Er bestärkt sie vielmehr.

Friedemann Bringt

Kulturbüro Sachsen - Mobile Beratungsteams, Dresden

21. Den Verschwundenen eine Stimme

Der Regisseur Erick Arellana Bautista über die Realität der kolumbianischen "Demokratur"

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:23

Im Jahr 2000 drehte Erick Arellana Bautista zusammen mit Pedro Camoy den Dokumentarfilm "N.N. Den Verschwundenen eine Stimme". Sein Thema: Der Kampf gegen das Verschwindenlassen, gegen die Straflosigkeit und gegen das Vergessen. Film und Thema sind heute so aktuell wie vor vier Jahren. Mit Erick Arellana Bautista sprach Doro Wiese.

Doro Wiese: Du hast im Sommer diesen Jahres deinen Film in mehreren deutschen Städten vorgestellt. Was war dein Anliegen?

Erick Arellana Bautista: Ich will Öffentlichkeit für das Thema Menschenrechte in Kolumbien schaffen. Mein Schwerpunkt liegt dabei auf dem Verschwindenlassen von Menschen. Meine Mutter ist 1987 verschwunden. Das ist einer der prominentesten Fälle in Kolumbien, der sogar von der UNO, der Organisation Amerikanischer Staaten und der internationalen Justiz aufgegriffen wurde. In Kolumbien ist der Ausgang des Strafprozesses jedoch noch nicht klar. (1)

Ich selbst arbeite schon seit langem zum Thema Menschenrechte in Kolumbien: mit Friedensgemeinschaften auf dem Land, mit Jugendlichen aus Armenvierteln, außerdem habe ich eine künstlerische Arbeit zum Thema der Menschenrechte gemacht. Aufgrund dieser Arbeiten und wegen des Strafprozesses im Fall meiner Mutter bin ich in letzter Zeit bedroht worden.

Von wem und wie wurdest du bedroht?

Vom Geheimdienst. Mein Telefon wurde abgehört, Autos mit verdunkelten Scheiben standen vorm Haus. Wer mich besuchte, wurde aus dem Auto heraus fotografiert. Zwei Monate lang habe ich mich deshalb von zu Hause fern gehalten.

Was sind das für Menschen, die man verschwinden lässt, was sind ihre Geschichten?

Das sind Menschen, die gegen soziale Ungerechtigkeit kämpfen. Kolumbien nennt sich zwar Demokratie, aber es handelt sich tatsächlich, wie der Schriftsteller Eduardo Galeano sagt, um eine Demokratur. Die Macht liegt in Händen des Militärs und eine unabhängige Justiz existiert nicht. Vor allem Menschen aus den sozialen Bewegungen, wie z.B. der basispolitischen Frauenorganisation Organización Femenina Popular, verschwinden, aber auch Studierende, die soziale Bewegungen unterstützen oder GewerkschafterInnen, zunehmend mehr auch Menschenrechts-AktivistInnen.

Also nicht nur Mitglieder aus den Guerilla-Organisationen?

Nein. Das war in den 1970er und 1980er Jahren so. Nachdem sich aber die Menschenrechtsbewegung formiert hat und ihren Kampf aufgenommen hat, verschwanden mehr und mehr auch MenschenrechtlerInnen. So sind zwei AktivistInnen der Organisation ASFADDES (2), die Angehörige von Verschwundenen unterstützt, selbst verschwunden. Gegenwärtig werden laut ASFADDES 7.000 Menschen als Verschwundene vermisst. Aber die Dunkelziffer ist viel höher. Denn viele Angehörige und FreundInnen von Verschwundenen gehen nicht an die Öffentlichkeit, weil sie Angst haben. Und genau diese Strategie des Angstmachens gehört zum Verschwindenlassen.

Ich würde gerne verstehen, wie der Staatsapparat in Kolumbien funktioniert. Wer gegen wen interveniert, wie das soziale Umfeld funktioniert, welche politische Arbeit man gefahrlos machen kann, ob die Gewalt gegenüber AktivistInnen kalkulierbar oder völlig willkürlich ist.

Sie ist nicht völlig willkürlich, aber fast. Für das Funktionieren der Gewalt ist die Kluft zwischen arm und reich entscheidend. Kolumbien ist im Grunde ein reiches Land, aber mehr als 60% der Bevölkerung leben in absoluter Armut. Staatliche und paramilitärische Repression richtet sich vor allem gegen diejenigen, die gegen soziale Ungleichheit kämpfen und damit gegen die sozialen Bewegungen. Und das hat Tradition.

Inwiefern?

Ein Beispiel: 1928 hat das Militär einen Streik der BananenarbeiterInnen, die auf den Plantagen der United Fruit Company arbeiteten, gewaltsam beendet. Es kam zu regelrechten Massakern in der gesamten Anbauregion, unzählige Menschen kamen zu Tode. Dass diese Massaker überhaupt bekannt wurden, ist dem Politiker Jorge Eliécer Gaitán zu verdanken. (3) Er selbst wurde später, im Jahr 1948 ermordet. Diese Massaker tauchen übrigens später auch in Gabriel Garcia Márquez' Hundert Jahre Einsamkeit auf.

Nach Gaitáns Tod tobten etwa zehn Jahre lang bürgerkriegsähnliche Kämpfe in Kolumbien, das war die so genannte Phase der "violencia", der Gewalt. Auf sie folgte in den 1960er und 1970er Jahren die Bildung von Guerillaorganisationen, parallel entstanden die von Großgrundbesitzern finanzierten paramilitärischen Organisationen. In den 1980er Jahren dann wurden verschiedene "Friedensprozesse" seitens der Regierung eingeleitet. An deren Ende steht jedoch zum Beispiel die systematische Ermordung von 4.000 Mitgliedern der Unión Patriótica. (4) Und in den letzten 20 Jahren sind mehr als 4.000 GewerkschafterInnen ermordet worden. Dabei spielen auch die internationalen Konzerne keine unwichtige Rolle.

Und das Militär agiert nicht mehr staatlich, sondern autonom?

Ja, fast autonom. Deshalb sprechen wir ja auch von Demokratur. Entscheidend ist in dem Zusammenhang die fast 100%ige Straffreiheit von Militärs in Kolumbien. Es gibt praktisch keine funktionierende Justiz. Deshalb können die Militärs alles behaupten, ohne verurteilt zu werden, ihre so genannten "Zeugenaussagen" über vermeintliche "Terroristen" werden praktisch nie überprüft.

Ist ein Ende der Gewalt abzusehen?

Nein. Die Gewalt steigert sich spiralförmig. In der letzten kolumbianischen Ausgabe von Le Monde Diplomatique erschien ein Artikel, in dem die Strategie des Militärs und der Polizei auf die Zukunft des Jahres 2014 hoch gerechnet wird. Bis dahin werden 4 Millionen Menschen ermordet worden sein, schätzt der Autor.

Wie viele Menschen wurden bislang in Kolumbien ermordet?

Man schätzt jährlich etwa 25.000.

Und diese Menschen werden von den Paramilitärs ermordet?

Nein, nicht nur. Sie werden von paramilitärischen Truppen ermordet, aber auch vom Militär, von Guerillagruppen, von der Privatarmee der Drogenhändler, von bewaffneten und organisierten Kriminellen. Wir haben in einem kleinen Stadtteil in der Stadt Cali gearbeitet und da gibt es Kinder von zehn, elf Jahren, die schwere Waffen tragen, Waffen, die über den Schwarzmarkt dorthin kommen. Und die Kinder arbeiten als Kopfgeldjäger.

Welche Rolle spielt der so genannte Plan Colombia in dem Ganzen? (5)

Dieses Programm soll ja eigentlich den Drogenhandel verhindern. Aber es wird tatsächlich gegen die Bauern, die Guerilla und gegen die sozialen Bewegungen eingesetzt. Koka-Felder werden mit Pestiziden besprüht, viele Menschen sind dadurch krank geworden, und das Land wird verseucht. Dabei bleiben nur 2% der Einkünfte aus dem Drogenhandel in Kolumbien. Zudem muss die US-amerikanische finanzielle Unterstützung wieder an die USA zurück gezahlt werden. Kolumbien hat sich durch diesen Plan verschuldet, denn es bekommt drei Mal so viel militärische Unterstützung wie andere lateinamerikanische Länder.

Welche Resonanz hast du hierzulande auf deinen Film bekommen?

Der Film ist diesmal ungefähr sechzig Mal gezeigt worden. Manche Vorstellungen waren sehr gut besucht, bisweilen waren nicht so viele Menschen da. Die Besucherzahlen hingen sehr stark von der Öffentlichkeitsarbeit vor Ort ab. Ein positives Resultat meines diesjährigen Deutschlandbesuchs war es, dass ich nun eine aktuelle Version meines Films erstellen werde, die von der Evangelischen Zentrale für Film und Fernsehen und von Brot für die Welt unterstützt wird.

Was kann deiner Meinung nach hierzulande für Menschen in Kolumbien getan werden?

Es ist wichtig zu verstehen, wie sich die Situation in Kolumbien entwickelt hat, denn sie hat eine Geschichte. Es geht nicht einfach um Kriminalität. Als ich 1997 zum ersten Mal nach Deutschland kam, habe ich festgestellt, dass es hier kaum Informationen über Kolumbien gibt. Es gibt hier zwar viele Produkte aus

Kolumbien zu kaufen - zum Beispiel Bananen - aber keiner weiß, unter welchen Bedingungen sie produziert wurden, wie die ArbeiterInnen leben und überleben. Das sieht man einem Stück Obst nicht an. Mein Anliegen ist es, mit verschiedenen Ausdrucksformen Ausstellungen, Fotografien, Veranstaltungen, Projekten in und außerhalb Kolumbiens die nicht-offizielle Wahrheit Kolumbiens sichtbar zu machen. Viele denken, dass das Problem in Kolumbien die Guerilla ist. Die ist natürlich auch ein Akteur, aber sie ist nicht die Wurzel, sondern bloß ein Teil des Problems.

Du arbeitest in Kolumbien in dem Kunstprojekt Vivo Arte mit. Was ist euer Anliegen?

Vivo Arte ist ein Kollektiv, das aus dem Zusammenschluss Cayste entstanden ist. Wir wollen mit Hilfe der Kunst Politik machen. Da KünstlerInnen bislang nicht verfolgt wurden, haben wir dort Freiräume, in denen wir beispielsweise den Opfern von Gewalt eine Stimme geben wollen. Wir arbeiten mit unterschiedlichsten künstlerischen Formen und Ausdrucksweisen, machen Theater, Musik, Performances, arbeiten mit Video und Film. Wir haben mittlerweile sogar eine Schule und arbeiten in diversen Initiativen, in Friedensgemeinschaften, in Armenvierteln und mit NGOs. Bei Vivo Arte sollen verschiedene Stimmen und Meinungen öffentlich werden und einen Raum bekommen. In Kolumbien ist es derzeit nicht so einfach, etwas gegen die Regierung zu sagen, denn nach dem elften September ist jeder, der gegen die Regierung ist, ein Terrorist. Wir wollen Freiheit, um nicht zu vergessen. Wir arbeiten mit dem, was geschehen ist, wir verarbeiten diese Geschichten und zeigen, schau, das passiert in diesem Land. Zudem wollen wir Menschen zusammenbringen, die sonst nichts miteinander zu tun hätten. Bei unserem letztjährigen Festival trafen Punks auf AnarchistInnen, beteiligten sich Menschen unterschiedlichster Herkunft. In den Armenvierteln arbeiten wir mit Kindern und versuchen ihnen zu zeigen, dass es andere Wege gibt außer Gewalt.

Vielen Dank für das Gespräch.

Anmerkungen:

1) Nydia Erika Bautista war in den 1980er Jahren Mitglied der mittlerweile aufgelösten Guerillagruppe M-19. Ihre Leiche wurde 1990 auf einem Friedhof gefunden, wo sie als Namenlose bestattet worden war. 1995 wurde der Fall von der Justiz wieder aufgenommen.

2) ASFADDES, Asociación de Familiares de Detenidos Desaparecidos (wörtlich: Vereinigung der Angehörigen verschwundener Verhafteter), nationale Organisation mit insgesamt sieben regionalen Büros im Land, mit vier Tätigkeitsschwerpunkten: Dokumentation und Unterstützung bei der Untersuchung der Fälle, der Beweissammlung etc.; Anzeigen des Verschwindenlassens gegenüber staatlichen Behörden und Nichtregierungsorganisationen sowie Mobilisierung öffentlicher Proteste, Beratung, Ausbildung, psychosoziale Unterstützung von Angehörigen; finanzielle Unterstützung. Weitere Informationen: www.asfaddes.org

3) Der linke Präsidentschaftskandidat der liberalen Partei und Hoffnungsträger für soziale Reformen, Jorge Eliecér Gaitán, fiel im April 1948 einem Attentat zum Opfer.

4) Im Jahr 1986 gegründete linke Partei.

5) Plan Colombia, ein von den USA ausgearbeitetes Programm, das offiziell der Bekämpfung der Drogenkartelle bzw. des Drogenanbaus in Kolumbien dient und in dessen Rahmen jährlich mehr als 2 Milliarden Dollar in die militärische Aufrüstung des Landes fließen.

22. Zwischen Aufbruch und Regression

Die Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV in Ostdeutschland

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:24

Es gibt sie wieder in Ostdeutschland: die Montagsdemonstrationen. Spontaneität und hohe TeilnehmerInnenzahlen kennzeichnen die Entwicklung der vergangenen Wochen. Die vielen Betroffenen vor Augen stehenden massiven sozialen Einschnitte durch Hartz IV lassen die Proteste Dimensionen annehmen, die selbst langjährige politische AktivistInnen überrascht. Wie sind die Proteste zu bewerten? Ein Versuch auf Grund von Beobachtungen in Magdeburg.

Von den Einschnitten infolge des Hartz-IV-Gesetzes sind in Ostdeutschland nach Angaben von SozialexpertInnen überdurchschnittlich viele Langzeitarbeitslose betroffen. Die Arbeitslosenquote liegt in den neuen Bundesländern momentan bei über 18 Prozent. Mit 21 Prozent bzw. 20 Prozent führen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt die Reihe der neuen Länder an. Allein in Sachsen-Anhalt gehören nach DGB-Schätzungen rund 300.000 Menschen zu den potenziellen ALG-II-EmpfängerInnen. 80 Prozent davon stünden auf Grund der restriktiven Regelungen des Gesetzes bei PartnerInneneinkommen und Kleinstvermögen in der Gefahr, entweder Kürzungen hinzunehmen oder ihren Leistungsanspruch gänzlich zu verlieren. (Neues Deutschland, 5.8.2004) Wie viele Menschen von welchen Einschnitten betroffen sein werden, ist zur Zeit selbst von BeraterInnen in den Wohlfahrtsverbänden schwer zu überblicken, da für viele besonders emotional besetzte Fragen wie Verwandtensparbücher oder Kleingärten die Ausführungsbestimmungen noch nicht vorliegen.

Doch warum haben die Proteste gerade mitten im politoffiziellen Sommerloch eine solche Dynamik angenommen? Es dürfte vor allem daran liegen, dass in diesen Wochen die Arbeitsagenturen sukzessive die ALG-II-Antragsformulare verschicken, die den Betroffenen erstmals konkret vor Augen führen, was auf sie zukommt. Zudem überschlagen sich die regionalen Medien in Ostdeutschland täglich geradezu mit Statements von SprecherInnen der Arbeitsagenturen und Meldungen über angebliche oder tatsächliche Neuregelungen zu Vermögen, Bedarfsgemeinschaft und Anrechnungsmodi.

Anders als in den Jahren zuvor sprechen die Menschen heute jedoch ihre Angst, Verunsicherung und Wut offen aus, die einen Teil von ihnen auf die Straße treibt. Die inhaltliche Kritik der DemonstrantInnen richtet sich jedoch ausschließlich gegen die Symptome der Agenda 2010, speziell des Hartz IV. Eine Infragestellung der politisch suggerierten Sachzwanglogik oder eine weitergehende Kritik an Arbeits- und Lebensverhältnissen ist damit nicht verbunden.

In Magdeburg kam der Anstoß zu den neuerlichen Montagsdemonstrationen von einer Privatperson. Andreas Ehrholdt ist arbeitslos, war früher in der nicht mehr existierenden Deutschen Mittelstandspartei aktiv. Seit Ende Juli hat der Mann aus dem Magdeburger Umland die Montagsdemos angemeldet. Die TeilnehmerInnenzahl stieg stetig. Von 200 über 600 und 6.000 auf 12.000 Personen. Nach Beobachtung der AG Frauen gegen Sozialabbau aus Magdeburg sind die Mehrzahl der TeilnehmerInnen Menschen, "die seit der Wende an keiner Demonstration mehr teilgenommen haben". (1) Die Frauengruppe vermutet, dass es sich dabei hauptsächlich um Arbeitslose und Angestellte/ArbeiterInnen handelt, die um ihre Arbeitsplätze fürchten. Das Erscheinungsbild der Demonstrationen lasse den Schluss zu, dass die üblichen politischen AktivistInnen aus Gewerkschaften, PDS und linken Gruppen keinerlei Einfluss auf das Zustandekommen der Demonstrationen und ihre Durchführung hätten. Diese Einschätzung deckt sich auch mit dem Auftreten des Privatveranstalters Ehrholdt. Bei der Auftaktkundgebung auf der dritten Magdeburger Montagsdemo am 9. August betonte er ausdrücklich seine Distanz zu Gewerkschaften, Parteien und Kirchen und traf damit ausweislich der Reaktionen auf dem Platz genau die bei den TeilnehmerInnen vorherrschende Ablehnung gegenüber dem offiziellen Politikbetrieb.

Ostdeutsche Ressentiments ...

Zwar zählen in Dessau und Senftenberg DGB und PDS zum Kreis der AufruferInnen, doch kann das nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Initiative für die Montagsdemonstrationen in der Regel nicht von Gewerkschaften und PDS ausging. Beide Organisationen hatten auf jeweils längerfristig angelegte, eher

institutionell zielgerichtete Protestkampagnen ab September und die rechtliche Beratung der Betroffenen gesetzt. Jetzt sind sie massiv bemüht, steuernden Einfluss auf die Entwicklung der Proteste zu nehmen.

Die Gewerkschaften verfügen allerdings in Ostdeutschland über einen nur prekär zu nennenden Organisationsgrad. Verantwortlich ist hierfür neben der hohen Arbeitslosigkeit vor allem die Enttäuschung vieler Mitglieder, als die Gewerkschaft der Deindustrialisierungspolitik der 1990er Jahre nichts entgegenzusetzen hatte. Ursache für die nachlassende Kampagnenfähigkeit der PDS ist primär ihre überalterte Mitgliedschaft, aber auch ihre Konzentration auf institutionelles und parlamentsförmiges Handeln. Anders als bei vergleichbaren Protesten zu Beginn der 1990er Jahre stellt sie nicht mehr das organisatorisch-infrastrukturelle Rückgrat der Proteste. Gleichwohl ist davon auszugehen, dass die PDS bei den nächsten Wahlen von der Anti-Schröder-Stimmung profitieren wird.

... Versuche rechtsextremer Einflussnahme ...

Der rechte Flügel der ehemaligen DDR-BürgerrechtlerInnen hält die Bezugnahme auf die Montagsdemonstrationen im Jahr 1989 für moralisch unzulässig. Dabei entspricht die Bezugnahme genau den Assoziationen eines in Ostdeutschland verbreiteten kollektiven Gedächtnisses. Konstitutiv für die Bewertung der DDR und der Wendezeit sind neben der Erfahrung, ein politisches System gestürzt zu haben, zwei weitere Stränge: Die aus der DDR-Sozialisation herrührende hohe Zustimmung zum Wert sozialer Gerechtigkeit und ein starker, zum Teil rassistisch konnotierter Konformitätsdruck, der in autoritären Gesellschaftsbildern zum Ausdruck kommt. (2) Die Bezugnahme auf 1989 ist in diesem Sinne nicht als Revolutionsstimmung, sondern als ostdeutscher Selbstverständigungsversuch zu deuten, von dem noch unentschieden scheint, welche Entwicklung er nehmen wird.

Eine entscheidende Rolle kommt dabei dem Agieren der Neonazis in Ostdeutschland zu. Ähnlich wie bei den Protesten gegen den Irakkrieg treten bei den Protesten verstärkt neonazistische Gruppen auf. Im Unterschied zur Mehrheit der DemonstrationsteilnehmerInnen, sind sie durch ihr koordiniertes Auftreten in der Lage, das Bild der Proteste zu dominieren. So konnte sich ohne Widerspruch der Mehrheit der TeilnehmerInnen z.B. am 2. August in Magdeburg eine Gruppe von rund 80 Neonazis aus der regionalen Kameradschaftsszene zeitweise an die Spitze der Demonstration setzen. Bezeichnenderweise trugen sie ein Transparent mit der Aufschrift "Wir sind das Volk". Als linke Jugendliche die Nazi-Beteiligung unterbinden wollten, wurden sie von BürgerInnen ausgepfiffen und der Demo verwiesen. Die Neonazis der Kameradschaft Magdeburg konnten innerhalb der Demonstration ungehindert ihre Flugblätter verteilen.

In Köthen, einer zwischen Magdeburg und Halle gelegenen Kreisstadt, wurde die erste Demonstration, an der auf Anhieb 500 Menschen teilnahmen, gar vom örtlichen Kreisfunktionär der Republikaner angemeldet, der sich als Privatinitiator ausgab. Vor Ort wurden die TeilnehmerInnen von Neonazis der örtlichen Kameradschaft zum Veranstaltungsort - einem Parkplatz im Plattenbaugebiet - geleitet.

Das ungehinderte Auftreten der Neonazis zeigt das regressive Element der Proteste. Inhaltliche Anknüpfungspunkte für Neonazis bieten vor allem starke antiwestdeutsche und antiliberale, diffus antikapitalistische Ressentiments, die bis weit in die Mitgliedschaft der PDS hinein konsensfähig sind. Man kann von Glück sagen, dass NPD und Kameradschaften im Moment weder qualitativ noch quantitativ in der Lage sind, dieses Potenzial einzubinden und zu radikalisieren. Der niedrige Organisationsgrad, die Spontaneität und die diffuse politische Orientierung bei den Montagsdemonstrationen in Ostdeutschland bieten jedoch gute Voraussetzungen für rechtsextreme Agitation.

... und die soziale Frage

Man mag die Rolle von PDS und Gewerkschaften kritisch beurteilen. Doch gelingt es ihnen nicht, das Thema politisch und auch emotional zu besetzen, besteht in Ostdeutschland die Gefahr nachhaltiger sozialer Proteste von rechts.

Christian Grünert

Anmerkung:

1) vgl. AG Frauen gegen Sozialabbau Magdeburg: Bewegungssplitter 04.08.04; http://de.indymedia.org:

2) vgl. Alexander Thumfart: Der Transformation Ostdeutschlands; Frankfurt/Main 2002

23. Erpressung und Widerstand

Der Abschluss bei DaimlerChrysler ist nicht nur eine Niederlage

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:25

Nach Siemens hat mit DaimlerChrysler (DC) ein weiterer Großkonzern zum Angriff auf Tarif- und Lohnstrukturen geblasen. Löhne und Arbeitsbedingungen in Deutschland stehen flächendeckend unter Beschuss. Doch der Arbeitskampf bei DC zeigt, dass die Unternehmer nicht unbedingt durchmarschieren können.

Der Generalangriff bei DC kam nicht überraschend. Schon Jahre vorher tönte es aus den Vorstandsetagen, man wolle die sozialen Besitzstände der Belegschaften kappen. Bei DC war es vor allem der Personalvorstand Fleig, der eine 25%-ige Flexibilisierung der Inlandsbelegschaften forderte. Fleig war es auch, der den Interessenvertretern im Gesamtbetriebsrat (GBR) die Leiharbeitsfirmen schmackhaft machen wollte. Während die Produktionsvorstände Hubbert, Petri und auch Weingarten den "guten sozialen Kontakt" mit Betriebsräten pflegten, sollte Fleig die Weichen in Richtung Sozialabbau stellen.

Noch im Oktober letzten Jahres konterte die Betriebsräte-Vollversammlung in Sindelfingen, Sozialabbau und Leiharbeit sei mit den Betriebsräten nicht zu machen. Andererseits war aber - vor dem Hintergrund von massiven Drohungen mit Fremdvergaben - in der Debatte um so genannte Ergänzungstarifverträge für konzerninterne Dienstleistungen der Zug schon weitgehend abgefahren. Im Kern konnte es leider nur noch darum gehen, diese Arbeitsplätze sozial abgefedert zu retten und weitere, bereits ausgelagerte Bereiche wieder einzugliedern.

Starker Kampf, große Solidarität

Der jetzige Vorstoß von Fleig war und ist keine schnelle ad hoc Aktion gewesen. Er war von langer Hand vorbereitet und geschickt über die bürgerlichen Medien eingefädelt worden. Es waren die konzertierten Aktionen zwischen Politik, Wirtschaft und den öffentlichen Arbeitgebern, die schließlich den sozialen Rückschritt einläuteten. Was in der Tarifrunde 2004 durchsetzbar war, sollte jetzt den Belegschaften wieder abgepresst werden. Der DC-Vorstand griff zu dem brutalsten aller Mittel, dem der Standorterpressung. Hubbert drohte damit, bis zu 10.000 Arbeitsplätze im Inland zu vernichten! Begünstigt wurden diese Manöver sicher auch durch die Öffnungsklauseln, die bereits Bestandteil des Metalltarifvertrages in Nordbaden/Nordwürttemberg waren.

Die Belegschaften und Betriebsräte bekamen diese Erpressung im Juni auf den Tisch. Immer stärker wurde dabei argumentiert, dass die neue C-Klasse, die Baureihe 204, in Bremen und Südafrika deutlich billiger herstellbar ist als in Sindelfingen. Aus der bitteren Erfahrung von bereits zwei überlebten und erlittenen Maßnahmenkatalogen heraus war der Belegschaft in Bremen klar, dass wir unsere süddeutschen Kolleginnen und Kollegen gerade jetzt nicht alleine lassen durften. In Sindelfingen und Bremen wurde deshalb beschlossen, den Widerstand gegen Arbeitszeitverlängerungen, Sozialabbau und Lohnkürzungen gemeinsam aufzunehmen. Diese Strategie verschaffte nicht nur eine kleine Verschnaufpause, sondern auch die Möglichkeit, über alle Standorte hinweg zum Protest und Widerstand aufzurufen.

Der Vorstand versuchte Ende Juni direkt, die Standorte Sindelfingen und Bremen gegeneinander auszuspielen. In einer eiligst einberufenen Pressekonferenz beklagte Hubbert lauthals die "baden-württembergische Krankheit" und wetterte gegen Feiertage sowie soziale Besitzstände im Tarifgebiet von Nordbaden/Nordwürttemberg. Bremen mit seinen vermeintlichen "Kostenvorteilen" sollte sich, so seine Hoffnung, aus der "Gemeinschaft der Solidarität" verabschieden. Doch diese Rechnung ging bekanntlich nicht auf: Die Bremer Belegschaft, der Vertrauensleutekörper der IG Metall, der Ortsvorstand der IG-Metall sowie die Betriebsräte ließen sich nicht abspalten.

Auf den Betriebsversammlungen, die am 29. Juni in allen DC-Inlandswerken stattgefunden hatten, wurden die Belegschaften nochmals auf die Solidarität unter den Standorten eingeschworen. Darüber hinaus wurde die Solidarität international. Solidaritätsadressen, Telegramme und E-Mails aus aller Welt trafen bei den Betriebsräten ein. Gleichzeitig unterstützten die inländischen Belegschaften weiterhin den Weg, mit dem

Vorstand weiter zu verhandeln, um eine langfristige Investitionszusage mit Produktvergaben und gesicherten Arbeitsplätzen zu bekommen.

Am 15. Juli kam es dann zum großen DC-Protesttag. Über 60.000 DC-Beschäftigte nahmen daran teil - eine bisher nie gekannte Größe, Geschlossenheit und Solidarität. In Mettingen wurde sogar eine Bundesstraße blockiert. Wut und Angst hatten zu einer "hochexplosiven Mischung" geführt: "Das Maß ist voll!" und "Dies ist noch nicht das Ende, wir können noch weiter gehen.!" Und in der Tat: Nie war der Zeitpunkt für ein reales Kräftemessen mit dem Vorstand günstiger. Ein einziger Funke hätte einen Flächenbrand auslösen können, weit über die Konzerngrenzen hinaus. Alle Betroffenen waren sich einig: "Wir hätten in dieser Republik mehr als nur einen Ruck ausgelöst!"

Am 23. Juli nachts lag dann ein Verhandlungsergebnis auf dem Tisch, welches in Bremen sofort auf Betriebsversammlungen bekannt gegeben wurde. Es ist ein Kompromiss. Wir haben nicht gewonnen. Das spürten die anwesenden Kolleginnen und Kollegen. Andererseits gab es aber auch kein Pfeifkonzert. Alle wussten: Wir haben einen starken Kampf geführt. Die zweite Bevollmächtigte der IG Metall in Bremen konstatierte: "Dies Ergebnis ist kein Ergebnis fairer Verhandlungen!" Die anschließende lebhafte Diskussion war durchaus kämpferisch. Viele riefen: "Wir wurden erpresst und wir haben uns alle zusammen hervorragend gewehrt!" Starker Beifall und offene Zustimmung drückten die durchaus gute Stimmung aus.

Mehr als ein Achtungserfolg

In Anbetracht dieses Umstandes ist dieser Abschluss mehr als nur ein Achtungserfolg. Das Ergebnis dokumentiert die Stärken oder eben auch die Schwächen unserer Belegschaften und der Betriebsräte, der Vertrauensleute und der IG Metall als Organisation. Es drängt sich schon die Frage auf, warum wir als Gewerkschafter uns noch an die Friedenspflicht gebunden fühlen, wenn hingegen unsere "Vertragspartner" in den Vorstandsetagen diese mit Füßen treten und uns mit Arbeitsplatzvernichtung drohen und erpressen? So aber war bei den gegenwärtigen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen mehr "noch" nicht machbar. Dies ist zwar bitter, aber es ist die Realität.

Die Vertrauensleute der größten Halle im Bremer DC-Werk fassten sich indes auch an die eigene Nase: "Sicher, es wäre mehr drin gewesen, aber dann hätten wir alle zusammen noch ne Schippe mehr drauflegen müssen! In diesem Laden gibt's eh keine Ruhe mehr! Wir wissen, dass wir schon bald wieder gefordert werden...!" Dem ist erstmal nichts hinzuzufügen.

Jürgen Drieling

Jürgen Drieling arbeitet seit 1977 bei DC in Bremen. Er ist seit 1981 Mitglied im Betriebsrat; Mitglied in der IG Metall, der "Kollegengruppe" und Redakteur des KOLLEGENINFOS, sowie des offiziellen Betriebsratsorgan PROFIL.

24. Das Verhandlungsergebnis bei DaimlerChrysler*

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:26

Beschäftigung

Für die ca. 160.000 inländischen Beschäftigten sind Einkommen und Arbeitsplätze bis 2012 nur formell gesichert. Kommt es zu ernsthaften Absatzkrisen, wird sich zeigen, was diese Zusicherung wert ist. Immerhin bedeutet dies für die Standorte in Baden-Württemberg die Sicherheit von mehr als 10.000 aktuell gefährdeten Jobs. Bis 2012 werden alle Auszubildenden in feste Arbeitsverhältnisse übernommen. Zusätzlich wurde ein Kontingent von 3.800 Altersteilzeitangeboten für das Unternehmen ermöglicht.

Nachteil: Die Übernahmeverpflichtung für ausgelernte Azubis bedeutet auch, dass diese im Rahmen von "DC Move" maximal drei Jahre lang überregional in allen inländischen DC-Werken eingesetzt werden können. Erst dann haben diese Beschäftigten Anspruch auf ein Rückkehrrecht in den Heimatstandort.

Löhne und Gehälter

Für die jetzige Belegschaft bedeutet das Ergebnis eine Absenkung der Entgeltlinie um 2,79 % im Jahr 2006. Allerdings ist die Entgeltlinie für alle Beschäftigten im Inland gleich und tarifierbar. Die befürchtete Regionalisierung ist damit vom Tisch. Außerdem wird die Entgeltlinie im gleichen Jahr durch einen Sockelbetrag wieder angehoben. Bis 2012 werden alle Tariferhöhungen effektiv weiter gegeben (Vorbehaltlich der Markt bricht nicht vollkommen zusammen.). Die jetzigen Beschäftigten tragen bei der Einführung von ERA (Entgelt Rahmen Tarif Abkommen) im Jahr 2007 (1) nur ein geringes Entgeltrisiko. Die dort vereinbarten 1,5% sind tarifdynamisch, d.h., sie werden auf Tariferhöhungen drauf gezahlt.

Nachteil: Bei der Absenkung um 2,79% müssen in der Tarifrunde 2006 wenigstens 3% Entgelterhöhung rüberkommen, damit das Niveau der Entgeltlinie gehalten werden kann. Gleiches gilt im Prinzip für die Tarifrunde 2007, wenn Absenkungen nicht ausschließlich durch ERA kompensiert werden sollen.

Tarifverträge

Einschnitte in die Tarifverträge konnten nur teilweise abgewehrt werden. Für das Werk Sindelfingen wurden neue Erholzeit- und Arbeitszeitregelungen vereinbart.

Nachteil: Ein Teil der Erholzeit, der Gleitzeit- und der Freischichtguthaben werden in ein oder zwei Qualifizierungstage im Jahr gewandelt.

Entgelt Rahmen Tarif Abkommen (ERA)

ERA muss für die heutigen Belegschaften 1,5% mehr Entgelt bringen und die Einstufungen müssen zwischen den Entgeltgruppen 4-6 vorgenommen werden. Dies darf als großer Erfolg gewertet werden! (2) Die richtige Einstufung und ein entsprechend hohes zusätzliches DC-Entgelt bewirken eine weitgehende Lohngarantie. Die Höhe des DC-Grundentgelts wird so bestimmt, dass die zusätzlichen 1,5% auf jeden Fall eintreten, aber nicht überschritten werden.

Nachteil: Für neu eingestellte Beschäftigte wird die bislang übertarifliche DC-Entgeltlinie um 8% abgesenkt.

Dienstleistungstarifvertrag

Um die Fremdvergabe von Dienstleistungen zu verhindern und bereits fremd vergebene Dienstleistungen zurückzubekommen, können Betriebsräte mit dem Arbeitgeber die Geltung des Dienstleistungs-TV für einzelne Bereiche vereinbaren. Die Dienstleistungen der Produktionsversorgung sind davon nicht betroffen. Für die heutigen Beschäftigten gilt: Da für diesen Bereich die Entgeltlinie um 3% (und nicht um 2,79%) abgesenkt wird, bleibt das Entgelt nur gesichert, wenn die Absenkung durch zu erwartende Tariferhöhungen ausgeglichen wird.

Nachteil: Die Arbeitszeit steigt zunächst stufenweise auf 39 Stunden pro Woche und fällt dann ab dem 54. Lebensjahr wieder auf bis zu 34,5 Stunden. Dies passiert bei vollem Lohnausgleich. Bis zu 130 Überstunden können im Jahr ohne Mehrarbeitszuschläge abverlangt werden. Für neue Beschäftigte im Bereich der Dienstleistungen gibt's weitere Nachteile: Ihr Entgelt entspricht zwar dem Metalltarif, aber bis zur Einführung

von ERA sind die neuen Einstiegslöhne 20% niedriger als bisher. Mit Einführung von ERA werden auch die Arbeitsinhalte neu bewertet. Das kann den drastischen Lohnverlust sicherlich nicht ausgleichen. Die neuen Beschäftigten erhalten ebenfalls keine Spätschichtzuschläge mehr.

Arbeitszeitfenster für Forschung, Entwicklung und Planung

Bei Forschung, Entwicklung und Planung kann in Zukunft mit beidseitigem Einvernehmen eine Arbeitszeit zwischen 30 und 40 Stunden gewählt werden. Das Entgelt wird entsprechend angepasst. Kommt es zu keiner einvernehmlichen Regelung, gilt die 35-Stundenwoche. Auch die "30Stünder" sind Vollzeitbeschäftigte mit allen Ansprüchen. Der Arbeitgeber kann nur dann mehr 40-Stundenverträge anbieten, wenn er nicht durch Arbeitszeitkonten oder durch eigene Ausbildung einen Mehrbedarf auffangen kann. Ein Personalabbau darf damit nicht praktiziert werden. Drohen in diesen Bereichen Beschäftigungsprobleme, wird die 35-Stundenwoche eingeführt.

Regelungen zur Leiharbeit

Die Gesamtzahl von Leiharbeitern bei DC wird auf durchschnittlich 1,5% der Gesamtbelegschaft begrenzt. In einzelnen Standorten können dabei mehr Leiharbeiter und Befristungen eingesetzt werden. Die maximalen Obergrenzen sind aber bei jeweils 4% festgesetzt. Leiharbeiter haben Anspruch auf vergleichbare Monatsentgelte und Arbeitszeiten wie DC-Mitarbeiter.

Jürgen Drieling

Anmerkungen:

1) ERA soll ab 2007 die alten Tarifverträge ablösen. Insbesondere soll es dann keine Unterschiede mehr zwischen Arbeitern und Angestellten geben, statt Löhnen bzw. Gehältern werden dann Entgelte bezahlt.

2) Während sich der Vorstand bei der Einteilung der neuen Entgeltstufen an den Hilfsarbeiterentgeltgruppen (1-2) orientieren und damit massiv Löhne senken wollte, hat der GBR auf den Facharbeiterentgeltstufen (4-6) beharrt.

* Stand vom 10.8.2004

25. Ein Freibrief für Militärinterventionen

Die aktuelle UN-Debatte um eine "Weiterentwicklung" des Völkerrechts

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:27

Seit Anfang der 1990er Jahre macht eine neue Rechtskonstruktion im Völkerrecht von sich reden: die "humanitäre Intervention". Als militärische Maßnahme erstmals nach dem Golfkrieg 1991 zur Begründung für die von Großbritannien und den USA durchgesetzten Flugverbotszonen im Irak in Erscheinung getreten, folgten schnell eine ganze Reihe weiterer Militärinterventionen mit dem Label "humanitär", darunter Somalia, Bosnien, Kosovo, Osttimor und Kongo.

Obgleich nach dem Ende des Kalten Krieges von manchem bereits ein "Ende der Geschichte" und damit das baldige Verschwinden von Konflikten und Kriegen vorhergesagt wurde, nahm deren Anzahl seit Mitte der 1990er Jahre wieder kontinuierlich zu. Vor allem der Anteil innerstaatlicher Auseinandersetzungen, in den hiesigen Medien meist vorschnell als ethnische Konflikte dargestellt, stieg dabei erheblich, besonders auf dem afrikanischen Kontinent. Beispiele sind die Bürgerkriege im Kongo, in Liberia, Algerien, im Sudan und vor allem der in den Völkermord in Ruanda mündende Konflikt im Jahre 1994, dem innerhalb weniger Wochen zwischen 500.000 und einer Million Menschen zum Opfer fielen.

Da ein militärisches Eingreifen mit dem in der UN-Charta verankerten Grundsatz der Souveränität der Staaten offensichtlich nicht zu vereinbaren ist, standen diese Einsätze häufig vor dem Dilemma, nach gängiger Auslegung selbst Unrecht zu sein. Um dem zu entgehen, wurde vielfach versucht, eine Legitimation aus bereits bestehenden Rechtsnormen des Völkerrechtes zu konstruieren.

Vor allem in Berufung auf den Völkermord in Ruanda 1994 und die Rolle der internationalen Staatengemeinschaft als einem vermeintlichen "bystander to genocide" ("Zuschauer beim Völkermord") wurde im Jahr 2000 auf Anregung von Kofi Annan und mit der Unterstützung der Regierungen von Großbritannien und Kanada eine Kommission ins Leben gerufen, die sich um eine Verrechtlichung "humanitärer" Interventionen bemühen sollte. Ihr Name war "International Commission on Intervention and State Sovereignty" - kurz ICISS (Kommission zu Interventionen und staatlicher Souveränität). Im Herbst 2001 legte sie ihren Abschlussbericht mit dem Titel "The Responsibility to Protect" ("Die Verantwortung zu beschützen") vor. Wegen der kurz zuvor erfolgten Anschläge in den USA ging die Präsentation allerdings nicht nur in der Medienöffentlichkeit, sondern auch in den Debatten der UN weitgehend unter. Erst langsam, zwei bis drei Jahre später, bekam der Bericht ein größeres Gewicht in der internationalen Debatte. In der Bundesrepublik fand eine ernst zu nehmende Beschäftigung mit dessen Thesen und Ergebnissen erst im Laufe des Jahres 2003 statt.

UN-Sicherheitsrat soll entscheiden

Das Hauptproblem, vor dem die Kommission stand, ist die in der UN-Charta in Artikel 2 Absatz 4 festgeschriebene staatliche Souveränität, die jede äußere Einmischung in einen Staat untersagt. Eine militärische Intervention wird durch das Gewaltverbot explizit geächtet und einem Staat für einen solchen Fall sogar ein Widerstandsrecht gegen die Intervention zugebilligt (Artikel 51).

Den Ausweg fand die Kommission darin, indem sie den Begriff der staatlichen Souveränität einfach mit neuem Inhalt füllte. Nach ihrer Auffassung ist staatliche Souveränität nicht als absolut anzusehen, sondern an eine bestimmte Voraussetzung geknüpft: den Schutz der eigenen Bevölkerung, beispielsweise vor Kriegen oder Verfolgung, aber auch vor Hungerkatastrophen oder durch Naturereignisse verursachtes Leid. Für den Fall also, dass die Bevölkerung eines Landes einem, wie es in dem Bericht heißt, "großen Leid" ausgesetzt ist und dieser Staat nicht willens oder in der Lage ist, diesen Zustand zu beenden, geht die Verantwortung für seine StaatsbürgerInnen an die internationale Staatengemeinschaft über. Da der betreffende Staat die Verantwortung gegenüber seinen BewohnerInnen nicht wahrnimmt, kann er sich auch nicht mehr auf seine Souveränität berufen.

Der Bericht beschreibt das vorgeschlagene Verfahren noch detaillierter: Im Wesentlichen gliedert er dabei die Verantwortung der Staatengemeinschaft in drei Teilverantwortungen:

- In eine "Verantwortung zu verhindern" ("Responsibility to Prevent"): Konflikte können nach Ansicht der Kommission vor allem dadurch effektiv verhindert werden, dass demokratische Strukturen und ökonomische Entwicklung befördert werden. Die Etablierung eines demokratischen Regimes und ein ökonomisches Entwicklungsprogramm, wie von Weltbank und IWF vielfach durchgeführt, sollen Konflikte gar nicht erst entstehen lassen, so die Kommission. Hierfür habe sich die Staatengemeinschaft einzusetzen.

- Greifen diese präventiven Maßnahmen aber nicht, soll nach der Vorstellung der Kommission aus der "Verantwortung zu verhindern" die "Verantwortung zu reagieren" ("Responsibility to React") erwachsen: Die Eingriffsmöglichkeiten reichen dabei von Sanktionen bis hin zu militärischen Interventionen. Dabei ist die Bedingung für eine militärische Intervention, dass es sich um eine akute Bedrohung des Lebens einer großen Anzahl von Menschen handelt, um "ethnische Säuberungen" in großem Umfang oder um Völkermord. Dabei ist unerheblich, ob die Gewalt von staatlicher oder nicht staatlicher Seite ausgeht oder ob sie innerhalb von Staaten oder über Grenzen hinweg stattfindet.

Auch einzelne Staaten dürfen intervenieren

- Letzter Teilbereich ist die "Verantwortung zum Wiederaufbau" ("Responsibility to Rebuild"). Sie beinhaltet vor allem Hilfe beim Wiederaufbau der durch die Intervention oder den vorhergehenden Konflikt zerstörten Infrastruktur sowie Unterstützung bei der Versöhnung ehemals verfeindeter Gruppen.

Nach Ansicht der Kommission gibt es zur Legitimation von militärischen Interventionen auf der internationalen Ebene kein geeigneteres Organ als den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Es sollte also versucht werden, vor jeder Intervention die Zustimmung des Sicherheitsrates zu erhalten, und dieser sollte sich in "konstruktiver Weise" mit der Situation auseinander setzen. Nach dem Willen der Kommission heißt dies aber auch, dass andere Staatenzusammenschlüsse oder sogar einzelne Staaten zu militärischen Mitteln greifen können, wenn sich der Sicherheitsrat nicht auf Maßnahmen einigen kann.

Kommt es zu einer Anerkennung dieses Konzeptes der "Responsibility to Protect", wird das derzeit geltende Völkerrecht grundlegend verändert. Nach dem Willen der Kommission kann und muss in Fällen, in denen von schweren Menschenrechtsverletzungen oder humanitären Katastrophen berichtet wird, der Sicherheitsrat Maßnahmen bis hin zur militärischen Intervention beschließen. Tut er dies nicht, aus welchen Gründen auch immer, geht dieses Recht auf andere Staatenzusammenschlüsse oder gar Einzelstaaten über.

Für den Fall, dass einzelne Staaten oder Staatenzusammenschlüsse militärische Maßnahmen gegen einen anderen Staat durchführen, eröffnet sich so die Möglichkeit, dass sich der angegriffene Staat in Zukunft weder auf seine Souveränität noch auf das Selbstverteidigungsrecht berufen kann, wenn nur die Interventions-Begründung sorgfältig genug vorbereitet worden ist.

Gleichzeitig bietet sich eine Legitimation für Eingriffe in Staaten, die sich den Vorstellungen der Industrieländer von "Entwicklung" durch Strukturanpassung, Privatisierung und Freihandel widersetzen. Wird dieser Widerstand doch dafür verantwortlich gemacht, dass es in den Staaten nicht zu allgemeinem Wohlstand kommt, der in den Prognosen von IWF und Weltbank in Aussicht gestellt wird. Nach dieser Logik wäre der Staat nicht willens, seiner Bevölkerung diese Entwicklung zuzugestehen Zwangsmaßnahmen bis hin zu militärischen Interventionen ließen sich nun mit dem Konzept der "Responsibility to Protect" nun ohne viel Mühe begründen.

Schon jetzt haben die Argumente aus dem Report Eingang in die Debatten der Vereinten Nationen gefunden. Besonders in der Zeit um den zehnten Jahrestag des Völkermords in Ruanda machte UN-Generalsekretär Kofi Annan massiv Werbung für dieses Konzept. Die angestrebte Neuregelung wird mittlerweile sogar von einigen friedenspolitischen Gruppen als Mittel zur Eindämmung der Präventivkriegsstrategie der USA propagiert, da Interventionen ja in dem Bericht an klare Vorbedingungen gebunden seien.

Die kanadische Regierung will, wenn sich die Kräfteverhältnisse günstig entwickeln, eine Diskussion des Berichts und eine Verabschiedung einer Resolution auf der nächsten UN-Generalversammlung im September 2004. Darin sollen die neue Konzeption der Souveränität als Verantwortung und die Kernforderungen des Reports anerkannt werden. Diese "kalte" Änderung des Völkerrechtes per Neudefinition eines Begriffs ist nicht nur einfacher durchsetzbar, weil die Konsequenzen vielfach unabsehbar sind, sondern auch wesentlich schneller zu realisieren als eine Änderung der UN-Charta in ihrem Wortlaut. Nach Aussagen eines Vertreters

der kanadischen Regierung sind sich die westlichen Länder über dieses Vorgehen schon weitgehend einig geworden, einzig die Staaten des Südens hätten aus für ihn unverständlichen Gründen noch Vorbehalte.

KritikerInnen befürchten zudem wohl zu Recht, dass es bei der Durchsetzung dieses neuen "weiterentwickelten" Völkerrechts nicht in erster Linie um Humanität und die Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen geht, sondern eher darum, diejenigen Staaten, die von Verschuldung und Verarmung betroffen sind oder durch Bürgerkrieg zu zerfallen drohen, auch dann noch kontrollieren zu können, wenn kein einheitliches Staatswesen mehr vorhanden ist, das zur Einhaltung internationaler Verpflichtungen gedrängt werden könnte. Auf diese Weise können ökonomische und geostrategische Interessen in diesen Staaten weiter verfolgt werden. Auf der anderen Seite würden unerwünschte Begleiterscheinungen wie Flüchtlingsbewegungen im Ansatz unterbunden werden.

Durchsetzung imperialer Interessen

Die momentan noch recht strikten Regelungen für eine militärische Intervention, wie sie in dem Bericht genannt werden und die von Befürwortern des Berichtes gern als Indiz für seine Ausgewogenheit angeführt werden, bieten gegen einen verstärkten Interventionismus allerdings keinerlei Schutz. Ist das Prinzip erst einmal geändert und sind Interventionen grundsätzlich legitimiert, dann ist es um so einfacher, die Eingriffsschwelle schrittweise zu senken. Einen ersten Ansatz im deutschsprachigen Raum liefert die Friedrich-Ebert-Stiftung mit einer öffentlichen Diskussion der "Spielregeln eines neuen Interventionismus". In den dort vorgestellten Diskussionsbeiträgen sind die Gründe, die eine Intervention legitimieren sollen, gegenüber dem ICISS-Bericht erheblich ausgeweitet. Es ist absehbar, dass von Seiten der InterventionsbefürworterInnen und von denen, die ein doch zumeist ökonomisches oder geostrategisches Interesse an Interventionen haben, angestrebt wird, die Schwelle für Interventionen möglichst niedrig zu halten.

Sollte sich das Konzept, wie es die ICISS in ihrem Bericht präsentiert hat, international durchsetzen, muss sich wohl keine Militärmacht mehr an bestehende völkerrechtliche Restriktionen und Gewaltverbote gebunden fühlen. Auch braucht man sich dann endlich nicht mehr einen Bruch des Völkerrechts vorhalten lassen, wenn man seine ökonomischen und geostrategischen Interessen militärisch durchsetzen will. Diese nun "humanitären" Interventionen brauchen nur noch eine gelungene Begründung - schließlich ist man ja verpflichtet, etwas zu tun.

Helge von Horn

26. NPD erzielt erste Erfolge im Kampf um die Parlamente

Mecklenburg-Vorpommern:

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:28

Die Kader der Partei waren offensichtlich selbst überrascht. Ihren Kandidaten "gelangen beachtliche Wahlerfolge, mit denen selbst die kühnsten Optimisten im NPD-Landesverband M.-V. nicht gerechnet hatten", verkündete die NPD nach der Kommunalwahl am 13. Juni auf ihrer Internetseite. Insgesamt zehn Stühle in Kommunalparlamenten und Kreistagen sind jetzt von Neonazis besetzt.

Das landesweite Abschneiden der NPD von 0,8% täuscht, denn die Neonazi-Partei trat nur in einigen Regionen an, in denen sie über relativ arbeitsfähige Strukturen verfügt. Dort konnte sie zwischen 1,1% und 8% der Wählerstimmen für sich gewinnen. Trotz Wahlboykottaufrufen von Seiten "Freier Nationalisten" waren für die Entscheidung, wo man kandidiert, aber offensichtlich auch die engen Beziehungen zur wesentlich potenteren Kameradschaftsszene ausschlaggebend. Mit ihren rund 150 Mitgliedern ist die NPD bei weitem nicht flächendeckend in Mecklenburg-Vorpommern vertreten, zudem zeichnete sie sich bisher vielmehr durch eine begrenzte Zahl von Kadern, mangelnde intellektuelle Kapazitäten, einen stetigen Mitgliederrückgang und unregelmäßige, vom Engagement von Einzelpersonen abhängige Aktivitäten aus.

Etwas reger ist lediglich die Stralsunder NPD, die mit 3,9% Stimmenanteil zwei Plätze in der Bürgerschaft erhielt. Unter ihrem Kreisvorsitzenden Dirk Arendt und dessen Mitstreiter Bernd Flotow ist sie immer wieder mit Infoständen, Mahnwachen und gut besuchten Kinderfesten in der Öffentlichkeit präsent. Dirk Arendt fällt bei derartigen Aktionen durch sein Outfit auf: Seitenscheitel, Hitlerbärtchen und schwarze Kleidung.

Der Kreisverband im nahe gelegenen Ostvorpommern erhielt mit 4,2% den höchsten Stimmenanteil im NPD-Landesvergleich. Und das obwohl die dortigen Partei-AktivistInnen mehr schlecht als recht eigene Strukturen aufbauen konnten. Der nunmehr Kreistags- und Stadtvertretungsabgeordnete Michael Andrejewski ist erst 2003 aus Hamburg zugezogen. Das Feld für den weitgehend rassistischen Wahlkampf der NPD in Ostvorpommern wurde von "Freien Nationalisten" bereitet. In der Region sind etliche Kameradschaften seit Jahren nicht nur propagandistisch aktiv. Die Neonazi-Gruppierungen üben auch mit Konzerten, sportlichen Events, eigenen Treffpunkten, Läden und Häusern deutlichen Einfluss auf den Alltag von Jugendlichen und Normalbevölkerung aus.

Im Bündnis mit "Freien Nationalisten"

Im Landkreis Ludwigslust eine ähnliche Situation: Dort zog der Landesvorsitzende und Bundesvorstandsmitglied Stefan Köster mit 3,4% in den Kreistag ein. Im Landkreis Ludwigslust ist eine Vielzahl von langjährigen und erfahrenen Rechtsextremisten ansässig. Zwischen der Neonazi-Szene und der NPD gibt es enge Verbindungen: Klaus Bärthel, zweiter frisch gewählter parteiloser Abgeordneter der NPD im Kreistag und zudem in der Ludwigsluster Stadtvertretung, gilt als Exponent der "Freien Nationalisten".

An der Müritz sitzt ab jetzt der glatzköpfige Straßenbauer Sven Kuschnereit im Kreistag. 2,6% der Stimmen erlangte der neue Abgeordnete, der auf der NPD-Website mit einem "National-Sozialist"-T-Shirt posiert. In der Kreisstadt Waren-Müritz erfreut sich seit Jahren der "braune Gemischtwarenladen" Patrioten Treff der hessischen NPD-Kader Doris und Alfred Zutt regen Zulaufs aus der rechtsextremen Szene.

An der politischen Praxis der NPD hat der Einzug in einige Kommunalparlamente bislang nicht viel geändert. Die bisherigen Äußerungen seit der Kommunalwahl bestehen überwiegend aus Polemiken gegen die "Systemparteien" und "Multikultur-Extremisten" und inhaltslosen Bekenntnissen zum "Freiheitskampf" oder "Überlebenskampf unseres Volkes".

Obwohl die NPD auf ihrer Homepage am 30. April erstmals ankündigte, zu den Kommunalwahlen anzutreten, war ihre Kandidatur nie Thema in der Öffentlichkeit. Weder lokale noch überregionale Zeitungen berichteten über die rechtsextreme Partei, ihre Kandidaten oder ihren Wahlkampf, wie es noch 1998 im Vorfeld der Landtagswahl gesehen war. Auch die demokratischen Parteien bezogen keine Stellung zum Antritt der NPD; weder machten sie die BürgerInnen auf deren rechten Charakter aufmerksam noch regten sie eine

Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in ihrer Region an. Und auch von Seiten antifaschistischer Gruppen blieb es unerwartet ruhig. Vielleicht hoffte man, an Wahlerfolgen der Rechten wieder einmal vorbeizuschrammen.

Erst nach den Stimmgewinnen für die NPD reagierten die etablierten Parteien. "Erschüttert und tief bewegt" sei er, meinte Till Backhaus, Landesvorsitzender der SPD. Im Müritz-Kreis wurde von der CDU eine Zusammenarbeit mit den Neonazis abgelehnt: "Wir sprechen in den nächsten Tagen mit allen, nur nicht mit der NPD." Verweigerung auch von der Müritzer SPD: "Das ist für uns keine demokratische Partei." Ähnlich verhält es sich auch im ostvorpommerschen Kreistag, in Ludwigslust und Stralsund. Im Anklamer Stadtparlament wurde der NPD-Stadtvertreter entgegen den Gepflogenheiten nicht in den Hauptausschuss gewählt.

Potenzial liegt um Vielfaches höher

Eine tiefere Auseinandersetzung mit den Gründen des NPD-Ergebnisses vermisst man allerdings weiterhin. Die Junge Union machte gar die Bündnisgrünen verantwortlich, weil sie erfolgreich gegen die Fünf-Prozent-Hürde geklagt hatten. Auch der Verweis auf die geringe Wahlbeteiligung verschleiert den Blick auf die realen Stimmenzuwächse der NPD. Rund 16.000 Mal wurde bei den Kommunalwahlen das Kreuz bei der offensichtlich rechtsextremen Partei gemacht. Auch bei den gleichzeitig stattfindenden Europawahlen konnte die NPD ihr Ergebnis verdoppeln. Das Potenzial, das als demokratiefeindlich, weil rassistisch, antisemitisch, nationalistisch und autoritär einzustufen ist, ist tatsächlich sogar um ein Vielfaches höher. Die Stimmenzuwächse haben nicht nur Einfluss auf die Wahlkampfkostenrückerstattungen. In einigen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns hat die ultrarechte Szene nach dem Kampf um Straßen und Köpfe, nun auch erste Erfolge im Kampf um die Parlamente erreicht.

www.links-lang.de

27. Weniger Dollars aus Miami

Der Wahlkampf in den USA ist Anlass für neue Verschärfungen der Sanktionen gegen Kuba

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:29

Die Bush-Regierung hat sich schon in der Vergangenheit durch eine besonders aggressive Kuba-Politik hervorgetan. (vgl.ak 474) In Wahlkampfzeiten zielen die Attacken gegen Kuba aber immer auch auf die kubanische Gemeinde in den USA. Im Juni sind Sanktionen in Kraft getreten, die die Unterstützung von Familienangehörigen auf Kuba einschränken. Diesmal sind die Reaktionen aus Miami aber nicht einhellig positiv.

Im Mai veröffentlichte die vom Weißen Haus gegründete "Arbeitsgruppe für ein Neues Kuba" einen Bericht mit Strategieempfehlungen für die US-amerikanische Kubapolitik. 59 Millionen US-Dollar sollen ausgegeben werden, um endlich den lang ersehnten Sturz des kubanischen Systems herbeizuführen. Die vorgeschlagenen Methoden sind alles andere als neu: Exil-Kubanische Gruppen sollen mit hochwertiger Sendetechnik ausgerüstet werden, um die Störsender der Kubaner außer Gefecht zu setzten. Weitere Mittel sind vorgesehen, um die Lobbyarbeit für die Intensivierung der internationalen Sanktionen gegen Kuba zu verstärken. Und nicht zuletzt plant man in Washington schon für die Zeit nach Fidel Castro: Exil-Kubaner erhalten Stipendien und werden zu Kadern für den Aufbau des "freien Kuba" ausgebildet.

Neben der Aufrüstung der Propaganda-Maschienerie werden wieder einmal Verschärfungen der Wirtschaftssanktionen für das Wundermittel gehalten. So wurden nach der Veröffentlichung des Berichts Sanktionen beschlossen, die auf die wirtschaftliche Unterstützung der Kubaner durch ihre Verwandten in den USA abzielen. Statt mit 167 US-Dollar pro Besuchstag dürfen Exil-Kubaner ihre Familienangehörigen nur noch mit 50 US-Dollar pro Tag unterstützen. Außerdem können Exil-Kubaner nur noch alle drei Jahre ihre Verwandten auf der Insel besuchen. Der Geldtransfer von Familienangehörigen aus den USA stellt eine nicht zu unterschätzende Einnahmequelle für viele Kubaner dar.

Die neuen Sanktionen werden Familien besonders hart treffen, die ansonsten über keine Dollarquelle verfügen. Das Echo der organisierten Exil-Kubaner in Miami ist daher geteilt: Während die Hardliner jede weitere Sanktion begrüßen, sind gemäßigte Kreise empört. Sogar mit Stimmenentzug für die Republikaner wurde vereinzelt gedroht. Solche Töne sind relativ neu. Die Exil-Kubaner in Miami sind traditionell ultrarechts und stramm republikanisch. Seit einigen Jahren verändert sich aber diese Stimmung. Die klassische Embargo-Politik der US-Regierung finden mehr und mehr US-amerikanische Kubaner nicht besonders hilfreich. Bei den jüngeren Generationen entwickelt sich allmählich ein pragmatisches Verhältnis zu ihrer Herkunftsinsel. Auch vielen Einwanderern der letzten Jahre ist der missionarische Castro-Hass der alten kubanischen Eliten fremd. Deren glühender Revanchismus verliert langsam an Einfluss, auch wenn die Exilorganisationen immer noch von der alten Garde dominiert werden. So könnte es sein, dass die Republikaner ihre sonst so treuen exil-kubanischen Freunde rechts überholen und dafür in nicht allzu ferner Zeit mit dem Verlust von Wählerstimmen bestraft werden.

Miriam Edding

28. Rührige Sorge um Afghanistan

"Zivil-militärische Kooperation" - das neue Zauberwort der Militärstrategen

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:30

Anfang 2002 hat der Bundestag EntwicklungshelferInnen zum Hindukusch geschickt. Sie tragen als Emblem das Eiserne Kreuz und verteidigen dort, laut Verteidigungsminister Peter Struck (SPD), auf neue Weise das deutsche Vaterland: "Die Angehörigen der Bundeswehr in Afghanistan sind keine Besatzungssoldaten, sondern Helfer in Uniform."

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hatte Ende 2001 die Einrichtung einer International Security Assistance Force (ISAF) beschlossen, um die afghanische Übergangsregierung zu unterstützen. Vorher hatten die so genannten Coalition Forces, das Militär der USA und Großbritanniens, die Mission Enduring Freedom auf dem Weg gebracht. Weniger als einen Monat nach den Anschlägen in New York und Washington am 11. September 2001 sollte das angebliche Hinterland der Terroristen von den dort herrschenden islamistischen Taliban, befreit werden. Afghanistan wurde bombardiert, Bodentruppen eingesetzt. Dafür wurden auch Bündnisse mit einem Verbund von Warlords eingegangen, der unter dem Namen Nordallianz firmierte. Mitte März 2002 galt die Operation in Afghanistan als abgeschlossen, eine Übergangsregierung war bereits eingesetzt. Verschiedenen Angaben zufolge hatte Enduring Freedom bis zu diesem Zeitpunkt zwischen 1.000 bis über 3.000 ZivilistInnen den Tod gebracht.

Demokratie und Wiederaufbau mit Warlords

Zur Zeit operieren die USA eigenständig or Ort mit rund 13.000 eigenen Truppen. Sie sind auf der Jagd nach Al-Kaida Mitgliedern, deren Anführer Bin-Laden, sowie nach Talibangruppen, die sich neu formiert haben. Parallel dazu hat die ISAF unter Kontrolle der NATO 6.500 Soldaten aus 37 Ländern vor Ort. Davon stellt die Bundeswehr mit 2.100 Truppen den größten Anteil. Einsatzgebiet der ISAF ist hauptsächlich die Hauptstadt Kabul. Der Rest des Landes teilt sich in Einflussgebiete verschiedener Warlords auf; über 400.000 bewaffnete Milizen soll es im Land geben. Bei den Kriegsfürsten handelt es sich um ehemalige Mujahedin, Freiheitskämpfer, deren Interpretation des Islam kaum fortschrittlicher ist als die der Taliban, der Koranschüler. Ähnlich sieht es mit ihren Sympathien für die Truppen der USA und NATO im Land aus und auch mit dem Versuch, ein wahldemokratisches System westlichen Typs einzuführen. Auch hat sich an der Situation der Frauen in Afghanistan außerhalb Kabuls wenig geändert, deren Unterdrückung ja immerhin mit als Rechtfertigung für den kriegerischen Sturz des Taliban diente.

Am 9. Oktober soll in Afghanistan der Präsident gewählt werden, zeitnah zu den Wahlen in den USA. Die UN, Hilfsorganisationen und europäische PolitikerInnen hätten die Wahlen lieber im nächsten Jahr gesehen, um eine gewisse Glaubwürdigkeit zu garantieren. Denn abgesehen davon, dass kaum von freier Presse im Land gesprochen werden kann, haben WahlhelferInnen die Hälfte der 9,5 Mio. Wahlberechtigen, die in unzugänglicheren Teilen des Landes leben, noch nicht registriert. Es stehen ein gutes Dutzend Präsidentschaftskandidaten zur Wahl, darunter eine Frau. Klarer Favorit ist der jetzige Interimspräsident Hamid Karzai. Allerdings treten gegen ihn Kandidaten an, die von mächtigen Kriegsfürsten unterstützt werden. Auf einem Gipfel im Juni in der Türkei beschloss die NATO, weitere 3.500 Soldaten zur Sicherung der Wahlen zu entsenden. Zum Teil ist bislang ungeklärt, wer diese Truppen stellen wird. Trotz notorisch zuversichtlicher Meldungen seitens westlicher Regierungen und Militärs scheint die Lage im Land weit entfernt davon zu sein, sich zu beruhigen. Zu viele verschiede Interessen unterschiedlicher Gruppen stoßen aufeinander. Wöchentlich gibt es Überfälle und Anschläge auf Soldaten, Entwicklungs- und WahlhelferInnen.

Seit dem 6. Januar operieren 240 Soldaten des ersten lokalen Wiederaufbauteams (Provincial Reconstruction Team, PRT) der Bundeswehr in der Provinz Kundus. Es ist eins von fünf aktiven PRTs in Afghanistan. Auch laufen zusammen mit den Niederlanden Vorbereitungen für ein weiteres PRT in der Nachbarprovinz Faisabad. Die PRT sind in einzelnen Provinzhauptstädten stationiert und haben kein Mandat, sich in kämpferische Auseinandersetzungen einzumischen. Ihr Auftrag gilt der Informationsbeschaffung, dem Aufbau und der Pflege des Kontakts zu lokalen Machthabern. Des Weiteren sollen die Teams dazu beitragen, dem Einfluss der Regierung in Kabul Nachdruck zu verleihen. Und sie sollen beim Wiederaufbau helfen und den Schutz für Mitarbeiter von NGOs und internationalen Organisationen gewährleisten.

Im Vorfeld der Einrichtung des PRT gab es im Deutschen Bundestag einiges an Diskussionen über Sinn und Unsinn desselben. Der FDP-Abgeordnete Hoyer wunderte sich: "Es solle zwar keine Beteiligung an der Drogenbekämpfung geben, aber ein Umfeld geschaffen werden, innerhalb dessen die Ausbildung von afghanischen Drogenbekämpfern möglich werde ... das hat etwas Winkeladvokatorisches." Ihm, wie so manchem anderen Abgeordneten gefiel das Bild deutscher Soldaten, die inmitten blühender Opiumfelder untätig patrouillieren, wenig. Denn das deutsche PRT hat explizit den Befehl, nicht in den Anbau und Handel der Drogenpflanze einzugreifen. Das wäre die Aufgabe der afghanischen Sicherheitsbehörden, so die Bundesregierung. Kundus liegt zwar nicht in einem bedeutenden Opiumanbaugebiet, im Gegensatz zu Faisabad, wird aber von einer der Hauptrouten des Opiumhandels nach Tadschikistan geschnitten.

Winkeladvokaten unter sich

Die Jahresernte von 3.500 Tonnen Opium, dem Rohstoff für bis zu 350 Tonnen Heroin, machte Afghanistan 2003 zum weltweit bedeutendsten Anbauland. Nahezu alles Heroin in Europa stammt von dort; die derzeit laufende Ernte wird voraussichtlich die größte aller Zeiten werden. Mehr als zwei Milliarden US-Dollar wurden letztes Jahr schätzungsweise aus dem Opiumanbau erwirtschaftet. Das entspricht der Hälfte des Bruttosozialprodukts Afghanistans. Fielen diese Einnahmen weg, stellte sich die Frage, von welchen Einnahmen ein bedeutender Teil der Bevölkerung leben sollte. Es scheint keine Alternative zu der Opiumlandwirtschaft zu geben. Ein unlösbares Dilemma für die internationale Staatengemeinschaft, die sich weltweit den Kampf gegen Drogen aufs Banner geschrieben hat. Würde sich die ISAF in die Drogenökonomie einmischen, müsste sie sich auf massiven Widerstand der Bevölkerung, aber auch seitens der Milizen der Warlords einstellen. Deren Macht basiert auf dem Opium, das es ihnen ermöglicht, moderne Waffen und Kommunikationstechnik zu kaufen. Folglich bleibt den Staatsmännern und Diplomaten nichts anderes übrig als mit den ewig gleichen Leerformeln von Entwicklung durch Demokratie und Marktwirtschaft eine vermeintlich bessere Zukunft heraufzubeschwören.

Erst zerstören, dann solidarisieren

Immerhin verdienen die Rüstungsindustrie und andere Unternehmen gut: Die Militärausgaben der Industriestaaten für den Einsatz in Afghanistan betragen jährlich 14 Milliarden US-Dollar. Für den Wiederaufbau des Landes veranschlagt die Weltbank 29 Milliarden Dollar. Auf der dritten Afghanistankonferenz im Frühjahr in Berlin wurden knapp 9 Milliarden Euro Wiederaufbauhilfe für die nächsten Jahre zugesagt, 340 Millionen davon aus der BRD. Bisher sind trotz vollmundiger Zusagen wenige Gelder geflossen.

Wenigstens kümmert sich die Bundeswehr rührig um die AfghanInnen. Doch trüben einige Widersprüche das Bild des "Helfers in Uniform". Laut den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) der Bundeswehr von 2003, heißt Verteidigung heutzutage "die Verhütung von Konflikten und Krisen, die gemeinsame Bewältigung von Krisen und Krisennachsorge." In Bezug auf humanitäre Hilfsaktionen heißt es weiter: "Die Verfahren zur Durchführung derartiger Operationen sind im engen Zusammenwirken mit anderen staatlichen Institutionen und zivilen Hilfsorganisationen weiterzuentwickeln". Gemeint sind Konzepte, die für die Armeen der USA, der EU, die NATO und einzelner Staaten entwickelt werden. Auch die Bundeswehr schreibt stetig die Verfahrensweisen für CIMIC fort, die so genannte Civil Military Cooperation.

Dabei versuchen alle Militärs es so klingen zu lassen, als ob es dabei einzig um Wiederaufbau und gemeinsame Entwicklungsbemühung von Militär, lokalen Behörden, internationalen Organisationen und NGOs im jeweiligen Einsatzgebiet ginge. Doch hat der Soldat neben dem Spaten in der Hand auch immer ein Gewehr bei Fuß. CIMIC ist eine Strategie, um sowohl bei der lokalen wie auch der eigenen Bevölkerung Akzeptanz für die Besatzung zu schaffen. Im Zeitalter der "humanitären Interventionen" versuchen die Militärs sich als Hilfs- und Entwicklungsorganisation zu profilieren. Z.B. rühmt sich die Bundeswehr ihrer Leistungen beim Aufbau von Schulen, beim Bau von Straßen und dem Bohren von Brunnen in Ex-Jugoslawien. Dass die deutsche Luftwaffe in der gleichen Region vorher geholfen hatte, Gebäude und Infrastruktur zu zerstören, bleibt dabei unerwähnt. Abgesehen von UN-Blauhelm Truppen, denen eine gewisse Neutralität zugestanden werden kann, sind Militärs immer einer Kriegspartei zugehörig. Bei CIMIC handelt sich um eine militärische Doktrin, die erwartet, dass sich die anderen Akteure ihrem militärpolitischen Ziel unterordnet. Die "Kooperation" wird von Seiten der Militärs lokalen Behörden und Organisation ungefragt angeboten, eingefordert und zum Teil auferlegt. Damit wird in Kauf genommen, dass die Grundsätze humanitärer Hilfe gefährdet werden. Diese

betonen die Unparteilichkeit und fordern, dass Hilfe jedem Menschen gewährt wird, egal zu welcher Fraktion er oder sie gehört. Diese Neutralität garantiert eine gewisse Sicherheit für Mitarbeiter humanitärer Organisationen.

Laut der nichtstaatlichen Organisation Médecins sans Frontières (MSF), den Ärzten ohne Grenzen, würde in Afghanistan der Unterschied zwischen Kriegsparteien und humanitären HelferInnen durch das Agieren der Militärs unkenntlich, die Grundsätze humanitärer Hilfe ausgehebelt. Als Beispiel führen sie einen Vorfall aus dem Frühjahr an. So wurden in einer nördlichen afghanischen Provinz von US-Soldaten Flugblätter verteilt. Eines zeigte eine junge Frau, die einen Sack Mehl schleppt und trug die Aufschrift: "Um weiter humanitäre Hilfe zu erhalten, sollten alle Informationen bezüglich der Taliban, der Kaida oder der Gulbuddin Organisation an die Koalitionsstreitkräfte weitergegeben werden." Laut dem US-amerikanischen Verteidigungsministerium hätte es sich um einen Einzelfall gehandelt, der sich nicht wiederholen werde.

Exit-Option wird attraktiv

Seit 1980 sind die MSF in Afghanistan. Sie blieben während der russischen Besatzungzeit und leisteten auch ärztliche Hilfe in der Taliban-Ära. Aber unter den beiden jetzig laufenden militärischen Operationen können sie die Sicherheit ihrer Mitarbeiter nicht mehr garantieren. Gezielt waren im Juni fünf MSF-Mitarbeiter getötet worden. Und obwohl der lokale Machthaber als Verantwortlicher ausgemacht wäre, würden sich sowohl afghanische Sicherheitskräfte wie auch US- und ISAF-Kräfte weigern, etwas zu unternehmen. Die MSF kündigten Ende Juli an, Afghanistan verlassen zu wollen.

Der Schritt von MSF, ihre von 2.700 Mitarbeitern geleistete Versorgung einzustellen, ist kein gutes Zeichen. Es passt ins Bild, dass in den USA immer lauter über eine "Exit"-Option aus Afghanistan nachgedacht wird. Nicht undenkbar, dass nach den Wahlen in den USA im November das US-Militär das Land verlässt. Ob die NATO oder die EU dann noch die Bürde Afghanistan allein tragen wird, ist zweifelhaft.

CIMIC beschleunigt die Aufweichung des Grundsatzes der Neutralität humanitärer Hilfe. In Zeiten, in denen Solidarität innerhalb einer Gesellschaft als Haltung diskreditiert wird, die die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit untergräbt, ist internationale Solidarität der eigenen Bevölkerung schwer vermittelbar. Humanitäre Organisationen können sich CIMIC andererseits kaum verweigern, denn angesichts knapper werdender Haushaltsmittel müssen sie sich eventuell militärischen Strategien unterordnen. Ansonsten werden, wie neulich auf EU-Ebene geschehen, immer öfter für zivile Maßnahmen gedachte Mittel für CIMIC-Vorhaben umgewidmet.

Lorenz Matzat

29. Der "Fall Cap Anamur"

Ein Flüchtlingsdrama und seine Folgen

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:31

"Erst war nur ein kleiner, gelber Strich am Horizont zu sehen. Dann erkannten wir ein Schlauchboot und schließlich Menschen, die verzweifelt winkten: Mitten auf der offenen See, irgendwo zwischen Libyen und der italienischen Insel Lampedusa, trieb das völlig überfüllte Boot mit Motorschaden hilflos auf den Wellen. Das Festland war 90 Kilometer entfernt, die Trinkwasser-Vorräte bereits aufgebraucht."

So beschreibt Kapitän Stefan Schmidt die Situation der 37 Flüchtlinge am 20. Juni 2004 vor der Rettung durch die Cap Anamur. Schmidt überlegte nicht lange und nahm die Schiffbrüchigen auf, um mit ihnen den nächst gelegenen sizilianischen Hafen anzufahren. Doch die zuständigen Behörden untersagten dies. Statt Hilfe für die schiffbrüchigen Flüchtlinge schickten sie das Militär:

Nach wochenlangem Gezerre durfte die Cap Anamur schließlich am 12. Juli den Hafen Empedocle anlaufen. Die 37 Flüchtlinge wurden umgehend in das Abschiebelager Agrigent verbracht. Kapitän Schmidt, Erster Offizier der Cap Anamur, Wladimir Daschkewitsch und der Leiter der Hilfsorganisation, Elias Bierdel, wurden verhaftet. Nach einigen Tagen wurden sie wieder frei gelassen - unter der Auflage, nie wieder sizilianischen Boden zu betreten. Die Flüchtlinge wurden in das Abschiebelager Caltanissetta im sizilianischen Inland gebracht, dann weiter in den Abschiebeknast nach Rom. Von dort aus wurden sie mit Ausnahme eines Jugendlichen abgeschoben - nach Ghana und Nigeria, obwohl nach wie vor völlig unklar ist, woher sie eigentlich kamen. Ein römisches Gericht erklärte diese Abschiebungen inzwischen für illegal, doch das nützt den Flüchtlingen nichts mehr.

Gegen diese Abschiebungen gab es breite Proteste in Italien. Die Stadt Venedig bot den Flüchtlingen die Ehrenbürgerschaft an. Diesem Beispiel folgten auch andere Städte. Eine Idee, die bei der Berlusconi-Regierung auf wenig Gegenliebe stieß. Zwei offizielle Vertreter der Stadt Venedig, die in das Abschiebelager Caltanissetta gekommen waren, wurden per Polizeiauto aus dem Lager geschafft. Sie hatten sich geweigert, Caltanissetta ohne die Flüchtlinge zu verlassen.

Durch die Cap Anamur wurde auch hierzulande publik, welche Dramen sich tagtäglich vor der italienischen Küste abspielen. Bei der Flucht nach Europa sind in den vergangenen zehn Jahren nach Schätzungen mehr als 5.000 Menschen im Mittelmeer ums Leben gekommen. Bierdel spricht von einer "Versinkquote" (ein Wort, dass er sich nicht selbst ausgedacht habe) von 50%. Sowohl die EU als auch die Bundesregierung gerieten unter Druck, nach Lösungen für das Flüchtlingsproblem an den europäischen Grenzen zu suchen. Bundesinnenminister Otto Schily schlug deshalb vor, in den nordafrikanischen Staaten ex-territoriale Auffanglager einzurichten und dort die Asylverfahren durchzuführen. So würden die Flüchtlinge künftig vor dem Ertrinken bewahrt.

Schily, der barmherzige Samariter?

Schily griff damit einen Vorschlag des britischen Premierministers Tony Blair vom letzten Jahr auf und modifizierte ihn ein wenig. In Schilys Konzept bleiben die Flüchtlinge in den Lagern. Sie werden in den Lagern kaserniert, dort werden Asylschnellverfahren durchgeführt und alle, deren Fluchtgründe anerkannt werden, sollten dann bevorzugt "nahe ihrer Heimat" untergebracht werden. Flüchtlingsorganisationen lehnen diesen Vorschlag strikt ab.

Denn: Flüchtlingslager sind immer Krisengebiete, in denen humanitäre Organisationen wie der UNHCR die ohnehin zu knappen Lebensmittelrationen verteilen. In fast allen Flüchtlingslagern ist die Versorgung mit Trinkwasser ein nahezu unlösbares Problem, ebenso die medizinische Betreuung. Es gibt weder Zugang zu Bildung noch zum Arbeitsmarkt, geschweige denn eine Zukunftsperspektive. Diese Lager sind ein brodelnder Herd, in dem soziale Konflikte vorprogrammiert sind und sich häufig in Gewalt gegen Frauen und Kinder entladen.

Rechtsfreie Zone Flüchtlingslager

Damit einher geht die Entrechtung der darin untergebrachten Menschen, die nicht als soziale Subjekte betrachtet, sondern auf ihre nackte Existenz zurückgeworfen werden. Die Lager, die Schily vorschweben, befinden sich auf dem Territorium beispielsweise eines afrikanischen Staates, unterstehen ihm aber nicht, sondern gehören zum Hoheitsgebiet irgendeines EU-Landes. D.h., die BewohnerInnen dieser Lager befinden sich sowohl außerhalb des Rechts- und Justizsystems des afrikanischen wie auch außerhalb der Rechtsprechung desjenigen EU-Staates, der die Hoheit über das Lager hat. Eine rechtsfreie Zone.

Und eine schutzlose dazu. Im Vorfeld des Irak-Kriegs 2003 etwa zog der UNHCR alle MitarbeiterInnen aus dem Flüchtlingslager Maxmur im Norden des Landes zurück, die Flüchtlinge mussten bleiben. Im Falle der Bombardierung dieser Region wären sie dem Kugelhagel schutzlos ausgeliefert gewesen. Während der gesamten Zeit des Irak-Krieges gab es keine Versorgung mit Lebensmitteln und Trinkwasser für die BewohnerInnen des Lagers und keinen Kontakt zur Außenwelt. Sie waren absolut auf sich gestellt.

Die Unterbringung von Flüchtlingen in Lagern - nicht nur in Afrika oder Asien, sondern auch hier in der BRD - erfüllen einerseits eine Funktion nach "außen": Die Politik der Abschottung, Hierarchisierung und Polarisierung gegenüber Flüchtlingen bedeutet (exemplarisch in den Lagern), dass sie als Un-Personen konstruiert und einer entsprechenden Stigmatisierung unterworfen werden. So wird gesellschaftlicher Rassismus geschaffen und verstärkt.

Andererseits erfüllen Lager eine wesentliche Funktion nach "innen": Sie werden bewusst als Mittel der Angsterzeugung und Identitätszerstörung eingesetzt. Sie zielen auf die "freiwillige" Ausreise bzw. die massenhafte Illegalisierung und damit totale Entrechtung der Menschen. Trotzdem ist Flucht und Migration weiterhin Realität, und alle Maßnahmen der Herrschenden habe auch eine andere Seite, nämlich die Subjektivität und Autonomie der Menschen in Bewegung. Und das heißt: Auch Lager in Nordafrika werden sie nicht davon abhalten, see-untüchtige Boote zu besteigen.

Birgit Gärtner, Cornelia Gunßer

30. Braune Musik und tödliche "Notwehr"

Ende August beginnt in Halle das Revisionsverfahren im Fall Helmut Sackers

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:32

Weil der 60-jährigen Helmut Sackers das Horst-Wessel-Lied nicht hören wollte, musste er sterben. In einem ersten Prozess wurde der Täter wegen "Notwehr" vom Landgericht Magdeburg freigesprochen. Nun kommt es auf Betreiben der Angehörigen von Helmut Sackers zum Revisionsprozess.

Nachbar nach Streit um laute Musik erstochen", schrieben die Regionalzeitungen in Sachsen-Anhalt Ende April 2000. So hatte das Polizeipräsidium Halberstadt den Tod Helmut Sackers am 29. April 2000 im Treppenhaus eines Plattenbaus in der Harzstadt gemeldet. Der Rentner hatte in jener Nacht zunächst den Notruf der Polizei in Halberstadt angerufen. Um 22 Uhr wird das Gespräch dort automatisch aufgezeichnet: "Bei uns im Haus werden Nazilieder gespielt, Horst-Wessel-Lied, ganz laut." Nach dem Versprechen des Beamten, der den Anruf entgegennimmt: "Wir gucken uns das mal an", legte Helmut Sackers auf. Eine Stunde später ist der Kaufmann aus Kleve tot. Verblutet an vier Messerstichen im Treppenaufgang des Mehrparteienhauses, in dem seine Lebensgefährtin wohnte.

Viereinhalb Jahre nach dem Tod von Helmut Sackers beschäftigt der Fall zum zweiten Mal die Justiz. Am 31. August beginnt vor der Schwurgerichtskammer des Landgerichts Halle die Revisionsverhandlung. Dabei geht es um die Frage, ob der Täter - der damals 29-jährige Nazi-Skinhead Andreas S. - in "Notwehr" zugestochen hat. Eine Version, die Andreas S. vor dem Landgericht Magdeburg im November 2001 so erfolgreich behauptete, dass nicht nur sein Verteidiger, sondern auch die zuständige Staatsanwältin Heide Pötzsch nach einem halben Dutzend Verhandlungstagen auf "Freispruch" plädierte. Und so entschieden auch die drei Richter des Landgerichts Magdeburg, Helmut Sackers sei in "Notwehr" getötet worden und Andreas S. freizusprechen.

Daneben muss sich das Landgericht Halle mit der Frage beschäftigen, ob der Tod von Helmut Sackers ein rechtsextrem motiviertes Tötungsdelikt darstellt. Ein rechtsextremer Hintergrund? Den gebe es nicht, behaupteten ein Jahr nach dem Tod von Helmut Sackers übereinstimmend der damalige Polizeipräsident von Halberstadt und die Staatsanwältin Heidi Pötzsch. Aus Sicht der Staatsanwältin stellte sich der Fall ganz einfach dar: Nach dem Notruf von Helmut Sackers fuhren zwei Streifenpolizisten zum Plattenbau am Stadtrand. Die Beamten gaben später zu Protokoll, die Musik dort sei zwar laut, die Texte seien aber nicht verständlich gewesen. Während eines sachlichen Gesprächs mit dem Wohnungsinhaber Andreas S. habe Helmut Sackers erregt dabeigestanden und sich eingemischt: "Spielst Du noch einmal Nazilieder, erstatte ich Anzeige!" Danach seien der ältere Mann in die Wohnung seiner Lebensgefährtin Heide Dannenberg zurückgekehrt, die Ruhe im Haus wiederhergestellt und der Einsatz für die Beamten beendet gewesen.

Tödliche Zivilcourage

Frau Dannenberg erinnert sich anders: Es blieb laut - und braun. Um Krach allein hätte sich das Paar nicht weiter gekümmert. Sackers sei es um den Inhalt der Musik gegangen: "Der war eindeutig rechtsextrem." Staatsanwältin Pötzsch war der Inhalt der Musik egal. Und so kam im Prozess vor dem Landgericht Magdeburg kein einziges Mal zur Sprache, dass die Ermittler der Mordkommission bei Andreas S. über 80 CDs einschlägiger Neonazibands wie "Landser", "Blue Eyed Devils" und "Freikorps" mit rechtsextremen Hassliedern, Dutzende von Kassetten und Videos sowie 90 aktuelle Hefte mit Neonazi-Propaganda u.a. von Blood & Honour fanden. Für Staatsanwältin Pötzsch hatte das alles mit dem Tod von Helmut Sackers gar nichts zu tun. Andreas S. habe die Musik nur zum Privatgebrauch gehört, "einschlägig rechtsextrem" aufgefallen sei er nicht.

Heide Dannenberg und die Geschwister von Helmut Sackers konnten sich mit der Urteilsfindung des Landgerichts Magdeburg nicht abfinden. Auch der Bundesgerichtshof, den die Angehörigen im Sommer 2001 anriefen, mochte der Beweisaufnahme vor dem Landgericht Magdeburg nicht folgen. Die obersten Richter hoben des Magdeburger Urteil auf und verwiesen den Fall zu erneuten Verhandlung ans Landgericht Halle, wo er drei Jahre lang liegen blieb. Die Gründe: "Dringende Haftsachen und Überlastung der Kammer", so der Landgerichtssprecher. In Halle lautet die Anklage auf "Körperverletzung mit Todesfolge", ein Urteil wird vermutlich erst im Dezember 2004 gesprochen werden.

Heide Dannenberg, der Lebensgefährtin des getöteten Rentners, geht es in erster Linie nicht mehr um das Strafmaß. Nur "ganz umsonst" soll der Tod von Helmut Sackers nicht gewesen sein. Er tat das, "wovon alle immer sprechen", er handelte mit Zivilcourage und schritt gegen rechte Umtriebe ein. Dafür musste er mit dem Leben bezahlen.

Heike Kleffner

Auszug aus dem Spendenaufruf

für die Prozesskosten der Nebenklage

"Sollte im Revisionsverfahren vor dem Landgericht Halle die Konstruktion von der Notwehr aufrechterhalten und der Täter erneut freigesprochen werden, würden die Angehörigen von Helmut Sackers die Kosten des Hauptverfahrens (bis zu 20.000 Euro) tragen müssen. Zur Unterstützung der Angehörigen von Helmut Sackers in ihrem Bemühen um Gerechtigkeit bittet die Mobile Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt um Spenden.

Ist das Revisionsverfahren erfolgreich und der Täter wird verurteilt oder gehen mehr Spenden ein, als zur Begleichung der Prozesskosten notwendig sind, werden diese Gelder dem Fonds für Opfer rechtsextremer und fremdenfeindlicher Gewalt in Sachsen-Anhalt zur Verfügung gestellt, um andere Betroffene von rassistischer, antisemitischer oder minderheitenfeindlicher Gewalt zu unterstützen."

Miteinander e.V., Kto-Nr.: 53 53 53, Bank für Sozialwirtschaft Magdeburg, BLZ 810 205 00, Kennwort: Opferfonds/ Revision Halberstadt. Über den Eingang werden auf Wunsch Spendenbescheinigungen ausgestellt. Weitere Informationen, auch zum Prozessverlauf, unter:

www.mobile-opferberatung.de

31. Bei uns kann jeder machen was er will - nur eben in seinem Land

Was vor Gericht passiert, wenn drei Neonazis einen Imbissbetreiber überfallen - ein Bericht

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:33

Markus L. (17), Tobias B. (17) und Dennis E. (21) sind drei groß gewachsene, kräftig gebaute junge Männer. Seitlich von ihnen sitzt der 1,60 m kleine No N. (41), Betreiber einer vietnamesischen Imbissbude. Herr N. ist als Nebenkläger anwesend. Markus L. ist angeklagt, den schmalen Mann als "Scheiß-Reisfresser" beleidigt und mit einem Kantholz durch wuchtige Schläge ins Gesicht schwer verletzt zu haben. Zusätzlich soll er seine Imbissbude beschädigt haben. Die beiden Mitangeklagten hätten bei der Tat "Schmiere gestanden" und sind deshalb der Beihilfe angeklagt.

Der Auftakt des Prozesses verläuft anders als geplant. Ein Verteidiger und sein Mandant sind nicht erschienen. Die Vorsitzende Jugendrichterin widmet den Termin deshalb zu einer Haftprüfung um. Denn Dennis E. sitzt seit seiner Festnahme drei Monaten zuvor in Untersuchungshaft. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit setzt Richterin H. den jungen Mann auf freien Fuß, zwei Wochen später beginnt der eigentliche Prozess.

Die drei jungen Männer, zwei Schüler und ein Lehrling, waren am 5. April mittags an der Imbissbude des Herrn N. erschienen, um sich einen Kasten Bier "auf Pump" zu besorgen. Dies hatte Herr N. abgelehnt. Daraufhin beschimpft Markus L. den Mann als "Scheiß-Reisfresser" und tritt gegen die Tür der Bude. Nach der Schilderung des Angeklagten verließ daraufhin Herr N. seinen Stand und verfolgte ihn. Markus L. erklärt, dass er von Herrn N. geschlagen und getreten worden sei, dieser habe ihn mit einem Messer bedroht. Er "habe Angst gehabt" und sei davongelaufen. Das habe ihn so geärgert, dass er beschlossen habe, zusammen mit seinen Bekannten später noch einmal zu der Bude zurückzukehren.

Ein Kasten Bier "auf Pump"

Pünktlich nach Sonnenuntergang machen sich die drei auf den Weg. Markus L. hat ein etwa 80 cm langes Kantholz dabei, Dennis E. trägt ein Brecheisen unter seiner Jacke. Dennis E. und Tobias B. sehen zu, wie Markus L. an die Tür der Bude klopft. Als Herr N. öffnet, trifft ihn der erste Schlag mit dem Kantholz. Er taumelt zurück und L. dringt in den Imbiss ein. Drei Mal schlägt er auf Herrn N. ein, dieser kann sich in Panik an ihm vorbeidrängeln und um Hilfe rufend die Flucht ergreifen. Blutüberströmt kommt er in seiner nur etwa hundert Meter entfernt liegenden Wohnung an und bricht zusammen. Seine Frau ruft die Feuerwehr. Vierzehn Tage verbringt Herr N. im Krankenhaus, die Ärzte diagnostizieren "ein Jochbeinbruch mit tiefen Einquetschungen der Weichteile, sowie schwere Hämatome und Prellungen" an Gesicht und Armen. Herrn N. wird eine Metallplatte eingesetzt, er ist nur noch bedingt arbeitsfähig und es ist unklar, wie viele Operationen zukünftig noch notwendig sein werden.

Die Schwester von Tobias B. sagte vor Gericht aus, Markus L. habe mit der Tat geprahlt.

Während der Tat und auf dem Rückweg in die nahe gelegene Wohnung des Dennis E. werden die drei von Nachbarn beobachtet. "Sie haben sich amüsiert", sagt eine 14-Jährige als Zeugin. "Hast du gehört, da hat jemand um Hilfe gerufen", sollen die Jungen lachend erzählt haben. Das Mädchen läuft zu ihrem Vater und erzählt, was sie gerade gesehen hat. "Ich gehe da nicht runter, hat Papa gesagt", berichtet sie mit leiser Stimme.

Irgendwie nur lästiges Beiwerk

Die Akustik im Saal des Schöffengerichts ist sehr schlecht. Vier Mal fragt der vietnamesische Dolmetscher, ob es möglich sei, etwas lauter zu sprechen, da er sonst nicht übersetzen könne. Drei Mal bekommt er von der Vorsitzenden die Replik, "doch bitte etwas leiser zu übersetzen", da sonst die ohnehin schwierige Verständigung behindert sei.

Bei Hausdurchsuchungen in den elterlichen Wohnungen der drei Angeklagten hatte die Polizei Plakate von Adolf Hitler, Rudolf Heß und Horst Wessel an den Wänden gefunden. Außerdem Reichskriegsflaggen, Hunderte von Aufklebern und Plakaten der NPD, sowie zahlreiche rechtsextreme CDs von indizierten Gruppen

wie den "Zillertaler Türkenjägern". Der Abteilung "Rechtsextremismus" der Polizei sind zwei der Angeklagten bereits einschlägig bekannt. Sie sind Mitglieder so genannter Freier Kameradschaften, waren an diversen rechtsradikalen Aktionen beteiligt. So haben Markus L. und Dennis E. beispielsweise auch an den jährlich stattfindenden Demonstrationen zum Gedenken an Rudolf Heß in Wunsiedel teilgenommen.

Vor Gericht mögen sie nicht so recht dazu stehen. Nein, ausländerfeindliche Motive hätten bei der Tat keine Rolle gespielt, man habe sich "auch schon etwas von der rechten Szene distanziert", wie Dennis E. erzählt. Wie diese Distanzierung aussieht, wird bei ihren Einlassungen deutlich. "Wir sehen ja immer nur die negativen Dinge bei den Ausländern, Schießereien in Kreuzberg und sowas. Was die aber auch unserer Wirtschaft nutzen, sehen wir nicht, nur dass sie uns ausnutzen", gibt sich E. reuig und entschuldigt sich öffentlich bei Herrn N. Auch Markus L. hat "nichts gegen Ausländer". "Bei uns kann jeder machen was er will - nur eben in seinem Land", lautet sein Credo. Eine knappe halbe Stunde später wird ein Polizeibeamter als Zeuge aussagen, dass L. unmittelbar nach seiner Haftentlassung an einer rechtsradikalen Propaganda-Aktion teilgenommen hat, bei der es zu Rangeleien mit einem Fotografen gekommen sei. Insgesamt sei Markus L. "in den letzten vierzehn Tagen zwei Mal bei Aktionen einer Kameradschaft in Erscheinung getreten", so der Polizist.

Betreut werden die Jugendlichen von anwesenden Jugendgerichtshelferinnen, die ihnen in den Pausen Flaschen mit Wasser reichen, wenn die sich Sorgen darum machen, "dass vielleicht welche von der Antifa im Publikum sein" könnten.

Herr N. leidet anhaltend unter schweren Traumata und Richterin H. empfiehlt ihm "zur Senkung ihrer Angst" Gespräche mit den Tätern im Rahmen eines Täter-Opfer-Ausgleiches. Sie meint es gut: "Sie sollen sich da aber nicht von mir gedrängt fühlen." Herr N. vergräbt das vernarbte Gesicht in den Händen, fängt an zu weinen und schüttelt nur den Kopf. In ihrer Frage danach, ob Herr N. denn immer noch den Imbiss an alter Stelle betreiben würde, klingt Unverständnis durch.

"Da es den Schöffen an einem so schönem Tag nicht zuzumuten ist, weitere vier Stunden hier zu verhandeln", trennt die Vorsitzende das Verfahren gegen den 21-jährigen Dennis E. ab und terminiert es auf die darauf folgende Woche. Da es sich bei Tobias B. und Markus L. strafrechtlich um Heranwachsende handelt, schließt Richterin H. die Öffentlichkeit für den Rest des Verfahrens aus. Das Urteil wird über die Pressestelle erfragt: Zwei Jahre Haft auf drei Jahre Bewährung für Markus L. mit der Auflage eines sechsmonatigen Alkoholverbots. 90 gemeinnützige Arbeitsstunden zu Gunsten des Geschädigten lautet das Urteil für Tobias B. Er hat Berufung eingelegt.

Fidschi? "Ein ganz normales Wort"

Eine Woche später wird das abgetrennte Verfahren gegen Dennis E. fortgesetzt. Richterin H. verliest ein psychologisches Gutachten über die Folgen der Tat bei Herrn N. Da ist von "schweren posttraumatischen Belastungen", "Angstzuständen" und "Schlafstörungen" die Rede.

Die Verlesung des Strafregisterauszugs weist für Dennis E. sieben Verurteilungen in den letzten vier Jahren aus, darunter Diebstahl, Sachbeschädigung, das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und immer wieder: Gefährliche Körperverletzung. Wegen einer versuchten räuberischen Erpressung in Tateinheit mit versuchter gefährlicher Körperverletzung ist Dennis E. 2002 zu anderthalb Jahren auf Bewährung verurteilt worden. Die hier verhandelte Straftat geschah während der Bewährungszeit. Außerdem läuft derzeit noch ein weiteres Verfahren gegen den jungen Mann wegen einer Schlägerei zwischen linken und rechten Jugendlichen.

Die Nebenklagevertreterin möchte mehr über die politischen Aktivitäten des Angeklagten wissen und fragt nach. Der gibt an, die NPD-Plakate nur für einen Bekannten zwischengelagert zu haben. Flugblätter einer Kameradschaft mit der Forderung nach einem "Nationalen Zentrum" habe er als Hauswurfsendung aber schon mal verteilt. Die Formulierung "Fidschi" zur Bezeichnung asiatischer Menschen sei für ihn normal.

"Was haben Sie denn mit all diesen Dingen gemacht, die man bei Ihnen gefunden hat?", will die Rechtsanwältin wissen. "Die habe ich weggeschmissen - außer die Originale". "Was sind denn das für Originale?", hakt die Anwältin nach. "Na, die Hitler-Büste und der SS-Ring."

Eine Jugendgerichtshelferin, die Dennis E. betreut, wird als Zeugin vernommen. Sie stellt fest, dass "das alles nicht so einfach für ihn" sei, sieht "keine schädlichen Neigungen" und empfiehlt, Dennis E. nach Jugendstrafrecht zu verurteilen.

Dann fragt Richterin H. Herrn N., warum er denn nicht krankenversichert ist. Der Dolmetscher übersetzt die Antwort: "Die Krankenkasse hat mir aus Gründen, die ich nicht verstehe, gekündigt." Zum Tatzeitpunkt sei er noch versichert gewesen, habe der AOK eine Einzugsermächtigung erteilt. Das Konto sei auch immer gedeckt gewesen. Aber nach der Tat habe ihn die Krankenkasse rausgeworfen.

"Das können wir jetzt hier nicht klären", kommentiert Richterin H. und möchte statt dessen wissen, welche Kosten dem Geschädigten bis dato entstanden sind. "4.500 Euro für den Krankenhausaufenthalt und weitere Kosten für Ärzte und Medikamente", lautet die Antwort. Die künftigen Operationen seien da noch nicht enthalten.

Richterin H. fängt an zu rechnen: "Zwei Mal 90 Arbeitsstunden, das macht ... etwa 1.500 Euro" und fragt Herrn N.: "Wären Sie denn bereit, dieses Geld von den Angeklagten anzunehmen?" Die Antwort kommt schnell und eindeutig: "Nein."

In seinem Plädoyer spricht der Staatsanwalt von "einer feigen und brutalen Tat". Es sei typisch für rechte Gewalttäter, dass sie in Überzahl gegen Unterlegene vorgingen, dies zeige sich auch in anderen Verfahren. Der "Straßenterror rechter Gewalttäter" erzeuge zunehmend "ein Gefühl der Unsicherheit" in der Öffentlichkeit. Auf Grund von Reifeverzögerungen sei nach dem Jugendstrafrecht zu verurteilen. Er fordert zwei Jahre ohne Bewährung, allerdings mit der Möglichkeit, dass Dennis E. sechs Monate lang eine Reihe von Auflagen erfüllt und dann Bewährung erhalten kann.

"Als Generalprävention notwendig"

Der Verteidiger erkennt bei seinem Mandanten "sicherlich auch unterschwellige Ausländerfeindlichkeit", diese sei bei der Tat aber "nicht maßgeblich" gewesen. Und "immerhin, es gibt erste zarte Versuche, aus der rechten Szene auszusteigen".

Richterin H. fällt das Urteil von zwei Jahren nach dem Jugendstrafrecht. Zusätzlich muss Dennis E. 90 Stunden bei einem Opferfond zu Gunsten des Geschädigten N. arbeiten. Wenn er in den nächsten sechs Monaten eine Alkohol-Entzugstherapie macht, sich regelmäßig bei seinem Bewährungshelfer meldet und Kontakt mit einer Aussteiger-Organisation aufnimmt, wird die Strafe zur Bewährung ausgesetzt. Bis dahin bleibt er auf freiem Fuß, der Haftbefehl wird aufgehoben. Die Vorsitzende hat das Urteil aus dem Jahr 2002 mit einbezogen. Die Kosten des Verfahrens hat Dennis E. zum ersten mal selbst zu tragen. "Da ich weiß, dass sie nicht viel haben, werden wir da bestimmt einen Modus finden", gibt sich Richterin H. verständnisvoll. Der Angeklagte müsse "aber auch lernen, dass so etwas Geld kostet".

Zweieinhalb Wochen zuvor war ein 19-Jähriger wegen der Beteiligung an den "Krawallen zum 1. Mai" (konkret ging es um die Verhinderung eines NPD-Aufmarsches) zu zwei Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt worden. Er hatte laut Anklage eine Flasche in Richtung Polizei geworfen, die niemanden verletzte. Dem verurteilenden Landgericht war es wichtig, mit einer extra herausgegebenen Presseerklärung festzustellen, dass derart "harte Urteile aus generalpräventiven Gründen der Abschreckung notwendig" seien.

OZ

32. Hausmeister bestraft - Akte zu

Letztes Urteil auf Grund der Aussagen des Kronzeugen Mousli gefällt

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:34

Der Kronzeuge in Sachen Revolutionäre Zellen (RZ) hat seine Schuldigkeit getan. Am 15. Juli wurde Lothar E. in einem Nachzüglerprozess zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt. Zuvor hatte der 50-Jährige seine Vergangenheit als RZ-Militanter eingeräumt. Damit ist gegen den sechsten von Tarek Mousli Beschuldigten das Urteil gesprochen; die justizielle Abrechnung mit den RZ - zumindest vorerst - abgeschlossen.

Am Ende gab es vor dem Gerichtssaal fröhliche Gesichter und Umarmungen", stellte die Berliner Morgenpost am 16. Juli etwas irritiert fest, denn das Urteil habe "nach einem Deal zwischen dem 1. Strafsenat des Kammergerichts, der Verteidigung und der Bundesanwaltschaft ja ohnehin schon vor dem Prozessauftakt festgestanden". Das Springerblatt hat recht, man kommt nicht umhin, den viertägigen Prozess gegen Lothar E. als (ausgehandelte) Farce zu bezeichnen. Schon im Januar war es zu ersten Gesprächen zwischen seinen Verteidigern, der Bundesanwaltschaft (BAW) und dem Gericht gekommen. Nachdem im März fünf Angeklagte nach dreijähriger Prozessdauer und dürftiger Beweislage zu Haftstrafen zwischen zwei Jahren und neun Monaten und vier Jahren und drei Monaten verurteilt worden waren, wurden dann Nägel mit Köpfen gemacht.

Falls Lothar E. seine Beteiligung am Sprengstoffanschlag auf die Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber (ZSA) im Februar 1987 gestehe und seine "Einbindung" in die Berliner RZ glaubhaft einräume - so die Absprache -, werde die BAW wegen Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion eine zweijährige Haftstrafe beantragen, die zur Bewährung ausgesetzt werden solle. Es mache keinen Sinn nach dem vorherigen Berliner RZ-Prozess noch einmal zweieinhalb Jahre darüber zu streiten, ob die Angaben des Kronzeugen zu zwei oder zu einem Drittel gelogen seien, rechtfertigte Lothar E.s Verteidiger Christoph Kliesing den Deal. Deshalb sei es "sinnvoll" gewesen, "eine Verständigung zu finden", so der Berliner Anwalt.

Ablauf ohne Überraschungen

Zu dem Nachzüglerprozess war es gekommen, da die kanadischen Behörden Lothar E. erst im Oktober vergangenen Jahres an die Bundesrepublik ausgeliefert hatten. Der ehemalige Hausmeister im Berliner Alternativzentrum Mehringhof war 1996 in die 15.000-EinwohnerInnen-Gemeinde Yellowknife übergesiedelt, wo er als Letzter der sechs mutmaßlichen von Mousli benannten Mitglieder der Berliner RZ im Mai 2000 festgenommen worden war. Seit seiner Übersiedlung nach Kanada betreibt Lothar E. zusammen mit seiner Freundin eine Pension und erledigte Bau- und Renovierungsarbeiten in der am Great Slave Lake gelegenen Gemeinde. Wie der Ex-Hausmeister vor Gericht deutlich machte, will er "baldmöglichst" nach Kanada zurückkehren. Wie sich die kanadischen Behörden zu diesem Ansinnen stellen, ist momentan unklar. Sicher ist jedoch, dass Lothar E. mit dem ausgehandelten Urteil die für sich besten Ausgangsbedingungen geschaffen hat.

Gleich zu Prozessbeginn verlas Lothar E. die zuvor zwischen BAW und seiner Verteidigung ausgehandelte und abgesprochene Einlassung. (1) 1986 habe er das Angebot bekommen, sich der Berliner RZ anzuschließen, was ihm geschmeichelt habe. Die Politik der RZ sei ihm als "attraktiv, präzise und sauber" erschienen, da sie "eine fundierte politische Analyse mit einer sorgfältigen Auswahl der Ziele und einer angemessen Dosierung ihrer militanten Aktionen" verbunden hätten. Als er mit seinem damaligen Mitbewohner Mousli über das Angebot geredet habe, habe der spätere Kronzeuge "fast ‚neidisch`" reagiert, so Lothar E., und ihn gebeten, "baldmöglichst vor(zu)schlagen, auch ihn anzuwerben".

Detailliert schilderte der ehemalige Hausmeister im Berliner Mehringhof seine Beteiligung am ZSA-Anschlag im Rahmen der so genannten RZ-Flüchtlingskampagne. Ebenso räumte er seine Beteiligung an den Knieschussattentaten in den Jahren 1986 und 1987 auf den Chef der Berliner Ausländerpolizei, Harald Hollenberg, und den Asylrichter am Bundesverwaltungsgericht, Günther Korbmacher, ein.

Darüber hinaus präsentierte er eine neue Version zur Verfasstheit der Berliner RZ Ende der 1980er Jahre. Bereits während der Diskussion über die "Bestrafungsaktion" gegen Korbmacher hätten sich erste "inhaltliche Differenzen" über die Fortführung der Flüchtlingskampagne angedeutet, die dann ein Jahr später "in voller Schärfe" aufgebrochen seien. "Es begann ein zermürbender Prozess voller Vorwürfe, der schlussendlich in

Selbstzerstörung endete." Genossen seien ausgeschlossen worden, politische Differenzen hätten sich zu "persönlichen Feindschaften" entwickelt, am Ende sei man nicht einmal dazu in der Lage gewesen, eine gemeinsame Auflösungserklärung zu formulieren.

Die BAW übernahm die Einlassung von Lothar E. fast wörtlich in ihr Plädoyer, obwohl die Erklärung nicht in allen Punkten mit der Version des Kronzeugen übereinstimmte. In der Anklage, die sich gänzlich auf Mousli stützte, war noch davon die Rede, Lothar E. habe am RZ-Anschlag auf die Berliner Siegessäule 1991 teilgenommen und bis mindestens 1993 ein Sprengstoffdepot im Mehringhof betreut. Im Plädoyer der BAW wie im Urteil des Kammergerichts spielte beides keine Rolle mehr. Beide Anklagepunkte wurden ebenso wie die Mitgliedschaft in einer "terroristischen Vereinigung" fallen gelassen.

So was kommt von so was

Gute Mine zum abgekarteten Spiel machte das Kammergericht. Um zumindest ein wenig Haltung zu beweisen, bemängelte der Vorsitzende des 1. Strafsenats, Frank-Michael Libera, Lothar E. habe seine Beteiligung ohne wirkliche Reue zugegeben. Gleichwohl fügte sich das Gericht dem Deal - sei dadurch doch ein langwieriges Verfahren erspart geblieben.

Mit der Verurteilung von Lothar E. und den Urteilen im März hat die staatliche Abrechnung mit den RZ Jahre nach deren Auflösung ihren justiziellen Abschluss gefunden. Im Vergleich zu den Diskussionen innerhalb der radikalen Linken nach den Verhaftungen im Dezember 1999 ist es nach den Urteilen merklich ruhig geblieben. Im Zug der beiden Prozesse hat sich gezeigt, dass sich das Verfahren nicht (mehr) als Projektionsfläche eignet - was nur zum Teil mit dem Verhalten der Einzelnen vor Gericht zu tun hat. Bedeutsamer ist wohl der Umstand, dass sowohl die Form als auch der Inhalt der Politik, wegen der die Angeklagten vor Gericht standen, heute nicht mehr als politische Bewegung präsent ist. Nicht nur dass es die RZ nicht mehr gibt, es fehlt auch ein politisches Umfeld, das die Angeklagten getragen und den Prozess als Ausdruck seiner politischen Praxis verstanden hätte. Und so fiel die Verantwortung auf den Einzelnen zurück, der die einen besser, die anderen schlechter und manche gar nicht gerecht wurden. Aber vielleicht hat der Prozess ja zumindest eines deutlich gemacht: Auch die Guerilla besteht aus Menschen. Eine Entmystifizierung in diesem Sinne wäre nicht das schlechteste - auch für die Diskussion linksradikaler Politik- und Aktionsformen.

mb., Berlin

Anmerkung:

1) Die vollständige Einlassung und weitere Informationen zum Prozess unter: www.freilassung.de

33. "Intelligentes Sperma geht online"

Das Critical Art Ensemble über Formen partizipativer Kunst, Graffitiroboter und Biotechnologie

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:35

Anlässlich der Kriminalisierung des Critical Art Ensemble (vgl. Seite 22) veröffentlichen wir Auszüge eines Interviews mit den Künstlern aus dem Jahr 2001. Im Gespräch mit dem Medienwissenschaftler Ryan Griffis gibt das Kollektiv Auskunft über seine theoretischen Grundlagen und sein künstlerisches Selbstverständnis. Seit 1987 positioniert sich das Critical Art Ensemble (CAE) mit Medieninstallationen, Buchprojekten und Performances im Feld der kritischen Interventionskunst. "Taktische Medienkünstler" ist eines der Label, unter dem sie auftreten. Ein besonderer Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die Auseinandersetzung mit den Auswirkungen neuer Technologien. So beschäftigen sich viele ihrer Projekte mit dem Thema Biotechnologie. Das Ensemble setzt dabei auf einen rationalen, partizipativen Umgang anstelle des gängigen Musters von hysterischer Ablehnung versus unkritischer Technikgläubigkeit.

Ryan Griffis: Wie hat sich das Critical Art Ensemble gegründet?

CAE: Es ist schade, aber das CAE hat keinen heroischen Gründungsmythos, wie er zum Beispiel von den Situationisten erzählt wird. Unsere Geschichte ist viel profaner. Wir waren Studenten mit der Idee, ein Netzwerk zu entwickeln, um kulturell Einfluss nehmen zu können. Wir wollten über finanzielle Ressourcen, Arbeitsmaterial und Arbeitskraft verfügen, um eine öffentliche Plattform zu schaffen. Kollektive Aktivität schien und scheint uns immer noch die beste Option dafür zu sein.

Das CAE hat eine ganze Menge Theorie produziert, die sich mit der Praxis von partizipativer Kunst beschäftigt. Zentral ist für euch die Möglichkeit der Einmischung. Wo positioniert sich eure Gruppe zur Zeit und in welchem Verhältnis seht ihr euch zu anderen künstlerischen Praktiken, zum Beispiel den sehr jugendorientierten Versuchen, elektronisch unterstützte Organisierung voranzutreiben?

Alles hängt davon ab, was du als Gruppe erreichen willst. Die letzten fünf Jahre hat das CAE den Schwerpunkt auf Biotechnologie gelegt und auf die Goldrauschstimmung, die in diesem Bereich herrscht. Dabei arbeiten wir auf sehr direkte Weise: Wir produzieren Ereignisse, die demonstrieren sollen, was gerade in diesem Feld passiert. Andere Gruppen, wie das Institute for Applied Autonomy, konzentrieren sich auf praktische Grundlagenentwicklung. Zum Beispiel mit Projekten wie ihrem Graffitti-Schreiber: einem fernlenkbaren, graffittischreibenden Roboter. Auch ihr GPS-Projekt, das entwickelt wurde, um Demonstranten Fluchtwege aufzuzeigen, fällt in diese Kategorie. Damit kann man sich der Überwachung entziehen, wenn man auf Demonstrationen schnell und sicher weg will. Es gibt so viel zu tun. Glücklicherweise gibt es nicht die eine Metaerzählung, die festlegen würde, in welchem Verhältnis unterschiedliche Gruppen zueinander stehen. Also diejenigen, die auf direkter materieller Ebene arbeiten, und jene, die auf der Ebene der kulturellen Repräsentation arbeiten.

Im Reich der Biotechnologie ist es unser Hauptziel, aus einem Diskurs von Spezialisten einen öffentlichen Diskurs zu machen. Wir befürchten, dass Laien generell die Bedeutung der biotechnischen Revolution nicht mehr verstehen können. Viele Elemente sind versteckt und es gibt so viel Desinformation durch Marktdirektiven und Science Fiction, dass es sehr schwierig ist, eine vernünftige Diskussion zu führen. Die zunehmende Spezialisierung ist unter diesen Bedingungen erschreckend. Anders als bei der Revolution im Kommunikationssektor gibt es nur sehr wenige Leute, die Anwendungs- und Wissensstand der Biorevolution ausreichend kennen, obwohl fast alle indirekt davon berührt werden. Da die Öffentlichkeit beinahe keine direkte Erfahrung mit Biotechnologie hat, scheint sie zu schwierig und abstrakt zu sein, um sie zu verstehen. Die Intervention von CAE in dieser Situation ist es, den Leuten direkte Erfahrungen und vertrauenswürdige Information zu vermitteln, damit sie sehen, dass es in ihrer Macht liegt, Biotechnologie zu verstehen und aktiv zu beeinflussen.

Welche Interessen verfolgt ihr mit der Visualisierung von gentechnischen und humanmedizinischen Entwicklungen im Gesundheitswesen? Wie kann man sich eure Projekte vorstellen?

Als taktische Medienkünstler haben wir vier Projekte entwickelt, die sich auf eine szenische Art mit verschiedenen Aspekten der biotechnischen Revolution befassen. Wir laden das Publikum ein, sich zu beteiligen, und zwar durch eine Art partizipatorisches Theater. Im Projekt Flesh Machine stellen wir die Frage, inwieweit eugenisches Denken Eingang in die Reproduktionsmedizin gefunden hat. Bei dem Projekt Society for Reproductive Anachronisms geht es um die extreme medizinische Einmischung in die Reproduktion und den Angriff der Medizin auf die menschliche Sexualität. Der Versuch, fittes, also hochwertiges, organisches Material zu gewinnen, ist Thema bei Intelligent Sperm On-line. Und in Cult of the New Eve beschäftigen wir uns mit den utopischen Verheißungen des Human Genom Project.

Wenn wir über Biotechnologie sprechen, scheint es mir, dass es sehr viele Überschneidungen zu bedenken gibt, die auch gegenüber der Kommunikationstechnologie formuliert werden. Kannst du darstellen, welche Überschneidungen es eurer Meinung nach zwischen Biotechnologie und Kommunikationstechnologie gibt?

Was diese Technologien betrifft, gibt es zwei zentrale Diskurse. Der eine bezieht sich auf Digitalität und der andere auf Kontrolle. Die jüngsten Entwicklungen in der Informationstechnologie und in der Biotechnologie finden fast parallel statt. Zurzeit haben die Informationstechnologien den Kopf etwas vorn im Rennen, aber beide sind das Produkt der digitalen Ära. Wenn wir über das Digitale sprechen, meinen wir das in einem weiteren Sinn als nur den technischen Aspekt. Wir sprechen von einer Weltsicht, von einer neuen Kosmologie. Wenn wir das Wort digital benutzen, beziehen wir uns auf die Idee der Reproduktion, der Kopie. Die westliche Kosmologie war traditionellerweise analog. Das heißt, ein Prozess wurde gedacht als Bewegung von Chaos zu Ordnung und zurück zum Chaos. Produkte existierten in einem binären Muster - das Original und das Abbild. Über Jahrhunderte war das Prinzip, dass Ordnung aus Chaos hervorgeht und aus Ordnung wieder Chaos wird, unhinterfragt gültig. Diese Situation änderte sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit der fordistischen Massenproduktion. Ford hat intuitiv den Vorzug digitalen Denkens in Bezug auf die Produktion verstanden. Er verstand, dass die Unterscheidung zwischen Original und Abbild tatsächlich ein Hindernis für die Profitmaximierung darstellte und das Profitabilität gesteigert werden konnte, wenn man die Prinzipien von Kopie und Äquivalenz anwendete. Dieses neue Modell wurde sofort verstanden und überführt in digitale Technologie - die Technologie der Kopie und der Äquivalenz. Das Modell basiert auf dem Prinzip, dass Ordnung von Ordnung kommt. So eine Idee hatte einen enormen Einfluss auf die Biologie, weil ohne sie der Reproduktionsprozess nicht verstanden werden konnte. Der biologische Reproduktionsprozess beruht ja gerade auf Kopie, auf Vervielfältigung. Als diese Idee erst einmal akzeptiert war, wurde es möglich, die DNA auf eine ganz neue Art und Weise zu verstehen. Informationstechnologie und Biotechnologie, die prinzipiellen Marker des 20. Jahrhunderts, sind dadurch miteinander verbunden, dass sie auf diesem neuen Prinzip basieren: Ordnung entsteht aus Ordnung.

Und welche Rolle spielt die Kontrolle?

Auch der Kontrolldiskurs verbindet Informationstechnologie mit Biotechnologie. In beiden wissenschaftlichen Revolutionen geht es um die Möglichkeit, komplexe Systeme so weit wie möglich einer Kontrolle zu unterwerfen. Informationstechnologie bedeutet hauptsächlich die Maximierung des Gewinnens, des Speicherns und des Verteilens von Informationen in der virtuellen Welt. Bei Biotechnologie geht es um dasselbe im Bereich des Organischen. Durch die verbesserte Kontrolle von komplexen Systemen kann das Kapital, ohne an seine eigenen Grenzen zu stoßen, größere und effektivere Profit-Maschinen konstruieren und gleichzeitig die sozialen Hierarchien schaffen, die am besten geeignet sind, um diese Maschinen am Laufen zu halten. Nehmen wir das Beispiel der Arbeit. Informationstechnologie hat die Intensivierung der Arbeit an einen Punkt getrieben, an dem der Körper des Arbeiters nicht mehr schnell genug ist, um in der Welt der Hochgeschwindigkeitsmarktplätze des Kapitals angemessen zu funktionieren. Der Körper ist eine langsame Konstellation. Biotechnologie kann auch gelesen werden als Versuch, den Körper aufzupeppen, ihn umzudesignen, so dass er mit den Anforderungen der Hochgeschwindigkeitsgesellschaft mithalten kann.

Ihr beschäftigt euch auch mit der so genannten Life Science. Kannst du etwas zu der Bedeutung des dahinterliegenden Konzepts sagen?

Es geht um die Entwicklung neuer Genkombinationen, in dem man Gene eines Organismus isoliert und sie in einen anderen Organismus einführt. Ewig wurde geglaubt, dass die Grenzen zwischen verschiedenen Spezies unüberwindbar seien. Heute sind alle Wetten offen. Jede Spezies kann theoretisch mit jeder anderen Spezies kombiniert werden, obwohl die Grenzen dieser Technologie noch nicht bekannt sind. Wenn erst alle Genome

kartiert und dechiffriert sind, können hoch funktionale Organismen kreiert werden, um die Interessen der Firmen oder Staaten, die das kontrollieren, zu bedienen. Daher die Rieseninvestitionen des öffentlichen und des privaten Sektors in die verschiedenen Genomprojekte.

Die ideologischen Auswirkungen sind überwältigend. Durch die genetische Forschung sind die Möglichkeiten der Life Designer ins Unermessliche gewachsen. Sie sind nicht länger an den Katalog von Lebewesen gebunden, die bis jetzt existierten. Sie könnten theoretisch eine unendliche Anzahl von Rekombinationen zusammenmixen. Neue Organismen werden schon heute beinahe täglich entwickelt. Die Frage, was passiert, wenn diese Spezies in die Umwelt gelangen, ist von zentraler Bedeutung für ihre spätere Anwendbarkeit. In der Tat testet der Rohstoffmarkt dies schon jetzt, indem er transgene Bakterien, Farmtiere und Pflanzen in die Umwelt aussetzt. Diese Form des Testens ist eine relative Grauzone. Was letztlich passieren wird, ist noch offen. Beides liegt im Bereich des Vorstellbaren: die positiv utopische Variante (die Verheißungen der Gentechnik erfüllen sich ohne Nebenwirkungen für die Umwelt) sowie die negativ utopische Variante (die Horrorszenarien der Gegner werden wahr). Aber das Misstrauen gegenüber der Gentechnik auf der einen Seite und die Propaganda der Befürworter auf der anderen machen eine öffentliche Diskussion extrem schwierig.

Um die Situation noch komplizierter zu machen, befindet sich das Kapital selber mitten in einem ideologisch schizophrenen Moment. Auf der einen Seite ist die Ideologie gegen das Mixen von Kategorien und Spezies immer benutzt worden, um den Anderen zu markieren und Kolonialisierung zu rechtfertigen. Die Kolonialisierten wurden als gefährlich stigmatisiert, weil sie sich nicht an angeblich natürliche Grenzen hielten. Für das westliche koloniale Denken bedeutete das, dass diese Menschen außerhalb der Ordnung standen. Solches Treiben endet in der westlichen Mythologie in dem Erschaffen von Monstern: Bei Verletzung der Reinheitsgebote entstehen Vampire, Werwölfe und Hexen. Aber jetzt, wo dieses Naturgesetz (das Gleiche paart sich mit dem Gleichen) zu einer simplen Grenze wird, die es zwecks Profitmaximierung zu überschreiten gilt, muss das Kapital eine Art schizophrenes Denken produzieren. Koloniale Signifikanten müssen erhalten bleiben, aber gleichzeitig muss das Rekombinieren von Leben akzeptiert werden und soll Eingang in das Alltagsleben finden. Nun, wo das neue organische Reich auf seine Eroberung wartet, müssen Jahrhunderte von ideologischer Setzung neu designt werden. Der erbitterte Streit zwischen Befürwortern der Gentechnik und deren Gegnern ist ein Zeichen dafür. Der Kampf zwischen der utopischen und der desastrischen Form, diese neuen Technologien zu präsentieren, bietet eine dramatische Bühne für ein Theater des Transgenetischen.

Interview Ryan Griffis; Übersetzung Miriam Edding

34. Parallelwelten

Nachbetrachtungen zur Attac Sommerakademie in Dresden

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:36

Vom 30. Juli bis 4. August fand in Dresden die diesjährige Sommerakademie von Attac statt. Das Laboratorium von Ideen und Debatten fand diesmal in einer strategischen Umbruchsituation beim Attac-Netzwerk statt.

Wer die Breite des links-alternativen Meinungsmarkts in Augenschein nehmen möchte, ist auf Attac-Versammlungen an der richtigen Adresse. Anders als bei den Zusammenkünften homogenerer Gruppierungen treffen hier entristische Trotzkisten auf libertäre VeganerInnen, Marxisten auf ÖkologInnen, Keynesianismus auf Antikapitalismus, Etatismus auf Selbstorganisation, Anti-Imperialisten auf Postautonome, gut situierter Mittelstand auf Erwerbslose, ergraute Friedensbewegte auf junge Disobbedienti. Diese Breite mag verwundern. Sicher ist sie auch nicht in all ihren Verästelungen emanzipatorisch. In der politischen Praxis allerdings schnurrt dieses Spektrum auf ein relativ homogenes Erscheinungsbild zusammen.

Bisher hatte es die etatistisch-keynesianische Strömung verstanden, mit technokratischen Reformforderungen nach Steuergerechtigkeit, Nachfragestimulierung oder Re-Regulierung die Außendarstellung des Attac-Netzwerks zu dominieren. Das unter AktivistInnen stark verbreitete Bedürfnis nach einfachen Alternativen hat dies sicherlich erleichtert. Hinzu kommt der Umstand, dass oft genug unkritisch dem Expertentum gehuldigt wird und entmündigende Kampagnenkonzepte, die Selbsttätigkeit eher negieren, zunehmen. Kehrseite dieser Reduzierung außerparlamentarischer Politik auf die Postkarten-Aktion ist die Verfestigung der in Attac äußerst ausgeprägten Machtstrukturen. So hat sich mittlerweile nicht nur eine kleine Sprecherkaste verselbstständigt, sondern partiell auch der bundesweite Koordinierungskreis und das Frankfurter Büro. Kaum verwunderlich, dass sich auch patriarchaler Autoritarismus allzu ungehindert ausleben kann.

Herrschaftskritik und Basisdemokratie

Die Programmgruppe der diesjährigen Attac Sommerakademie in Dresden war sich dieser Widersprüche offensichtlich bewusst: "Kapitalismus wird von den Menschen gemacht, die in ihm leben. Also auch von uns. Unser Anliegen ist es daher, in Seminaren auch unsere eigene Involviertheit nicht zu vergessen und uns bewusst zu sein, dass die Verhältnisse in uns eingeschrieben sind. Wir werden sie nicht verändern, indem wir sie lediglich außerhalb unserer eigenen sozialen Verhältnisse suchen." Damit formulierte die Dresdner Gruppe einen weitaus emanzipatorischeren Anspruch als die meisten Funktionäre. Dieser Anspruch schlug sich in einem angenehm selbstreflexiven Veranstaltungsangebot nieder. Neben den traditionellen Sachthemen wie Finanzmärkte, Privatisierung oder Sozialabbau erfreuten sich vor allem theoretische und herrschaftskritische Angebote regen Zulaufs. Diese kreisten um die Fallstricke der Globalisierungskritik, Antisemitismus, Geschlechterverhältnisse, Staat und Macht, Prekarisierung und soziale Aneignung. Insofern wäre der Akademie ein größerer Zulauf zu wünschen gewesen. Die Zahl von 600 TeilnehmerInnen blieb auf jeden Fall hinter den Erwartungen zurück.

Auffällig war die Präsenz von Organisationen der radikalen Linken wie felS, Kritik und Praxis, BUKO sowie von AktivistInnen verschiedener Umsonst-Kampagnen und der Gewerkschaftslinken. Die Kooperation mit Attac-kritischen Gruppen, um die sich in letzter Zeit vor allem das studentische Campus-Netzwerk bemühte, machte in Dresden einen intensiveren, spektrenübergreifenden Austausch möglich, dessen Bedeutung nicht zu unterschätzen ist. So gelang es beispielsweise, in die wegen ihrer produktivistischen Schlagseite kritisierte "Genug für alle"-Kampagne Forderungen nach der Entkopplung von Arbeit und Einkommen hineinzutragen. Darüber hinaus wurde sogar eine grundsätzlichere Auseinandersetzung mit der Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen eingefordert. Ähnlichen Widerhall fand die Diskussion um soziale Aneignung. In mehreren Veranstaltungen wurde darauf verwiesen, welche Chancen auf die Verklammerung verschiedener Kämpfe gegen die kapitalistische Aneignung von Arbeit, sozialer Sicherheit oder öffentlicher Güter hier liegen.

Die Suche nach Alternativen

Staatkritische Seminare fanden zwar ebenfalls regen Zuspruch, jedoch gelang es (noch) nicht, die Theorie für Alltagspolitik fruchtbar zu machen. Dies wäre aber besonders dringlich, schon um eine fundierte

Auseinandersetzung mit der in Gründung befindlichen "Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit" zu ermöglichen. Zahlreiche Attac-AktivistInnen sympathisieren mit diesem Parteiprojekt, das sich insofern als zukünftiger parlamentarischer Arm sozialer Bewegungen präsentieren kann, obwohl die Mehrzahl der Gründer aus Partei- und Gewerkschaftsapparaten stammt. Da ein Wissen über die grundsätzlichen Differenzen zwischen außerparlamentarischer und parlamentarischer Politik keineswegs Allgemeingut ist, könnte linke Staatskritik genau an einem solchen Punkt eingreifen.

Während Seminare und Workshops meist auf positive Resonanz stießen, verliefen die abendlichen Podiumsdiskussionen eher enttäuschend. Vor allem die Frontalveranstaltung "Alternativen zum Kapitalismus" ging in die Hose. Während der britische Professor und Vordenker der trotzkistischen Socialist Workers Party, Alex Callinicos, mit der etwas skurril anmutenden Idee einer neu begründeten Planwirtschaft aufwartete, beschränkten sich Birgit Mahnkopf und Elmar Altvater in erster Linie auf Forderungen nach Re-Regulierung. Und der Sozialismus-Redakteur Joachim Bischoff orientierte auf besagte Wahlalternative. Die Schlangen, die sich anschließend vor den beiden Saalmikrofonen bildenden, unterstrichen die Fragwürdigkeit derartiger Veranstaltungsformen.

Innovativer präsentierten sich dagegen die aktivistischen Elemente der Sommer-Akademie wie das "Ad-Busting" oder die Verwandlung eines Vodafone-Shops in ein soziales Zentrum. Heiter stimmte auch der Auftritt eines jüngeren Aktivisten beim Musik-Sender "Viva". Auf die mehrfache Nachfrage über das Verhältnis zu Gewalt verwies der Attac-Vertreter auf den gewaltfreien Aktionskonsens. Demgegenüber gestand die Moderatorin, sie könne sich ja durchaus vorstellen, Steine zu schmeißen.

Thomas Fritz

Thomas Fritz arbeitet bei der AG Welthandel und WTO von Attac

35. Ohren-Propaganda

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:37

Kante

Das seit nunmehr drei Jahren erwartete Album von Kante erscheint dieser Tage und nennt sich "Zombi". Das ist nicht so sehr ein Hinweis auf billige Horrorfilme. Vielmehr wollen Kante damit den Zustand in Krisen- und Umbruchzeiten beschreiben. Musikalisch erzeugen sie eine Art Paradox. Die Songs schleichen geradezu in die Ohren, laden zum lässigen relaxen ein, irgendwo zwischen deprimierend und zuversichtlich. Im Hintergrund lungert immer noch die Erinnerung an Blumfeld ("Im Inneren der Stadt"). Obwohl irgendwie zur Hamburger Schule gehörend, sind die reduzierten Gitarren weitgehend eingebettet in eine leicht jazzige und swingende Instrumentierung, die vor allem durch ein mit viel Besen bearbeitetes Schlagzeug und einem breiten, eindringenden Keyboard bestimmt wird. Ein Album, das derart vielschichtig gestrickt ist, dass es auch nach vielfachem Hören, noch immer etwas Neues entdecken lässt. (DSe)

Kante, Zombi, www.kantemusik.de

Von Spar

Auch wenn die Kölner Von Spar das vermutlich nicht mehr hören wollen, aber wenn man deren Sound beschreiben will, lässt sich der Vergleich mit den Goldenen Zitronen nicht vermeiden. Das bezieht sich nicht nur auf die Musik, sondern auch auf die Stimme von Thomas Mahmoud. Fast jeder Song ist eine Art von Alarm: getrieben, überschlagend, drängend, verzweifelt. Nahezu alles, was im westlichen Pop-Kosmos seit den 1980er Jahren mal da war, wird irgendwie mit einander gemixt oder neben einander gestellt. Der Titel des Albums klingt zwar wie das Credo des Neoliberalismus: "Die uneingeschränkte Freiheit der privaten Initiative", doch davon sollte man sich nicht täuschen lassen. In der Spex rasten die Kritiker über Von Spar geradezu aus. In jedem Fall bestehen nicht nur die Texte aus einer Vielzahl politischer Anspielungen und Ansagen, auch in Interviews äußern sie sich offen. Beispielsweise wenn sie diejenigen kritisieren, die nicht müde werden gegen die USA zu schimpfen und die Grausamkeiten rot-grüner Politik im eigenen Land entweder stillschweigend übersehen oder gar - wie Mia - sich inzwischen mit positivem Bezug auf eben dieses Deutschland nicht mehr fremd im eigenen Land fühlen. (DSe)

Von Spar, "Die uneingeschränkte Freiheit der privaten Initiative", www.vonspar.de

Mellow Mark

Mit Songs wie "Revolution", "Weltweit" und dem Album "Sturm" hat sich Mellow Mark inzwischen einen Namen gemacht. Der Mann ist nicht nur gnadenlos viel live unterwegs und spielt auf großen Open-Air-Bühnen ebenso leidenschaftlich wie im Jugendzentrum. Im Frühjahr war er mit einer deutschen Delegation von Cuba Si im Rahmen einer Buchmesse auf Cuba (wo auch das Video zur Single "Butterfly" gedreht wurde) und Anfang September geht er mit der Bundeszentrale für politische Bildung auf eine Reise entlang der Wolga, wo er zehn Konzerte spielen wird. Sein neues Album heißt "Das 5te Element" und ist thematisch ein wenig persönlicher ausgefallen als der Vorgänger. Doch dass sich Mellow Mark fest in der Anti-Globalisierungs-Bewegung verankert, ist auch hier nicht zu überhören. Gleich mit dem Opener "Movement" wird das klar. Und irgendwie glaubt man Mark, dass das für ihn nur die eine Seite des Lebens ist: Die andere ist die Liebe. Beides zusammen ein Ganzes. Unterstützung hat sich Mellow Mark für das neue Album nicht nur bei dem unverzichtbaren Pyro, sondern auch bei Patrice ("Lion"), der Hamburger Sängerin Florine ("Komm"), Martin Jondo ("Foundation") und anderen geholt. Musikalisch ist das Album die gewohnt erfrischend und inspirierende Mischung aus Reggae, HipHop und Dancehall. (DSe)

Mellow Mark, Das 5te Elemente, www.mellowmark.de

Anne Haigis ... in deutsch

Während man normalerweise in Deckung gehen sollte, wenn ein Album so genannt wird, kann man bei Anne Haigis entspannt bleiben und das lediglich als Hinweis nehmen, was auf dem Album zu hören sein wird. Denn musikalisch ist Hagis über die meiste Zeit ihrer Karriere vor allem englisch unterwegs gewesen. Das jetzt veröffentlichte Album ist der zweite Teil einer Sammlung ihrer Rock-Pop-Songs aus den 1980er Jahren, die

nun erstmals auf CD vorliegen. Insofern nichts Neues, aber schön, dass es nun die leidenschaftlichen und intensiven Songs der Powerfrau auch in dieser handlichen Form neu zu entdecken gibt. (DSe)

Anne Haigis, Das Beste in Deutsch 2, www.anne-haigis.de

36. Hingerichtet

Nachruf auf drei führende Aktivisten der sozialen Bewegungen Kolumbiens

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:38

Alirio Martínez, einer der historischen Führer der kolumbianischen Kleinbauernbewegung, begegnete mir erstmals im Juli 2003 in Bogotá, als ich u.a. für ak in dem südamerikanischen Land unterwegs war. Martínez, der die Bauernorganisation Asociación Departamental de Usuarios Campesinos (ADUC) im Grenzdepartment Arauca mitaufgebaut hatte, war wegen einer Augenerkrankung in der Hauptstadt. Der Befund der Ärzte war schrecklich: Martínez hatte ein Auge bereits verloren, auf dem zweiten würde er die stark eingeschränkte Sehfähigkeit nur bewahren, wenn er täglich teure und nur in Bogotá erhältliche Tropfen zu sich nähme. Doch Martínez machte einen gelassenen Eindruck. Trotz der Hiobsbotschaft berichtete er mir aus seiner Heimatregion und lud mich ein, gemeinsam mit einer schweizerisch-deutsch-brasilianischen Gewerkschafterdelegation nach Arauca zu kommen, um die dortige Agrarkooperativenbewegung kennen zu lernen.

Im September 2003 konnte Martínez uns bereits nicht mehr am Flughafen Saravenas in Empfang nehmen. Im Rahmen einer Kriminalisierungswelle gegen die sozialen Bewegungen war gegen ihn, wie gegen weitere 150 AktivistInnen Araucas, ein Haftbefehl verhängt worden. Unsere Delegation verbrachte einige Tage in dem gespenstisch wirkenden Sitz der sozialen Organisationen, in dem alle Büros - mit einer einzigen Ausnahme - wegen der Verhaftungen und Morde geschlossen worden waren.

Die Situation in Arauca war schon zu diesem Zeitpunkt überaus dramatisch. Die Genossenschaftsläden und gemeinschaftlich betriebenen Stadtwerke ECAAS arbeiteten zwar noch und beeindruckten uns Delegationsteilnehmer sehr, doch die Angst war allgegenwärtig (siehe auch die Reportage in ak 480).

Nach einigen Tagen in der Kleinstadt Saravena traf ich Alirio Martínez dann zu einem Interview in dem etwa 50 Kilometer entfernt gelegenen Dorf Caño Seco. Dort, außerhalb des Aktionsradius' der Polizei, erzählten er und 40 weitere Bäuerinnen und Bauern mir die Geschichte der Bewegungen Araucas, die in ihrem Department eine Agrarreform gegen den Staat durchgesetzt und ein engmaschiges Netz von genossenschaftlichen Einrichtungen geschaffen hatten.

In eben dieser Ortschaft wurden Alirio Martínez und zwei Gewerkschaftsführer nun am 5. August von der kolumbianischen Armee erschossen. Die Version der Militärs lautet, die Aktivisten hätten eine Armeepatrouille angegriffen und seien im Gefecht gefallen. Menschenrechtsgruppen berichten hingegen, Alirio Martínez und seine zwei Begleiter, die Gewerkschaftsaktivisten Leonel Goyeneche und Jorge Pietro, seien festgenommen worden, hätten sich vor den Soldaten hinknien müssen und wären dann exekutiert worden. Die Operation, bei der auch der Präsident des Gewerkschaftsverbands CUT - Arauca Samuel Moreno verhaftet wurde, zielte offensichtlich darauf ab, der traditionell starken Linken im Grenzgebiet zu Venezuela dauerhaft das Genick zu brechen.

Gracias por todo y hasta siempre, Compañero Alirio.

Raul Zelik

37. Mach meinen Kumpel nicht an!

Über Kritik und Praxis in der IG BAU

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:39

"Ohne Regeln geht es nicht!" Ein kleines Männchen im Blaumann, das ein Papier in die Höhe reckt, dahinter wahlweise ein Stoppschild oder eine Polizeikelle, ruft's dem geneigten Betrachter an zahlreichen Bauzäunen entgegen. Das Plakat der IG BAU wendet sich gegen "Lohndumping und illegale Beschäftigung" und ist Teil einer bundesweiten Kampagne der Gewerkschaft. Hauptbestandteile der Kampagne sind die Forderung nach verstärkten Baustellenkontrollen sowie die Einrichtung einer Telefon-Hotline, bei der "unsaubere" Beschäftigung gemeldet werden kann. Dass dabei vor allem die illegal beschäftigten, oftmals ausländischen Kollegen bekämpft werden, hat nun auch innerhalb der Organisation heftigen Widerspruch ausgelöst.

Mitte Juli wurde ein mehrseitiges Diskussionspapier "Unsere Regeln taugen nichts!" innerhalb der IG BAU verschickt, in dem aktive Bau-Gewerkschafter ihre Organisation auffordern, das Scheitern der Kampagne einzugestehen und Konsequenzen zu ziehen. Die Autoren, die laut Anschreiben aus dem ehrenamtlichen Bereich der Gewerkschaft kommen, haben den Text breit verschickt und laden sympathisierende KollegInnen dazu ein, ihn mit ihrem Namen zu unterstützen. Seit Jahren, so das Papier, falle der IG BAU nichts besseres ein als Baustellenrazzien zu fordern, dennoch sei beim Wachstum des Dumpinglohnsektors kein Ende in Sicht. Auch wenn die IG BAU in den letzten Jahren dem Rassismus in den eigenen Reihen nach Kräften entgegen getreten sei, das augenfälligste Ergebnis der Kampagne sei eine unterschwellige Festigung rassistischer Ressentiments: "Wir fordern unsere Mitglieder offensiv zur Denunziation der Kollegen auf und organisieren dann, dass die - in der Regel ausländischen - Opfer skrupelloser Unternehmer vor den Augen der - in der Regel deutschen - ‚Legalen` abgeführt werden. ‚Ausländer raus` braucht da nicht mehr ausgesprochen zu werden: Für jene Kollegen sind wir nur der verlängerte Arm der Strafverfolgungsbehörden - und damit zu Recht: Gegner", heißt es in dem Papier.

Rassistische Kampagne in der IG BAU?

In der Tat sind die geforderten Kontrollen, die die Hauptzollämter (mitunter gemeinsam mit der IG BAU) auf Baustellen durchführen, zur Bekämpfung des Problems - der Beschäftigung zu Dumpinglöhnen - weitgehend ungeeignet. Lohnbetrug auf Baustellen erfolgt in der Regel nicht durch Zahlung nominell zu niedriger Löhne, sondern dadurch, dass zwar der gesetzlich vorgeschriebene Mindestlohn in Höhe von derzeit 10,36 Euro für Hilfs- und 12,47 Euro für Facharbeiter im Westen und 8,95 bzw. 9,65 (ab September 10,01) Euro in Ostdeutschland ausbezahlt wird, die tatsächliche Arbeitszeit aber wesentlich länger ist als vertraglich vereinbart. So wird auf zahlreichen Baustellen trotz anders lautender Verträge nicht 40, sondern 60 Stunden und mehr gearbeitet. Diese Art des Lohndumpings entzieht sich der Kontrolle durch den Zoll, denn die Papiere der Arbeiter sind in Ordnung, und eine tagelange Rund-um-die-Uhr-Observation von Baustellen ist weder üblich noch möglich.

Eine andere Praxis des Lohndumpings, die ebenfalls weit verbreitet ist, besteht darin, den Beschäftigten den Mindestlohn zunächst auszuzahlen, zugleich aber eine teilweise Rückzahlung des Lohns zu vereinbaren. Gegen derartige Unternehmerpraktiken können die Kontrolleure nur dann vorgehen, wenn illegal beschäftigte Bauarbeiter entsprechende Aussagen machen - und das kommt fast nie vor, sei es aus Angst vor Entlassung und Schikane durch das beschäftigende Unternehmen oder vor Abschiebung, sei es auf Grund der Tatsache, dass die niedrigen Löhne für illegal hier lebende Arbeiter immer noch akzeptabel sind.

Der Fall auf einer Baustelle des Landes Niedersachsen für die neue JVA ist für den Ablauf bei nachweisbaren Vergehen beispielhaft: In Rosdorf (Kreis Göttingen) hatten am 26. Juli 2004 Proteste der Beschäftigten und der IG BAU dafür gesorgt, dass die miserablen Arbeitsbedingungen polnischer Arbeiter bekannt wurden. Diese waren durch einen Subunternehmer der Auricher Firma Wilbers Bau GmbH für Löhne um die vier Euro beschäftigt worden. Das Land Niedersachsen droht der Baufirma nun mit einer Vertragsstrafe von einem Prozent der Auftragssumme oder mit Auftragsentzug - sollten sich die Vorwürfe bestätigen. Derweil hat das Unternehmen ein Baustellenverbot gegen den zuständigen Gewerkschafter ausgesprochen, die IG BAU droht mit Besetzung. Die polnischen Arbeiter hingegen sind inzwischen alle wieder nach Hause geschickt worden - ohne dass ihnen der ausstehende Restlohn bezahlt worden wäre. Die Arbeit auf der Baustelle ruht.

Bußgelder gegen Billigfirmen sind ein vergleichsweise seltenes Ergebnis von Baustellenkontrollen, Lohnnachzahlungen an betrogene Beschäftige ebenfalls. Meist lässt sich bei Razzien ohnehin nur der Einsatz von Schwarzarbeitern oder von illegal in Deutschland lebenden Arbeitern nachweisen. Bestraft werden also nicht die Profiteure, sondern die Leidtragenden von Dumpinglöhnen: Gegen Schwarzarbeiter wird ein Bußgeld verhängt, mitunter Anzeige erstattet; Illegale werden der Ausländerbehörde bzw. der Polizei überstellt, die die Abschiebung einleitet.

Die Autoren des gewerkschaftlichen Diskussionspapiers fordern deshalb eine Rückbesinnung auf die Prämissen internationaler Solidarität. Sie betonen: "Die Kampagne ‚Ohne Regeln geht es nicht` steht dem Gewerkschaftsgedanken entgegen. Sie ist falsch." Sie fordern von ihrer Organisation, sich statt dessen gemeinsam mit den von Lohndumping betroffenen Kollegen ebenso wie mit Flüchtlingsorganisationen für eine Verbesserung der Situation einzusetzen, und verweisen dabei auf die (seltenen) Beispiele, in denen eine solche Solidarität in der Praxis erprobt wurde, etwa den Fall auf einer Berliner Baustelle, bei dem es afrikanischen Arbeitern mit Unterstützung antirassistischer Gruppen gelungen war, ausstehende Löhne in Höhe von 40.000 Euro einzutreiben. (vgl. ak 480 und 482)

Notwendig seien darüber hinaus Schulungen in den häufigsten "Bau-Sprachen", mehrsprachiges Informationsmaterial und vor allem eine organisationsinterne Diskussion darüber, wie Dumpingunternehmen offensiv entgegen getreten werden könne. Denkbar seien etwa Kampagnen mit dem Ziel der Rufschädigung und Schließung entsprechender Firmen. Für Schritte in Richtung einer offensiven Gewerkschaftspolitik gemeinsam mit den Betroffenen stünden die Autoren jederzeit zur Verfügung.

Wanderarbeiter-Gewerkschaft gegründet

Gelegenheit dazu könnte es schon bald geben. Wie auf der Dortmunder Konferenz "Die Kosten rebellieren" bekannt wurde, bastelt die IG BAU an einem Europäischen Verband der Wanderarbeiter, der Anfang September der Öffentlichkeit vorgestellt werden soll. Eine Studie der Gewerkschaft hat ergeben, dass unter bestimmten Bedingungen gut die Hälfte der zumeist osteuropäischen Entsendearbeiter (1) bereit wäre, einer solchen Organisation beizutreten. Der Verband, der formell völlig unabhängig von der IG BAU sein soll, wird über einen eigenen Stamm an Hauptamtlichen verfügen. Dieser soll sich zu einem großen Teil aus Angehörigen derjenigen Nationen zusammen setzen, die auf den bundesdeutschen Baustellen vertreten sind. Der künftige Generalsekretär des Verbandes, Matthias Kirchner, betont die Notwendigkeit, dass die betreuten Kollegen es mit MuttersprachlerInnen zu tun haben. "Das ist in der Bedeutung für den Aufbau von Vertrauen durch die Kollegen uns gegenüber gar nicht hoch genug einzuschätzen", so Kirchner. Das Vorgehen soll außerdem dazu beitragen, die Arbeit auf die Bedürfnisse der Betroffenen auszurichten.

Meilenstein gegen Standortnationalismus

Ziel des Verbandes ist die Durchsetzung geltender gesetzlicher und/oder tariflicher Regeln für Wanderarbeiter, als wünschenswert bezeichnet Kirchner den Abschluss von Tarifverträgen, die der Situation auch der nicht-deutschen Beschäftigten gerecht wird. Auch wenn der neue Verband sich zunächst vor allem an Entsendearbeiter aus dem europäischen Ausland richtet, so sind doch ausdrücklich auch Arbeiter, die über keine gültige Arbeits- oder Aufenthaltserlaubnis verfügen, eingeladen, das Angebot der Wanderarbeiterunion anzunehmen. Es gehe nicht um Ausgrenzung, sondern um Hilfe auch für illegal hier lebende Menschen, so Kirchner.

Was als überfälliger Schritt erscheinen mag - dass eine Gewerkschaft sich der Realität stellt und sich für nicht-deutsche KollegInnen öffnet - ist dennoch bemerkenswert. Eine derartige Initiative ist neu in der deutschen Gewerkschaftslandschaft; neu ist auch, dass die betreffenden KollegInnen von vorneherein in diese Struktur eingebunden sind. Selbstverständlich ist damit weder über den Erfolg eines solchen Schrittes etwas gesagt noch darüber, ob in dem neuen Rahmen auch Kampfformen erprobt werden, die über einen Anruf beim Zoll hinaus gehen. Angesichts der geplanten Zusammensetzung des Aktiven-Stamms stehen die Chancen für neue Wege nicht schlecht. Als Signal gegen Standort-Nationalismus und für gemeinsame Organisierung über Landesgrenzen hinweg ist die Wanderarbeiter-Gewerkschaft ein Meilenstein. Für die antirassistische Linke, die in den letzten Monaten verstärkt auch die Arbeitsverhältnisse von Flüchtlingen und Illegalisierten thematisiert hat, dürfte die Neugründung jedenfalls von erheblichem Interesse sein.

Nichtsdestotrotz markiert der neue Verband noch nicht die Abkehr von der intern kritisierten Kampagne, denn die läuft parallel weiter. Die Diskussion über Sinn und Unsinn der "Regeln-Kampagne" wird also weiter Anlässe wie das verschickte Papier brauchen. Dass sich in der Hinsicht etwas tut, ist indes unverkennbar. Nur zwei Tage nach der Verschickung haben IG-BAU-Beschäftigte und Bezirksverbände ein weiteres Rundschreiben erhalten, diesmal aus dem Bundesvorstand. Es trägt den Titel "Sprachgebrauch und Prioritätensetzung im Zusammenhang mit illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit". Die KollegInnen werden darin vom Vorsitzenden Klaus Wiesehügel und von Vorstandsmitglied Dietmar Schäfers gebeten, dem Eindruck entgegen zu treten, "das wir ‚deutsche` Bauarbeiter durch den Einsatz ‚ausländischer` Bauarbeiter verdrängt sehen". Entsprechende Formulierungen seien unbedingt zu vermeiden. Auch gelte der Kampf nicht den illegal Beschäftigten, sondern ihren Firmen. Die Vorständler halten fest: "Der Zoll und andere Bekämpfungsbehörden können unsere eigenen gewerkschaftlichen Aktivitäten dabei nicht ersetzen. Sie können zwar den illegal handelnden Arbeitgeber mit Bußgeldern oder strafrechtlichen Mitteln verfolgen, die Beschäftigten dieser Firmen erhalten dadurch aber noch lange nicht die ihnen zustehende Bezahlung." Weiter heißt es: "Der Vorrang unserer Aktivitäten sollte deshalb zunächst immer darauf liegen, die illegal Beschäftigten selbst zu aktivieren, damit sie die ihnen zustehenden Ansprüche durchsetzen ... Erst wenn diese Versuche nichts bringen oder uns von vorneherein offen feindlich von den Beschäftigten gegenüber getreten wird, sollten wir den Zoll aktivieren, um der illegalen Beschäftigung ein Ende zu setzen." Am Schluss der Mitteilung werden die BAU-GewerkschafterInnen gebeten, diesen Gedanken entsprechend zu handeln. Die letzte Bitte allerdings darf wohl als Hinweis an die Autoren und UnterzeichnerInnen des Diskussionspapiers gelesen werden. Der Brief schließt nämlich mit der Aufforderung, "sich durch Kritiker nicht in die rechte Ecke drängen zu lassen, in die wir nicht gehören".

Immerhin scheint die prompte Reaktion des Vorstands ein Indiz dafür zu sein, dass das Diskussionspapier Wirkung zeigt. Bleibt zu hoffen, dass die KritikerInnen durch den Wanderarbeiter-Verband auch praktisch gestärkt werden. Dann machen die Regeln-Plakate der Gewerkschaft vielleicht bald Werbeschildern für den neuen Verband Platz.

Jan Ole Arps

Anmerkungen:

1) Als Entsendearbeiter werden ArbeiterInnen bezeichnet, die als Beschäftigte einer Firma Auftragstätigkeiten für eine andere Firma in einem anderen Land verrichten. Sie haben wie alle anderen hier Arbeitenden mindestens Anspruch auf den in der Bundesrepublik gültigen Mindestlohn für das Baugewerbe.

38. Schwerpunkt: Gehversuche

Organisierung und Widerstand im prekären Alltag

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:40

Manchmal sorgt das Kapital selbst dafür, dass zusammen wahrgenommen wird, was auch zusammen gehört. Parallel zu Agenda 2010, Hartz IV und dem flächendeckenden Ausbau eines staatlich organisierten Niedriglohnsektors haben in diesem Sommer Siemens, DaimlerChrysler und andere Großunternehmen eine weitere Runde im Angriff auf die tarifierten Arbeitsverhältnisse eingeläutet. Inzwischen setzt sich bis in die bürgerlichen Medien hinein die Erkenntnis durch, dass der Umbau der sozialstaatlichen Regulierungsinstrumente und die Attacken auf Arbeitsbedingungen und Löhne zwei Seiten einer Medaille sind - einer umfassenden Prekarisierungswelle, die alle Bereiche des Arbeitens und Lebens erfasst. Verunsicherung und (erzwungene) Instabilität in allen Lebensbereichen sind geradezu die programmatischen Kerne dieser Angriffe - prekäre Existenzweisen halt.

Prekarität als Normalzustand ist inzwischen teilbereichsübergreifend auch als zentrales Thema der innerlinken Debatte gesetzt - und das ist gut so. Und die gesellschaftliche Realität sorgt dafür, dass es diesmal nicht bei einer Eintagsfliege bleibt. Die Debatte, die wir in ak 485 angestoßen haben, in der nächsten Fantômas aufgegreifen und fortsetzen, und Arbeitsgruppen und Foren zum Thema werden mit ziemlicher Sicherheit fester Bestandteil linker Konferenzen und Tagungen der näheren Zukunft sein. Wenn wir in dieser ak das Thema Prekarisierung wiederum schwerpunktmäßig behandeln, dann einerseits, um der Bedeutung der Diskussion gerecht zu werden. Zum anderen geht es uns diesmal aber auch um eine leichte Verschiebung des Blickwinkels.

Unser Prekarisierungsschwerpunkt setzt sich diesmal in erster Linie mit konkreten Kampf- und Organisierungserfahrungen im Bereich prekärer Arbeitsverhältnisse auseinander. Wir wollen damit den analytischen und strategischen Blick konkretisieren und ergänzen. Die hier präsentierten Erfahrungen zeigen ein uneinheitliches Bild. Das ist wenig verwunderlich, wo doch mit der ganz normalen Prekarität auch Krisen, Brüche und Widersprüche in den Subjekten zum Normalzustand werden.

Zunächst einmal rekapituliert Tom Binger die Debatten, die Ende Juni in Dortmund auf der "Internationalen Versammlung zu Prekarisierung und Migration" stattgefunden haben. Der Beitrag zeigt, mit welchen Schwierigkeiten die übergreifende Kommunikation über prekäre Arbeit (noch) zu kämpfen hat. Ein praktischer Gehversuch im Terrain prekärer Arbeit ist die Berliner Call Center Offensive (CCO) gewesen. Hervorgegangen aus dem Existenzgeld-Kongress von felS 1999 ist es inzwischen um diesen Interventionsversuch eher still geworden. In einem ausführlichen Interview mit zwei CCO-Aktivisten wird eine vorsichtige Bilanz gezogen. Schließlich berichtet Jan Ole Arps von den Auseinandersetzungen innerhalb der IG BAU um die so genannte Schwarzarbeit. Unter dem Slogan "Unsere Regeln taugen nichts" haben einige AktivistInnen aus dem ehrenamtlichen Bereich der Gewerkschaft deutlich Position bezogen gegen die Kampagne "Ohne Regeln geht es nicht", mit der die IG BAU u.a. auch zur Denunziation von illegalisierten ArbeiterInnen aufruft.

dk

39. Massenproteste stehen bevor

Aber was dominiert - Standortnationalismus oder Kapitalismuskritik?

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:41

Zehntausende demonstrieren mitten in der politischen Sommerpause gegen die unsoziale Reformpolitik der real-existierenden Allparteienkoalition. So überraschend und spontan die Proteste sind, es ist kein Strohfeuer, was in den Montagsdemonstrationen mit Schwerpunkt Ostdeutschland zum Ausdruck kommt. An anderen Stellen kommt es zu Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen, wie beim ganztägigen Kita-Streik in Bremen oder bei den massiven Protestaktionen an den Produktionsstandorten von DaimlerChrysler. Die Bundesrepublik Deutschland steht vor sozialen Auseinandersetzungen, wie man sie in diesem Ausmaß schon lange nicht mehr gesehen hat.

Weder eine kurzfristig vorgezogene Imagekampagne der Bundesregierung zur Überwindung von "Vermittlungsproblemen" noch kleine kosmetische Veränderungen an Hartz IV werden an dieser neuen Qualität etwas ändern.

Eines ist den demoskopischen Einflüsterern entgangen - trotz aller Stimmungsabfragen über die Akzeptanz der "größten Sozialreform" (Schröder) in der Geschichte Deutschlands: Bei den sozialen und betrieblichen Zumutungen und den Umverteilungen wurde der Bogen überspannt. Es ist die Einseitigkeit der Sparmaßnahmen, die immer größer werdende Spanne zwischen Arm und Reich, es sind die leeren Versprechungen auf Besserung, die die Wut hervorrufen. Nicht erfüllt hat sich die Hoffnung der Regierenden, die Gewerkschaften so weit geschwächt zu haben, dass sie nicht handlungsfähig sind. Ebenso falsch ist die Erwartung, neoliberales Denken in Reinkultur in allen Köpfen verankert zu haben. Nach Jahren der Resignation und Lähmung ist schon seit einiger Zeit ein Stimmungsumschwung festzustellen.

Die Resignation scheint überwunden

An einige Meilensteine sei erinnert. Das ist zunächst die Berliner Demonstration der 100.000 am 1. November letzten Jahres. Niemand hatte mit einer solchen Beteiligung gerechnet. Zustande gekommen ist sie auch dadurch, dass sich in Berlin viele Menschen spontan dem Demonstrationszug angeschlossen haben. Bei den Demonstrationen am 3. April 2004 in Berlin, Köln und Stuttgart, die zwar lautstark vorgetragen wurden, aber in ihren inhaltlichen Aussagen im gewerkschaftlichen Mainstream verblieben und auch nicht den Charme eines Aufbruchs verströmten, war es vor allem die Teilnahme von 500.000 Menschen, die beeindruckte.

Dass SPD und Bundesregierung die Proteste kaltschnäuzig ignorierten und stur auf einer 1:1-Umsetzung der Agenda 2010 beharrten, sorgte auch bei der eigenen Klientel für weitere Empörung.

Mit dem Perspektivenkongress im Mai (vgl. ak 485) wurde die Zusammenarbeit von Teilen der Gewerkschaften mit sozialen Bewegungen intensiviert. Es zeigte sich, dass sich Teile des Gewerkschaftsapparates (zum Teil erzwungen durch die Aufkündigung der historischen Zusammenarbeit seitens der Sozialdemokratie) auf der Suche nach neuen Wegen und Bündnispartnern befinden. Parallel ist bei attac eine stärkere Hinwendung zu sozialen Themen und eine deutlich radikalere Kapitalismuskritik festzustellen.

Auf dem Perspektivenkongress wurde von den Gewerkschaftsvorsitzenden Bsirske und Peters weitere Aktivitäten angekündigt, die sich nicht in der betrieblichen Unterschriftenliste gegen Sozialabbau als schärfster Form des Protestes erschöpfen sollten. Der Gewerkschaftsrat von ver.di, das höchste Gremium zwischen den Bundeskongressen, beschloss Anfang Juni in Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaften, Sozialverbänden und Initiativen, zu einer Aktionswoche Mitte November zu mobilisieren, wobei der 17. November (Buß- und Bettag) ein wichtiger Tag für bundesweite Aktionen sein wird. In etlichen ver.di-Bezirken wurde bereits mit der Vorbereitung begonnen. Durchgängig stoßen die Vorschläge auf große Resonanz. Die Mobilisierungsfähigkeit wird als positiv eingeschätzt, allerdings werden die Aktionen auch kein Selbstläufer sein.

Nichtsdestotrotz ist die Forcierung im Gewerkschaftsapparat nicht unumstritten. Nicht nur zwischen den Vorsitzenden der IG Metall, Peters, und der IG BCE, Schmoldt, kommt es zum verbalen Showdown. Tief geht der Konflikt zwischen den Kräften, die auf eine re-mobilisierte Gewerkschaftsbewegung und die Zusammenarbeit mit sozialen Kräften außerhalb der Gewerkschaften setzen, und denjenigen, die auf eine

Vermittlung des radikalen Umbaus der Sozialsysteme orientieren. Es ist noch keineswegs ausgemacht, was am Ende dieser Auseinandersetzung stehen wird.

Konflikte auch im Apparat der Gewerkschaften

Der spontane Aufschwung der Montagsdemonstrationen in Ostdeutschland bringt in den bisherigen Masterplan für die Herbstaktivitäten der Gewerkschaften zusätzlichen Schwung und stärkt die innergewerkschaftlichen Kräfte, die einen deutlichen Gegenkurs zu Rotgrün fahren wollen. Was sich abzeichnet, ist eine Massenbewegung, die die bisherigen Dimensionen übersteigen kann, wobei es sich zunächst um reine Abwehrkämpfe handelt (gegen Hartz IV, gegen Arbeitszeitverlängerungen, gegen Lohnkürzungen, gegen Kürzungen im Sozialbereich etc.). Gleichzeitig bietet sich jetzt die Möglichkeit, weitergehende Forderungen wie die nach einem bedingungslosen Grundeinkommen in die Bewegungen zu transportieren.

Illusionen über die Inhalte der Proteste sollte man sich nicht hingeben. Diese bieten viele Spaltungslinien und Abgrenzungsmöglichkeiten. Gut möglich, dass an mehr als nur einer Stelle der Protest die hässliche deutsche Fratze des Standortnationalismus und Rassismus zeigt. Die Rechten werden, vorzugsweise im Osten der Republik, versuchen, diese Stimmungen aufzugreifen, rassistisch anzuheizen und auch organisatorisch in ihre Richtung zu lenken. Aber sie sind bisher weder organisatorisch noch inhaltlich dominierend. Randerscheinungen bleiben sie dann, wenn von links deutlich andere inhaltliche Signale gesetzt werden. Das direkte Verdrängen der Faschisten von den Demonstrationen ist das eine, die aktive Bekämpfung rassistischer Positionen das andere.

Das Handlungsspektrum ist vielfältig und muss sich im Rahmen der zukünftigen Proteste wiederfinden, beispielsweise in Redebeiträgen von VertreterInnen der Erwerbslosen auf Betriebsversammlungen, der Einladung von Illegalisierten zu gewerkschaftlichen Versammlungen, in der Thematisierung der Situation von MigrantInnen und Illegalisierten und der Forderung nach Legalisierung bei allen Aktivitäten. Die Forderung nach voraussetzungslosen Rechten, nach Rechten auf Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum für jeden hier lebenden Menschen stärker in die Debatte zu bringen, kann ein wichtiger Schritt bei der Überwindung diverser Spaltungslinien sein.

Georg Wißmeier

40. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:42

Marktregime und Subjekt

"Das Sein bestimmt das Bewusstsein." Wenige Sätze des alten Linksradikalen aus Trier werden häufiger zitiert, beschworen und wiedergekäut - oft in reichlich platten Aufgüssen. Genauere Diskussionen über das reichlich gebrochene und widersprüchliche Verhältnis sozio-ökonomischer und politischer Umbrüche und ihrer subjektiven Verarbeitung sind in der linken Debatte vergleichsweise selten. Schlichte Ableitungen und Glaubenssätze geben leider nur allzu oft den Ton an. Einen der lobenswerten Versuche, dem Verhältnis von Subjektkonstitution und den momentanen tief greifenden gesellschaftlichen Regulationsmechanismen nachzuspüren, unternimmt die schweizerische Zeitschrift Widerspruch in ihrer Nummer 46 (1. Halbjahr 2004). "Marktregime und Subjekt im Neoliberalismus" heißt der Titel, unter dem zwölf Beiträge facettenreich "Fragen nach der Sozialtechnik, des ‚Regierens durch Individualisieren`" (Editorial) diskutieren. Der theoretische Hintergrund der einzelnen AutorInnen ist so unterschiedlich wie die jeweilige Schwerpunktsetzung. Fallbeispiele (etwa zur Psychiatrie als Ordnungsmacht oder zu Fitness als Normalitätsanforderung) stehen neben theoretischer Begriffsklärung. Die theoretischen Bezugnahmen orientieren sich an Negri und Hardt wie an Bourdieu, Gramsci oder Foucault. Die Auseinandersetzung mit dessen Begriff der Gouvernementalität bildet dabei ein deutliches Schwergewicht, genauso wie die Diskussion um Autonomie und Unterwerfung in den neuen Arbeitsformen. In diesen Themenbereich fallen auch die Beiträge von Janine Brodie, Gisela Notz und Elke Tomforde, die sich mit den geschlechtsspezifischen Veränderungen von Sozialstaatlichkeit, Arbeitsmarktregulierung und betrieblichem Gesundheitsschutz auseinander setzen. Insbesondere Brodies Beitrag zur Re-Form(ierung) der Geschlechterverhältnisse und Geschlechterhierarchien durch die verschiedenen Bereiche der sozialstaatlichen Aktivierungspolitiken ist dabei eine äußerst anregende Lektüre. Gleiches gilt in besonderem Maße für den Beitrag von Ines Langemeyer. In der Auseinandersetzung mit Gramsci und Foucault wendet sie sich dabei vor allem kritisch gegen die "neuen Freiheiten", die mit Konzepten von "Arbeitskraftunternehmer" und Arbeitsautonomie" verbunden sein sollen. Weder habe der Taylorismus und Fordismus die Subjektivität ausgelöscht, noch könne die heutige "Aufwertung der Subjektivität" mit einem Zugewinn an Selbstbestimmung gleichgesetzt werden. In einer zunehmend prekären Existenzweise werden auch Krisen und Brüche zur Normalität, und ob die Menschen die ihnen abverlangten Subjektivierungsprozesse leisten werden, sei erst einmal eine offene Frage (und damit eine realer Auseinandersetzungen). Schade, dass die Artikelsammlung ausgerechnet mit einem schwächeren Beitrag beginnt. Gerburg Treusch-Dieters Text zur "Abschaffung der Arbeit" verschenkt die versprochene Auseinandersetzung mit den "modernen Dienstleistungen" leider allzu oft an eine ausgeprägte Verliebtheit in eher zweifelhafte als erhellende Wortspielereien. Doch dieses Manko tut der Lektüre des Gesamtheftes keinen Abbruch.

Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik, Nr. 46, 1. Halbjahr 2004, 228 Seiten, 16 EUR

Kriegsdienstverweigern in Israel

Der Verein Connection, der auf internationaler Ebene für ein umfassendes Recht auf Kriegsdienstverweigerung eintritt, hat im Mai eine Broschüre zum Thema "Israel/Palästina: Widerstand gegen Terror, Krieg und Besatzung" veröffentlicht. Sie soll, wie die HerausgeberInnen schreiben, nicht vorrangig die Ebene der israelischen Regierung und der palästinensischen Autonomiebehörde untersuchen, sondern "einen anderen Blick vermitteln: auf die Kräfte, die auf beiden Seiten für eine friedliche und gerechte Lösung eintreten." Viele Aktivitäten israelischer Friedenskräfte, aber auch Bemühungen auf palästinensischer Seite, gewaltfreien Widerstand zu üben, würden von den Medien weitgehend ignoriert. Connection schafft hier nicht nur Gegenöffentlichkeit, sondern unterstützt auch israelische KriegsdienstverweigerInnen, von denen einige in dem Heft vorgestellt werden. Zum Beispiel Assaf Berwald (24), der sich im September 2003 weigerte, den Reservedienst anzutreten. In einer Erklärung schreibt er, wie sich sein Bild vom Militärdienst durch die Erfahrung der Besatzung geändert hat: Als 18-jähriger noch stolz darauf, "dem Land zu dienen, an das ich mit meinem ganzen Herzen glaubte", erkannte er später, "dass ich mit meinem Dienst in den besetzten Gebieten nicht mein Land verteidigte". Während Assaf Berwald mit 28 Tagen Haft relativ glimpflich davonkam, hat es andere sehr viel härter getroffen. Anfang 2004 wurden fünf Verweigerer zu jeweils einjährigen Haftstrafen

verurteilt. Über das Militärstrafverfahren gegen die Fünf informiert der bekannte Friedensaktivist Adam Keller, Redakteur der 1983 gegründeten Zeitschrift The Other Israel. Keller ist auch Autor eines längeren Hintergrundartikels, der die Broschüre einleitet und Sharons "Spiel mit dem Schicksal" analysiert. Die "vielfältigen Ansätze zur Kriegsdienstverweigerung", die Rudi Friedrich vorstellt, sind da ein Lichtblick.

Israel/Palästina: Widerstand gegen Terror, Krieg und Besatzung, Mai 2004. Connection e.V., Gerberstr. 5, D-63065 Offenbach. www.connection.de. 32 Seiten, 3 EUR plus Versandkosten

Boris Lurie

Die NO!art-Bewegung hat sich Anfang der sechziger Jahre als totale Absage an einen Kunstbetrieb formiert, der die wahre Welt hinter der Warenwelt verschwinden lässt. In dem Band "Geschriebigtes-Gedichtigtes" wird das umfangreiche Schaffen eines ihrer Gründer, Boris Lurie, sowie 35 seiner Mitstreiter vorgestellt. Der Wälzer ist zugleich Katalog einer Ausstellung von Luries Werken, die 1999 in der Gedenkstätte Buchenwald stattfand, Sammlung von Texten des Künstlers und Dokumentation des Werdegangs eines überaus umtriebigen Kreises von Intellektuellen, die angetreten waren, um der Kommerzialisierung und Standardisierung der Kunst entgegenzuwirken. Boris Lurie wurde 1924 in Lenigrad geboren. Er wuchs in Riga auf. Nachdem er 1941 als Jude von den Deutschen verhaftet worden war, begann für ihn eine Odyssee durch mehrere Konzentrationslager, die er zusammen mit seinem Vater in Buchenwald überlebte. Seine Mutter, Großmutter und Schwester wurden in den Vernichtungslagern ermordet. 1946 emigrierte Lurie in die USA, wo er in New York bei Reginald Marsh in der Art Students League in die Ausbildung ging. Zu der Zeit, als Adorno sein radikal kulturkritisches Diktum "Nach Auschwitz ein Gedicht zu schreiben, ist barbarisch" aussprach, begann Lurie seine KZ-Erlebnisse durch figurative Malerei zu verarbeiten. Ende der fünfziger Jahre widmete er sich der Collage- und Assemblage-Technik. Der Künstler gilt als einer der bedeutendsten Vorreiter der Trash- und Punk-Ästhetik. Denn er verwertete den Abfall der Kulturindustrie - Reklame- und Wahlplakate, Zeitungsausschnitte -, um ihre Lügen zu entlarven. Mit provozierenden Collagen wie die eines Pin-ups inmitten eines Leichenbergs in Buchenwald zeigt er, dass die Übergänge von Warengesellschaft und Barbarei, Unterhaltung und Vernichtung im fortgeschrittenen Kapitalismus zusehends fließender werden.

Boris Lurie: "Geschriebigtes-Gedichtigtes", im Auftrag der Gedenkstätte Weimar-Buchenwald herausgegeben von Volkhard Knigge, Eckhart Holzboog Verlag, Stuttgart, 2003, 446 Seiten, 24 EUR

41. (Haar-)Risse im Putz

Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:43

Betriebssport

Man kennt sie, die Betriebs- und Thekenkicker von Roter Stern Schanzenpark, Fishpark Rangers oder Dynamo Windkraft Buxtehude. Gerne wird im Anschluss an das kollektive Gebolze und die verunglückte Blutgrätsche der eine oder andere Euro gespendet, z.B. nach Nicaragua, Kuba oder Chiapas. Das jüngste Beispiel für den praktizierten Internationalismus kickender MalocherInnen liefert eine Combo aus Italien mit dem sinnreichen Namen Internazionale Milano, hier zu Lande auch als Inter Mailand bekannt. Die reine Männertruppe um die Herren Vieri, Zanetti, Helveg, Adriano, Emre und van der Meyde hat jüngst 2.500 Euro an die Zapatisten in Mexiko überwiesen: "Wir glauben an eine bessere Welt, an eine nicht globalisierte Welt, sondern an eine, die durch verschiedene Kulturen bereichert wird. Dabei haben wir beschlossen, euch in diesem Kampf um die eigenen Wurzeln und Ideale zu unterstützen", heißt es in dem Begleitschreiben in den lakadonischen Urwald.

Die beruflichen Balltreter haben sich ein selbstorganisiertes Ordnungsstrafenregister auferlegt - für Zu-spät-kommen beim Training oder allgemein für die "Unterminierung der Kollektivität". Da kommt im Laufe einer harten Saison schon ein nettes Sümmchen zusammen, bestimmt für diverse Solidaritätsprojekte. Und wie es sich für ein Team mit einem solch programmatischen Namen gehört, sind Kapitän Javier Zanetti und seine Ehefrau Paula (Spitzname "Commandante Paula") seit langem in der Solidaritäts- und Menschenrechtsarbeit aktiv.

Anlass für diese Spendenaktion war ein Überfall auf die zapatistischen Basisgemeinden im April diesen Jahres, von dem die Internationalen aus Mailand beim Surfen im Internet erfahren haben. Als "ein Tor gegen das Vergessen" wurde die Spende in der mexikanischen Zeitung La Jornada gewürdigt. Der Einladung zu einem Freundschaftsspiel sind die Milanesi bisher noch nicht gefolgt. Erstmal muss die Championsleague-Qualifikation gegen den FC Basel geschafft werden.

www.labournet.de

Volkssport

In der Nacht vom 20. auf den 21. Juni diesen Jahres haben Unbekannte in mindestens vier Berliner Schlecker-Filialen die Türschlösser verklebt, die Scheiben eingeworfen oder die Fenster mit Farbe beschmiert. In einer Pressemitteilung bekannte sich die "Arbeitsgruppe Perspektiven" beim "Fachbereich 12 Handeln" der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di zu diesen Aktionen. Sie wurden in Zusammenhang gestellt mit der Kampagne, die die Gewerkschaft seit März gegen die Einzelhandelsketten Schlecker, Lidl und Aldi organisiert hat. Schon im Mai waren in Frankfurt Schleckerfilialen mit Pflastersteinen entglast worden. Dabei soll ein Sachschaden von mehreren 10.000 Euro entstanden sein.

Allein bei Schlecker arbeiten zur Zeit 40.000 Beschäftigte, in der Regel Frauen in ca. 10.500 Filialen. Betriebsräte gibt gerade mal in 75 Läden, in Hamburg mit 130 Filialen gibt es keine einzige Interessensvertretung der Beschäftigten. Die Arbeit bei Schlecker ist auf Grund der ausgedünnten Belegschaften nicht nur extrem belastend, sondern auch gefährlich: Filialen mit lediglich einer Verkäuferin an der Kasse sind beliebte Ziele für Raubüberfälle.

www.labournet.de

Breitensport

Florianopolis ist die Hauptstadt des brasilianischen Bundesstaates Santa Catarina. Dort hatten Ende Juni SchülerInnen und StudentInnen gegen die Erhöhung der Nahverkehrspreise protestiert. Am 23. Juni hatte die Polizei die demonstrierenden Jugendlichen massiv angegriffen; die darauf folgenden Straßenschlachten prägten das gesamte Stadtbild und setzten sich bis in die Rush Hour fort. Die Reaktion erfolgte umgehend: Empörte PendlerInnen griffen in die Kämpfe ein, Busse wurden zerstört, Busdepots und Busbahnhöfe lahm

gelegt und beschädigt, Verwaltungsgebäude der Verkehrsbetriebe angegriffen. "Der Teufel war los - in Gestalt des Volkes".

Hintergrund für diese Auseinandersetzungen war die Privatisierung der Busbetriebe in Florianopolis. Anders als in anderen brasilianischen Städten mit einem entfernungsunabhängigen Einheitspreis hat die Privatisierung in Florianopolis zunächst dazu geführt, dass Busfahren umso teurer wurde, je länger die Strecken waren. Die BewohnerInnen der Armutsviertel am Stadtrand traf diese Neuregelung am empfindlichsten. Die zusätzlich erfolgte Preiserhöhung betrug im Durchschnitt 15,6% (demgegenüber wurde der Durchschnittslohn gerade um lediglich 8% angehoben.). Viele Familien geben inzwischen ein Drittel des gesamten Familieneinkommens für Transport aus.

Bis Anfang Juli tobten in Florianopolis die Kämpfe. Bis die Stadtverwaltung einen vorläufigen Rückzieher machte. Die Preiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr sind erstmal ausgesetzt worden.

www.labournet.de

42. Klassen-Gewitter

Nachrichten für Drinnen und Draußen

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:44

EU-Vorratsbeschluss in Sachen Verkehrsdaten

Erst jüngst hat der Bundesbeauftragte für Datenschutz davor gewarnt, dass die Auswertung von Internetadressen "etwas über die Interessen, Vorlieben und politischen Präferenzen der Nutzenden" verrät und kritisiert: "Die flächendeckende Anlass unabhängige Speicherung aller Daten über die Nutzung öffentlicher Kommunikationsnetze schießt ... weit über das für die Vorbeugung und Verfolgung von Straftaten erforderliche Maß hinaus". Von solcher Art Kritik völlig unbeeindruckt zeigt sich die EU, die auf Initiative Frankreichs, Großbritanniens, Irlands und Schwedens die umfassende Speicherung von Verbindungsdaten zur angeblichen "Terrorismusbekämpfung" plant. Demnach sollen zukünftig alle bei der Nutzung von Kommunikationsmitteln anfallenden Daten für die "Vorbeugung, Untersuchung, Feststellung und Verfolgung von Straftaten" auf Vorrat - und zwar für "mindestens zwölf und höchstens 36 Monate" - gespeichert werden und den dafür "zuständigen Behörden" - also neben den Polizeien auch den Geheimdiensten aller Mitgliedstaaten - zur Verfügung stehen. Vorgesehen ist nicht weniger als die lückenlose Nutzungsüberwachung von Mobiltelefonen, E-Mail-Accounts und besuchten Websites. Gespeichert werden sollen die Nutzer- und Teilnehmerdaten, selbst - man lese und staune - bei der Benutzung "künftiger technologischer Entwicklungen, die die Kommunikationsübermittlung erleichtern".

Kronzeugen-Prozess in Griechenland

Seit Februar 2004 findet in Korydallos/Athen der Prozess gegen fünf mutmaßliche Mitglieder der Stadtguerilla-Gruppe ELA (Revolutionärer Volkskampf) statt. Ihnen wird die Beteiligung an sämtlichen Anschlägen der Organisation vorgeworfen. ELA hatte sich 1975 gegründet und ist seit 1995 nicht mehr in Erscheinung getreten. Ihre Aktionen richteten sich vor allem gegen symbolische Ziele wie Gebäude multinationaler Konzerne, Fahrzeuge US-amerikanischer und britischer Einrichtungen, Ministerien und die Vertretungen der EU sowie der UNO in Athen. Anfang der neunziger Jahre ging ELA auch gezielt gegen Personen vor. Christos Tsigaridis ist der einzige Angeklagte, der eine Mitgliedschaft bis 1990 einräumt, sich aber nicht zu einzelnen Anschlägen äußert. Die anderen vier Angeklagten bestreiten jede der Anschuldigungen. Um den Vorwurf der Mitgliedschaft in einer "kriminellen Vereinigung" überhaupt erheben zu können, behauptet das Gericht, dass der bewaffnete Kampf der ELA erst mit der Festnahme der Angeklagten im Jahr 2003 zu Ende gegangen sei, obwohl es seit 1995 keine ELA-Aktivitäten gegeben hat. Nur Dank dieser Konstruktion greifen die im Anti-Terrorgesetz von 2001 von fünf auf 15 Jahren verlängerten Verjährungsfristen. Die Anklage fußt zum einem auf Aussagen einer Kronzeugin, die mit einem der Angeklagten verheiratet war, zum anderen auf Stasi-Material. Andere Beweise wie Fingerabdrücke oder Waffenfunde gibt es nicht. Die deutsche Prozessbeobachterin Silke Studzinsky berichtet von massiven Behinderungen der Verteidigung und groben Verstößen gegen rechtsstaatliche Grundsätze. So waren den Zeugen der Anklage nach eigenen Aussagen vor ihrer Vernehmung durch die Ermittlungsbehörden Fotos und Namen derjenigen vorgelegt worden, die sie belasten sollten. Eigentlich sollte das Verfahren mit der Verurteilung der Angeklagten noch vor dem Beginn der Olympischen Spiele über die Bühne gegangen sein, galt es doch - maßgeblich auf Druck der USA - ein Zeichen im "Kampf gegen den Terrorismus" zu setzen. Nun wird mit einem Urteil nicht vor Anfang September gerechnet.

Grenzcamp verklagt Kölner Polizei

Kurz vor Ablauf der Klagefrist haben Mitte Juli stellvertretend für 684 TeilnehmerInnen des 6. antirassistischen Grenzcamps vier Frauen Klage beim Verwaltungsgericht Köln gegen den Polizeipräsidenten eingereicht. Am 9. August letzten Jahres, einen Tag vor Ende des Camps, hatte die Polizei mit mehreren Hundertschaften das Camp umstellt und alle 684 auf dem Gelände befindlichen TeilnehmerInnen zur Abgabe ihrer Personalien gezwungen. 307 Personen kamen der Aufforderung der Polizei vor Ort nach, 377 AktivistInnen, die sich weigerten, wurden in Gewahrsam genommen und in die Gefangenensammelstelle nach Brühl gebracht, wo dann die Identitätsfeststellung vervollständigt wurde. Die vom Kölner Rechtsanwalt Reinecke verfasste Klageschrift beantragt nun festzustellen, dass die Einkesselung und Auflösung des als Versammlung

angemeldeten und bestätigten Grenzcamps rechtswidrig war. Inzwischen wird auch eine Strafanzeige wegen Verfolgung Unschuldiger gegen die ermittelnden Polizeibeamten vorbereitet, die demnächst der Staatsanwaltschaft zugehen soll.

Achtung: Inverssuche widersprechen

Alle, die mit ihrer Telefonnummer im Telefonbuch eingetragen sind, sollten jetzt aktiv werden. Nach dem neuen Telekommunikationsgesetz können nämlich Name und Anschrift einer/s Telefonkundin/en künftig auch dann bei der Auskunft erfragt werden, wenn nur die Rufnummer bekannt ist (so genannte Inverssuche). Es ist deshalb ratsam, bei der Telekom Widerspruch gegen die Übernahme der vorhandenen Datensätze in die entsprechenden Systeme einzulegen. Um zu widersprechen, muss man die Nummer 01375/103300 für 12 Cent pro Verbindung anrufen. Alternativ kann auch per Brief oder Fax widersprochen werden. Der Widerspruch gegen die Veröffentlichung kann auch noch zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen, allerdings sind die Daten bis dann bereits abrufbar.

43. Wider die Nostalgie der Herrschaft

"Imperiale Souveränität und immaterielle Arbeit". Eine Rezension

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:45

Das war fällig: ein Sammelband, der Michael Hardts und Antonio Negris These vom "Empire" als neuer Weltordnung aufgreift und auf ihren Gebrauchswert prüft - jenseits der inzwischen zwar verebbten, gleichwohl aber enervierenden Debatte darum, ob man nun "dafür" oder kategorisch "dagegen" ist.

Die Herausgeber des Bandes, Empire-Übersetzer Thomas Atzert und Jost Müller, wollen mit ihrem Buch allerdings mehr als nur eine unaufgeregte Rezeption ermöglichen. Ausgehend von der Annahme, dass Empire "einem sich ausbreitenden Bedürfnis nach Theorie und einem theoretischen Bedürfnis" entgegenkam, geht es ihnen darum, Möglichkeiten der Reformulierung kritisch-materialistischer Gesellschaftstheorie auszuloten. Voraussetzung dafür sei allerdings erstens die "Affirmation" der Empire-These, wonach "die Globalisierungsprozesse den bestehenden Ordnungen der Moderne die Grundlage entzogen, die dominante Rolle der industriellen Fabrikarbeit, die zivilgesellschaftlichen Institutionen, die nationalstaatliche Souveränität und die imperialistische Weltpolitik beseitigt" hätten. Und zweitens die Einsicht, dass deshalb jegliche Nostalgie gegenüber älteren Formen der Herrschaft obsolet geworden sei.

Nostalgisch ist in wohltuender Weise tatsächlich keiner der insgesamt siebzehn Beiträge des Bandes. Gleichwohl zieht sich - ebenso wohltuend - weniger das Bedürfnis nach Affirmation (also nach Zustimmung), als vielmehr eines nach Konkretion der in Empire programmatisch entworfenen Denkfiguren durch den Band, was nicht zuletzt die Beiträge von Hardt und Negri selbst verdeutlichen. Dabei herausgekommen ist ein Buch, dessen Lektüre sozusagen im besten Sinne "fordert und fördert". Und auch wenn es, anders als der Titel anzeigt, recht wenig um "imperiale Souveränität" geht, liefert der Band jede Menge Stoff für weitere Debatten.

Erster von zwei Ausgangspunkten für die Debatte ist eine Randnotiz von Marx aus dem Jahre 1858; das beinahe atemlos verfasste "Maschinenfragment" mit seiner, wie Paulo Virno schreibt, "nicht sehr marxistischen" These über den "General Intellect". Demnach tendiert das kollektive Wissen wegen seiner Autonomie der Produktion gegenüber dazu, zur entscheidenden Produktivkraft zu werden.

Was wohl dann der Fall wäre, wenn es tatsächlich gerechtfertigt wäre, von "Massenintellektualität" zu sprechen, wie es Virno und Jost Müller vorschlagen. Doch wäre es ein Irrtum, wie Virno feststellt, unter Massenintellektualität nur ein Ensemble von Berufstätigkeiten zu verstehen. Es geht eher, so Müller, um "eine neue Qualität und Stufe der Vergesellschaftung", in der Information und Kommunikation im weitesten Sinne in jedem verborgenen Winkel des Produktionsprozesses eine entscheidende Rolle spielen.

Zweiter Ausgangspunkt ist der Begriff der "Multitude" oder "Menge der Vielen", der eine politische Subjektivität bezeichnen soll, die dem Empire auf Augenhöhe gegenübersteht, gerade weil sie kein einheitliches revolutionäres Subjekt als Basis hat. Dieses Konzept wiederum weist zurück ins 17. Jahrhundert und zur Philosophie Baruch de Spinozas, deren besonderer Einsatz darin lag zu zeigen, dass "das Volk" eben nicht von Souveräns Gnaden existiert, sondern dessen Macht erst konstitutiert: "Selbst das Los eines Tyrannen liegt in den Händen der Multitude, deren Zustimmung ihm allein gestattet zu regieren", so Warren Montag.

Toni Negri weist darauf hin, dass der Begriff Multitude doppelt angelegt ist: Zum einen wendet er sich gegen eine marxistische Verkürzung, in deren Rahmen das Individuum zwar als gesellschaftliches verstanden, Gesellschaft aber auf Ökonomie reduziert wird. Zum anderen gehe es um mehr als um die Anerkennung von Differenz im flexiblen Spiel der Zugehörigkeiten und Identitäten, nämlich: um eine gemeinsame politische Potenz, die in den Kämpfen der Gegenwart noch und immer wieder herzustellen ist. "Multitude" soll deshalb kein dekonstruiertes "schwaches" Subjekt, sondern ein "anderes Formprinzip" politischer Subjektivität aufrufen.

Problematisch wäre jedoch, wie Frieder Otto Wolf feststellt, Multitude zum per se demokratischen Endzweck jeglicher politischer Praxis zu (v)erklären und die relativ autonomen Herrschaftseffekte gerade auch innerhalb der "Menge der Vielen" zu vernachlässigen. Dabei handelt es sich um ein systematisches Problem, wie wiederum Alex Demirovics Beitrag zeigt, weil Empire hegemonietheoretische Probleme ausblendet und deshalb zwangsläufig auf die Beantwortung der Frage nach der "Vermittlung" von Herrschaftsverhältnissen in

den Alltag der zu politisierenden Subjekte verzichtet. Vor diesem Hintergrund wird es schwierig, die emanzipatorische Qualität der Kämpfe um und gegen kapitalistische Globalisierung einzuschätzen - und auf eben denen gründet sich ja nicht zuletzt der optimistische Grundtenor von Empire. Zu oft schon, so Demirovic, hätten sich Linke außerdem eingeredet, die gerade lebende Generation sei diejenige, welche die große finale Umwälzung erleben würde. Gerade deshalb müsste man sich fragen, ob die selbstzerstörerische Dynamik gegenwärtiger bürgerlicher Gesellschaftsverhältnisse tatsächlich so stark ist, dass sie zu einer allgemeinen Krise und Transformationsbereitschaft führten.

Diese richtige Skepsis kontrastiert andererseits der Beitrag von Sandro Mezzadra ebenso richtig mit dem Nachweis, dass die bürgerlichen Gesellschaftsverhältnisse im Zeitalter ihrer Transnationalisierung vor allem eins nicht sind: die Reproduktion des Immer-Gleichen. Das führen in paradigmatischer Weise die globalen Migrationsströme vor, dieses "magmatische Terrain von Bewegungen, die keine Anstalten machen Ruhe zu geben" und gerade deswegen aus Globalisierung einen Prozess voller Spannungen machen, in dem, so Mezzadra, die "Imperative der Ware und des Geldes, die Disziplin der "abstrakten Arbeit" Körpern und Gehirnen aufgezwungen werden, welche gleichwohl "anderen Logiken folgen". Die Logik der Ökonomie und die Logik von Subjektivität wären demnach ebenso unauflöslich ineinander verstrickt, wie gerade nicht aufeinander zu reduzieren.

Einer doppelten Bewegung geht von philosophischer Seite auch Thomas Seiberts Beitrag nach. Der zeigt, dass das theoretische und damit auch das politische Potenzial von Empire in der Verbindung zweier Denkweisen liegt, die gerade in Deutschland gerne auch gegeneinander zum Einsatz gebracht werden: Metaphysik- und Ökonomiekritik. Allerdings setzen Hardt/Negri dabei den Schwerpunkt auf die Ökonomiekritik. Ihre These von der reellen Subsumtion allen Lebens und Seins unters Kapital lässt sich, so Seibert, nur in sozialen Kämpfen konkretisieren, die auf gesellschaftliche Aneignung zielen - und zwar sowohl von Reichtümern als auch der Potenziale der immateriellen Produktionsweisen, die Hardt/Negri "biopolitisch" nennen. Diese Perspektive reicht demnach über "metaphysikkritische" Politikkonzeptionen hinaus, die vorrangig auf die Zersetzung vermeintlich unhintergehbarer Identitäten und Wahrheiten zielen, ohne allerdings hinter die Erträge dieser Zersetzung zurückzufallen.

Feministische Ökonomiekritik verbindet zwangsläufig beide Stränge - und trägt dem historischen Einschnitt, von dem Empire ausgeht, in wiederum (auch Empire-) kritischer Weise Rechnung. Judith Revel beschreibt, dass es zwei Momente typischer Frauenarbeit gibt, die sich derzeit verallgemeinern, nämlich die Überlagerung von Arbeitszeit und Lebenszeit einerseits, die Prekarisierung und Flexibilisierung von Arbeit andererseits. Deshalb sei es gerechtfertigt, so Revel, von einer "Feminisierung von Arbeit" zu sprechen: "Frauenarbeit ist heute die Norm - sowohl was Elend und Strapazen als auch was die ungeheuren Möglichkeiten der Verwertung betrifft." Doch auch wenn diese Diagnose richtig ist, hat sich damit das - in Empire kaum thematisierte - Problem sexistischer Arbeitsteilung keineswegs erledigt, worauf Cornelias Eichhorns Beitrag hinweist. Vielmehr könne davon ausgegangen werden, dass sich sexistische Arbeitsteilung nicht mehr vorrangig in Form der Trennung von Lohnarbeit und Hausarbeit vollziehe, sondern andere Formen angenommen habe. Die so genannte "Rückkehr der Dienstmädchen", die feministische Forscherinnen seit einigen Jahren in z.B. deutschen Mittelklasse-Haushalten beobachten, ist dafür nur ein Indiz.

Die Ökonomin Antonella Corsani nähert sich der "immateriellen Arbeit" sozusagen von der anderen Seite, nämlich nicht von den Arbeitsformen, sondern von den Akkumulationsweisen her. Auch sie diagnostiziert einen grundlegenden Einschnitt: Wissenschaft werde der Akkumulationslogik nicht länger einfach untergeordnet, sondern die Kapitalverwertung wende sich unmittelbar der Sphäre der Wissensproduktion zu. Der "kognitive Kapitalismus" ist demnach darauf aus, alle Arten des Wissens (künstlerisch, philosophisch, kulturell oder sprachlich) zu Waren zu machen. In diesem Prozess wird zwangsläufig nicht nur die Grenze zwischen Hand- und Kopfarbeit, sondern auch die zwischen Gebrauchswert und Tauschwert, Produktion und Konsumtion unsicher.

Ein eindrückliches Beispiel für "boomendes kognitives Kapital" liefert Nick Dyer-Witheford, der die expandierende Produktion interaktiver Video- und Computerspiele erforscht. Den meist männlichen und technikbegeisterten Spieleentwicklern arbeiten dabei die unbezahlten digitalen NutzerInnen der Spiele weltweit zu, deren unbezahlte Arbeits-/Spielkraft laufend in die Entwicklung neuer Produkte eingeht. Allerdings funktioniert keine Spiel-Software ohne die entsprechende Hardware. Und da zeigt sich das andere Gesicht der immateriellen Arbeit: Konsolen, Mikrochips oder Computer werden unter brutalen Arbeitsbedingungen in den

Maquiladora-Industrien Mexikos, Mittelamerikas oder Südostasiens gefertigt; im Kongo wird das für Playstations benötigte seltene Erz Columbit-Tantalit zu Niedrigstlöhnen abgebaut. Dessen Gewinnung ist zu einem der wichtigsten Faktoren in den Bürgerkriegen der Region geworden - die Grenzen zwischen Kriegs-Spielen und Kriegs-Realitäten verschwimmen. Wenn wir uns, so Dyer-Witheford, die Form des Gemeinwesens im 21. Jahrhundert vorstellen als zerstreutes, vernetztes System kollektiver Kommunikation, dann sind die "nomadisierenden Marginalisierten, die mit gestohlenen Waffen, Bootleg-Technologie und raubkopierter Software die Nichtpräsenz in Frage stellen, zu der sie das kognitive Kapital verdammt", Teil eben dieses "General Intellect".

Begeistert konstatieren die Herausgeber im Vorwort des Bandes, in der Empire-Rezeption sei eine gemeinsame Sprache für eine neue Gesellschaftskritik gefunden worden. Dass die glücklicherweise vielstimmig und gerade deshalb spannend ist, kann dieses Buch überzeugend belegen.

Stefanie Graefe

Thomas Atzert, Jost Müller (Hrsg.): Immaterielle Arbeit und imperiale Souveränität. Analysen und Diskussionen zu EMPIRE. Westfälisches Dampfboot, Münster 2004, 292 Seiten, EUR 24,80.

Anmerkung:

1) Karl Marx, Grundrisse der politischen Ökonomie, in: MEW 42, S. 602

"Die Entwicklung des capital fixe zeigt an,

bis zu welchem Grad ...

... das allgemeine gesellschaftliche Wissen, knowledge, zur unmittelbaren Produktivkraft geworden ist, ...

... und daher die Bedingungen des gesellschaftlichen Lernprozesses selbst ...

... unter die Kontrolle des general intellect gekommen und ihm gemäß umgeschaffen sind." (1)

44. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:46

Anti-Lager-Action-Tour

Vom 20. August bis zum 5. September reisen die TeilnehmerInnen der diesjährige Anti-Lager-Tour von Bramsche in Niedersachsen über Tramm in Mecklenburg-Vorpommern bis nach Eisenhüttenstadt in Brandenburg. Informationen, Aktionen und Demonstrationen gegen Lager und Abschiebegefängnisse sowie für die Abschaffung der Residenzpflicht gehören auch dieses Jahr zu den Schwerpunkten der Tour.

Kontakt und Informationen: www.nolager.de

Nie mehr Sozialstaat?

Die Initiative für ein Berliner Sozialforum lädt zu einer Veranstaltung unter dem richtigen, aber schön sperrig formulierten Titel: "Die Krise des Sozialstaats oder was kann: Kein Zurück zum fordistischen Sozialstaat heute politisch bedeuten?" Dirk Hauer von der Gruppe Blauer Montag aus Hamburg, Michael Zander von der AG für ein selbstbestimmtes Leben schwerstbehinderter Menschen aus Berlin und die Sozialwissenschaftlerin Katharina Pühl, ebenfalls Berlin, wollen in der Diskussion linke Strategien entwickeln, die nicht beim Nein zu Hartz IV stehen bleiben. Die Veranstaltung findet innerhalb der Reihe "Linke Wege aus der neoliberalen Sackgasse" statt.

Berlin, 26.8.2004, 19 Uhr, Familiengarten, Oranienstraße 34

Deutsche in der Résistance

Aus Anlass des 60. Jahrestages der Befreiung Paris' von der Naziherrschaft zeigt das Berliner Rathaus eine Ausstellung über die Beteiligung deutscher Widerstandskämpfer an der französischen Résistance. Die Ausstellung ist von dem Verband Deutscher in der Résistance, DRAFD, konzipiert worden und beschäftigt sich mit einem relativ unbekannten Kapitel des antifaschistischen Widerstandes. Ab dem Sommer 1943 haben sich Deutsche aus ganz unterschiedlichen sozialen, weltanschaulichen und politischen Spektren dem Widerstand in Frankreich angeschlossen und zusammen im Comité Allemagne libre pour l'ouest vom befreiten Teil Frankreichs aus die Naziherrschaft bekämpft.

Berlin Mitte, 27.8. - 6.9.2004, Berliner Rathaus, Rathausstraße 1, Nebeneingang

Referendum ante portas

Bei Erscheinen des ak Ende August ist das Referendum in Venezuela über die Präsidentschaft von Chávez schon fast wieder lange her. Die ak-Redaktion hat leider keine hellseherischen Fähigkeiten über den Ausgang des Referendums am 15. August und muss sich daher damit begnügen, gleich drei Filme über Venezuela anzukündigen. Das Djäzz in Duisburg zeigt die beiden Filme "Venezuela - ein anderer Weg ist möglich" und "The revolution will not be televised." Der zweite Film ist schon jetzt ein Klassiker. Zufällig hielt sich ein Filmteam in den Tagen des versuchten Putsches gegen Präsident Chavez am 11. April 2002 im Präsidentenpalast auf und wurde so direkter Zeuge der dramatischen Ereignisse. Die Dokumentation zeigt auch die Reaktionen in den Tagen nach dem Putschversuch auf den Straßen von Caracas. Auch in Berlin wird sich des Themas angenommen: Im Sama-Cafe wird der Film "Venezuela von unten" von Dario Azzelini gezeigt. Und es gibt einen Bericht zur Situation nach dem Referendum von Peter Nowak.

Berlin, 1.9.2004, 21 Uhr, Sama-Café, Samariterstraße 32: Venezuela von unten plus Bericht über aktuelle Situation Duisburg, 7.9.2004, 20.30 Uhr, Djäzz, Börsenstraße 11: Venezuela - ein anderer Weg ist möglich.

Duisburg, 21.9.2004, 20.30 Uhr, Djäzz, Börsenstr. 11: The revolution will not be televised

Rückblick auf die Siebziger

Gabriele Rollnik hat zusammen mit Daniel Dubbe ein Buch veröffentlicht: Keine Angst vor niemand. Über die Siebziger, die Bewegung 2. Juni und die RAF. In Gesprächsform bilanziert Gabriele Rollnik ihre damaligen Kampferfahrungen. Das Berlin der Studentenunruhen, erste Kontakte zum Untergrund, die Aktionen des 2. Juni und ihre Einschätzung der damaligen Erfahrungen heute, nach 15 Jahren Knast, sind das Thema ihrer

Reflexionen. Das B-Movie lädt zu einer Lesung mit beiden AutorInnen und anschließendem Überraschungsfilm aus jenen Zeiten.

Hamburg, 3.9.2004, 20 Uhr, B-Movie, Brigittenstraße 5

Lollipopp rettet Beratung

Das Magnus-Hirschfeld-Centrum in Hamburg hat es sich mit zwei seiner Beratungsteams verscherzt. Den Männer der Beratungsstelle Schwub Hamburg wurde im November 2003 nach langem Streit gekündigt und das Lesbentelefon ging freiwillig Anfang diesen Jahres. Die beiden Projekte wollen ihre Arbeit trotzdem fortsetzen und haben sich mit dem Lesbenverein Intervention verbündet, um mit einer großen Benefiz-Sause an das nötige Kleingeld zu kommen. Solidarisch mit von der Partie ist die Djanecombo emma c., die für das Schwingen der Tanzbeine die Verantwortung übernehmen wird. Im September öffnet die Rote Flora ihre Stahlportale für die schwullesbische Benefizparty Lollipop.

Hamburg, 25.9.2004, 22 Uhr, Rote Flora, Schulterblatt

45. Die Grundwerte der Frau

Alice Schwarzer und der Papst: Zwei Welten treffen aufeinander

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:47

Zwei Welten treffen aufeinander? Falsch. Denn Alice und Johannes Paul treiben nicht nur ähnliche Fragen um. Sie finden am Ende auch ziemlich gleiche Antworten.

Das Editorial der Emma No. 4 diesen Jahres, verfasst wie stets von der Herausgeberin selbst, kreist um eine Frage, eine Unruhe, eine Not. Die von einem Foto herstammt, das man nicht nur im Kölner FrauenMediaTurm, sondern allüberall auf der Welt betrachten konnte: das Foto von der folternden Lynndie England (im Folgenden: LE) im irakischen Abu Graib. Wir erinnern uns: LE hält einen irakischen Gefangenen in demütigender Pose am Hundehalsband. Und Alice fragt bestürzt: "Foltern Frauen wie Männer?"

Ungefähr zur selben Zeit kömmt aus bislang ungeklärten Gründen auch dem Hl. Vater im Vatikanpalast eine Besorgnis an. Und wie die Besorgnis sich anschickt, zur Sorge zu werden, besinnt sich das Kirchenoberhaupt auf das ihm auferlegte Amt, SEINE Botschaft unter die Menschheit zu befördern, weshalb er dortselbst anhebt, seinem Personal (voll Ahnung, dies sei von selbiger Unruhe bedrängt) eine stets aufs Neue heikle Frage aus der Sicht des Allerhöchsten ein für allemal zu beantworten: die "Frauenfrage" nämlich. Und so verfasst der Papst ein "Schreiben über die Zusammenarbeit von Mann und Frau in der Kirche und der Welt" an seine Bischöfe, auf dass diese die elfseitige Klärung im ganzen Erdenrund empfangen, unter ihren Schäfchen verbreiten und diese diesbezüglich bittschön beruhigen möchten.

So was in der Art will auch Alice. "Wer sich im Jahr 2004 Sorgen macht um die ‚Unweiblichkeit` der Frau, kann beruhigt werden", schreibt sie (und beantwortet damit ihre eigene Frage: Nein, Frauen foltern nicht wie Männer). Und diese Sorge um die noch vorhandene oder doch schon abhanden gekommene Weiblichkeit "der Frau", die stiftet zwischen Rom und Köln eine ganz spezielle Glaubensgemeinschaft.

Johannes Paul verweist in SEINEM Auftrag auf die Existenz zweier Sorten Frau: eine wahre und eine unwahre. Die wahre hat ein prominentes Vorbild, genauer gesagt anderthalb. Nämlich einmal Maria, logo, und dann noch die halbe Eva. Denn Eva ist zwar aus der Rippe des "Menschen" (das ist Adam) entstanden, aber anschließend hat sie eben, die Geschichte ist so weit bekannt, in einen Apfel gebissen. Daraufhin passierte etwas, was ER via Johannes Paul tief bedauert, für das ER aber im Grunde nix kann, weil es eben Eva war mit ihrem Apfelbiss, die das eingebrockt hat, und alles, was vorher so schön ausgedacht und von Mensch Adam auch nicht gefährdet worden war, ging darob den Bach hinunter. Es ward nämlich vom Sündenfall an "die Beziehung von "Mann und Frau verdorben". Und so richtet ER sein Wort an Eva: "Du hast Verlangen nach dem Mann, er aber wird über dich herrschen". Doch es kommt noch dicker. Denn sowie Eva dem göttlichen ich-Mensch-du-Rippe-Gleichheitsprogramm entsagt hatte, da kam (wie kurz danach die Sintflut) das Patriarchat über die Welt. Aus der wahren Eva-Frau wurde also nicht nur die unwahre Apfel-Eva, sondern auch noch ein allgemeines Welt-Elend, und weil Evas Eigenmächtigkeit den ganzen Schlamassel herbeigeführt hat und so was nicht verjährt, kann bis heute nichts Gutes davon kommen, wenn die "Frau auf die Missbräuche der Macht mit einer Strategie des Strebens nach Macht antwortet" und dann am Ende auch noch "Ansprüche ‚für sie selber` einfordert".

Alice Schwarzer lässt das mit der wahren und unwahren Frau auch keine Ruhe. LE, wir ahnen es, ist auf den ersten Blick komplett unwahr, weil "vermännlicht". Das erweist sich auf den zweiten Blick aber als zu kurz gegriffen. Genaues Hinsehen zeigt: Auf dem besagten Foto wirkt LEs Körperhaltung "nicht herrisch, sondern eher unschlüssig, fast marionettenhaft". Außerdem: LE "ist die Braut des Haupttäters Graner". Sie selbst müsse folglich weniger "als Subjekt, sondern als Objekt" gesehen werden. Der Fall liegt noch klarer bei ihrer Folter-Kollegin Sabrina Harman. Die nämlich "hat einen Vater, der in der Pathologie arbeitet und seinen Kindern am Feierabend Fotos von zerstückelten Leichen zu zeigen pflegte". Kurz: Frauen, die foltern und mit dieser ihrer Tätigkeit vielleicht kein tiefer gehendes Problem haben, sondern es tun, weil das nun mal ihr Job ist oder weil sie gerne mal in die Zeitung wollten, oder weil es ihnen Spaß macht oder weil sie echt was gegen Araberfressen haben, oder weil sie dumm wie Brot sind oder alles zusammen, die gibt es im Grunde nicht. Foltern muss ihnen, so es doch geschieht, von Papa, Mann oder Chef eingeredet worden sein.

Woran das liegt? An den weiblichen Grundwerten. Am wichtigsten ist dabei jener Grundwert der Frau, so heißt es in der römischen Epistel, "den man ihre ‚Fähigkeit für den anderen` genannt hat." Nämlich "bewahrt die Frau doch die tiefgründige Intuition, dass das Beste ihres Lebens darin besteht, sich für das Wohl des anderen einzusetzen". Nun würde wohl Alice Schwarzer nicht behaupten, die Sache mit dem Hundehalsband resultiere aus weiblich-christlicher Nächstenliebe. Aber sie weiß trotzdem eines ganz sicher: dass Frauen Menschen im Grunde nichts Böses antun. Obwohl es auf manchen Fotos den Anschein hat, als täten sie's bisweilen doch. Doch das täuscht. Denn, so die Emma-Chefin: "Nur der Starke kann zum triumphalen Täter werden, die Frauen aber sind noch schwach."

Amen.

efa

46. They call it stormy monday

But tuesday's just as wild

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:48

So viel Aktivität war lange nicht mehr. Die Montagsdemonstrationen mit Schwerpunkt in Ostdeutschland haben regen Zulauf. Versuchte es Superminister Clement zunächst damit, die Demonstrierenden zu beschimpfen, folgten alsbald kleine Korrekturen an Hartz IV - im Verbund mit der nachgeschobenen Aussage des Bundeskanzlers, mehr sei wirklich nicht drin. Dafür gibt es dann die Unterstützung der Opposition.

"Fördern und fordern", das heißt in der Praxis von SPD, Grünen, CDU und FDP: die Kapitalseite fördern und von den Erwerbslosen fordern. Der radikale Umbau des Sozialsystems wird, so die Vorstellung der Allparteienkoalition und der Arbeitgeberverbände, ungebremst weiter vollzogen.

Vieles deutet darauf hin, dass diese Rechnung so nicht aufgehen wird. Die Einseitigkeit der Maßnahmen der Bundesregierung, der Generalangriff auf Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen in den Betrieben, die Abwälzung der Gesundheitskosten und der Abbau von öffentlichen Leistungen haben bei vielen Menschen die Unzufriedenheit in Wut umschlagen lassen. In den letzten Jahren hatte dies in Resignation und Apathie geendet. Inzwischen äußert sich die Wut in Protesten. Beispielsweise bei DaimlerChrysler oder im Bremer Kita-Streik - oder als spontaner Ausdruck der Empörung auf den Montagsdemonstrationen. Auch Teile der Gewerkschaften machen mobil. Und so ist eine Bewegung in Gang gesetzt worden, die gegenseitige Verstärkung und neue Dynamiken entfalten kann.

Dass es sich dabei vorrangig um Verteidigungskämpfe handelt, ist angesichts der realen Kräfteverhältnisse nicht verwunderlich. Rassistische Untertöne, wenn auch bislang nur als Randerscheinung, sind ebenso zu hören wie standortnationalistische Argumente. Insbesondere im Osten Deutschlands versuchen rechte Gruppen und Parteien, daraus Kapital zu schlagen. Linken stellt sichdieAufgabe, dem entgegenzutreten.

Außerdem geht es darum, in die Kämpfe Forderungen einzuspeisen, die über die Ablehnung von Hartz IV hinausgehen: Forderungen nach bedingungslosem Bürgerrecht für alle hier lebenden Menschen oder nach existenzsicherndem Grundeinkommen beispielsweise.

Denn: Tuesday's just as wild.

Berichte und Kommentare zu Montagsdemonstrationen und über diese hinaus, Seite 4

Über betriebliche Kämpfe bei Siemens und DaimlerChrysler Seite 17 und 19

Schwerpunkt "Gehversuche. Organisierung und Widerstand im prekären Alltag" Seite 13 bis 16

47. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak486/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:486:49

Die Sommerpause ist vorbei. Und wie. Da ist zunächst mal ein redaktionsinterner Superlativ der besonderen Art. An dieser Ausgabe hat nämlich die jüngste Praktikantin aller Zeiten mitgewirkt. Obwohl erst 16 Jahre jung, hat sie nicht nur unbekümmert und kompetent Artikel redigiert, sondern uns auch die eine oder andere höchst bedenkenswerte Blattkritik beschert. Irgendwie haben wir eine Glückssträhne mit unserem Nachwuchs.

Zum zweiten fällt die erste nachsommerliche ak-Ausgabe zusammen mit einer wahren Eruption sozialen Protestes in Deutschland. Während Gewerkschaften und organisierte Linke sich auf einen mehr oder weniger heißen Herbst vorbereitet haben, sorgen die Montagsdemos in den Städten Ostdeutschlands für dessen spontane Vorverlegung in den August. Das macht uns den Start in die zweite Jahreshälfte natürlich noch einfacher, können wir doch diesmal die analytische Auseinandersetzung mit tagespolitischer Aktualität kombinieren.

Doch nicht nur die sich formierende Bewegung gegen Hartz IV hat dafür gesorgt, dass wir "die soziale Frage" und soziale Kämpfe hier zu Lande diesmal ausführlicher als sonst diskutieren. Selten zuvor ist der Angriff auf die Einkommen und Lebensbedingungen von Erwerbslosen einerseits und die Demontage tarifierter Arbeitsverhältnisse andererseits dermaßen parallel geführt worden. Siemens, MAN, DaimlerChrysler, VW, die Sommerbotschaft 2004 ist immer dieselbe: länger und härter arbeiten für weniger Geld. Unsere Autoren zeigen, dass die Vorstöße bei Siemens und DaimlerChrysler weit mehr sind als lediglich begrenzte "betriebsinterne Tarifauseinandersetzungen". Die Agenda 2010 besteht eben aus mindestens zwei Komponenten: einer umfassenden Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme einerseits und einem direkten Angriff auf Löhne, Arbeitsbedingungen und Tarife andererseits.

In der letzten ak hatten wir die These von der "Prekarität als Normalarbeitsverhältnis des 21. Jahrhunderts" formuliert. Und offensichtlich ist Prekarität, leben und arbeiten unter den Bedingungen prinzipieller Unsicherheit und Instabilität, keine thematische Eintagsfliege, sondern entwickelt sich zum Dauerbrenner linker Debatten. Wir führen die Diskussion in dieser Ausgabe mit einer weiteren Schwerpunktsetzung fort. Im Mittelpunkt stehen diesmal konkrete Organisierungs- und Widerstandserfahrungen im Bereich des prekären Alltags. Wir weisen in diesem Zusammenhang schon mal vorsorglich darauf hin, dass auch die nächste Fantômas im Oktober zum Thema "Prekarität" erscheinen wird.

Doch mit Hartz IV, Betriebskämpfen und Prekarisierung ist das Spektrum der sozialen Auseinandersetzungen längst nicht erschöpft. Unser Beitrag zu den Arbeitsbedingungen von TextilarbeiterInnen in den Schwitzbuden des Trikont erweitert den Blick genauso wie die Debatte um Hausarbeit und Produktion von Häuslichkeit in (gleichgeschlechtlichen) Paarbeziehungen. Neben der Auseinandersetzung um die aktuelle Sterbehilfedebatte, die Kriminalisierung des Critical Art Ensembles in den USA oder die Nachbetrachtungen zum Thema Cap Anamur und Lagerregime liegt ein weiterer Schwerpunkt dieser Ausgabe bei dem Thema Antifaschismus und seinen Randbereichen. Und last but not least mischen auch wir uns in die Diskussion um "Fahrenheit 9/11" ein, den neuen Film von Michael Moore. Der Sommer ist vielleicht keine wirkliche Kinozeit, aber wie gesagt: Die Sommerpause ist vorbei.

ak-Redaktion